Dienstag, 11. März 1986 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 59 - 11. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Appell: Zu einer „Beschäftigungs- und Qualifizierungs-Offensive" haben die Spitzenverbände von Industrie, Handel und Handwerk aufgerufen. „Jeder betriebswirtschaftliche Spielraum für noch mehr Arbeitsplätze" sollte genutzt werden. (S. 13)



Kritik: Die SPD versteht sich nach Auffassung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (Foto), „zunehmend als Interessenvertreter der DDR im Bundestag". Sie erhebe Forderungen, die „nicht einmal die SED in dieser Form selbst erhebt". (S. 4)

Neue Heimat: Die Praktiken des Konzerns beim Verkauf von Sozialwohnungen sind auf Antrag der FDP Thema einer Aktuellen Stunde am kommenden Freitag im Deutschen Bundestag.

„Challenger": Fachärzte der US-Streitkräfte haben mit der Identifizierung der Überreste von Astronauten begonnen, die in Wrackteilen der verunglückten Raumfähre entdeckt worden sind. „Ich möchte, daß sie die Flugkabine niemals aus dem Wasser holen würden", sagte eine der Angehörigen. (S. 3)

Israel: In der „Cherut"-Partei, dem Kern des rechtsstehenden Likud-Blocks, hat der Kampf um die Nachfolge des Parteigründers und Vorsitzenden Menachem Begin begonnen. Er will nicht mehr kandidieren. (S. 6)

Kolumbien: Die Liberale Partei hat die Parlamentswahlen vor den Konservativen gewonnen und damit gute Aussichten, auch bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai vorn zu sein. (S. 2)

Botschafterin: Die Diplomatin Joelle Timsit ist zur französischen Botschafterin in der „DDR" ernannt worden. Die Deutschland-Expertin arbeitete von 1964 bis 1968 an der Botschaft in Bonn.

Tarife: Die Arbeitgeber haben bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Bankgewerbe ihr Angebot von bislang drei Prozent auf 3,4 Prozent erhöht. Die Gewerkschaften fordern zwischen sechs und 6,5 Prozent sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden.

HEUTE IN DER WELT

Moskau und der Computer

Auch in der Sowjetunion ist die Ära der Personal-Computer angebrochen, jedoch mit den für das System typischen Schwierigkeiten. Es fehlen vor allem passende Peripherie-Geräte und Software. Hinzu kommen Probleme der Kontrolle. Seite 9

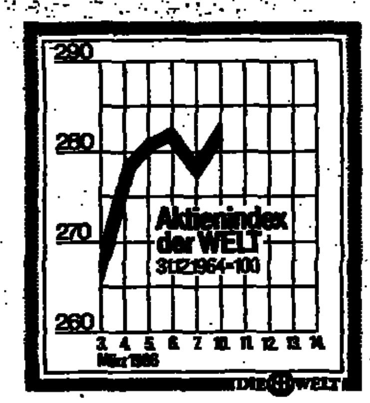
Interview mit Klaus Maria Brandauer

Klaus Maria Brandauer, Wiener Burgschauspieler, ist seit seinem *„Mephisto" und seinem „Oberst Redl" auch in den* Studios von Hollywood gefragt. In einem WELT-Interview berichtet er über seine Arbeit und seine Pläne. Seite 27

WIRTSCHAFT

Optimistisch: Die privaten Banken in der Bundesrepublik beurteilen die wirtschaftliche Entwicklung 1986 mit Optimismus. Die Lage und die Aussichten der deutschen Wirtschaft seien so gut wie lange nicht mehr. Die Banken rechnen angesichts einer „freundlichen Grundtendenz" weiter mit niedrigen Zinsen. (S. 13)

Börse: Die Tendenz an den Aktienmärkten war zum Wochenbeginn freundlich. Am Rentenmarkt setzte sich wieder eine zuversichtliche Stimmung durch. WELT-*Aktienindex 283,31 (279,24). BHF-*Rentenindex 106,774 (106,697). BHF-Performance Index 102,860 (102,757). Dollar-Mittelkurs 2,2710 (2,2403) Mark. Goldpreis je Feinunze 340,25 (343,35) Dollar.



KULTUR

Berlin: Weder die Bundeszuschüsse – mindestens 110 Millionen Mark – *noch die* rund 95 Millionen aus dem Landesetat reichen aus, um Berlin zur 750-Jahr-*Feier rechtzeitig auf Hochglanz* zu bringen. Die Stadt braucht deshalb betuchte Gönner. Ein *Wunschzettel liegt vor. (S. 27)*

Oper: Mit der Erstaufführung von Rainer Kunads romatischer Oper „Der Meister und Margarita" nach Michail Bulgakows gleichnamigem Roman hat das Staatstheater Karlsruhe seine Europäischen Kulturtage eröffnet. Die Inszenierung lag in den Händen von Juri *Ljubimow (S. 27)*

SPORT

Ski: Traudl Hächer aus Schleching gewann im kanadischen Sunshine Valley den sechsten Weltcup-Riesentorlauf der Saison. Mit diesem Sieg übernahm sie zugleich auch die Führung im Riesentorlauf-Weltcup. An zweiter und dritter Stelle liegen die Schweizerinnen Vreni Schneider und Maria Walliser. Die Münchnerin Marina Kiehl führt in der Weltcup-Disziplin Super-Riesentorlauf die Konkurrenz an. (S. 10)

Fechten: Der Tauberbischofsheimer Alexander Pusch, 1976 Olympiasieger in Montreal, siegte beim Degen-Weltcup-Turnier in London. Pusch, der dieses Turnier schon einmal vor zehn Jahren gewonnen hatte, setzte sich damit auch an die Spitze der Weltcup-Wertung im Degenfechten. Seine beiden Mannschaftskameraden Elmar Borrmann und Volker Fischer belegten die Plätze fünf und acht. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Lipizzaner: Noch vor drei Jahren waren sie vom Aussterben bedroht, aber jetzt haben im Gestüt der Spanischen Reitschule in der Steiermark 13 kohlrabenschwarze Mini-Lipizzaner das Licht der Welt erblickt. Schwarz *sind* sie bei der Geburt, weiß werden sie erst im reifen Alter – das Ergebnis einer bereits im *18.* Jahrhundert praktizierten züchterischen Selektion. (S. 28)



Beppo Brem: Ein Maurer wie sein Vater hätte er auch werden können, doch ihn zog es zum Theater, das ihn auch im hohen Alter fesselt. Beppo Brem wird heute 80 Jahre alt. Zur Zeit spielt er mit dem „Chiemgauer Volkstheater" in dem Tournee-Stück „Die drei Dorfheiligen". (S. 28)

Probleme bei Verhandlungen mit Washington über SDI

Gerät der Zeitplan in Gefahr? / Differenzen über die Nutzungsrechte

BERNT CONRAD, Bonn

Die Verhandlungen über eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an dem amerikanischen SDI-Forschungsprogramm sind in eine schwierige Phase geraten. In einigen Punkten weichen die Vorstellungen Bonns und Washingtons voneinander ab. Dennoch herrscht in der Bundesregierung gedämpfter Optimismus: Die Unterzeichnung einer SDI-Vereinbarung noch vor Ostern wird weiterhin für möglich gehalten. Mit dem Abschluß eines allgemeinen Abkommens über Technologietransfer *könnte es allerdings* etwas länger dauern.

Die Verhandlungen in Washington sollen nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost schon in dieser *Woche fortgesetzt* werden, obwohl die deutsche Delegation unter Leitung von Ministerialdirektor Lorenz Schomerus aus dem Bundeswirtschaftsministerium erst in der vergangenen Woche mit der amerika*nischen* Verhandlungsdelegation konferiert hatte. Ursprünglich war nur alle zwei bis drei Wochen eine Verhandlungsrunde in Aussicht genommen worden.

Die in der jüngsten Runde deutlich *gewordenen* Schwierigkeiten beziehen sich nach Informationen aus Bonner Regierungskreisen unter an*derem darauf*, daß die Amerikaner wenig Neigung zeigen, deutschen Firmen, die am SDI-Programm mitwirken, kommerzielle Nutzungsrechte für ihre Forschungsergebnisse zuzugestehen. Offenbar verhält sich Washington auch gegenüber dem Wunsch Bonns nach Einfluß auf das Gesamtprojekt restriktiv. Demgegenüber erstreben die Amerikaner eine Mitwirkung der Bundesregierung bei der Vergabe von SDI-Aufträgen, während Bonn eine staatliche Mitwirkung vermeiden will.

In diesen Punkten widersprechen *sich die* deutschen und die amerikanischen Vorschläge, die Regierungssprecher Ost jedoch nicht als „Gegenvorschläge", sondern als „Parallelvorschläge" werten will.

Als sicher gilt schon jetzt, daß es eine besondere SDI-Rahmenvereinbarung und ein generelles Abkommen über eine Verbesserung des Technologietransfers geben wird. Die ursprüngliche, auf Betreiben von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher formulierte Absicht, die SDI-Vereinbarung in einem umfassenderen Technologieabkommen aufgehen zu lassen, wird von der US-Regierung nicht akzeptiert.

Zunächst aufgetretene Unstimmigkeiten innerhalb der deutschen Delegation sind inzwischen überwun*den worden.*

Während für die Bundesregierung eine einzige Delegation unter Schomerus über SDI und Techologietransfer verhandelt, gibt es bei den Amerikanern eine SDI-Delegation unter Leitung von Staatssekretär Richard Perle (Verteidigungsministerium) und eine Technologiedelegation unter den gemeinsamen Leitern Perle und Staatssekretär Schneider (Außenministerium). Perle hat sich als besonders zäher Kontrahent erwiesen. Bonner Diplomaten meinen, im Notfall müßte man US-Außenminister George Shultz sozusagen als Vermittler einschalten.

Sozialausschüsse legen Kompromiß vor

Heute entscheidet die Koalition über neue Formulierungen für den Paragraphen 116

GÜNTHER BADING, Bonn

Unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl wird eine Koalitionsrunde heute darüber entscheiden, welche Präzisierungen oder Erweite*rungen in dem Entwurf* zur Neuregelung des Neutralitäts-Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz *(AFG)* vorgenommen werden sollen. Die Koalition ist entschlossen, den neuen § 116 am 21. März zu verabschieden. Dabei wird es entscheidend auf den Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien ankommen. Der Bundesvorstand der CDU-Sozialausschüsse (CDA) hat seine Linie dazu in einer Sitzung unter Leitung des CDA-Vorsitzenden Norbert Blüm am Sonntag festgelegt.

Im Forderungskatalog der CDA heißt es:

- „Die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar Betroffene dürfen nur ruhen, wenn der Arbeitskampf für sie stellvertretend mitgeführt wird. Das heißt:
- Die Hauptforderungen müssen nach Art und Umfang gleich sein, ohne völlig übereinstimmen zu müssen.
- Die mittelbar Betroffenen müssen vom Arbeitskampfergebnis auch durch den für sie geltenden Tarifvertrag voraussichtlich profitieren.
- Es muß im Gesetz eindeutig definiert werden, wann eine Forderung *als erhoben gilt*."

Hinzu kommen bekannte Forderungen der CDA wie eine verschärfte

SEITE 12:
Bonns Zweifel

Nachweispflicht, daß etwaige Kurzarbeit oder Aussperrung tatsächlich mittelbare Folge eines Arbeitskampfes ist, Regreßpflicht des Arbeitgebers und Vorleistungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit.

Der CDA-Bundesvorstand hatte in seiner Formulierung nicht nur den im ursprünglichen Gesetzentwurf enthaltenen Passus gestrichen, daß die Hauptforderung *(Einzahl)* in den verschiedenen Tarifgebieten „annähernd" gleich sein müsse, um die Voraussetzung für das Ruhen der Arbeitslosengeldzahlung an mittelbar Betroffene zu schaffen. Er hatte bewußt die Mehrzahl „Hauptforderungen" verwandt, um zu dokumentieren, daß in der Praxis die Gesamtforderung bewertet werden müsse und nicht nur als wesentlich erachtete Bestandteile

Entscheidender Punkt ist die Festlegung der CDA auf den sogenannten „Partizipationstatbestand" als Ausschlußgrund für Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit. Bisher galt nach dem alten Paragraph 116 AFG, daß alternativ entweder die Beeinflussung des Machtgleichgewichtes zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften (Einflußtatbestand) oder das Profitieren mittelbar betroffener Arbeitnehmer (Partizipation) für sich genommen als Voraussetzung für das Ruhen des Arbeitslosengeldes genügte. Beide Tatbestände sollen jetzt nur kumulativ wirksam werden. CDA-Sprecher Richard Fischels fand die knappe Formel: „Beeinflußt kann nur werden, wenn partizipiert wird".

Fabius: Wir lassen uns nicht erpressen

Geiselnahme von Beirut kein Wahlkampfthema / Unterhändler in Damaskus eingetroffen

DW. Paris

Die Geiselnahme eines Kamera*teams des französischen Fernsehens* in Libanon hat Premierminister Fabius als den Versuch einer „Erpressung" seiner *Regierung dargestellt*. „Mit diesen Entführungen und Forderungen sollen der Präsident, die Regierung und unsere *Nahostpolitik* erpreßt werden." Die Entführer sollten wissen, daß Frankreich sich nicht erpressen lasse.

Fabius wies darauf hin, daß die Entführung eine Woche vor den Parlamentswahlen stattgefunden hat und das von den Terroristen gestellte Ultimatum für die Erfüllung ihrer Forderungen auf eine Woche begrenzt sei. Die Kommentatoren der Presse sehen darin den Versuch einer direkten Einflußnahme auf den Ausgang der Wahlen. Die politische Zurückhaltung der Opposition in dieser Frage weise jedoch auf einen außenpolitischen Konsens, der sich immer dann einstelle, wenn die Bedrohung von außen komme.

Fabius forderte die Bevölkerung in seiner Erklärung auf, Verständnis für die unnachgiebige Position der Regierung zu zeigen. „Es ist meine Pflicht Ihnen zu sagen, daß eine neue Eskalation der Gewalt möglich ist, weil Frankreich vor den Wahlen steht und versucht wird, Druck auf die Regierung und das Volk auszuüben", sagte er. „Wir hoffen, daß die Vernunft siegen wird und wir werden alle verfügbaren Mittel einsetzen, um die *Geiseln zu befreien. Aber erpressen* lassen wir uns nicht."

Ein französischer Unterhändler, der auf Ersuchen des „Islamischen Dschihad" eingeschaltete Arzt Razah Raad, traf unterdessen in der syrischen Hauptstadt Damaskus ein, wo er sich für die Freilassung von insgesamt acht Franzosen einsetzen will, die sich gegenwärtig in der Gewalt radikaler Moslems befinden. Als offiziell von der französischen Regierung beauftragte Emissäre halten sich zudem die Diplomaten Serge Boidevaix und Henri Servant in Beirut und Damaskus auf. Servant hat amtlichen syrischen Angaben zufolge dem syrischen Staatschef Hafes el Assad eine Botschaft des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand überbracht.

Die Beiruter Zeitung „An-Nahar" berichtete, die französische Regierung habe Razah Raad zur Vorlage eines Drei-Punkte-Angebots ermächtigt. Der Zeitung zufolge ist Paris bereit, die langjährigen Freiheitsstrafen *des Mordkommandos zu verkürzen*, das vor sechs Jahren versucht hatte, den ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Schapur Bachtiar in Paris zu ermorden. Dabei soll die französische Regierung notfalls eine sofortige Freilassung der fünf Täter erwägen. Außerdem hat Frankreich angeblich eine offizielle Erklärung der irakischen Regierung angeboten, in der Bagdad den beiden von Frankreich ausgelieferten irakischen Oppositionsangehörigen das Leben und einen fairen Prozeß zusichert. Der Drei-Punkte-Plan soll weiterhin eine syrische Garantieerklärung für diese Abmachungen umfassen.

Privatisierung wieder Thema

HH. Bonn

Die am vergangenen Mittwoch abgesetzte Entscheidung über die Teilprivatisierung der drei Bundesunternehmen VIAG, Prakla-Seismos und Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) steht morgen wieder auf der Tagesordnung des Kabinetts. Allerdings soll Finanzminister Stoltenberg *die Bedenken*, die *sein* bayerischer Kollege Streibl ihm am Freitag (WELT v. 8. 3.) vorgetragen hat, noch berücksichtigt haben.

Strauß wendet sich gegen die Einbeziehung der IVG-Tochter Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG), die er in seiner Zeit als Verteidigungsminister gegründet hatte. Neuerdings werden auch bayerische Bedenken gegen die Veräußerung von Anteilen der VIAG laut, die nach dem Freistaat Bayern größter Aktionär (knapp 40 Prozent) des Elektrizitätsversorgungsunternehmens Bayernwerk AG ist.

Seite 2: Bayerischer Querschuß

Schwere Vorwürfe gegen die Swapo

Co. Bonn

Mitglieder eines namibischen Eltern-Komitees haben in Bonn an die deutsche Öffentlichkeit appelliert, ihnen bei der Suche nach ihren von der Swapo gefangen gehaltenen Kindern und bei den Bemühungen um ihre Befreiung zu helfen. Nach Angaben der aus Windhuk angereisten farbigen *Komitee-Mitglieder*, die gestern auch im Auswärtigen Amt empfangen worden sind, werden einige hundert Kinder und Jugendliche aus Südwest-Afrika von der Swapo in Angola und Sambia festgehalten. Vielen von ihnen drohe sogar der Tod, weil sie als „südafrikanische Spione" angeklagt würden. Briefliche Unterstützungsappelle der Eltern an Politiker, wie UNO-Generalsekretär Perez de *Cuellar, den sambischen* Präsidenten Kenneth Kaunda, den Präsidenten von Angola, José Dos Santos, und Swapo-Chef Sam Nujoma *sind bisher* ohne Antwort geblieben.

Seite 12: Kinder als Geiseln

Peking weist Moskau zurück

DW. Peking

Eine Absage erteilte China der Sowjetunion gestern in der Frage einer *möglichen Wiederaufnahme* der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien beider Länder. Solange das Verhältnis zwischen beiden Ländern nicht normal ist, hält der chinesische Parteisprecher Wu Xingtang eine Annäherung der *Parteien* für schwierig. Er reagierte damit auf eine Verlautbarung des Kreml, daß Verbesserungen der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion, von den Genossen in Peking abhinge.

Dazu meinte Wu, China und die Sowjetunion müßten zunächst drei Hindernisse aus dem Weg räumen: Die *sowjetische* Rückendeckung der vietnamesischen Besetzung Kambodschas, die sowjetische Besetzung *Afghanistans und die Konzentration* sowjetischer Militäreinheiten an der chinesisch-sowjetischen Grenze.

DER KOMMENTAR

Zweifel erlaubt

JÜRGEN LIMINSKI

Es fällt schwer, der französischen Regierung Glauben zu schenken, wenn sie sagt, sie lasse sich nicht erpressen. Als Premierminister Fabius mit seiner dramatischen Erklärung vor die Presse trat, waren bereits mehrere offizielle und inoffizielle Unterhändler aus Paris unterwegs, um, wie eine Beiruter Zeitung berichtet, einige konkrete *Konzessionen anzubieten*. Und hat nicht die Regierung Fabius erst vor wenigen Wochen den Chef der *schiitischen* Terroristenbande, die im Sommer vergangenen Jahres die spektakuläre Entführung einer amerikanischen Verkehrsmaschine nach Beirut organisierte, in Frankreich entdeckt, beobachten und schließlich doch ungehindert wieder ausreisen lassen? Das belegen jedenfalls Dokumente, die der „Figaro" jüngst veröffentlichte.

Solch ein Verhalten und die Fehler der vergangenen Tage lassen Zweifel an der „festen Entschlossenheit" aufkommen, dem Terrorismus in all seinen Formen Widerstand zu leisten. Diese Zweifel werden durch die Worte Fabius' wohl nur bei den fest entschlossen zur Regierungspartei stehenden Franzosen beseitigt.

Damaskus war die erste Station der französischen Unterhändler. Das ist nur folgerichtig. Wenn überhaupt jemand in dem Gestrüpp der verwirrend vielen Terrorgruppen in Beirut Einblick und Einfluß hat, dann die syrische Regierung. Ob sie allerdings die Freilassung der Geiseln bewirken kann, ist sehr fraglich. Eine Gewissheit werden die Unterhändler jedoch mit Sicherheit nach Hause zurückbringen: Dienstleistungen in Nahost, ganz gleich welcher Art, sind selten umsonst. Damit erhöht sich für Paris der politische Preis, ob die acht Geiseln nun freikommen oder nicht.

Die Opposition hält sich vornehm zurück. Mit Grund: Nicht nur das nationale Interesse verbietet es, die delikate Situation der Noch-Regierung auszunutzen. In einer Woche könnte man sich in derselben Situation wiederfinden.

Trifft Honecker mit Kohl zusammen?

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher werden am kommenden Samstag zu den Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme nach Stockholm fliegen.

Da auch SED-Chef Erich Honecker in *der schwedischen Hauptstadt* erwartet wird, ist ein Treffen Kohl/Honecker bei dieser Gelegen*heit nicht ausgeschlossen*. Regierungssprecher Ost sagte, es gebe dafür noch keine Anzeichen.

Bonn und Tirana verhandeln wieder

DW. Wien

Die Bundesrepublik Deutschland und Albanien haben gestern in Wien die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen fortgesetzt. Diplomatische Kreise erwarten jedoch keinen raschen Durchbruch bei dem als „inoffiziell" eingestuften Treffen zwischen den Abgesandten aus Tirana und Bonn. Erste Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Albanien waren bereits vor mehreren Jahren aufgenommen worden.

WELT-Report über CeBIT in Hannover

DW. Bonn

Sie gilt als Super-Ausstellung für Software und als Arena der „Bildschirm-Freaks". Gemeint ist die CeBIT 1986 auf der Hannover-Messe: die große Schau der Daten- und Bürotechnik. Wer sich umfassend über Computer informieren will, ist in Hannover an der richtigen Stelle. Dieser Ausgabe liegt ein WELT-Report über die CeBIT 1986 bei, der sich unter anderem mit den Themen „künstliche Intelligenz" und „Computer-Viren" beschäftigt.

Plädoyer für einen Küstenstaat

DW. Bonn

Die politische Zersplitterung der Küstenregion in vier Bundesländer erschwert die Beseitigung des Süd-Nord-Gefälles. Ein norddeutscher Küstenstaat wäre nach Ansicht von Eckart van Hooven, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, die beste Therapie. In einem Beitrag für die WELT kritisiert der Bankier, daß Politik und Verwaltung im Norden der Wirtschaft nicht mit der notwendigen Aufgeschlossenheit begegneten.

Seite 14: Fehlender Schulterschluß

Bonn: Appell an die Kirchen

HH. *Bonn*

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Entwicklungsminister, Volkmar Köhler (CDU), hat an beide Kirchen appelliert, politikfähig zu bleiben. Solange sie nur Maximalforderungen verkündeten, verabschiedeten sie sich vom politischen Dialog, betonte Köhler gegenüber der WELT. In letzter Zeit war aus Kirchenkreisen, zuletzt von Josef Herkenrath, Sorge über Entwicklungshilfe als „Geschäft" geäußert worden.

Seite 5: Mildtätigkeit

KGB setzt Felfe gegen SDI ein

W. K. *Bonn*

Der KGB setzt seinen früheren Agenten in der Bundesrepublik Deutschland, Heinz Felfe, für eine Desinformationskampagne gegen die Politik der Bundesregierung ein. Felfe – 1969 begnadigt – erhielt für seine Memoiren Material, mit dem die UdSSR offenbar auf die Sicherheitsgesetzgebung einwirken und die Opposition in der Bundesrepublik gegen das Raketenabwehrprogramm SDI unterstützen wollen.

Seite 4: Memoiren

Reagan im Streit um Hilfe für „Contras" kompromißbereit

Verhandlungen sollen Demokratisierungsprozeß einleiten

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan *hat* in seinem Bemühen um die Freigabe von 100 Millionen Dollar Finanzhilfe für die *Widerstandskämpfer gegen* das Sandinisten-Regime in Nicaragua Kompromißbereitschaft signalisiert. Bei seiner Rückkehr aus Camp David nach Washington erklärte Reagan, er sei „bereit, Gespräche zu führen, um festzustellen, ob ein Weg gefunden werden könne, die Regierung Nicaraguas durch Druck zu Verhandlungen über einen Demokratisierungsprozeß zu veranlassen".

Vier von fünf Kongreßausschüssen haben Reagans umstrittenes Programm abgelehnt. Das von den oppo*sitionellen Demokraten* beherrschte Repräsentantenhaus soll am 19. März über die Mittel für die „Contras", davon 70 Millionen *Dollar* für *Militär*hilfe und 30 Millionen Dollar für humanitäre Ausgabenzwecke, abstimmen. Ein in Abgeordnetenkreisen diskutierter Vergleichsvorschlag läuft darauf hinaus, das Votum über die Vorlage mehrere Monate zu verschieben, um eine diplomatische Lösung zu finden. Je nach dem Ausgang der Bemühungen soll dann im Herbst votiert werden.

Nach Angaben aus dem Kongreß würde die Reagan-Vorlage bei dem gegenwärtigen Stand der Meinungsbildung am 19. März voraussichtlich auf Ablehnung stoßen. Auch der Abteilungsleiter für interamerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams, wies gestern auf die neue Strategie des Präsidialamts in der Frage der „Contra"-Hilfe hin.

Abrams sagte, daß Reagan zwar nicht auf einen Kompromiß hinarbeite, sondern sich bemühen werde, genügend Stimmen für die Annahme seines Programms im Kongreß zu mobilisieren.

Die nicaraguanische Regierung gab gestern bekannt, daß die Preise für wichtige Waren und Dienstleistungen um durchschnittlich 50 Prozent angehoben werden sollen. Nahrungsmittel würden um fast 100 Prozent teurer. Die Mehreinnahmen sollen dem Militärhaushalt gutgeschrieben werden.

G



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bayerischer Querschuß

Von Heinz Heck

Droht der Teil-Privatisierung von Bundesunternehmen das gleiche Schicksal wie dem Subventionsabbau, also als Thema für Regierungserklärungen, aber nicht für praktische Politik zu taugen? Stoltenbergs in der letzten Woche abgesetzter Vorschlag zur Teil-Privatisierung von VIAG, Prakla-Seismos und der Industrieverwaltungs-Gesellschaft (IVG) steht morgen erneut zur Entscheidung an. So war am Montag der Stand der Kabinetts-Tagesordnung. Doch wer weiß, ob sie nicht wieder auf bayerischen Druck geändert wird?

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und München scheinen auch nach dem kurzfristig anberaumten Gespräch Stoltenbergs mit seinem bayerischen Kollegen Streibl keineswegs ausgeräumt zu sein. Es verdichtet sich sogar der Eindruck, daß sie eher zunehmen, wenn jetzt zu hören ist, daß dem Bundesland Bayern wegen der Beteiligung der VIAG am Bayernwerk der Gang dieses Unternehmens an die Börse nicht paßt.

Die leidige Privatisierung wirft inzwischen die Frage nach dem Entscheidungs-Ablauf in Bonn und zwischen Bund und Ländern auf. Vor Jahren wurden mindestens acht Veräußerungskandidaten angekündigt, mit den beteiligten Ressorts und Bundesländern diskutiert, auf einen harten Kern von nur noch drei Anwärtern gestutzt und diese in einem abschließenden(?) Koalitionsgespräch für die Kabinettsentscheidung vorbereitet. Und dies, wohlgemerkt, nachdem man angesichts des bayerischen Widerstandes die Lufthansa, den dicksten Stein des Anstoßes, von der Liste genommen hatte und in den übrigen Fällen keine mehrheitsverändernden Beschlüsse vorgesehen sind.

Und nun, nachdem eigentlich niemand mehr etwas befürchtet hat, geht die ganze Sache wieder von vorn los. Warum zerbricht man sich zum Beispiel in Bayern den Kopf des Verteidigungsministers über Risiken einer möglichen IVG-Teilprivatisierung? Mit dem Hause Wörner jedenfalls hatten Stoltenbergs Fachleute alle Einwände ausgeräumt, so wie sie es im Falle der Lufthansa – vergeblich – mit Bayern versucht hatten.

Soll sich denn Stoltenberg seine Kabinettsvorlagen gleich in München schreiben lassen? Dann würden zumindest diese kurzatmigen Beschluß-Veränderungen vermieden. Doch wer weiß? Vielleicht stünde dann in dieser Legislaturperiode nur noch Prakla-Seismos zur Teil-Privatisierung an.

Stabiles Kolumbien

Von Günter Friedländer

Mehr als 40 000 Kandidaten hatten sich am Sonntag um die knapp 10 000 Posten in den Volksvertretungen der Nation, der Bezirke und der Stadtverwaltungen Kolumbiens beworben – auch ein Test für die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai, die zum Ende der Ära Belisario Betancurs führen werden. Kolumbien erhielt Antwort auf Fragen, die die Öffentlichkeit seit langem beschäftigten:

Würde die (etablierte) Liberale Partei unter der Leitung des Präsidentschafts-Anwärters Virgilio Barco Vargas genügend Stimmen der abtrünnigen Neuen Liberalen zurückgewinnen können, um auch ohne die ersehnte, aber anscheinend unmögliche liberale Einigung im Mai den konservativen Parteifreund Betancurs, Alvaro Gomez Hurtado, zu schlagen? Würde die Teilnahme der kommunistischen Guerrilla Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) an den Wahlen mit einer eigenen Partei, der Patriotischen Union, das Land verändern und der extremen Linken Einfluß in den Volksvertretungen geben? Würden die jungen Wähler – fast 15 Prozent gaben zum ersten Mal ihre Stimme ab – die Gewichte verschieben?

Nach der Auszählung von 70 Prozent der Stimmen ist die Antwort auf diese Fragen klar: Kolumbien, dessen schwelender Bürgerkrieg oft für ein Bild großer Labilität sorgt, hat demokratische Stabilität bewiesen. Die Liberale Partei ist mit mehr als 45 Prozent der Sieger der Wahlen. Die Konservativen liegen unter 35 Prozent. Die Neuen Liberalen scheinen Stimmen an die Liberale Partei verloren zu haben. Der Guerrilla aber, die zum ersten Mal an Wahlen teilnahm, erteilte das Volk eine vernichtende Absage. Sie hatte bei dem erwähnten Zwischenstand der Auszählung nicht einmal zwei Prozent.

Auch wenn diese Zahlen im Endergebnis noch Korrekturen erfahren sollten, ist die Tendenz klar: Belisario Betancur hat ein klares Nein für seine Politik erhalten. Damit sind die Chancen, daß im Mai ein konservativer Kandidat sein Nachfolger wird, wohl sehr gering.

Frauen an die Front

Von Peter M. Ranke

Frauen sollen für Khomeini sterben. Seit der islamischen Revolution 1979 zogen tiefverschleierte Frauen und Mädchen schon oft in Parade-Formation an den Ayatollahs vorbei, die Kalaschnikow über die Schulter gehängt. Aber nun wird es ernst. In dieser Woche beginnt die Grundausbildung für die Glaubens-Kämpferinnen.

In den Moscheen war am Freitag gepredigt worden, auch Frauen müßten ihrer „heiligen Pflicht" zur Verteidigung des Landes und der Revolution nachkommen. Staatspräsident Ali Khamenei stieß gestern nach: Verteidigung sei eine religiöse Pflicht, von der niemand ausgenommen sei, weder Mann, Frau noch Kind. Männer und Knaben hat das Ayatollah-Regime schon zu Tausenden in den Krieg und in den Tod geschickt. Jetzt sind die Frauen dran.

In Teheran werden Fotos gezeigt, die Frauen und Mädchen abbilden, wie sie händeringend Soldaten und Revolutionsgardisten oder auch Mullahs bitten, doch auch noch den jüngsten Sohn oder den Bruder in den Kampf zu schicken, damit der Märtyrer schnelle Aufnahme im Paradies finde. Man mag das als Propaganda abtun, tatsächlich aber gibt es viele im Glauben fanatische Schiitinnen in Iran.

In der islamischen Welt kennt man weibliche Soldaten in Algerien, Libyen und Syrien, wo sie als Miliz – nicht in der regulären Truppe – dienen. Denn die enge Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern verstößt gegen religiös-sittliche Grundsätze. In der Not scheinen die schiitischen Religionsgelehrten jedoch nun Ausnahmen zuzulassen. Schon bei einer militärischen Ausbildung, vor allem aber im Kampf, kommen die schiitischen Amazonen nicht um eine Zusammenarbeit mit männlichen Soldaten herum.

Nach den orthodoxen Glaubenssätzen des Islam haben Frauen allerdings keine Seele und können daher auch nach einem Märtyrer-Tod nicht ins Paradies gelangen. Daher berufen die Ayatollahs nun die „heilige Pflicht" zur Verteidigung des Glaubensstaates. Oder rechnen sie damit, daß die moslemischen irakischen Soldaten nicht auf Frauen schießen?



Iranische Gleichberechtigung KLAUS BÖHLE

„Regelstudium" und Mut

Von Hartmut Schiedermair

Vater K. ist glücklich. Stolz kann er den Freunden verkünden, daß seine Tochter ihr juristisches Studium ohne Hilfe des Repetitors pünktlich nach acht Semestern mit einem vorzüglichen Prädikat abgeschlossen hat. Warum soll das, was Intelligenz, Fleiß und Pünktlichkeit vermögen, nicht zu einer allgemeinen Regel werden?

Mit seinen jüngsten „Empfehlungen zur Struktur des Studiums" gibt der Wissenschaftsrat hierauf eine optimistische Antwort. „Vier plus" heißt sein neues Modell für eine angemessene Studiendauer. Danach gelten vier Jahre für das Studium und drei Monate für das berufsqualifizierende Abschlußexamen als goldene Regel, an die sich nicht nur die Juristen, sondern auch die Philosophen, Chemiker, Ingenieure, ja die Studenten aller Fachrichtungen zu halten haben. Eine Ausnahme soll nur – warum eigentlich? – für Medizin gelten.

Geklagt wird schon seit vielen Jahren, daß sich die Studenten zu lange an der Universität aufhalten. Nicht selten ist dagegen das abwegige Argument der hohen Kosten der Universitäten aufgeboten worden – abwegig schon deshalb, weil gerade die Studenten mit den überhöhten Semesterzahlen in den Vorlesungen, Übungen, Seminarbibliotheken oder Labors nicht anzutreffen sind und daher den Betrieb und die Etats der Universitäten auch nicht belasten. Immerhin hat das Kostenargument Organisationen wie etwa der GEW nur allzuoft die Gelegenheit gegeben, alle Bemühungen um eine Verkürzung der Studiendauer als listigen Unterdrückungsmechanismus einer kapitalistisch orientierten Gesellschaft zu denunzieren. Was sie dabei verschweigt, ist ihre Genugtuung darüber, daß diese Studenten vom überlasteten Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Eine Generation von Studenten auf Halde! Grenzt dies nicht an Menschenverachtung?

Die Studenten wachsen in einer Gesellschaft auf, die sich trotz allen Wohlstands in ihrer Selbstdarstellung lustvoll zwischen Krise und Katastrophe bewegt. Kein Wunder, daß sich Unsicherheit und Lebensangst auch unter den Studenten ausgebreitet haben. Die Universität scheint kaum in der Lage zu sein, dem entgegenzuwirken. An ihrem Eingang steht mit dem Numerus clausus und dem Monstrum ZVS ein System der staatlichen Zwangsbewirtschaftung von Studienplätzen, und an ihrem Ausgang verheißt ein überlasteter Arbeitsmarkt schlechte berufliche Aussichten. Innerhalb der Universität herrscht die Überfüllung, und wer im fortgeschrittenen Semester aus der Anonymität herausgefunden hat, ist froh mit dem Plätzchen, das er sich erobert hat. Wie ließen sich sonst die vielen Beispiele der Studenten erklären, die trotz beachtlicher Studienerfolge nur den einen Wunsch haben, die Universität so bald nicht zu verlassen? Die Schlupfwinkelmentalität wird zum Problem. Wer macht den Studenten Mut?

Was manche bildungspolitischen Experten zum Thema Studienzeit beigetragen haben, ist nachgerade entmutigend. Nach der Verabschiedung altväterlicher Tugenden wie Mut, Fleiß und Pünktlichkeit hatte man die neue Zauberformel schnell gefunden: Probleme werden durch Organisation gelöst. Regelstudienzeiten mit und ohne Rausschmißeffekt, Eingangs- und Zwischenprüfungen, ein von wissenschaftlichen Ansprüchen entlastetes Kurzstudium gehören zum reichhaltigen Angebot derer, die wissen, wie man Effizienz in der Universität durchsetzt. Mit dem Erfolg, daß das wissenschaftliche Studium sich immer mehr der totalen Verschulung annähert.

Daß diese Entwicklung die Studienzeit eher verlängert, liegt auf der Hand. Aber eine künstlich verlängerte Schulbank vermindert nicht, sondern vermehrt Unsicherheit und Lebensangst. Die Universitäten und die Hochschullehrer können die Rahmenbedingungen des Studiums kaum verändern. Ihnen bleibt nur ein begrenzter, jedoch nicht unwichtiger Beitrag zur Verbesserung des Studiums. Sie halten allen Widrigkeiten zum Trotz an der überkommenen Vorstellung der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden fest.

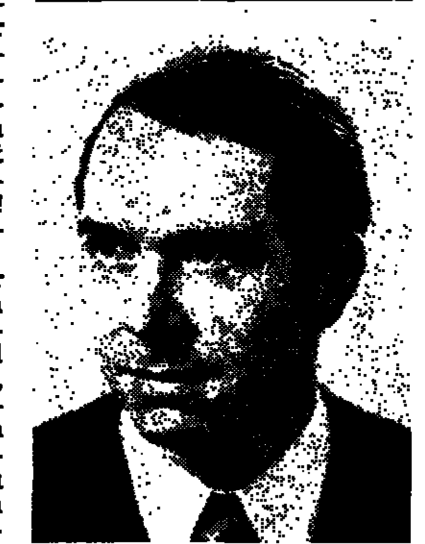
Diese aber läßt sich nur im gemeinsamen Umgang mit der Wissenschaft verwirklichen. Deshalb ist die Organisation des Studiums der Sache nach kein administratives, sondern ein wissenschaftliches Problem. Ein Nachgeben in den wissenschaftlichen Qualifikationsmaßstäben kann also für die Universitäten nicht in Frage kommen. Auch die unangemessene Verschulung des Studiums ist daher zu beseitigen. Das wissenschaftliche Studium braucht seine Freiheit, zu der nicht nur das Risiko, sondern auch und gerade der Mut gehören.

Allerdings sind übermäßige Studienzeiten oft auch ein Problem der Studien- und Prüfungsinhalte. Im Studium geht es um das wissenschaftlich erarbeitete Grundwissen, das dem Studenten die Berufsbefähigung und die notwendige Beweglichkeit gibt. Spezialisierung findet sowieso erst im Beruf statt. „Entrümpelt die Lehrpläne" ist daher eine berechtigte Forderung. Sie steht allerdings unter einem gewichtigen Vorbehalt. Da es das wissenschaftliche Studium als solches nicht gibt, ist hier nach Fächern und Studiengängen sehr genau zu unterscheiden.

Die Denkanstöße des Wissenschaftsrats sind daher nirgendwo besser aufgehoben als bei den Fakultätentagen. Diese Fachvereinigungen müssen die Empfehlungen jeweils prüfen und für die Praxis der verschiedenen Studiengänge fruchtbar machen. Nach der unseligen Erfahrung mit den sogenannten Studienreform-Kommissionen scheint dies der einzig erfolgversprechende Weg zu sein.

Ob die Stimme der Wissenschaft bei dem Problem der Studienzeitverkürzung angemessen zur Geltung kommt? Die Erfahrungen mit einer seit Jahren betriebenen Studienreform geben Anlaß zur Skepsis. Vater K. geht dies alles nichts mehr an. Er zwinkert seiner Tochter zu: Wir sind noch einmal davongekommen. Soll dies aber die neue Elite sein?

GAST-KOMMENTAR



Der Kölner Staatsrechtslehrer Professor Hartmut Schiedermair ist Vorsitzender des Hochschulverbandes FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Philip Habib

Der Trouble Shooter

Von Fritz Wirth

Wenn in der US-Politik Wunder oder doch das nahezu Unmögliche verlangt wird, fällt den Männern im Weißen Haus als erstes Philip Habib ein. Das war so, als Richard Nixon einst Friedensfühler zu den Nordvietnamesen ausschickte und dazu Habib und Henry Kissinger nach Paris entsandte, und das war so, als Jimmy Carter in Camp David einst Begin und Sadat zum Friedensschluß zusammenbrachte. Es war Habib, der hinter den Kulissen den Weg dazu bereitet hatte.

Seither wollte dieser Diplomat für Notfälle und Chef-Krisenmanager im Außenministerium eigentlich nur seine Ruhe haben. Eine Reihe von Herzattacken hatten dem schwergewichtigen Mann so zugesetzt, daß er 1978 seinen Abschied aus dem diplomatischen Dienst nahm.

Doch der oberste „Trouble Shooter" der amerikanischen Außenpolitik hatte sich unentbehrlich gemacht. Jimmy Carter drängte ihn schon anderthalb Jahre später, sich um das Verhältnis zu Kuba zu kümmern. Und als Reagan ins Amt kam, vertraute er Habib ein diplomatisches Himmelfahrtskommando an. Er sollte versuchen, in Libanon, dem Land seiner Väter, Ruhe zu schaffen und die feindseligen Fraktionen zusammenzubringen.

Es war ein unmöglicher Auftrag. Philip Habibs diplomatische Bemühungen wurden von den Männern der Gewalt in Libanon gnadenlos zusammengebombt. Enttäuscht und desillusioniert begab er sich 1983 zum zweiten Mal in den Ruhestand, aus dem ihn vor drei Wochen der Präsident mit der Bitte aufschreckte, auf den Philippinen nach dem Rechten zu sehen und Ferdinand Marcos so höflich, aber bestimmt wie möglich klarzumachen, daß seine Tage als Präsident gezählt sind.

Reagan ließ Habib kaum Zeit, „Auftrag ausgeführt" zu melden, als er ihm einen Marschbefehl nach Mittelamerika gab. Es war in diesem Fall mehr als nur ein neuer Krisenauftrag für Habib, es war zugleich ein Signal an Reagans Kritiker im Kongreß: Seht her, wir geben der Lösung dieses Konflikts mit diplomatischen Mitteln eine Chance!



Von den Philippinen nach Mittelamerika: Habib FOTO: CAMERA PRESS

Habib, der am 25. Februar 66 Jahre alt wurde, scheint für derartige Missionen geboren zu sein. Er wuchs als Sohn eines libanesischen Lebensmittelhändlers in Brooklyn in einer überwiegend jüdischen Nachbarschaft auf. Nach seiner Rückkehr aus dem Zweiten Weltkrieg promovierte er in Berkeley in den Wirtschaftswissenschaften, ging 1955 in den diplomatischen Dienst und machte Karriere als Fernost-Spezialist. Von 1971 bis 1974 war er Botschafter in Südkorea und leitete in den nächsten zwei Jahren im State Department die Abteilung für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten.

Seine Erfolge als Vermittler und politischer Feuerwehrmann verdankt er nicht so sehr seinem nach außen hin jovialen Wesen, sondern seiner oft erstaunlichen Härte am Verhandlungstisch, seiner Offenheit in Gesprächen unter vier Augen. Seine meist überaus schwierigen Verhandlungspartner haben gelernt, daß man seinem Wort trauen kann und daß er nicht mit Finessen arbeitet.

Er wollte eigentlich schon seit drei Jahren in San Francisco beschaulich auf seine bewegte Karriere zurückblicken. Das gegenwärtige Ausmaß an Krisen in der Welt von Afghanistan über Afrika bis Mittelamerika läßt vermuten, daß dieser Mann einen bewegten und aufregenden „Ruhestand" haben wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung meint zum Parteien-Zwist:

Barschel lastet seiner Bonner Regierung die Schuld für die Wahlniederlage in Schleswig-Holstein an. Er erntet Widerspruch. Flugs beschimpft er den Koalitionspartner FDP, der sofort scharf zurückschießt. Stoltenberg warnt vor nicht abgestimmten Initiativen. Diepgen mahnt zu mehr Solidarität. Biedenkopf reibt sich schnell noch einmal an der FDP, die ihr Mandat durch eigene Leistung und nicht durch Kritik am Koalitionspartner erringen solle. Und Helmut Kohl steht dazwischen, mit einer erfolgreichen Politik, von der sonst kaum jemand sagt, wie erfolgreich sie sei. Schließlich sitzt die CDU auf ihren Gesetzen herum, derzeit auf dem „Streikparagraphen", und weiß nicht, was sie nun ausbrüten soll. Da hagelt es Mahnungen, reiht sich „man hätte" an „man sollte", und Kohl und Blüm stehen im Regen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt schreibt zur Entführung in Libanon:

Der Krieg, der sich der Zivilisten als Geiseln bemächtigt, um mit ihnen Gefangene freizupressen, übertrifft in diesen Tagen das Kampfgeschehen in Nahost. Mit Filmkameras „bewaffnet" waren vier Franzosen in Libanon verschleppt worden, um als Handelsware angeboten zu werden. Frankreich soll ... Gefangene herausgeben, die als Mörder verurteilt und nicht hingerichtet wurden, um – in weiser Voraussicht? – jetzt als Tauschobjekte zu Lebensrettern für die Verschleppten zu werden. Die Nachtsitzung des französischen Krisenstabes beim Premierminister hat keine Zusage an die Hintermänner der Entführer zustande gebracht; aber die Entschlossenheit, den Geiselnehmern nicht zu gehorchen, gibt es höchstens vom Hörensagen.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Die Dortmunder Zeitung geht auf die CDU in Nordrhein-Westfalen ein:

Kurt Biedenkopf ist am Ziel. Jetzt ist er nicht mehr allein „der Kopf", der alles denkt. Er ist auch einer, der Gedachtes durchsetzen kann – ein Mann mit Hausmacht. Das hat buchstäblich in letzter Minute wohl auch Helmut Kohl erkannt, der ihn jahrelang gebremst hatte – so konsequent, daß ihm als NRW-Spitzenmann selbst der unglücklich-folgsame Rheinländer Worms lieber war als der intellektuell-unbequeme Westfale ... Angeschlagen durch „Blackout" und Schleswig-Holstein-Schlappe mußte er dann im Büßerhemd hin: „Bitte helfen Sie mir." Man wird sehen.

WASHINGTON POST

Sie kommentiert die Zinssenkungen in der Bundesrepublik, Japan und den USA:

Deutsche und Japaner sind zu sehr von Exporten in die USA abhängig geworden. Und mit dem Wertverlust des Dollars wird es nächstes Jahr keiner von beiden so leicht haben wie dieses Jahr, seine Waren in den USA abzusetzen.

Stellt Westfernsehen die Leute im Ostblock ruhig?

Die Illusion dabeizusein / Von Carl Gustaf Ströhm

Ein Informationsmonopol galt bisher als Voraussetzung totaler Herrschaft. Ein Beispiel dafür ist die Sowjetunion, wo ein Großteil der Bevölkerung in Isolierung von der Außenwelt gehalten und von den Machthabern manipuliert wird. In der westlichen Welt hat man deshalb bis jetzt die Meinung vertreten, es genüge, die sowjetisch-kommunistischen Systeme über einen längeren Zeitraum hinweg dem freien Fluß der Information auszusetzen, um im Denken und Handeln der Menschen (und vielleicht sogar der Führung) eine Veränderung in Richtung auf mehr Freiheit, weniger Konformität und weniger totalitäre Anpassung zu erzielen.

Nun hat ein Fachmann diese Thesen in Zweifel gezogen, zumindest für das Fernsehen. George Urban, Direktor des US-Senders „Radio Freies Europa" (RFE) in München – einer Station, die in den Ostblock-Sprachen sendet –, vertritt die Auffassung, daß das westliche Fernsehen in den kommunistischen Staaten systemstabilisierend wirke.

In der „New York Times" führt Urban als Beispiele das Fernsehen der Bundesrepublik an, das in der „DDR" und in Teilen der Tschechoslowakei zu empfangen ist, aber auch das Österreichische Fernsehen, das nach Ungarn und in die Tschechoslowakei hineinstrahlt. Dort sind Ferien- und Wochenendhäuser im Böhmerwald und in Südmähren, die im Empfangsbereich dieser TV-Programme liegen, besonders begehrt.

Der RFE-Direktor erwähnt eine Tatsache, die auch vom Innerdeutschen Ministerium registriert wird: Daß nämlich die regimekritische Haltung und der Ausreisewunsch in Richtung Westen unter der Bevölkerung der „DDR" dort am stärksten sei, wo das westliche Fernsehen nicht hinkomme: nämlich im sogenannten Dresdner Loch. Ebenso stellt Urban fest, daß die ungarische Volksrepublik österreichisches Kabelfernsehen übernehme. Sogar politische Diskussionsendungen aus Wien wurden ins Programm aufgenommen. Man kann davon ausgehen, daß dies erst geschehen ist, als sich die Verantwortlichen darüber im klaren waren, daß ihnen von derlei Sendungen keinerlei Gefahr drohe.

Nun hat der RFE-Direktor Urban (übrigens nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Regierungssprecher in Warschau) auch eine Erklärung für diese stabilisierende Wirkung des westlichen Fernsehens parat. Er ist der Meinung, das Westfernsehen produziere eine Art von „Ersatzfreiheit". Die bunten Bilder aus dem Westen, die den Bewohnern östlicher Länder serviert werden, weckten die Illusion, „dabei"zusein. Da das westliche Fernsehen auch den westlichen Konsumenten zum Zuschauer degradiert, der überall dabeizusein glaubt – von Manila bis Nicaragua, von Parlamentssitzungen bis zu Kulturdiskussionen und Gerichtsverhandlungen –, ohne in Wirklichkeit dabeizusein, ist es nicht verwunderlich, wenn es dem östlichen Zuschauer nicht viel anders ergeht.

So ist das Fehlen von Freiheit leichter zu ertragen, wenn der Bildschirm einem die Illusion vermittelt, an der „Freiheit der anderen" zu partizipieren, ja sogar deren negative Seiten, wie Arbeitslosigkeit, politische Schlammschlachten, Streiks, Unruhen und Verbrechen, frei Haus geliefert zu bekommen. Urban: „Das Fernsehen läßt politische Unterdrückung leichter ertragen, denn es trägt in sich die verführerische Formel, daß es einen leichten Fluchtweg aus dem Herrschaftsbereich des Kommunismus gibt, solange die Flimmerkiste funktioniert. Mit anderen Worten: Das Medium selber ist die Botschaft. Fernsehen ist Freiheit. Das flimmernde Bild überdeckt die Realität der Unterdrückung."

Der Rundfunk-Fachmann will diese Wirkung westlicher Fernsehsendungen auf das östliche Publikum übrigens keinesfalls auf den Hörfunk übertragen. Hier würden andere Regeln gelten. Das Radio, das neben RFE auch die „Stimme Amerikas", die BBC, den Deutschlandfunk und die Deutsche Welle nach Osten bringt, hat – wenn und weil es politisch bewußtseinsbildend konzipiert ist und keine bunten Bilder aus der Traumfabrik, sondern Argumente liefert – offenbar bessere Chancen, die Zuhörer in geschlossenen Systemen zu beeinflussen.

Schon hört man, die „DDR"-Führung beabsichtige mit Unterstützung Bonns das „Dresdner Loch" zu schließen und das westliche Fernsehen auch dort hinzubringen – sei es durch Relaisstationen oder Verkabelung –, um auf solche Weise die Ausreisewelle zu bremsen. In Abwandlung eines Lenin-Wortes könnte man also sagen: Realer Sozialismus in Ost-Mitteleuropa ist Sowjetmacht plus Westfernsehen.



„Denken Sie daran, daß wir nur von Überresten sprechen“

Ein schockierendes Schauspiel soll es auf keinen Fall werden. Und so heißt es, daß ein Teil der gefundenen Überreste der „Challenger“-Astronauten bereits insgeheim geborgen wurde. Und dennoch: Die Wunden der Katastrophe werden neu aufgerissen.

Von FRITZ WIRTH

Die Nachricht kam, als der erste Schock überwunden war, und riß neue Wunden auf. Die Nation und die Angehörigen der Opfer der „Challenger“-Katastrophe hatten begonnen, sich *mit dem* Gedanken vertraut zu machen, daß die verunglückten Astronauten Tote ohne Begräbnis bleiben würden, als die Nachricht eintraf, *daß* Überreste von ihnen gefunden worden seien.

Und nun ist es, als seien die sieben Männer und Frauen einen zweiten Tod gestorben. Für die Angehörigen, die am Freitag abend als erste über den Fund informiert wurden, war es eine qualvolle Nachricht, *denn für* viele von ihnen ist dieser zweite Tod noch grausamer als der erste.

„Ich möchte, daß sie die Flugkabine niemals aus dem Wasser holen würden“, sagte beispielsweise Patrick Smith, der Bruder des verunglückten Astronauten Michael Smith. „Es hilft mit Sicherheit niemandem in unserer Familie, die Überreste zu sehen. Wir haben bereits genug *durchgemacht. Je schneller diese* zweite Episode vorüber ist, um so besser.“

Bergung mit Diskretion – im Schutz der Dunkelheit

Nicht alle denken so. Bruce Jarvis, der Vater des Astronauten Gregory Jarvis, sagte: „Es ist tröstlich und hilfreich zu wissen, daß sie nicht völlig spurlos von dieser Erde verschwanden.“

Nicht alle Angehörigen *hatten* eine Chance, die neu aufgebrochene Trauer daheim und im engen Familienkreise zu bewältigen. Carl McNair aus Atlanta, der Vater des Astronauten Ronald McNair, war gerade in New York, wo er eine Gedenkstätte für seinen Sohn mit eröffnete, als er die Nachricht hörte. Einige Helfer führten den sichtlich erschütterten Mann von der Szene und brachten ihn vor Journalisten in Sicherheit. Er trug auf dem Revers seines Anzugs eine Ansteckmedaille mit dem Foto seines Sohnes und der Aufschrift „Astronaut Nr. 1“.

Die Weltraumbehörde Nasa be*müht sich*, bei der *Bergung der Flug*kabine und der Überreste der Besatzung so behutsam und diskret wie möglich vorzugehen. Sie benutzt zu dieser Operation im wesentlichen den Schutz der Dunkelheit, um Fotografen fernzuhalten und dafür zu sorgen, daß keine zu schockierenden Bilder an die Öffentlichkeit gelangen. Andeutungen von Nasa-Offiziellen lassen vermuten, daß keine der Leichen der sieben Astronauten unversehrt ist. „Denken sie daran“, sagte eine Sprecherin der Bergungsmannschaft namens Deborah Burnette, *„daß wir nur von Überresten, nicht von Leichen sprechen.“*

Nach bisher unbestätigten Berichten sind bereits erste Überreste der sieben Astronauten Samstag nacht an Land gebracht worden. Die Bergung der restlichen Funde kann noch Tage dauern. Die Kabine mit den Astronauten wurde am Freitag etwa 40 Kilometer nordöstlich von Cape Canaveral in etwa 35 Metern Tiefe gefun*den. Sie ist* durch *die* Explosion der Raumfähre 73 Sekunden nach dem Start und durch den Aufprall auf dem Wasser weitgehend zerstört. Bisher hatte man nur einige auf der Wasseroberfläche schwimmende Ausrüstungsteile der Astronauten wie zwei Schutzhelme und einen Handschuh gefunden.

Die Hoffnung des Patrick Smith, daß die Kabine mit den Überresten der Astronauten nicht geborgen werde, wird unerfüllt bleiben. Es gibt für die Nasa dringenden Anlaß zu der Vermutung, daß die sieben Toten dort nicht ihre Ruhe finden würden. Nachdem der Ort des Fundes bekannt ist und die Kabine in für Tau*cher relativ leicht zugänglichen* Tiefen liegt, wäre zu befürchten, daß immer wieder versucht würde, Fotos von diesem Fund zu machen oder Teile der Kabine an Land zu holen.

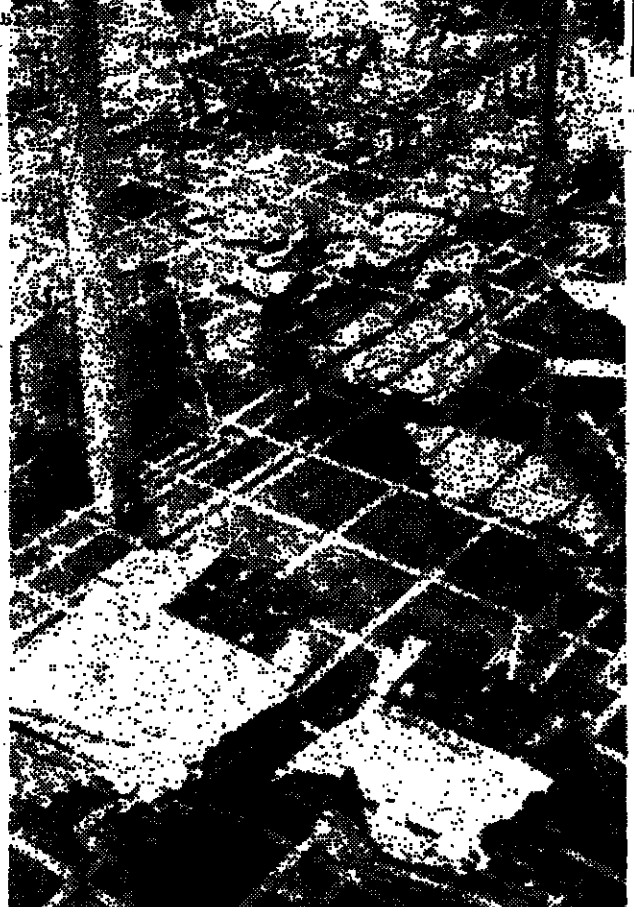
Außerdem gibt es für die Nasa dringende technische Gründe, die Kabine zu bergen. Sie kann nicht nur Aufschlüsse über die Unfallursache liefern, sondern auch darüber, wie künftige Flugkabinen für die Besatzung sicherer gebaut werden können.

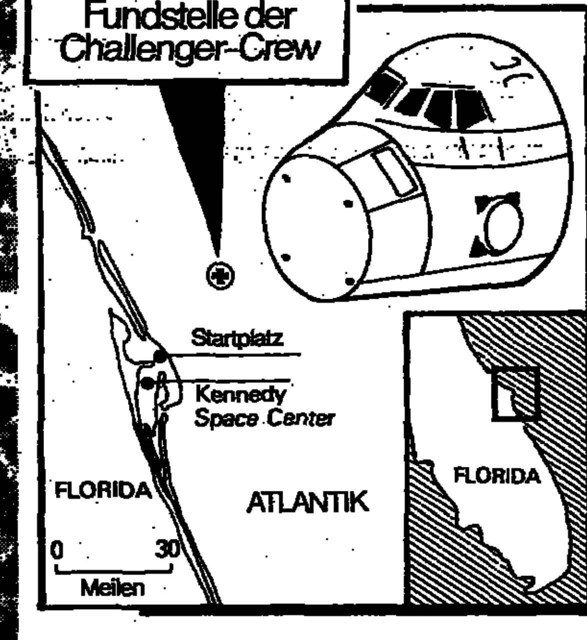
Die Mißachtung der Sicherheit der Astronauten ist im Augenblick das beherrschende Thema der Diskussion um die „Challenger“-Katastrophe. Zahlreiche Astronauten, angeführt von John Young, dem erfahrensten Weltraumpiloten, haben der Nasa in den letzten Tagen vorgeworfen, den Sicherheitsaspekt im Weltraumprogramm vernachlässigt und sie in Raumfähren ins All geschickt zu haben, die eine Katastrophe wie die vom 28. Januar nur noch zu einer Frage der Zeit machten.

Der Streit mit der Nasa verbittert die Angehörigen

Die Astronauten sind vor allem über die Tatsache aufgebracht, daß sie niemals über die technischen Probleme informiert wurden, die seit über zwei Jahren das „Shuttle-Programm“ plagten. Nach den bisherigen Ermittlungen der Untersuchungskommission scheint die Katastrophe des 28. Januar durch Dichtungsringe an den Festtreibstoff-Raketen ausgelöst worden zu sein, die wegen *der beim Start herrschenden* niedrigen Temperaturen nicht voll ihre Funktion erfüllten. Die Ingenieure dieser Festtreibstoff-Raketen hatten seinerzeit vom Start der „Challenger“-Fähre abgeraten, waren jedoch vom Management ihrer Firma und von einigen Nasa-Offiziellen überstimmt worden. Die Nasa selbst hat gestern die Vorwürfe Youngs, daß sie die Sicherheit der Fähren als *zweitrangig betrachtet habe,* mit Nachdruck zurückgewiesen.

Die Angehörigen der sieben Opfer haben die öffentlichen Auseinandersetzungen über den angeblichen fahrlässigen Umgang mit dem Leben der Astronauten bisher mit bemerkens*werter Ruhe und Zurückhaltung* verfolgt. „Das alles ist für uns selbst so nutzlos“, sagte Marvin Resnik, der Vater der toten Astronautin Judith Resnik. „Es bringt niemanden von den sieben zurück. Es macht ihren Tod nur noch schmerzvoller.“





Vor der Küste Floridas liegen in rund 35 Metern Tiefe Wrackteile der explodierten Raumfähre „Challenger“ mit Überresten der getöteten sieben Astronauten. Die Teile der Mannschaftskabine waren am Freitag etwa 30 Meilen nordöstlich vom Kennedy Space Center entfernt entdeckt worden. Das Foto links zeigt zuvor geborgene Wrackteile der „Challenger“-Raumfähre, die die Nasa in einer Halle des Space Center sammelt, um Aufschlüsse über den Verlauf der Katastrophe vom 28. Januar zu gewinnen

FOTO: AFP





Karl Carstens (1926 mit seiner Mutter Gertrud) gehörte zu den Musterschülern des Alten Gymnasiums in Bremen, wo er 1935 Abitur machte

FOTOS: DPA/DIE WELT

Die Penne wehrt sich gegen ihren Tod

Auf seinen Schülerlisten standen viele Namen, die zu großen Namen wurden. Mehr als vier Jahrhunderte war die Geschichte des Alten Gymnasiums auch ein Stück Bremer Geschichte. Nun scheinen die Tage dieser altehrwürdigen Schule gezählt zu sein. Doch Schüler, Eltern, Lehrer und „*Ehemalige*“ haben den Kampf um ihre Penne noch nicht aufgegeben.

Von W. WESSENDORF

„Ich sehe keine Chance, die Schule zu erhalten; dennoch stehe ich hinter den Bemühungen“, sagt Cäcilie Edzar. Sie „baut“ im nächsten Jahr als eine der letzten Primanerinnen ihr Abitur am Alten Gymnasium in Bremen. Dann wird eine der ältesten und traditionsreichsten deutschen humanistischen Schulen ihre Tore schließen. Darüber macht sich die 19jährige blonde Bremer Deern keine Illusion, denn der Senator für Bildung, Horst-Werner Franke (SPD), hat es verfügt.

Das Alte Gymnasium, 1528 gegründet, soll 1987 seinen angestammten Platz *im Herzen der Altstadt* verlassen und gegen den hartnäckigen Widerstand aller Betroffenen an die Peripherie der City verbannt werden, wo es später in einer Gesamtschule aufgehen wird. Ralf Schneider, Lehrer für Geschichte und Kunst am Alten Gymnasium, ein „Ehemaliger“, und die Mutter dreier Schülerinnen, Helgard Warns, fürchten: „Um den drohenden Staatsbankrott Bremens *aufzuhalten, soll auch das 110 Jahre* alte Gebäude des Alten Gymnasiums – ein bedeutendes Denkmal des Historismus – verschleudert werden.“

Der drohende Exitus mobilisiert die Kräfte des Widerstands. Am nächsten Samstag findet ein Ball im vor*nehmen Parkhotel statt, den* Eltern und Schüler organisieren. Das Ritual erinnert an einen Totentanz. Cäcilie Edzars Mutter Lotte, Uralt-Hanseatin, organisiert die feine Protestveranstaltung mit anderen zusammen: „Auch wenn es dekadent erscheint, aber das *wollen wir noch feiern.*“

Geruch frischer Farbe lag in den letzten Monaten in den Gängen des Alten Gymnasiums. Trotz der bevorstehenden Schließung restaurierten Frau Warns und Lehrer Schneider mit einer Gruppe von Schülern aller Jahrgangsstufen die Eingangshalle und stellten den Originalzustand von 1873 wieder her. Eltern hatten spontan *4000 Mark dafür* gespendet. Fachlich beraten wurden sie von Restaurator Klaus Thönes und Vertretern des Bremer Landesamtes für Denkmalpflege. Denn das Gebäude steht unter Denkmalschutz.

Schon 1907 stand in der Eingangs*halle der Schule Athene, die Tochter* des Zeus. Sie ist von allen griechischen Göttinnen am tiefsten im Bildungsbewußtsein der modernen Welt verwurzelt. Der erhellende Gedanke und der bildende Wille, der Drang zur Tat, gehören nach altgriechischer Anschauung zu ihrer Domäne. Die jetzt wieder hergerichtete Statue verstaubte seit zehn Jahren auf dem Boden in der Dechanatstraße.

Die Verjüngung des Sinnbilds für den erhellenden Gedanken leuchtete indes nicht allen humanistischen Schülerköpfen ein. Antje und Aza Berit und Matthias, Anne und Rajan vom harten Kern der Gruppe berichten, daß sie auch „angemacht wurden“. *Dennoch investierten die freiwilligen* Restauratoren rund 1200 Arbeitsstunden – vergebens?

Widerstand gegen die „Kulturvernichtung“

Ralf Schneider: „Wir müssen davon ausgehen, daß alles aussichtslos ist. Aber wir halten die Aktion nicht für sinnlos – sie soll Widerstand gegen die Politik unüberlegter und irreparabler Kulturvernichtung bedeuten, *die gegen den erklärten Willen* von Schülern, Eltern und Lehrern betrieben wird.“ Der Angriff gegen die Bremer Gymnasien werde unter dem Stichwort einer vermeintlichen Fortschrittlichkeit vorgetragen – es sei der Geist einer Politik, die es für einen immensen Fortschritt halte, Schulen ihre gewachsene Individualität zu nehmen und sie in sterile Betonsilos zu pressen.

Nach dem neuen Bremer Schulgesetz „sollen der Unterricht in den Schulen sowie das gesamte Schulleben soweit gemeinsam sein, wie sachliche und lehrplanmäßige Erfordernisse dem nicht entgegenstehen. Hauptschule, Realschule und Gym*nasium bis zur zehnten Jahrgangsstu*fe einerseits und die beruflichen Schulen sowie die Jahrgangsstufen 11 bis 13 des Gymnasiums andererseits sollen in Schulzentren zusammengefaßt werden.“

Aus der Auflehnung gegen solche Bildungspolitik haben Frau Warns und Ralf Schneider ein Buch über das Alte Gymnasium verfaßt: „Die Geschichte einer Penne“. Es handelt sich um eine Retrospektive auf 304 großformatigen Seiten, angereichert *mit vielen Bildern und Illustrationen,* die den Bogen über 450 Jahre Schul- und Zeitgeschichte spannen. Die beiden Autoren: „Es geht darum, die vielzitierte, vielbefehdete Tradition dieser Schule deutlicher werden zu lassen – vielleicht manchem Ressentiment den Boden zu entziehen. Und Ziel war es, Materialien vorzulegen, die es jedem Interessierten ermöglichen, sich selbst ein Bild vom Wert oder Unwert humanistischer Tradition, vom Geist dieser Schule zu verschaffen.“

Der Schwerpunkt wurde auf die Zeit nach 1873 gelegt. Die Epochen von 1528 bis zum Umzug in das neue Gebäude in der Dechanatstraße werden in diesem Zusammenhang nur gestreift. In seiner Frühzeit hatte die Schule als „Gymnasium Illustre“ fast den Rang einer Universität. Sie war Dreh- und Angelpunkt bremischer Kulturentwicklung. Einen weiteren Höhepunkt erlebte sie im späten 19. Jahrhundert. *Frau Warns: „Und es ist* gerade diese Zeit – zumindest aus heutiger Sicht –, der so manches aus der ‚Feuerzangenbowle‘ anhaftet.“ Wenn es überhaupt je eine Penne gegeben habe, dann existiere sie bestimmt in der Dechanatstraße.

In dem vorgelegten Buch sind viele Zeitzeugnisse gesammelt. Sie spiegeln kulturelle und politische Tendenzen der deutschen Geschichte wider, die ihren Niederschlag am Alten Gymnasium gefunden haben. Sei es der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der sich verstärkende Nationalismus in der wilhelminischen Ära, die Jugendbewegung, der Nationalsozialismus, die geistigen Strömungen der Nachkriegsjahre und die Schüler- sowie Studentenbewegungen von 1968 bis in die Gegenwart hinein: das Alte Gymnasium als Herzstück bremischer Geschichte.

Die langen Abiturienten-Listen weisen eine ungewöhnlich große *Zahl von Persönlichkeiten auf,* die bremische Geschichte in den verschiedensten Bereichen geschrieben haben und weit über die Stadtgrenzen hinaus berühmt wurden. Darunter befinden sich der Friedens-Nobelpreisträger *Ludwig Quidde* und der Botschafter Georg Ferdinand Duckwitz, der 1943 als Schiffahrtsexperte an der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen unter Lebensgefahr 6500 Juden in Dänemark vor der Deportation rettete.

Ein Vorwort vom Alt-Bundespräsidenten

Auch der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens gehört dazu. „Ich verdanke dieser Schule sehr viel“, schreibt er im Vorwort zum Buch über seine Penne. „Sie hat mich ge*prägt, an ihr habe ich meine besten* Freunde gefunden; drei von ihnen sind in jungen Jahren im Zweiten Weltkrieg gefallen, mit den anderen bin ich bis heute eng verbunden.“ Auch in der Zeit als Bundespräsident traf er sich regelmäßig mit ihnen in der Heimatstadt in der „Glocke“, unweit der ehemaligen Schule – heimlich.

Carstens erinnert an viele weitere Persönlichkeiten, die aus dieser Schule hervorgegangen sind: den Pastor und Kirchenlied-Dichter Jo*achim Neander („Lobe den Herren,* den mächtigen König der Ehren“), Bürgermeister Johann Smitt, der den Grundstein für Bremerhaven legte, Bürgermeister Theodor Spitta, Verfassungsexperte von hohem Rang, der Architekt und Literat Rudolf Alexander Schröder und der Pädagoge August Kippenberg.

Der ehemalige Bundespräsident hat sich mehrfach für die Erhaltung seiner alten Schule eingesetzt. „Nicht nur aus Respekt vor ihrer Tradition“, meint er, „sondern vor allem, weil ich davon überzeugt bin, daß die Beschäftigung mit der Antike auch heute noch einen außerordentlich hohen Bildungswert hat.“ Sie vermittele den Sinn für Schönheit in Literatur und Kunst, rege in einzigartiger Weise die Phantasie an, zwinge zu logischem Denken, lehre das unerbittliche Forschen nach Wahrheit, verschaffe Kenntnisse über das Entstehen der ersten Demokratien und auch über die Gefahren, denen sie bis heute ausgesetzt seien.

Das Votum im Norden brachte frischen Wind in den Wahlkampf

Von MICHAEL JACH

Den einen ist es hochwillkommen, den anderen macht es Kopfzerbrechen: Nach den Einbrüchen der CDU bei der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl – ob nun „von Bonn verschuldet" oder nicht – nimmt der in einem Vierteljahr folgende Landtagswahlgang in Niedersachsen nun doch Testcharakter an für das Schicksal der Bundeskoalition im Januar nächsten Jahres. Die Parteistrategen in Hannover sind da einer Meinung – und setzen nun, da es womöglich „auch um Bonn geht", auf gesteigerten Einsatz ihrer Leute.

Für die CDU im Lande hat sich die düstere Ahnung bestätigt, der ihr Vorsitzender Wilfried Hasselmann am Ende des behäbigen Landesparteitages vor zwei Wochen Ausdruck gab: Nichts fürchtet sie mehr als „Irritationen von außerhalb". Eben diese verderben der Union nun das Konzept eines landesbezogenen Wahlkampfes mit dem Verkaufsschlager „Albrecht-Politik", den von Bonn aus eine wirtschafts- und stabilitätspolitische Erfolgsmelodie harmonisch unterlegen sollte.

Die demonstrative Selbstzufriedenheit der CDU ist zerstoben. Landtags-Fraktionschef Werner Remmers spricht vom „Schuß vor den Bug", Albrecht vom „heilsamen Mobilisierungseffekt". Zur Verteidigung der Regierungsmacht muß der Ministerpräsident sich nun doch darauf einrichten, dem Herausforderer Gerhard Schröder entgegenzutreten statt ihn *buchstäblich links* liegenzulassen. Vollziehen soll sich die Auseinandersetzung um die Frage, was dem Lande blühe, wenn Schröder mit den Stimmen der Grünen Albrecht die Mehrheit nähme.

Jubel herrscht indessen bei den Sozialdemokraten, während langer *Wochen zuvor vergeblich um Tritt*fassung bemüht, über den dringend benötigten Rückenwind von Norden. Spitzenkandidat Schröder holt seine Parole vom letzten Sommer wieder hervor, Bundeskanzler Helmut Kohl sei „mein bester Wahlhelfer" (zur Schily-Anzeige gegen den Kanzler albert er, eigentlich müsse er einen Verein „Rettet mir Kohl" *gründen). Unzureichende landespo*litische Attraktivität, darin versteckt eingestanden, wird die SPD nun da*durch auszugleichen* suchen, daß sie die Bedeutsamkeit eines Sieges in Niedersachsen für das Gewicht der SPD im Bund herausstreicht.

So verspricht Schröder, mit einer *von Hannover aus „umgedrehten"* Bundesratsmehrheit würden die Bonner Sicherheitsgesetze zu Fall gebracht, und gegen den geänderten



Landesbericht Niedersachsen

Arbeitsrechtsparagraphen 116, „selbst wenn er bis Ostern vom Tisch ist", sei eine Verfassungsklage zu erwarten – „vielleicht vom SPD-Land Niedersachsen". Ernst Albrechts Besänftigungsvorschlag in der 116-Debatte, einen „Neutralitätsausschuß" der Tarifpartner einzurichten, quittiert die SPD hinter*gründig: Auch so sei der „in seiner* Wahlgefährlichkeit unterschätzte Sprengstoff" nicht mehr zu entschärfen.

Schröder ist von dem „neuen *großartigen Auftrieb" so begeistert*, daß er erneut öffentlich von einem Zwei-Parteien-Landtag mit SPD-Mehrheit träumt – wäre er so doch aller Last mit den Grünen ledig. Die aber gießen, seit dem Erstarken der „Freundinnen und Freunde" im nördlichen Nachbarland, nur noch kesser, Essig in den Wein der SPD: „Jetzt ist der Satz, daß für Albrechts Sturz die Grünen gewählt werden *müssen, nicht mehr verwegen"*, freut sich Fraktionssprecher Jürgen Trittin. Sorgen um die Fünfprozentschwelle, vor einem halben Jahr wegen der Querelen der Bundespartei noch akut, sind längst vergessen. Zu Bündnisabsichten, über das „Wählenlassen" *ins Regierungsamt hin*aus vom SPD-Spitzenbewerber vehement bestritten, heißt es kurz: *„Niemand glaubt Schröder."*

Dessen Wunsch nach einem Zwei-Parteien-Parlament verbindet ihn übrigens mit Titelverteidiger Albrecht. Dieser hat dafür freilich viel sorgenvollere Gründe: Niemand in Hannover wagt heute eine sichere Prognose, ob die FDP – für den *CDU-Notfall – „es schafft". Allein* deshalb geben CDU-Chef Hasselmann und sein Generalsekretär Martin Biermann weiterhin die Marschzahl aus, „allein die Mehrheit zu behaupten". Albrecht hatte es beizeiten vorhergesehen (WELT-Interview vom 13. 11. 85). Aber die Partei begreift erst jetzt.

„Die Liberalen" tun sich erstaunlich schwer, neben der CDU noch genügend Beachtung bei bürgerlichen Wählern zu finden. Seit Monaten lassen sie die Klage hören, die Albrecht-Partei räubere ihre Programmideen. Ihr Landesvorsitzender Heinrich Jürgens etwa reklamiert das Urheberrecht für manche agrarpolitischen Vorschläge der „Albrecht-Kommission" für seine Partei. Ob aber die Landwirte deswegen FDP wählen oder – wie auch *die CDU fürchten muß – zu Hause* bleiben?

Daß Selbstmitleid keine Wähler anlockt, ist der FDP bisher offenbar fremd geblieben. Ebensowenig der selbstironische Effekt ihres Wahlkampf-Plakatspruchs: „Mit eigener Kraft in die Zukunft". Leihstimmen *aber will* und kann die *CDU* sich kaum leisten.

Dies um so weniger, als zur Stunde niemand sicher einzuschätzen vermag, ob die in Schleswig-Hol*stein bestätigte Befürchtung, daß* die Landwirte scharenweise den Urnen fernbleiben, auch in Niedersachsen am 15. Juni wieder eintritt.

FDP blockiert Senats-Pläne in Berlin

hrk. Berlin

Nach dem Nein gegen ein verschärftes Berliner Hochschulgesetz aus CDU-Feder bremsten die Liberalen jetzt in einem verdeckten Koalitionsstreit abermals wichtige Pläne des CDU-Regierungspartners. Nach einer sonntäglichen Sondersitzung der FDP-Fraktion muß sich Sozialsenator Ulf Fink (CDU) wahrscheinlich auf starke Abstriche an seinen Plänen zur Reduzierung der viel zu vielen und teuren Berliner Krankenhausbetten einstellen.

Die seit Monaten wogenden Mei*nungsverschiedenheiten zwischen* der FDP und Senator Fink betreffen nicht das Ob, sondern das Wie der *künftigen Berliner Klinik-Planung*: Bis 1992 sollen 2400 Akutbetten abgebaut werden, weil die Stadt im Ver*gleich zum übrigen* Bundesgebiet „überversorgt" ist und die AOK wegen der Kostenlast mit weiteren Beitragserhöhungen drohte.

Finks Plan sah, wie berichtet, die Umsiedlung der renommierten Uniklinik Westend (dort gelang am Wochenende die erste deutsche Kunstherz-Implantation) in *Neubauten auf* dem Gelände des Rudolf-Virchow-Krankenhauses (RVK) vor, um damit *Betten am alten Standort zu sparen*. Dieses neue „Klinikum Nord" hätte nach den bisherigen Fink-Vorschlägen rund *1800* Betten umfaßt – eine Anlage à la Aachen.

Die Liberalen fechten hingegen dafür, auf diese Mammutklinik und den aufwendigen Umzug zu verzichten, *das schon vorhandene* RVK als *neue* hochmoderne Schwerpunkt-Klinik zu nutzen, dort jedoch eine beträchtliche Bettenzahl zu streichen.

In der FDP-Fraktion selbst gibt es Unmut gegen den Vorsitzenden Walter Rasch, dem „nicht abgestimmte" Alternativ-Vorschläge angelastet werden, die er mit *dem Regierenden* Bürgermeister Eberhard Diepgen ausgearbeitet habe. Rasch wiederum *betont, der CDU niemals* verbindliche Zusicherungen gegeben zu haben. „Wir sind keine Trouble-Maker, aber auch keine Kopfnicker-Partei" heißt es in der FDP.

Hiersemann deutet Rückzug vom Boykott gegen Minister Lang an

Spitzenkandidat der SPD wünscht Gespräch / SPD-Mitglieder fürchten um Ruf der Partei

PETER SCHMALZ, München

Der sozialdemokratische Spitzenkandidat für die bayerische Land*tagswahl, Karl-Heinz* Hiersemann, ist bestrebt, die verfahrene Situation im Münchner Landtag zu bereinigen. *„Ich meine, daß es vom Tisch sollte"*, meinte er gestern vor Journalisten im Münchner Presseclub. Zugleich kün*digte er an*, er werde noch in dieser Woche Justizminister August Lang ein Gespräch unter vier Augen anbieten.

Wie mehrfach berichtet, boykottiert die SPD jede Parlamentssitzung, bei der Minister Lang das Wort ergreift, und reagiert damit auf den Vorwurf Langs, Hiersemann verbünde sich beim Kampf gegen die Wiederaufarbeitungsanlage mit Leuten, die diesen Staat als „Schweinesystem" bezeichnen und ihn zerstören wollen.

Die Boykottdrohung, die in der vergangenen Woche erstmals wahrgemacht wurde (WELT vom 6. 3.), ist allerdings auch in der SPD-Fraktion nicht unumstritten. Besonnene Abgeordnete fürchten schädliche Auswirkungen auf das Image der SPD als *Parlamentspartei, wenn sie ihren* Kontakt auch mit Chaoten in Wakkersdorf mit dem Hinweis rechtfer*tigt, sie rede mit jedermann, sich aber* im Landtag, dem originären Ort der demokratischen Auseinandersetzung, der Diskussion entzieht.

Nach außen dementiert Hiersemann zwar solche Überlegungen, doch sein etappenweiser Rückzug von der Boykott-Bastion ist unübersehbar. In der ersten Erregung hatte die Fraktion noch angekündigt, jeder Sitzung fernzubleiben, an der Lang teilnimmt. Diese Androhung wurde wenig später dahingehend abgeschwächt, man werde nur dann ausziehen, wenn Lang das Wort ergreift.

Mittlerweile schränkte die SPD auch ihr Satisfaktionsbegehren ein. *Man verlange von* der CSU keine Distanzierungserklärung von der Lang-Äußerung und bestehe auch nicht auf einer *förmlichen Entschuldigung* des Justizministers. Dieser aber müsse seine Diffamierung Hiersemanns zurücknehmen.

In den letzten Tagen wurde immer deutlicher, wie ungelegen der SPD eine breite Diskussion über die Vorgänge um die Wiederaufarbeitungsanlage und über gewisse Äußerungen führender Sozialdemokraten zu diesem Thema ist. So kann CSU-Fraktionschef Gerold Tandler, der nicht den geringsten Grund sieht, von der Lang-Äußerung abzurücken, der *Opposition* den Vorwurf machen, sie boykottiere den Demokraten Lang, mache aber mit den Rechtsbrechern *in Wackersdorf* gemeinsame Sache. Dort sei ein Klima der Verhetzung entstanden und die Hysterie sei systematisch geschürt worden.

Auch Hiersemann läßt ein Unbehagen über diverse Äußerungen seiner *Genossen erkennen, wenn er auch ei*ner förmlichen Distanzierung mit dem Satz ausweicht, er mache „dieses Kinderspiel nicht mit". Dennoch sagt er, in der Oberpfalz, also in dem Regierungsbezirk, in dem die WAA entsteht, würden die *Emotionen* sehr hoch gehen und es seien Äußerungen auf beiden Seiten gefallen, „die ich so nicht unterschrieben hätte".

Im Gespräch wird deutlich, daß er *darunter eine Erklärung* des SPD-Landesvorstands, in der ein unmittelbarer Bezug von Wiederaufarbeitung und Atombomben gezogen wurde, ebenso meint wie den unsäglichen Vorwurf des SPD-Landtagsabgeord*neten Hans Kolo, die* Staatsregierung habe in der Oberpfalz bewußt Arbeitsplätze vernichtet, um die Akzeptanz der WAA durch die arbeitssuchende Bevölkerung zu erhöhen.

Hiersemann kündigte auch an, er werde bei seinem nächsten Besuch in Wackersdorf die WAA-Gegner warnen, Richter als „Mörder" zu beschimpfen, nur weil sie ein unerwünschtes Urteil gefällt haben.

Neuwahlen jedenfalls, so der SPD-Spitzenmann („Die neue Kraft für *Bayern"), werde es nicht geben*, wenngleich die SPD gerüstet und optimistisch sei: Sein realistisches *Wahlziel seien 35 Prozent: „Ich bin* sicher, daß wir es schaffen."

Felfe-Buch trägt Handschrift des KGB

Memoiren des früheren Ost-Spions werden als Kampagne zur Desinformation gewertet

WERNER KAHL, Bonn

Willy Brandts verstorbener früherer Berater Leo Bauer wirkte auf den KGB-Agenten Heinz Felfe, entgegen der Ansicht einiger Zeitgeschichtler, keinesfalls wie ein zur Sozialdemokratie bekehrtes KPD-Mitglied, sondern durchaus als „orthodoxer Kommunist". Das schreibt Felfe, der nach dem Austausch als Agent 1969 eine Professur für Kriminologie in Ost-Berlin *erhielt*, in seinen *Erinnerun*gen. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hatte 1961 den „Maulwurf" enttarnt.

Otto John, erster Präsident des Verfassungsschutzes, sieht sich in den Memoiren von den Sowjets bloßgestellt. Während er behauptet, in Berlin entführt worden zu sein, schildert Felfe dessen angebliche „kopflose Flucht" 1954 in die „DDR".

Nach der Analyse des Felfe-Buches („Zehn Jahre im Dienst des Gegners") gehen Experten davon aus, daß es sich um den Teil einer Desinformationskampagne handelt, die gegen die Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik der Bundesregierung gerichtet ist. Mit wohldosierten „Happen" aus der KGB-Zentrale geben die Sowjets der Kampagne „Butter bei die Fische" (Bonner Beobachter), um einen *möglichst hohen* Aufmerksamkeitswert zu erzielen.

Pikant ist darüber hinaus, daß die Sowjets einen Mann in ihre Dienste nahmen, der aus Überzeugung 1936 *in die schwarze SS eingetreten* war. Sein Motiv: „Daß Hitler dem deutschen Volk endlich das gegeben hatte, was es ... brauchte: ein klares Ziel, straffe Ordnung und Disziplin!" Beim Eintritt in die Organisation Gehlen verschwieg er 1951 Funktionen im NS-Sicherheitsdienst.

Seinen Wechsel von der braunen Diktatur zum stalinistischen Regime kommentiert Felfe so: „Nachdem Hitler und seine Clique das Deutsche Reich und sein Volk ins Verderben führten, fragte ich mich, was ich tun könnte, um nicht weiter an der Vernichtung Deutschlands mitzuwirken."

Der Sachse, der nach dem Krieg an der Bonner Universität studierte, fuhr oft nach Jena, Leipzig und Ost-Berlin. Dort zogen ihn 1947 sowjetische Hochschuloffiziere in Diskussionen. „Erst zwei Jahre später", so Felfe, hätten sich die „KGB-Offiziere" zu erkennen gegeben. Er war der Typus des „rot-braun lackierten Nazis" (Kurt Schumacher). Der Bundesge*richtshof verurteilte ihn zu vierzehn* Jahren Haft.

Seine Memoiren – fünfundzwanzig Jahre nach der Verhaftung – tragen in weiten Passagen die Handschrift des KGB. Von der Reaktivierung des Agenten verspricht sich die Moskauer Propaganda offenbar Einfluß auf Entscheidungsprozesse wie Sicherheitsgesetzgebung und Diskussionen über die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem amerikanischen Weltraumabwehrprogramm SDI.

Der amerikanische Marshall-Plan für den Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands wird als „Preludium für die Remilitarisierung" diffamiert, die Ära Adenauer als „einseitig, anormal" abgestempelt. Und der Bundesnachrichtendienst versuche seitdem die „Entspannungspolitik" zu verhindern.

Die tatsächlichen Erinnerungen Felfes, die nur bis 1961 reichen, sind als Wertmaßstab für den heutigen Bundesnachrichtendienst ungeeignet. Als Konsequenz dieses Falles und verstärkt seit 1968 durch Präsident Gerhard Wessel wurde der Auslandsnachrichtendienst neu geordnet.

Für Ost und West bleibt die deutsche Frage offen

Internationale Tagung in Berlin / In Polen „Rapallo-Komplex"

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Die deutsche Einheit ist zerbro*chen, aber die ungelöste deutsche* Frage ist geblieben. In Polen geht man noch weiter: Dort befürchtet man gar, daß die deutsche nach der Lösung der polnischen Frage „wie der Geist aus der Flasche" entwichen und wieder am europäischen Hori*zont* aufgetaucht sei. Das ist etwas vergröbert das Fazit einer wissenschaftlichen Fachtagung der „Gesellschaft für Deutschlandforschung" im Berliner Reichstagsgebäude. Thema: „Die deutsche Frage aus der heutigen Sicht des Auslandes".

Das wachsende Geschichtsbewußtsein der Deutschen und ihre Suche nach *nationaler* Identität habe bei vielen Polen *Irritation ausgelöst*. Man müsse aber, so Alexander Uschakow vom Institut für Ostrecht an der Uni*versität Köln, differenzieren*. Seit dem Entstehen der Gewerkschaftsbewegung Solidarność spreche man in *Polen von einer Doppelgesellschaft*. Vor allem die junge Generation mißtraue dem offiziellen Deutschland-Bild der Warschauer Führung. Solidarność habe sich nicht an der Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik beteiligt. Die deutsche Frage kippt nach den Worten von Uschakow um. Sie werde nicht mehr aus der Sicht der Sowjetunion von vielen Polen gesehen. Am politischen Horizont derjenigen Polen, die sich kritisch mit der deutschen Frage auseinandersetzen, taucht der Rapallo-Komplex auf, die Befürchtung, daß sich die Deutschen und die Sowjets am Ende zu einem Arrangement über die Köpfe der Polen hinweg zusammenfinden *könnten*.

Realismus in Moskau

Für eine grundlegende Revision der sowjetischen Deutschland-Politik nach der Machtübernahme von Gorbatschow gibt es nach Ansicht des Ostexperten an der Universität Regensburg, Jens Hacker, jedoch keinerlei Anhaltspunkte. Es dürfe allerdings nicht übersehen werden, daß die Sowjetunion eine politische und rechtliche Friedensvertragsregelung mit Deutschland nicht ausschließe. *So sehr der Kreml darauf erpicht sei*, die Beschlüsse von Potsdam im Sinne einer endgültigen Anerkennung der „territorialpolitischen Realitäten" in Europa und damit auch in Deutschland umzufunktionieren, so sei man in Moskau doch realistisch genug, andere Konzepte für die Zukunft nicht ganz auszuschließen.

Einfluß auf Europa

Washington bringt heute größeres Verständnis für die Situation der Bundesrepublik auf als noch vor wenigen Jahren. Das Auftauchen neu*tralistischer Tendenzen* während der *Auseinandersetzung* über die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstrecken-Raketen in Europa wird in den USA nach Auffassung von Gerald R. Kleinfeld von der Universität Arizona heute mit größerer Gelassenheit beurteilt als zuvor. Die Gefahr einer Neutralisierung Deutschlands sei geringer geworden. Doch sei *man* sich darüber im klaren, daß Bestrebungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit Einfluß auf die europäische Situation haben werden. Amerika sei indessen für die deutsche Frage offen, solange die deutsche Frage für die Deutschen selbst offen sei.

Den Franzosen ist indessen das deutsche Problem viel näher. Henri Menudier, ein profunder Kenner der deutschen Situation, brachte die alten Ängste der Franzosen mit der Frage zum Ausdruck: Wer will eigentlich in Europa *ein starkes* Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern? Er räumte allerdings ein, daß die Franzosen der *deutschen* Frage wesentlich aufgeschlossener gegenüberstünden als früher. So könnten sich vor allem große Teile der französischen Jugend nicht vorstellen, daß die Deutschen sich auf die Dauer mit der Teilung abfinden. Bestrebungen in Deutschland, die Teilung festschreiben zu wollen, stießen deshalb auf Unglaube und *Unverständnis*.

Windelen: SPD vertritt die „DDR"-Interessen

DW. Saarbrücken/Berlin

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat der SPD vorgeworfen, sie verstehe sich „zunehmend als Interessenvertreter der DDR". *In einem In*terview des Saarländischen Rundfunks reagierte Windelen damit auf die Forderung des SPD-Obmannes im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages, Hans Büchler, Bundeskanzler Helmut Kohl solle Klarheit über die Grundlagen seiner Deutschlandpolitik schaffen. Windelen sagte, über die Deutschlandpolitik der Bundesregierung gebe es „völlige Klarheit". Die Vertragspolitik mit der „DDR" laufe „selbstverständlich nicht über die SPD". Der Bundesminister sagte: „*Wir halten es für abso*lut schädlich, wenn die SPD *dauernd* Forderungen stellt, die nicht einmal die SED in dieser Form selber erhebt".

Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen erklärte in Ost-Berlin zu dem strittigen Grenzverlauf im Bereich der Elbe, daß die Grenzfrage „im Paket und politisch" gelöst werden könne. Karten, auf denen die Ziehung der Grenzlinie im Bereich der Elbe umstritten sei, dürften nur hilfsweise herangezogen werden, *meinte* der SPD-Politiker. Entscheidend seien die Texte. „Die Fakten sprechen überwiegend dafür, daß die Grenze in der Mitte des Flusses verläuft", sagte er. Jansen gehört zu einer sechsköpfigen SPD-Delegation, die *sich seit* Sonntag in der „DDR" aufhält. In Ost-Berlin traf Jansen mit dem Leiter der „DDR"-Delegation in der Grenzkommission, Volkmar Fenzlein, zusammen. Dieser sagte, es handele sich bei den in der jüngsten Sitzung *der* Komission vorgelegten Dokumenten um „Meinungsäußerungen untergeordneter britischer *Dienststellen*". Sie könnten für die Lösung des Problems nicht entscheidend sein.

Nach Auffassung der Bundesregierung verläuft die deutsch-deutsche Grenze im Bereich der Elbe am Ostufer des Flusses.

Zeitlebens ein großer Frager und Zuhörer: Felix Buttersack

Von ERNST CRAMER

Eine der liebenswertesten Gestalten des deutschen Nachkriegsjournalismus ist gestorben. An den Folgen einer schweren Erkältung verschied der Münchner Zeitungsverleger Dr. Felix Buttersack am Sonntag, dem 9. März, in einem Starnberger Krankenhaus.

Buttersack wurde am 10. Mai 1900 in Ellwangen geboren und wuchs in Heilbronn und Ulm auf. Seine schwäbische Heimat hat ihn geprägt. Zeit seines Lebens war sie ihm Fixpunkt.

Das hinderte ihn nicht daran, sich in Berlin, wo er 15 Jahre lang wirkte, zu verlieben, eine fürsorgende Liebe, die sich auch später auf die geteilte Stadt ausdehnte. Die enge Beziehung zum Schwäbischen hielt ihn noch weniger davon ab, im münchner-südbayerischen Land Luftwurzeln zu schlagen, die aus dem „Zugereisten" einen echten Bayer machten.

Nach dem Abitur hatte Felix Buttersack bei Max Weber, Karl Jaspers und Friedrich Gundolf studiert. In München wurde er über den dichtenden Arzt Justinus Kerner promoviert.

Buttersacks erste journalistische Beiträge erschienen im „Querschnitt" des Berliner Ullstein-Verlags. Daraufhin holte ihn Scherl, das Konkurrenzhaus, zum „Berliner Lokalanzeiger". Dort konnte er bis zum Jahre 1944 auch „die schreckliche Zeit" in der relativen Obskurität des „unter dem Strich" angesiedelten Feuilletons verbringen. Seine politische Haltung während dieser Zeit war so tadelsfrei, daß ihn die Amerikaner 1945 zum ersten Chefredakteur von „Radio München" machten.

Felix Buttersack gehörte gewiß zu jenen nicht allzu zahlreichen, aber doch auch wieder nicht allzu seltenen Menschen, die die Zeit des „tausendjährigen" Unrechts wachen und wehen Herzens miterlebten, und in ihren Kreisen halfen, soweit es möglich war. Eine deutsche Kollektivschuld hat er immer abgelehnt. Aber sich selbst sprach er nicht von aller Schuld frei. „Getan, das heißt verbrochen habe ich nichts", meinte er einmal in hoher Erregung und mit tränenden Augen. „Aber daß ich nichts getan habe, nämlich nichts gegen die Nazis getan habe, das ist meine Schuld."

Ende 1947 eröffnete sich für Felix Buttersack die große journalistische Chance: Er sollte Chefredakteur einer Zeitung werden, die unter dem



Felix Buttersack
ZEICHNUNG: EBERHARD SCHLOTTER

Namen „Münchner Merkur" auf den Markt treten würde. Er überlegte nicht lange. Er brannte darauf, eine weltoffene Zeitung zu machen, die „in der neuen Zeit mit neuen Ideen und neuen Mitteln der bayerischen Tradition treu bleibt". An die „selbstverantwortlichen" Leser wandte er sich, an alle, die „in Verlust, Enttäuschung und Armut zu sich selbst zurückstrebten" und zu ihren echten Werten. Das Wagnis gelang. Die Zeitung wurde ein Erfolg.

Aber Buttersack blieb nicht nur hinter dem Redaktionssessel sitzen. Weite Reisen in alle Welt öffneten seine Augen. Doch wichtiger noch war ihm, zunächst an Ort und Stelle anzupacken. So war er neben dem damaligen Oberbürgermeister Thomas Wimmer einer der Initiatoren der Aktion „Ramadama" (Räumen tun wir), die Hunderte von Bürgern, darunter natürlich auch Buttersack, zur Schuttbeseitigung auf die Beine brachte. Der Aufbau konnte beginnen.

Buttersack war einer der Gründer und erster Vorsitzender einer Bürgerinitiative, die die Wiederherrichtung kirchlicher und kultureller Bauten ermöglichte. Er aktivierte die Bürger; er engagierte sie für diesen, ihren Staat. Dafür wurde er später hoch geehrt.

Um sein Lebenswerk abzusichern, wollte Buttersack in den siebziger Jahren sein Erbe dem Berliner Verleger Axel Springer übertragen. Die Kartellbehörden verhinderten das, eine Entscheidung, welche „die Gefahr der Vorherrschaft eines Verlages auf dem Münchner Markt ... außerordentlich vergrößert", wie Springer damals schrieb.

Als Konsequenz auf diese Entwicklung verkaufte Buttersack zusammen mit seinen Mitverlegern seine Anteile. Das führte zu einer Verleumdungskampagne gegen den inzwischen alt Gewordenen, an der sich auch frühere Freunde beteiligten. Der Gründer und ehemalige Chefredakteur des „Münchner Merkur" hat das nie verwunden.

Dennoch ist er als glücklicher Mensch gestorben. Zeit seines Lebens war er ein großer Frager und Zuhörer gewesen.

Er war von bescheidenem Anspruch; eine schwäbische Brennsuppe, ein Glas Württemberger Landwein, damit war er zufrieden.

Er ließ sich viel vorlesen und liebte, wie am Anfang, die Dichter seiner Heimat. Aus aller Welt hatte er sich Weisheiten zusammengesammelt. Als der Sohn starb, fand er Trost im „Tibetanischen Totenbuch": „Alles, was hier ist, ist auch dort; was dort ist, dasselbe ist auch hier."

„Mildtätigkeit bekämpft nicht die Armut"

HEINZ HECK, Bonn

Als „schlimme Scheindiskussion" hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Entwicklungsminister, Volkmar Köhler (CDU), die „permanente Fragestellung" bezeichnet, ob Entwicklungspolitik primär aus humanitärer Verpflichtung oder interessenbezogen erfolge. Köhler spielte damit auch auf jüngste Äußerungen von Kirchenvertretern an. So hatte erst kürzlich Misereor-Hauptgeschäftsführer Josef Herkenrath in einem Interview seine Sorge zum Ausdruck gebracht, daß Entwicklungshilfe zum „Geschäft" für die Industrieländer werden könnte.

Für Köhler sind humanitäre Verpflichtung und eigene Interessen gleichsam die „Grenzpfähle des Spannungsfelds, in dem sich Entwicklungspolitik zu bewegen hat". Wer sich zur ethischen Verpflichtung bekenne, sei damit noch nicht zur ökonomischen Unvernunft berechtigt. Köhler kritisiert vor allem, daß der Begriff „Interesse" zu sehr eingeengt werde. Das Interesse der Bundesrepublik werde in einem langfristigen Interessenausgleich mit der Dritten Welt am ehesten gewahrt – erst recht deshalb, weil die Bundesrepublik keine Interventionsmacht sei.

Köhler hielt den Kirchen entgegen, man könne nicht aus Liebe zum Menschen Armutsbekämpfung betreiben, ohne nach den Ursachen der Armut zu fragen. „Wenn ich nicht die Ursachen der Armut bekämpfe, verkürzt sich alles auf Sozialhilfe und Mildtätigkeit." Er appellierte an die Kirchen, politikfähig zu bleiben. Solange sie reine Maximalforderungen verkündeten, losgelöst von der Realität, verabschiedeten sie sich vom politischen Dialog.

Die Vorwürfe, die Bundesregierung ziele mit ihrer Entwicklungshilfe allein auf Exportförderung, gehören für Köhler zu einer „dümmlich-ideologisierten Diskussion", die nur aufrechterhalten könne, wer die Zahlen nicht kenne. So sei der Schwarze Kontinent Hauptempfänger deutscher Hilfe, erziele aber einen hohen Exportüberschuß mit der Bundesrepublik.

Auch die Kritik an der Mischfinanzierung (der Mischung von Kapitalhilfe mit kommerziellen Krediten) geht für Köhler an der Sache vorbei. Solche Kredite mit Zinsen unter Marktniveau seien „gut und richtig" und vor allem für Schwellenländer besonders wichtig. Kritik an der Mischfinanzierung könne nur üben, wer auf die Zukunftsprobleme Asiens keine deutsche Antwort gebe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Für Burt ist die Frage nach dem Fall der Mauer nicht naiv

Der amerikanische Botschafter in Bonn: Ein vereintes Gesamteuropa ist keine Utopie

Von W. HERTZ-EICHENRODE

Richard Burt, Jahrgang 1947 und seit September Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundes republik Deutschland, hat aus Washington eine Botschaft des Selbstbewußtseins, der Selbstsicherheit und des Optimismus mitgebracht. In allen seinen Auftritten bietet er ein erfrischendes Kontrastprogramm zur Skepsis, zum Zynismus und zur ostpolitischen Betulichkeit der Kontinentaleuropäer im freien Teil der „alten Welt".

Dafür ein Beispiel. Wohl nicht von ungefähr gegenüber der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" (Nr. 2/1986), die für die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wird, sagte er:

„Kürzlich besuchte eine Gruppe von amerikanischen Kongreßabgeordneten Berlin und traf dort Herrn Honecker. Einer von ihnen fragte diesen: ‚Wann werden Sie die Mauer abreißen?' Nun höre ich förmlich die entsetzten Schreie einiger Deutscher: ‚Was für eine naive Frage! Hat der denn gar keine Ahnung?' Ich glaube nicht, daß diese Frage naiv war. Sondern ich denke, daß es gut und richtig war, sie zu stellen. Es bedeutet nicht, die eigenen Erwartungen zu hoch zu schrauben, wenn man solche Ziele hat oder eine Vision von einem Europa, in dem Bewegungsfreiheit und das Recht auf Selbstbetimmung Realität sind."

Wie schon bei anderen Gelegenheiten, so beruft sich Burt auch gegenüber „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" auf die Rede, die Präsident Reagan im Sommer 1985 vor dem Europa-Parlament in Straßburg gehalten hat. Dort hatte der US-Präsident erklärt: „Die Vereinigten Staaten sind nicht nur zu einer Partnerschaft mit Europa verpflichtet – die amerikanische Verpflichtung schließt auch die Beendigung der künstlichen Teilung Europas ein." Damit sei, interpretiert Burt seinen Präsidenten, nicht nur ein vereintes Westeuropa gemeint, sondern ein vereintes Gesamteuropa, das Ost- und Westeuropa einschließe – „ein vereintes Europa im Frieden, ein Europa, in dem ausländische Truppen unnötig sind".

Für Burt ist das keine utopische Vision. Auch die USA wüßten, daß der Weg zu positivem Wandel lang und schwer ist. Dennoch strebten sie nichts weniger an als einen grundlegenden Wandel in der Art und Weise, wie die Sowjets ihr eigenes Volk und die Völker Osteuropas behandeln, und damit auch einen grundlegenden Wandel in der sowjetischen Haltung zur Anwendung von Gewalt.

Dazu hatte Burt vor der Konrad-Adenauer-Stiftung und auch vor der Hanns-Seidel-Stiftung in München gesagt:

„Die sowjetischen Streitkräfte sind nicht in Osteuropa stationiert, um es zu verteidigen, sondern um es zu besetzen. Die amerikanischen Streitkräfte sind nicht in Westeuropa stationiert, um es zu besetzen, sondern um zu seiner Verteidigung beizutragen. Wenn Europa unsere Hilfe nicht länger will, werden wir nach Hause gehen. Wenn die Sowjetunion eine ähnliche Haltung einnimmt, dann wird die Teilung Europas überwunden werden. Es ist dieser Haltungswandel, den wir herbeizuführen versuchen müssen."

Diese Aussage bekräftigt Burt gegenüber „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" als eine „ziemliche genaue Beschreibung der amerikanischen Politik". Danach gefragt, ob die USA den Wandel durch Partnerschaft mit dem Osten oder durch Druck erreichen wollen, antwortet



Eine Botschaft des Selbstbewußtseins und des Optimismus: Richard Burt
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Burt, die amerikanische Politik gegenüber dem Osten bestehe aus „Anreizen".

Guter Wille allein genüge nicht. So sei es für Moskau ein Anreiz zu verhandeln, wenn der Westen gemeinsame Rüstungskontrolle erreichen wolle, jedoch zugleich klarmache, daß wir „fähig und bereit sind, ein allgemeines militärisches Gleichgewicht gegenüber dem Osten aufrechtzuerhalten".

Nach den Kontakten mit dem Osten seit den frühen siebziger Jahren bestehe das Problem nicht in einem Mangel an Vereinbarungen, sondern darin, vorhandene Abkommen vernünftig anzuwenden. Burt ist enttäuscht vom Helsinki-Prozeß.

Aus den Erfahrungen mit der Entspannungspolitik zieht er den Schluß: „Die militärische Aufrüstung der Sowjetunion scheint, was die Gesamtheit der Beziehungen angeht, gegenüber dem politischen Wandel unempfindlich zu sein. Es scheint bei der sowjetischen Militärplanung eine Bewegung zu geben, die eher innenpolitische Faktoren als internationale Entwicklungen widerspiegelt."

Mehrfach schon hat Burt sein Konzept der „reifen Partnerschaft" zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland vorgetragen. Er hat die Beziehungen als „stark und gesund" bezeichnet, und diese Wertung überträgt er auch auf das Verhältnis zwischen den USA und Europa. Die Erfahrung der Jahrzehnte beweise, daß das westliche Bündnis als „sehr pluralistisches System" Meinungsverschiedenheiten „gut und komfortabel" überstehen könne. Burt ist davon überzeugt, die amerikanisch-europäischen Beziehungen seien heute stark, weil die amerikanisch-deutschen Beziehungen gesund sind.

In München hatte er die Rolle der Bundesrepublik im Konzept der „reifen Partnerschaft" so beschrieben: Die Bundesrepublik Deutschland sei eine führende Macht der Europäischen Gemeinschaft, eine Kraft der europäischen Einigung und ein Verfechter der amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit. Bei den USA registriert er eine „neue Bereitschaft zu Konsultationen" und bei der Bundesrepublik eine „neue Bereitschaft, Verantwortung bei sicherheitspolitischen Fragen zu übernehmen".

In München sagte er: „Auf sich allein gestellt wären die Vereinigten Staaten geschwächt, und die Bundesrepublik wäre wenig mehr als ein Bauer in einem Schachspiel, ein Objekt der Politik der anderen." Die kontinuierlichen engen Beziehungen zwischen Europa und Amerika schüfen die Bedingungen, unter denen die europäische Einigung am ehesten gedeihe.

Gleichwohl merkt Burt an: „Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland sind keine Zwillinge. Maurice Chevalier meinte einmal ‚Vive la difference'!"

Wie die „Neue Heimat" wirbt

dpa, Frankfurt

Mit einer neuen Variante der Aktion „Mieter werben Mieter" versucht der Wohnungsbaukonzern Neue Heimat (NH), seine Wohnungen in Hessen zu belegen. Wer als Mieter einen neuen Nachbarn für eine leerstehende Wohnung wirbt, erhält 400 Mark und nimmt an einer Verlosung für Wochenendreisen nach Rom, Paris oder Wien teil. Die Bedingung dafür ist: Der „Neue" muß mindestens ein Jahr NH-Mieter bleiben. Die Aktion betrifft Siedlungen in Frankfurt, Kassel und anderen nord- und osthessischen Städten.

„Die EKD vergißt Heimatvertriebene"

idea, Karlsruhe

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) verliert bei den protestantischen Heimatvertriebenen „unaufhaltsam an Vertrauen", sagte der Schriftführer der Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen, Pfarrer Werner Marienfeld (Iserlohn), auf dem ostpreußischen Kirchentag in Karlsruhe. Der Vertrauensschwund sei vor allem durch die Ostdenkschrift der EKD von 1965 ausgelöst worden. Unter den Vertriebenen spreche man heute bereits von einer „zweiten Vertreibung aus der Kirche".

Czaja: Polen muß Pflicht erfüllen

dpa, Bonn

Größere finanzielle Hilfen der Bundesrepublik Deutschland an Polen müssen nach Ansicht des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, so lange zurückgestellt werden, bis Warschau mehr Menschenrechte gewährt. In einer Stellungnahme zu zweitägigen deutsch-polnischen Wirtschaftsgesprächen erklärte Czaja, Polen müsse die „Rechtsverpflichtungen gegenüber den Menschen, Nichtdeutschen und Deutschen" endlich erfüllen. Bloße Appelle von Außenminister Genscher hätten bisher nichts genützt.

Begin favorisiert Shamir als Parteivorsitzenden

„Cherut" entscheidet über ihre Führung / Drei Anwärter

E. LAHAV, Jerusalem

In der „Cherut"-Partei, Kern des rechtsstehenden Likud-Blocks, hat der Kampf um die Nachfolge des Parteigründers und Vorsitzenden Menachem Begin begonnen. Auf dem „Cherut"-Kongreß, der in Jerusalem begann und bis Mitte der Woche in Tel Aviv fortgeführt wird, will der frühere *Ministerpräsident* Begin nicht mehr für den Vorsitz kandidieren. Schärfste Rivalen von Außenminister Yitzhak Shamir, dem amtierenden Parteichef seit Menachem Begins Rückzug aus der Politik vor zweieinhalb Jahren, sind das Regierungsmitglied Yitzhak Levy (53) und Handels- und Industrieminister Ariel Sharon (58).

Shamir ist bekannt für seine im großen und ganzen konservative Politik, das Mißtrauen gegen Ägypten und eine betont proamerikanische und prowestliche Einstellung. Sharon wird von vielen als Vertreter einer kühnen Politik gefürchtet. Er hat Premier Begin 1982 mit zum Teil vollendeten Tatsachen *zum* Libanon-Feldzug gedrängt. Das hat ihn viel Sympathien gekostet. Levy gilt als populistischer Demagoge, der hauptsächlich an seine Karriere und weniger an das Wohl seiner Partei denkt.

Vorentscheidung für 1988

Der Ausgang dieses Wettstreites ist weniger für die nahe Zukunft als für die Zeit nach den nächsten Wahlen im Jahre 1988 wichtig. Denn der Parteitag soll entscheiden, wer dann die Partei führen und – *im Falle eines* Wahlsieges – der nächste Premierminister sein wird. „Cherut" (Freiheit) ist die Bewegung, die Menachem Begin 1948 gründete, kurz nachdem er aus dem Untergrund aufgetaucht war. Sie war als die politische Nachfolgerin der Untergrundorganisation „Irgun Zvai Leumi" gedacht, die im damaligen Palästina für zahlreiche Terroraktionen gegen die britische Besatzungsmacht verantwortlich war.

Die Bewegung blieb eine Minderheit, bis sie *im Jahre 1977 infolge* eines Zusammenschlusses mit den Liberalen und zwei kleineren Parteien den „Likud" formte und die Macht errang. All dies hatte Begin durch sein Charisma geschafft.

Seit seinem – bisher noch nicht einmal mit einer Andeutung erklärten – Rücktritt vor zweieinhalb Jahren ist zwar *der 70jährige Yitzhak* Shamir praktisch Chef der Partei, erfreut sich aber keineswegs der unangefochtenen Führungskraft Begins.

Raufereien bei den Wahlen

Schon Monate vor dem Parteitag war es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Kandidaten gekommen. Bei der Wahl der Delegierten hatte es in mehreren Parteibüros Raufereien gegeben. Shamir beschuldigte Levy, er habe Wahlzettel ge*fälscht. Das Oberste Parteigericht er*klärte 12 000 Mitgliedskarten für ungültig, mit der Begründung, die Inhaber seien keine wahren Mitglieder, sondern von Levy angeworben worden. Auch der Ausgang der Delegiertenwahlen hatte keine Klarheit geschaffen.

Nach Schätzungen teilen sich die *Delegierten in drei große Lager auf,* wobei Levy einen kleinen Vorsprung hat. Auf dem Parteitag nun sucht jedes der drei Lager, Delegierte auf seine Seite zu bringen. Hier hat Shamir einen Vorteil von unschätzbarem Wert errungen. In einer Grußbotschaft an die Konferenz wünschte Begin der Bewegung „Einigkeit unter der *Führung von Yitzhak Shamir*". Angesichts des ungebrochenen Ansehens Begins dürfte dieser Gruß von entscheidender Bedeutung sein. (SAD)



Schlachtfest vor Marcos' Konterfei

DW. Manila

Tatort ist die nordphilippinische Stadt Agoo. Dort hat Ex-Präsident Marcos sein Konterfei als riesige Betonbüste hinterlassen. In einem feierlichen Ritual schlachteten Angehörige des Ibaloi-Stammes auf dem Betonkopf ein Schwein und brieten es im steinernen Angesicht des früheren Staatsoberhauptes. Sie verlangen die Rückgabe ihres Stammesgebietes.

Derweil werfen die Anhänger des geflüchteten Marcos der neuen Präsidentin Corazon Aquino „diktatorische Maßnahmen" vor. Marcos bleibe legaler Präsident des Landes, erklärte Arturo Tolentino, der sich um die Vizepräsidentschaft beworben hatte. Er selbst betrachtet sich als rechtmäßiger Vizepräsident. Die Na*tionalversammlung* habe *ihn* und Marcos zu den Gewinnern der Wahlen erklärt. Die neue Regierung will jetzt über das verfassungsrechtliche Problem entscheiden.

„Moskaus Bedrohung bleibt"

General Mack warnt vor Verzicht auf Vorneverteidigung

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der stellvertretende Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, der deutsche Viersterne-General Hans-Joachim Mack, hat sich zu den Grundlagen der Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses geäußert. Mack sieht kein Nachlassen des militärpolitischen Drucks der Sowjetunion auf Westeuropa. Im Gegenteil, er glaubt, angesichts der jüngsten Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion zu der Lagebeurteilung kommen zu können, daß Moskau sich um die militärische Absicherung politisch *offensiver Optionen bemühe.*

„Der gegenwärtige Trend sowjetischer Rüstung wie auch die jüngsten sowjetischen Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung lassen erkennen, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, ihre strategisch-offensive Option gegenüber Westeuropa aufzugeben", schreibt Mack in einem Artikel. „Europa soll in einem Status minderer Sicherheit gehalten werden."

Der Panzergeneral Mack ist als Stellvertreter von US-General Bernard Rogers unter anderem mit der nuklearen Planung der NATO-Verteidigung beauftragt. In seinem Beitrag für die März-Ausgabe der Bonner Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" beschäftigt er sich aber damit nur am Rande, indem er auf die Strategie der „Flexible Response" verweist, die sich auf ein Spektrum eng verzahnter nuklearer und konventioneller Optionen abstütze. Das Schwergewicht legt Mack auf die *konventionelle Abschreckung.*

Von überragender politischer und strategischer Bedeutung für Europa und „Eckstein der Strategie der Flexible Response" sei das Konzept der Vorneverteidigung. Darunter verstehe er die grenznahe, zusammenhängende Abwehr eines Angriffs, auch wenn dieser nach nur sehr kurzer Warnzeit erfolge. „Eine erfolgreiche Vorneverteidigung bildet die entscheidende Voraussetzung für alle weiteren Abwehroperationen... Wird gerade in der Anfangsphase die Vorneverteidigung nicht erfolgreich geführt, besteht das Risiko, sehr früh und möglicherweise unter ungünsti*gen Bedingungen mit nuklearen Mit*teln reagieren zu müssen."

Mit keinem Wort geht Mack auf die gegenwärtig in der Bundesrepublik geführte Debatte über die Aufrechterhaltung der Präsenzstärke der Bundeswehr angesichts rückläufiger Geburtenjahrgänge ein. In der NATO wird nationalen politischen Fragen mit äußerster Zurückhaltung begegnet. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß Bestrebungen der Opposition, die Stärke der Bundeswehr herabzusetzen, wegen unvermeidlicher Auswirkungen auf die Vorneverteidigung und damit auf die Warnzeit in alliierten Stäben mit wachsender Besorgnis gesehen werden. (SAD)

Schtscharanski von Reagan eingeladen

AFP, Tel Aviv

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat den im vergangenen Monat freigelassenen sowjetischen Regimekritiker Anatoli Schtscharanski und dessen Ehefrau zu einem einmonatigen Besuch in die Vereinigten Staaten eingeladen. Die israelische Tageszeitung „Yedioth Aharonoth" berichtete gestern, Reagan werde die Eheleute, die jetzt in Israel leben, im Weißen Haus empfangen.

Der jüdische Regimekritiker war am 10. Februar in Berlin ausgetauscht und noch am selben Tag nach Israel gebracht worden. *Er soll nach Anga*ben der Zeitung im Kongreß in Washington einen Preis in Höhe von 100 000 Dollar für sein engagiertes Eintreten für die Menschenrechte erhalten.

Schtscharanski hatte neun Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern verbracht. Er wurde dabei einige Monate in einer Strafzelle isoliert. Jetzt erholt sich Schtscharanski am See Genezareth im Norden Israels von seiner langen Haft mit „Hunger und Kälte".

Für Gonzalez wird das Referendum über die NATO zur Schicksalsfrage

„Iden des März" / Erkannten Botschaften der Allianz-Länder nicht den Ernst der Lage?

ROLF GÖRTZ, Madrid

In Spanien dämmern Iden des Märzes herauf. Dieser historische Vergleich zwischen der Ermordung Caesars und der politischen Bedrohung des Regierungschefs Felipe Gonzalez fand am Montag seinen Niederschlag in einer akademischen Betrachtung des Madrider ABC. Der stark *gealtert wirkende Felipe Gonza*lez hat längst die Sackgasse erkannt, in die er sich selbst hineinmanövrierte, als er die im Wahlkampf 1982 leichtsinnig versprochene Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO anordnete.

Wie auch immer am Mittwoch die Abstimmung ausgehen wird – die letzten Umfragen lassen ein knappes „Ja" für den Verbleib erkennen –, das Referendum brachte die sozialistische Regierung Gonzalez schon *jetzt in ernste Schwierigkeiten.* „Straft mich nicht heute, sondern erst bei den Parlamentswahlen", bat der sozialistische Ministerpräsident verzweifelt den linken Flügel seiner Partei. Vergebens: die er einst selbst in zündenden Reden gegen die NATO und für ein sozialistisches Spanien entflammte – sie werden zusammen *mit den* Kommunisten gegen den Verbleib in der NATO und damit gegen ihn, den Chef, stimmen.

„Natürlich wäre es das beste, das Referendum würde gar nicht erst stattfinden", gestand dieser Tage der Superminister für Wirtschaft und Finanzen, Carlos Solchaga. Daß der Regierungschef dennoch hartnäckig an seinem Wahlversprechen festhielt, lag gewiß auch an der mangelnden Beratung der verbündeten Nationen. Javier Ruperez, der erste NATO-Botschafter Spaniens und Leiter der spanischen Delegation bei der KSZE-*Folgekonferenz in Madrid, warf* in einem Gespräch mit der WELT den Madrider Botschaften der NATO-Verbündeten vor, ihren Regierungen den Ernst der Lage unterschlagen zu haben.

Was viele übersehen: Der spanische Bürger weiß auch heute noch nicht, daß die NATO als Antwort auf die *sowjetische Annektion* der von ihren Truppen besetzten, bis dahin demokratischen Ländern entstand. Das Thema aber bedeutet für die spanische Linke immer noch das Tabu einer Vergangenheitsbewältigung. Zu viele Bürger könnten anders über den spanischen Bürgerkrieg (1936-39) urteilen, wenn ihnen bewußt würde, daß sich die revolutionären Volksfrontparteien der spanischen Kommunisten und Sozialisten *damals* eben dieser sowjetischen Diktatur unterworfen hatten und beispielsweise andersdenkende Anarchisten einfach niederkartätschten.

Die autoritäre Selbstüberschätzung im sozialistischen Regierungslager 1986 läßt sich auf diesen Nenner bringen: unsere Leute werden uns bei diesem Kurswechsel schon folgen. Und da die Opposition des bürgerlichen Lagers ohnehin für die NATO eingestellt ist, können wir gleich die Weichen für die Parlamentswahlen im Oktober 1986 stellen. Nun, die bürgerlichen Parteien wollen Gonzalez dadurch, daß sie sich der Stimme enthalten, diesmal in das Messer rennen lassen, das er selbst öffnete. Auch auf Kosten der Außenpolitik.

Sollte die Volksbefragung negativ ausfallen, muß man mit vorgezogenen Wahlen im Frühsommer rechnen. Gonzalez kann zwar mit der Unterstützung der Banken und der Großindustrie rechnen, denn keine bürgerliche Partei könnte sich eine derart kapitalistische Wirtschaftspolitik wie die Sozialistische Partei leisten, die ihre eigenen Gewerkschaften am Zügel hält. (SAD)

Moskaus UNO-Missionen waren schon Reagans Vorgängern ein Dorn im Auge

FRITZ WIRTH, Washington

Es war unausbleiblich, daß zu einem Zeitpunkt, da Moskau und Washington ein politisches Fingerhakeln um den Termin des nächsten Gipfel*treffens veranstalten, die Entschei*dung des State Department, das Personal der sowjetischen UNO-Mission in New York um 38 Prozent zu reduzieren, zu einer politischen Waffe im gegenwärtigen sowjetisch-amerikanischen Reizklima erklärt würde.

Doch das ist ein Irrtum. Das Unbehagen über die starke sowjetische Präsenz in New York und deren unbestrittener Mißbrauch zu Spionagezwecken ist jahrzehntealt. Druck des Kongresses auf die Administration, diesen Mißstand einzudämmen, gab es schon zu Zeiten der Präsidenten Nixon, Ford und Carter. Er nahm zu, als eine Serie von Spionageaffären im vergangenen Jahr sowie das Buch des übergelaufenen sowjetischen UNO-Diplomaten Schewschenko das Ausmaß der sowjetischen Spionagetätigkeit in den USA enthüllten.

Auch Satellitenstaaten haben zuviel Personal

Im State Department weist man darauf hin, daß das Timing dieser Restriktionsmaßnahmen gegen die sowjetische UNO-Mission kein taktisches Manöver im Schatten des Gipfels sei, oder gar im Widerspruch zu den seit dem Genfer Treffen vereinbarten engeren Kontakten im diplomatischen Bereich zu verstehen sei. Wer den sogenannten „Geist von Genf" so interpretiere, daß nationale Sicherheitsinteressen seinetwegen zurückgestellt werden, verstehe Sinn und Thema dieser Gespräche von Genf falsch.

Tatsächlich gab es beim Timing dieser Maßnahmen für die USA nicht *sehr viele Alternativen. Hätten sie bis* nach dem Besuch Gorbatschows in Washington gewartet, wäre das amerikanische Vorgehen als ein diplomatischer Querschläger gegen den folgenden Besuch Reagans im nächsten Jahr in Moskau interpretiert worden. Im übrigen sieht die Forderung, die Zahl der sowjetischen Diplomaten in New York von 275 auf 170 zu reduzie*ren, auf dem Papier drakonischer aus,* als sie es in Wirklichkeit ist. Denn zum gleichen Zeitpunkt, da dieser Auszug über die Bühne geht, werden die Beamten des neueingerichteten sowjetischen Konsulats in New York einziehen und sie werden der Einfachheit halber im gleichen Gebäude in der 67. Straße in New York untergebracht, in dem die anderen sowjetischen UNO-Missionen arbeiten.

Außerdem gibt es kein überzeugendes Argument, das die gegenwärtige Anwesenheit von 275 sowjetischen UNO-Diplomaten in New York rechtfertigt, zumal die beiden nächstgrößeren Missionen, die der USA und der Chinesen, mit 126 beziehungsweise 116 Diplomaten auskommen.

Tatsächlich gibt es zahlreiche US-Kritiker, die diese Restriktion für unzureichend und unvollständig halten. Sie *argumentieren, daß die* Sowjets in den Vereinten Nationen nicht nur politisch, sondern auch in der Spionagetätigkeit eng mit ihren Satellitenstaaten zusammenarbeiten und das zahlreiche UNO-Missionen dieser Staaten ebenso überbesetzt sind wie die der Sowjets. So arbeiten 56 kubanische Diplomaten in deren New Yorker UNO-Mission und das sind mehr als beispielsweise von den großen mitteleuropäischen Staaten in New York beschäftigt werden.

Der ehemalige *amerikanische* UNO-Diplomat Charles Lichenstein hat nachgewiesen, daß die Sowjetunion einschließlich ihrer Satellitenstaaten heute 1204 Diplomaten bei den UNO beschäftigten. Da nach den Erfahrungswerten der amerikanischen Geheimdienste mindestens jeder Dritte dieser Diplomaten in Tätigkei*ten verwickelt ist, die nicht mit sei*nem Diplomatenstatus zu vereinbaren sind, ergibt sich die Zahl von rund 400 suspekten Mitarbeitern. Um deren Tätigkeit unter Kontrolle zu halten, beschloß die Reagan-Administration 1984, die Zahl ihrer Gegenspionageagenten in den nächsten fünf Jahren um 50 Prozent zu erhöhen.

Die amerikanischen Behörden haben die Bewegungsmöglichkeiten der sowjetischen UNO-Diplomaten als Antwort auf sowjetische Restriktionen für US-Diplomaten in Moskau auf 25 Meilen außerhalb des UNO-Hauptquartiers eingeschränkt. Die Maßnahme ist jedoch nur von beschränkter Wirksamkeit, da diese Re*striktion nicht für die UNO-Diploma*ten sowjetischer Satellitenstaaten in New York gilt, obwohl das vom Kongreß verabschiedete Roth-Hyde-Amendment der Administration dazu eine rechtliche Handhabe gibt.

„USA subventionieren die Sowjet-Spionage"

Lichenstein weist ferner auf die Tatsache hin, daß nicht nur die sowjetischen *UNO-Diplomaten,* sondern auch jene mehr als 300 sowjetischen Staatsbürger, die offiziell im UNO-Sekretariat beschäftigt sind, potentielle Spione sind. Was manche dieser amerikanischen Kritiker besonders erzürnt: 25 Prozent des Gehalts dieser sowjetischen Angestellten wird von der US-Regierung beigesteuert. Die USA subventionieren damit indirekt, nach Meinung von Lichenstein, eine gegen sie gerichtete Spionagetätigkeit. Er hat die Reagan-Administration deshalb aufgefordert, diese Zahlungen einzustellen.

Lichenstein geht sogar noch weiter und nimmt einen Vorschlag der ehemaligen amerikanischen UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick auf, die dreimonatige Generalversammlung der UNO im Herbst im Rotationsverfahren in andere Hauptstädte der Welt *zu verlegen, um damit die ame*rikanische Spionageabwehr zu entlasten. Präsident Reagan jedoch und das State Department wollen bis zur Stunde nichts davon wissen.

Finnland lehnt Kooperation in der Asylpolitik ab

G. MEHNER, Kopenhagen

Schweden, Norwegen und Dänemark werden künftig ihre Flüchtlings- und Asylpolitik koordinieren und auch auf dem internationalen Parkett mit einer Stimme sprechen: Dies sieht ein Sieben-Punkte-Programm vor, das auf der Kopenhagener Tagung des Nordischen Rates von den drei Ländern jetzt gutgeheißen wurde. Schon im April bei der Flüchtlingskonferenz in Den Haag wollen die drei auf die übrigen Länder gemeinsam Druck ausüben, damit die Vereinten Nationen in der Flüchtlingsfrage zu einer Quotenregelung übergehen.

Der gemeinsamen nordischen Linie in der Flüchtlings- und Asylpolitik hat sich Finnland nicht angeschlossen. Aus finnischer Sicht tangiert die Flüchtlingsfrage die Sicherheits- und Außenpolitik. Schon bei seinem Beitritt zum Nordischen Rat habe es Finnland abgelehnt, so der sozialdemokratische *Ministerpräsident* Kalevi Sorsa, in diesen Feldern zu kooperieren: Die bisherige pragmatische nordische Zusammenarbeit werde gestört, wenn zusätzlich sensitive außen- und sicherheitspolitische Fragen diskutiert würden.

Es ist die Nachbarschaft mit dem Osten, so mutmaßten Konferenzteilnehmer, die die Finnen an der Teilnahme an einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik hindert. Wenn ein Sowjetbürger nach Finnland flüchte und um Asyl bitte, werde der Ankömmling in der Regel unverzüglich zurückgeschickt. Dies geschehe auf Anweisungen von höchster Stelle. Die restriktive finnische Haltung wird auch an den Zahlen des vergangenen Jahres deutlich: Während Schweden über 12 000 Asylanten aufnahm, ließ Finnland lediglich rund 100 Verfolgte ins Land.

Bei der gemeinsamen nordischen Flüchtlingspolitik geht es nicht nur um die Frage der Aufteilung der Asylanten auf die einzelnen Länder selbst; die Kooperation hat auch eine außenpolitische Komponente. Die nordischen Länder wollen künftig *Menschenrechtsverletzungen* in Diktaturen und autoritären Regimes verstärkt anprangern, denn sie sind häufig die Ursache für die späteren Flüchtlingsströme.

Uganda will Kredit von 370 Millionen

dpa, Kampala

Uganda hat die internationale Gemeinschaft um 160 Millionen US-Dollar (370 Millionen Mark) Finanzhilfe zur Überwindung der Kriegsschäden sowie zur Wiederansiedlung seiner Vertriebenen gebeten. Diesen Appell richtete Regierungschef Sam Kisseka an Diplomaten in Kampala. Rebellen der „Nationalen Widerstandsarmee" (NRA) unter der Führung des jetzigen Staatspräsidenten Yoweri Museveni hatten Ende Januar nach rund fünfjährigem Buschkrieg die Militärregierung gestürzt und die Macht in dem ostafrikanischen Land übernommen.

Bei dem Rebellenkrieg kamen nach Schätzungen über 300 000 Menschen ums Leben. Weitere Hunderttausende wurden durch die Kämpfe aus ihren Dörfern vertrieben. Die Wirtschaft des Landes kam weitgehend zum Erliegen. Nach Darstellung Kissekas wird das Geld neben der *Nothilfe* für die Vertriebenen zum Wiederaufbau der Transportwege dringend benötigt. Uganda werde allerdings keine Nahrungsmittel-Hilfen annehmen.



Hypothekenzinsen sind nicht das einzige Kriterium für die Auswahl einer Baufinanzierung.

Denn der wirklich effektive Zins errechnet sich nicht nur aus den Zinsprozenten, den Auszahlungsprozenten, Laufzeit und Disagio. Was zählt ist auch die Leistung.

Denn die Beratungsleistung entscheidet, was das verbaute Geld letztendlich bringt.

So kann sich beispielweise eine hohe Finanzierung mit der richtigen Immobilienprognose auch noch bezahlt machen. Während eine sparsame Finanzierung am falschen Ort leer ausgeht.

Es kommt also beim Bauen nicht unbedingt auf das Sparen, sondern auf das richtige Preis-Leistungs-Verhältnis an. Deshalb gehört zu unserer Leistung das Beste, was wir haben: Wissen und Ideen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Karl Bruckmaier
HYPO-BANK

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schlaumeier

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schlagzeile „Lufthansa verlor bei Spekulationen 200 Mio" ist ein Beispiel dafür, daß Leute über eine Sache schreiben, von der sie nichts verstehen, ein Beispiel von Oberflächlichkeit und Ignoranz:

Die Lufthansa kaufte Flugzeuge bei Boeing zur Lieferung in 1986, natürlich auf Dollarbasis. Um das Risiko auszuschalten, daß, sollte bis 1986 der Dollar gestiegen sein, sie einen höheren D-Mark-Betrag zahlen müßte als kalkuliert, schloß sie einen Dollar-Terminkauf.

Nun stieg der Dollar nicht, sondern er fiel. Das konnte der Lunfthansa egal sein. Sie hatte beim Kauf der Flugzeuge einen bestimmten Dollarkurs zugrundegelegt, und sich diesen gesichert. Nun kommt aber so ein Superkluger daher und macht die theoretische Errechnung auf: „Hätte die Lufthansa die 275 Millionen Dollar nicht auf Termin gekauft, dann hätte sie dieselben heute zum niedrigeren Tageskurs bekommen." Flugs macht er nun daraus: 200 Mill. Mark „Verlust"!

Dieser Schlaumeier übersieht, daß die „Hätte ... hätte"-Überlegungen immer post festum kommen. Zweitens verwechselt er den Gewinn, den die Lufthansa, würde sie den Terminkauf unterlassen haben, gemacht hätte, mit Verlust (der ja überhaupt nicht entstanden ist).

Mit freundlichen Grüßen
H. R. Elmenhorst,
Heiligenhaus

Abstimmung

„Los von Wien' findet knappe Mehrheit"; WELT vom 4. März

Sehr geehrte Herren,

hierzu schreiben Sie auf Seite 1 der WELT: „In einer Volksbefragung hat sich die Mehrheit der Niederösterreicher für eine eigene Landeshauptstadt ausgesprochen." Das ist falsch. Von den ca. 1 200 000 wahlberechtigten Niederösterreichern haben sich bei der Volksbefragung nur 410 000 für eine eigene Landeshauptstadt ausgesprochen. Somit dürfte das Projekt wohl wieder zu den Akten gelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Dittmar,
Dettinghofen-Kirchholz

Menschenrechte

„Prozeß um deutsches Blatt in Warschau"; WELT vom 17. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Artikel vom 17. Februar „Prozeß um deutsches Blatt in Warschau" haben Sie geschildert, wie Deutschen in polnisch verwalteten Gebieten elementare Menschenrechte vorenthalten werden.

Wir müssen uns alle verpflichtet fühlen, für diese Menschen zum Sprachrohr zu werden und die ständige Mißachtung der KSZE-Schlußakte aufzuzeigen.

Den über 1,1 Millionen Deutschen in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung ist es versagt, Deutsch zu sprechen, zu lesen, zu lernen und die deutsche Kultur zu pflegen. Man sollte weitere Kredite nur gewähren, wenn dabei auch tatsächliche Erleichterungen für unsere Landsleute gewährt werden.

Mit freundlichem Gruß
Renate Sappelt,
Gummersbach

„Heimzahltag"

„Konservativ eingestellte Bürger haben keine Alternative – sie müssen uns wählen" – diese Worte von CDU-Vertretern einer nordfriesischen Insel – von mir im letzten Sommerurlaub wegen der Nationalparkprobleme angesprochen – klingen mir noch heute in den Ohren.

Die Wahlergebnisse an der Westküste haben nun das Gegenteil bewiesen: Für viele gibt es eben doch eine Alternative, andere bleiben am Wahltag einfach zu Hause.

Auch die Niedersachsen zwischen Ems und Elbe müssen mit einer Nationalparkverordnung leben, die die Verursacher schont und die Falschen gängelt. Viel Unmut hat sich an der Küste aufgestaut. Auf dem Entwurf eines parteiunabhängigen Wahlplakats ist ein Wattwandererpaar (Ostfriesentypen) zu sehen, umgeben von Plastikunrat, Giftkanistern und Altölklumpen, dem ein Polizeibeamter wegen Betretens des Watts einen Bußgeldzettel überreicht.

Das Wort „Wahltag" wurde in „Heimzahltag" verändert.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Hoppe,
Jever

Anbiederung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie melden, Rita Süssmuth würde in Pressemitteilungen ihres Hauses als „Frauenministerin" bezeichnet. Offensichtlich fühlt sie sich auch so. Ich betrachte allerdings diese Verdrehung der Aufgaben eines Ministeriums als schlichte Anbiederung an bestimmte Gruppen. Wählerinnen sollen gewonnen werden. Als langjährige CDU-Wählerin überlege ich mir erstmals – weil es bald kaum noch ein Familienministerium gibt –, was ich bei der nächsten Wahl wählen soll.

Stutzig wurde ich bereits bei dem Brimborium um die angebliche „Mitentscheidung" durch die Tochter von Rita Süssmuth. Könnte es sein, daß zum Beispiel die Herren Rau oder Kohl bald zurücktreten, weil es deren Kinder so wollen?

Maria Luise Harms,
Buchholz

Nagelprobe

Sindermann war da, Marcos ist weg. Alle Welt hat letzteren geschmäht, ganz Bonn hat ersterem gehuldigt. Der Filipino hat gemogelt, der Sachse hat betrogen. Marcos ist wenigstens von der knappen Hälfte seines Volkes gegen leicht überlegene Konkurrenz gewollt gewesen, Sindermann (und Honecker und Stoph und dergleichen) haben eine solche Nagelprobe mit Opposition und Wahlkampf usw. 40 Jahre lang gescheut. Sie sind also noch nie von einer Mehrheit mit dem Regieren beauftragt worden. Sie haben „Wahl" für „Wahl" auf 99,9 Prozent gepuscht. Dafür werden sie jetzt von unseren Volksvertretern belohnt.

Joachim Sauer,
Würzburg

Wort des Tages

» Es gehört zu den alltäglichen Täuschungen, die Stunden der Vergangenheit und Zukunft reizender zu finden als die Gegenwart. «

Heinrich Zschokke, deutscher Schriftsteller (1771–1848)

Ewige Rechnung

„Öffentlicher Dienst mit Lohnvorsprung"; WELT vom 4. März

Diese Analyse war längst überfällig. Ein Dank daher an das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln; Dank aber auch an die WELT für die zügige Veröffentlichung. Schon die wenigen Zahlen und Vergleiche sprechen für sich, wird doch endlich einmal in einer einfachen Rechnung verständnisvoll dargestellt, welches höhere Brutto ein Arbeitnehmer der freien Wirtschaft benötigt, um das gleiche Netto eines Beamten zu erhalten. Hier wird einmal deutlich gezeigt, welche verschiedenen Sozialversicherungsabzüge wir noch zu zahlen haben.

Der auf 15 Prozent bezifferte Einkommensrückstand der Staatsdiener gegenüber der allgemeinen Lohnentwicklung aus den vergangenen Jahren, wie Herr Krause erst kürzlich wieder argumentierte (WELT v. 19. 2. 86), ist durch diese Untersuchung doch eindeutig widerlegt.

Nach Veröffentlichung dieser IW-Analyse braucht nun doch auch der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die seit über einem Jahr vorliegende Infratest-Studie über die tatsächlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmerlohn und Beamtengehalt nicht mehr länger der Öffentlichkeit vorenthalten; immerhin wurde diese Studie aus Steuermitteln bezahlt.

B. W. H. Schuwe,
Hamburg 1

Versäumnisse

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um Pro- und Antisemitismus ist wieder einmal in vollem Gange.

Zu dieser verstärkten Diskussion tragen sicherlich die beleidigenden und unklugen Äußerungen gewisser Personen bei, wie die veröffentlichten Verärgerungen der Herren Gallinski und Nachmann, wobei man nicht weiß, was Ursache und Wirkung ist.

Meines Erachtens krankt die ganze Diskussion seit langem daran, daß man bisher versäumt hat, die Beziehungen der Deutschen und Juden zueinander historisch aufzuarbeiten. Die seit Jahrzehnten andauernde ungesunde Situation fordert dies geradezu heraus. Zweifellos wäre dies ein mutiger Schritt in eine bessere Zukunft der jüdisch-deutschen Beziehungen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Siegfried Föhrenbach,
Renchen

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Franz Paul Gall**, Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik an der Universität Erlangen-Nürnberg, hat am 8. März 60. Geburtstag gefeiert. Der Regensburger war von 1970 bis 1977 Chefarzt der Chirurgischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten Fürth. 1977 wurde er auf den Lehrstuhl für Chirurgie berufen. Professor Gall ist korrespondierendes Mitglied der polnischen Gesellschaft für Chirurgie, Ehrenmitglied der griechischen Gesellschaft für Experimentalmedizin und Ehrenmitglied der ungarischen Gesellschaft für Chirurgie.

EHRUNGEN

Professor **Gerhard Mensch** erhielt in Rottach-Egern den Humboldt-Preis. Diese Auszeichnung verleiht die Alexander-von-Humboldt-Stiftung für hervorragende wissenschaftliche Leistungen, die bereits internationale Anerkennungen gefunden haben müssen. Der Wirtschaftswissenschaftler wurde in den 70er Jahren in der Wirtschaft und in der Wirtschaftspolitik durch seine Fallstudien über grundlegende technische Neuerungen wie den „Schwarm-Effekt" bekannt. In seinem 1975 erschienenen Buch „Das technologische Patt" sagte er voraus, daß die europäische Wirtschaft vor einem Jahrzehnt von Strukturkrisen mit hoher Arbeitslosigkeit steht. Seit 1980 ist Professor Mensch in den USA Professor für Management und Industrieökonomie an der Case Western Reserve University. Die Universität, 1826 gegründet, gehört zu den führenden privaten technischen Universitäten Amerikas.

*

Ministerialdirigent a.D. **Helmut Haun**, baden-württembergischer Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte, wurde von Papst **Johannes Paul II.** zum Ritter des Päpstlichen Gregorius-Ordens ernannt. Helmut Haun hatte, nachdem er 1953 in das damals neugebildete Vertriebenenministerium des Landes Baden-Württemberg eingetreten war, 1976 die Leitung der Eingliederungsabteilung im Stuttgarter Innenministerium übernommen. Landesbeauftragter für Vertriebene ist er seit 1977. Sein Sitz hat die Behörde 1980 im Stuttgarter Staatsministerium. Haun ist außerdem Vorsitzender des Sudetendeutschen Heimatrates und langjähriges Mitglied der Sudetendeutschen Bundesversammlung. 1981 wurde er Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, in dessen Präsidium er sich heute auch betätigt.

*

Professor Dr. phil. Dr. med. **Aloys Greiter**, bis 1982 Direktor der Hautklinik der Universität Düsseldorf, wurde kürzlich mit der „Goldenen Doktorurkunde" ausgezeichnet. Professor Greiter hatte vor 50 Jahren seine Dissertation zu dem Thema „Über die psychoanalytischen Theorien zum Selbstmord Jugendlicher" an der Universität München promoviert. Seine Doktorarbeit kam 1938 als Buch auf den Markt. Die Publikation erregte den Ärger der damaligen Machthaber. 1942 ließ Propagandaminister Goebbels die Auflage vernichten. Dr. Greiter, der später Medizin studierte, verfaßte außerdem zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiet der Musik und der Instrumentenkunde. Bekannt wurde sein Buch über Mozart.

*

Mit dem Ritterkreuz des französischen Ordens Arts et Lettres wurde Dr. **Egon Graf von Westerholt** ausgezeichnet. Der Direktor für kulturelle Angelegenheiten und Stellvertreter des französischen Kultusministers in Lothringen, **Alain Marais**, überreichte Westerholt, der Direktor des Goethe-Instituts in Nancy ist, die Auszeichnung. Marais hob in seiner Laudatio hervor, Graf Westerholt habe sich in den vergangenen Jahren vor allem für enge Kontakte zwischen Künstlern beider Länder engagiert. Die Ehrung gelte zugleich dem Goethe-Institut in Nancy, das die französische Regierung „als einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben der Region von Lothringen betrachtet".

*

Mit dem Fritz-Theodor-Epstein-Preis hat der Verband der Osteuropa-Historiker in Frankfurt die Tübinger Historikerin **Trude Maurer** und den Kieler Historiker **Ekkehard Klug** ausgezeichnet. Der mit 3000 Mark dotierte Preis erinnert an Leben und Werk von Fritz Theodor Epstein, einen Gelehrten deutsch-jüdischer Herkunft. Frau Maurer hatte eine Dissertation über die „Ostjuden in Deutschland 1918 bis 1933" verfaßt, Klug hatte sich in einer Doktorarbeit mit dem „Fürstentum Tver, 1247 bis 1485" befaßt.

ERNENNUNGEN

Rita Süssmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, wurde in die Mitgliederversammlung der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle der Deutschen Bischofkonferenz berufen. Dieses Gremium engagiert sich im besonderen in den Fragen des Jugendschutzes. Auch den Suchtkrankheiten junger Menschen hat es den Kampf angesagt.

*

Dr. **Volkmar Köhler**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wurde wieder zum Mitglied der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Kirchlichen Entwicklungsdienst berufen. Zur Aufgabe dieses Gremiums gehört es, die EKD in Angelegenheiten der kirchlichen Mitverantwortung in der Entwicklungspolitik zu beraten.

*

Dr. **Erich Bammel**, Chefarzt der Medizinischen Klinik und Ärztlicher Direktor der Evangelischen und Johanniter-Krankenanstalten in Duisburg-Oberhausen, wurde zum Präsidenten der Europäischen Vereinigung der leitenden Krankenhausärzte gewählt. Die Wahl gilt für 1986/87.

*

Das Erzbistum München und Freising hat einen neuen Weihbischof. Papst **Johannes Paul II.** berief **Engelbert Siebler** in dieses Amt. Bisher leitete Siebler das Referat für die Grund-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen im Erzbischöflichen Ordinariat München.

Ministerialdirektor **Hans-Peter Bochmann**, bisher Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesinnenministerium, starb am Wochenende mit 52 Jahren. Bochmann galt als einer der namhaftesten Experten auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Anlagen. Zuletzt widmete er einen erheblichen Teil seiner Tätigkeit den Auseinandersetzungen mit Hessen um die Frage der Genehmigung der umstrittenen Hanauer Atombetriebe.

Werbung für den deutschen Umweltschutz

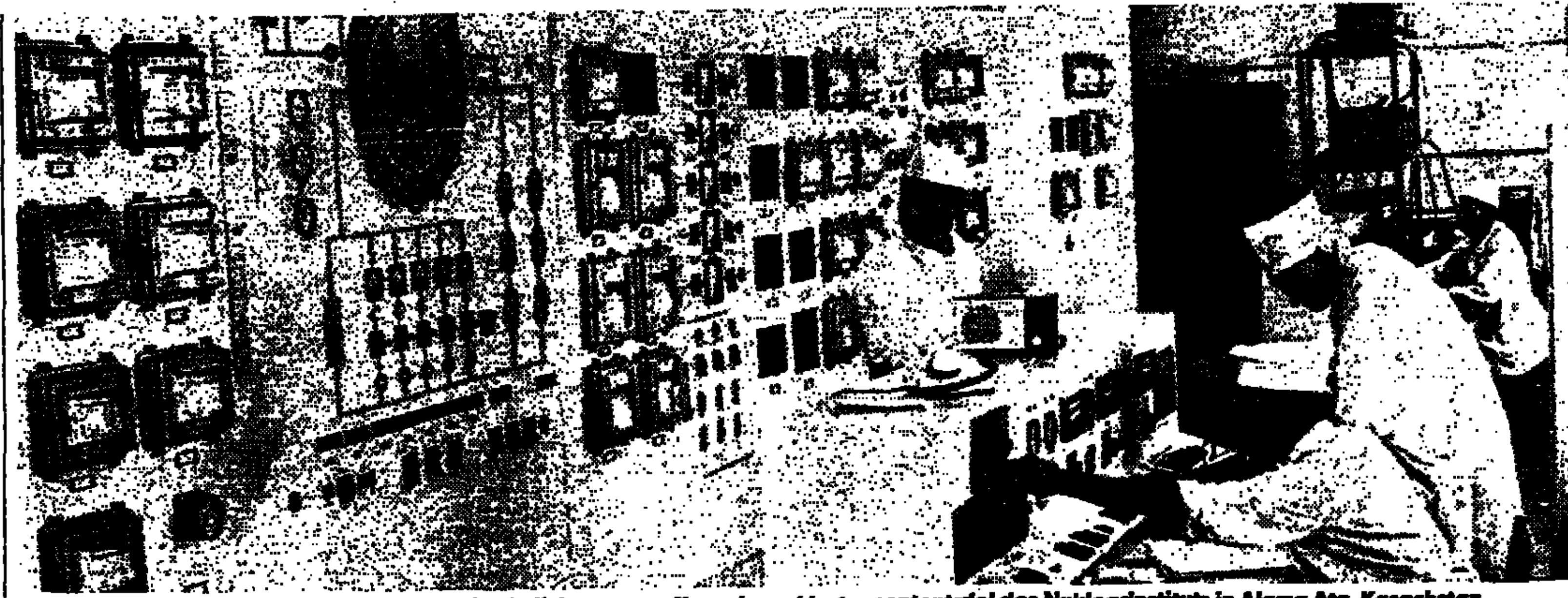
MICHAEL JACH, Hannover

Was kann man tun, um unsere europäischen Nachbarn davon zu überzeugen, wie wichtig die grenzübergreifende Umwelt-Vorsorge ist? Zum Beispiel angesichts der britischen Widerstände gegen ein Nordsee-Schutzabkommen der Anrainerländer, dessen Abschluß auch von der zweiten Runde der Schutzkonferenz nächstes Jahr in London derzeit kaum erwartet werden darf?

„Sensibilisierung der Bürger in anderen europäischen Staaten – mit Hilfe der dortigen Medien" heißt das Rezept, das Niedersachsens Landesregierung jetzt erprobt. Bundesratsminister Wilfried Hasselmann hatte deshalb während der vorigen Woche vier namhafte Umwelt-Fachjournalisten aus London zu Gast. Im „Daily Telegraph", dem „Observer", der Zeitschrift „New Scientist" und in „Channel Four Television" wird britisches Publikum demnächst lesen und sehen, wie lebenswichtig ein europäischer Nordseeschutz-Verbund etwa für die Wattenmeerküste ist. Und was Umweltpolitik hierzulande bisher schon vermag – ohne wirtschaftliche Leistungseinbußen, wie das offizielle London sie für seinen Teil befürchtet.

In Wilhelmshaven und auf Wangerooge lernten die Gäste das Konzept des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer kennen, in der Stadt am Jadebusen ferner die Entschwefelungs- und (geplante) Entstickungstechnik des örtlichen Kohle-Großkraftwerks. Im Harz sahen sie schwere Waldschäden ebenso wie Therapie-Versuchsflächen, begleitet mit entsprechenden Vorträgen von Göttinger Forstwissenschaftlern. Sie hatten Einblick in vielfältige Umwelt-Forschungsprojekte der Technischen Universität Clausthal. Die Norddeutsche Naturschutzakademie Schneverdingen/Lüneburger Heide informierte sie über die Praxis der Landschaftspflege.

Die Eindrücke machten Eindruck. Herbert Girardet vom „Channel Four" zog ein Resümee: „Wir haben gesehen, wie eine Industriegesellschaft lernt, die Krise der Technik mit den Mitteln der Technik zu bewältigen." Das sei „A message to Britain, too".



Rechner-Technologie, die uns vorsintflutlich anmutet: Konsole und Instrumententafel des Nuklearinstituts in Alma Ata, Kasachstan
FOTO: CAMERA PRESS

Am „Kompjuter" scheiden sich die Geister

Ein Datenverbund zwischen Personal-Computern würde die Moskauer Staatsführung vor unlösbare Probleme stellen

Von C. GRAF BROCKDORFF

In einem westlichen Fernsehprogramm wurde in diesen Tagen eine *höhere Moskauer Schulklasse* gezeigt. In weißen Laborkitteln übten Schüler an Personal Computern. Der Kommentator berichtete, daß kyrillische Schriftzeichen für russische Texte verwendet würden. Dabei schwenkte die Kamera auf den PC-Bildschirm, der in diesem Augenblick auf eine falsche Eingabe reagierte. Er schrieb die Worte: „syntax error".

Mag sein, daß dieser Computer sowjetischer Herkunft war; über seinen Ursprung wurde nichts gesagt. Die Software, mit der er arbeitete, war jedenfalls amerikanisch. Die Fehlermeldung „Syntax error" entstammt dem Programm MS-DOS (Microsoft Disk Operating System) der Microsoft Corporation.

Warum auch nicht: MS-DOS ist mittlerweile um die Erde verbreitet. „Syntax error" enthüllt nur, daß auch die Sowjetunion nicht auf das geistige Produkt der US-Firma Microsoft verzichten mag. Parteichef Michail Gorbatschow, der mit dem eben beendeten 27. Parteitag der KPdSU sein Land durch Verdoppelung der Produktion *bis zum Jahr 2000* zu neuen Ufern führen will, hat ein großes Programm entworfen, um den „Kompjuter" in der Sowjetunion heimisch zu machen. Er weiß, daß ohne die Mikroelektronik die Wende in der Sowjetunion nicht herbeizuführen ist.

Aber droht der Computer, dessen Gebrauch in Gorbatschows Reich noch in den Anfängen steckt, nicht eine Wende ganz anderer Art zu bringen, eine Wende, die Politbüro und Partei aus Gründen der Selbstbehauptung gar *nicht zulassen dürfen*? Der Computer speichert als Informationsinstrument Wissen und Daten, die jederzeit abruf- und austauschbar sind.

Ohne Verbindung von einem zum anderen ist der Computer nicht einmal die Hälfte seiner Anschaffung wert. Er kann so höchstes für die Zentralbuchhaltung oder ähnliche Zwecke benutzt werden. Damit würden weite Anwendungsbereiche brach liegen. Gorbatschows Wende bliebe aus.

Kopieren als Straftat

Wie aber soll die Sowjetunion sich zum freien Informationsaustausch bekennen, der zwischen Computer und Computer möglich ist? Vorausgesetzt natürlich, die Telefonleitungen der Sowjetunion wären halbwegs *störungsfrei*, so daß die Datenübermittlung funktioniert. Zu einem Computer gehört als Peripheriegerät ein Drucker. Da schon beginnen die Probleme in einem Land, dessen Jahresproduktion an Kopiermaschinen nach neuesten Informationen 5000 nicht übersteigt.

Niemand ist in der Sowjetunion befugt, ohne Erlaubnis und Zweckangabe Fotokopien herzustellen. Der Mißbrauch von Kopiermaschinen wird mit Gefängnis bestraft. Man will der Verbreitung offiziell nicht genehmigter Meinungen keinen Vorschub leisten.

Funktionäre haben jetzt ernsthaft vorgeschlagen, mit Personal-Computern solle im Kollektiv gearbeitet werden. Der Widerspruch zwischen „Person" *und* „*Kollektiv*" *jedoch* ist unauflösbar. Die den Sowjets von den Kapitalisten bescherte Technologie, die es ermöglicht, das Individuum in einer veränderten Umwelt aufwachsen zu lassen, macht sich an den Fundamenten des Sowjet*staates zu* schaffen: Ohne Überwachung am Computer zu arbeiten, könnte gefährlich werden.

Bis jetzt gibt es in der Sowjetunion nur einige tausend Nachbauten des längst veralteten Apple I. Die Technologie eines modernen 16-bit-Computers mit zehn Millionen bytes Speicherkapazität darf nicht in den Ostblock ausgeführt werden. Hochleistungsprozessoren dieser Kategorie, die 650 000 Operationen in der Sekunde ausführen können, stehen auf der westlichen Embargo-Liste.

Das „hardware"-Problem liegt aber noch woanders. Bis jetzt wurden in der Sowjetunion gefertigte „Kompjuter" ohne Peripheriegeräte wie Tastatur, Bildschirm und natürlich Verbindungskabel ausgeliefert. Im Land der Planwirtschaft war der Computer-Hersteller für die Peripherie nicht verantwortlich.

Sprengstoff fürs System

Die Sowjets benutzen schwarzweiss Fernseher für die Schirmausgabe, Drucker gibt es nicht, „floppy-disks" müssen – gegen Devisen – aus dem Westen importiert werden. Nicht die Techniker, die Partei wird befehlen, ob Moskaus neue Generation von Personal Computern eine serielle Schnittstelle erhält, die bei uns unter der Bezeichnung „RS-232" bekannt ist. Sie ermöglicht die asynchrone Verbindungsaufnahme zwischen Computern, ist quasi das Werkzeug, das man braucht, um Informationen auszutauschen oder von Datenbanken abzurufen.

Die Partei wird auch befehlen, ob „Modems" produziert werden dürfen, die den Datenfluß über das Telefonnetz ermöglichen. Der „Kompjuter" ist unentbehrlich für Moskau, aber zugleich Sprengstoff für ein Staatssystem, dessen Gesellschaftsordnung den freien Fluß von Informationen nicht erlauben kann, ohne sich selbst in Frage zu stellen. (SAD)

Neue Technik für Berliner Müllwagen

RICHARD SCHWALBE, Berlin

Ein neues Antriebskonzept erproben seit kurzem die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe für ihre Müllfahrzeuge. Durch Speicherung der sonst nutzlos verlorengehenden Bremsenergie soll der Kraftstoffverbrauch der Dieselmotoren gesenkt und damit die Emission von Lärm und Abgasen vermindert werden.

Vorerst fahren zwei Prototypen der neuen Müllwagen für ein Jahr durch die Stadt. Gegenüber der üblichen Technik sind sie zusätzlich mit einer Pumpe ausgerüstet, die von der Hinterachse angetrieben wird. Beim Bremsen eingeschaltet, erzeugt sie im Hydrauliksystem einen Druck bis zu 400 bar. Als Energiespeicher dient ein Gasbehälter, in dem Stickstoff durch den Druck der Hydraulikflüssigkeit komprimiert wird.

Die in Form dieses Drucks gespeicherte Energie läßt sich erneut zur Kraftübertragung verwenden. Beim Müllfahrzeug bietet sich hierfür die Müllschüttung an, mit der die Müllgefäße angehoben und in den Wagen ausgeleert werden.

Im Berliner Versuch sind deshalb der Gasdruckspeicher und die Schüttung zusammengeschaltet. Hält das Müllfahrzeug zum Beladen an, wird die Bremsenergie gespeichert und anschließend zum Entleeren der Gefäße verwendet. Der Fahrzeugmotor kann deshalb während des Stands im Leerlauf drehen. Bisher mußte er beim Beladen die Schüttungs-Hydraulik in *einem ungünstigen Lastbereich* mit erhöhter Drehzahl und damit größerem Lärm antreiben.

Die Konstrukteure erhoffen sich durch die Energiespeicherung eine deutliche Kraftstoffeinsparung. Sie soll zwischen 15 und 25 *Prozent* liegen, was bei einem üblichen Verbrauch um 65 l auf 100 km erhebliche Beträge ausmachen kann. Müllfahrzeuge sind deshalb so durstig, weil sie überwiegend sehr kurze Strecken fahren, häufig anhalten und beim Beladen viel Energie verbrauchen.

Das Meßprogramm soll klären, ob die Erwartungen an den verringerten Kraftstoffverbrauch und den damit verbundenen geringeren Abgasausstoß erfüllt werden können. Insgesamt bringen Stadtreinigung und das Bonner Forschungsministerium 3,6 Mill. DM für die Versuche auf.

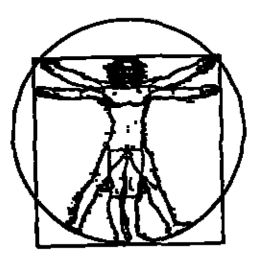
NOTIZEN

Therapie des Zwergwuchs

Hannover (dl) – Ein pharmazeutisches Unternehmen aus dem Landkreis Hannover hat jetzt ein neuartiges Medikament zur Therapie von Zwergwuchs und anderen Funktionsstörungen der Hypophyse (Hirnanhangdrüse) vorgestellt. Das Präparat, das kürzlich vom Berliner Bundesgesundheitsamt zugelassen wurde, besteht nach den Angaben der Hersteller aus dem synthetisch erzeugten Eiweißstoff Somatoliberin. Ein Wissenschaftler der medizinischen Hochschule Hannover bezeichnete das Präparat als „enormen Fortschritt", auf das Kliniken schon lange gewartet hätten.

Agrarfotos gesucht

Bonn (dt) – Die „DLG-Mitteilungen" der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft stiften aus Anlaß ihres hundertjährigen Bestehens Förderpreise, mit denen auch



die besten Photos zum Thema Landwirtschaft ausgezeichnet werden. Der erste Preis ist mit 1000 DM dotiert. Teilnehmen können Landwirte, Auszubildende, Schüler und *Studenten bis zum Alter von 35 Jahren*. Einsendeschluß ist der 15. März 1986. Aussschreibungsunterlagen sind erhältlich bei: „DLG-Mitteilungen", Rüsterstraße 13, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: *069/7168319.*

Dioxin-Labor

Oldenburg (DW.) – Als erstes Bundesland untersucht Niedersachsen im chemischen Untersuchungsamt Oldenburg Lebensmittel auf Rückstände von Dioxinen. Mit der Bereitstellung von Analysengeräten für eine Million DM und der Einrichtung von Planstellen für einen Wissenschaftler und drei Chemotechniker wurden die Voraussetzungen für eine routinemäßige Dioxin-Kontrolle geschaffen.

STAND ● PUNKT

Trophäen reichlich

Es hagelt Erfolge wie Schneekristalle – einer schöner als der andere. Und wenn der Frühling diesem Wintermärchen nicht bald ein Ende bereitet, muß im Haus des Ski in Planegg bei München wohl noch angebaut werden – wegen der vielen Trophäen. Letzte Erfolgsmeldung: Im kanadischen Sunshine Valley gewann Traudl Hächer aus Schleching den sechsten Weltcup-Riesenslalom der Saison und übernahm *in* dieser Diszplin die Führung im Weltcup.

Nun läßt es sich also nicht mehr verbergen: Wenn die Saison vorbei ist, wird der Deutsche Ski-Verband (DSV) die erfolgreichste Bilanz seines 80jährigen Bestehens ziehen: Im Biathlon, in der Nordischen Kombination und im alpinen Bereich ist man absolute Weltspitze. Wenn alles klappt, gibt es gleich acht Weltcup-Trophäen.

Denn man hat seit Jahren im Skiverband alles drangesetzt, um die sogenannten deutschen Domänen zu verteidigen. So spannt sich in der Nordischen Kombination von Willi *Bogner senior, der 1935 bei der WM* die Bronzemedaille gewann, der Bogen bis zu Hermann Weinbuch, der nun vor dem Gewinn des Weltcups steht.

In anderen Disziplinen wurde zusätzlich zielstrebig gearbeitet, besonders im Biathlon und im alpinen Herren-Bereich. „Laßt mir fünf Jahre Zeit", bat Alpintrainer Klaus Mayr. Inzwischen ist er vier Jahre im Amt, und die Arbeit trägt reife Früchte. Besonders dort, wo deutsche Skifahrer jahrzehntelang *hinterherfuhren*: im Riesentorlauf. „Manchmal", so sagte Mayr, „ist mir das alles ein bißchen zu schnell gegangen." Was sicher *stimmt*, weil die *ganz* große Erfolgswelle erst noch kommen soll.

Traditionen in sorgfältige Planungen umzusetzen, davon versteht man *im Deutschen Ski-Verband (DSV) et*was. Was auch bedeutet, daß man bei anfänglichen Mißerfolgen nicht gleich die Flinte ins Korn wirft. Ein Beispiel zum Schluß: Traudl Hächer, die Siegerin von Sunshine Valley, ist die Tochter des deutschen Abfahrtsmeisters von 1936, Hans Hächer. Das Talent wurde ihr also in die Wiege gelegt. Es mußte nur reifen – jahrelang. K. Bl.

TENNIS / Kaum beschreibliche Szenen der mexikanischen Zuschauer zum Abschluß des Daviscups

Gentleman Bungert legte Wert auf die Feststellung: „Ramirez ist für mich ein sportliches Schwein"

CLAUS GEISSMAR, **Mexico City**

„Hoffentlich kommen wir lebend *von der Anlage, falls wir doch noch* gewinnen." Der Satz stammt von Daviscup-Kapitän Wilhelm Bungert. Boris Becker, der mit seinem Cowboy-Strohhut zunächst so fröhlich wie in einer „Dallas"-Szene aussah, formulierte seine Ängste so: „Ich habe wirklich befürchtet, es könnte jemand totgeschlagen werden." Wilhelm Bungert, seit vielen Jahren als ein besonnener Gentleman des weißen Sports bekannt, beauftragte deutsche Journalisten schließlich, wörtlich zu melden, er halte den mexikanischen Kapitän Raul Ramirez von nun an für ein „sportliches Schwein". Bungert: „Bitte schreiben Sie das so. Ich hätte nie geglaubt, daß sich ein ehemaliger Weltklassespieler so verhalten kann." Und weiter: „Schließlich habe ich Ramirez gesagt, er solle endlich das Maul halten und sich setzen."

Daß sich ein international geachteter Kapitän in solchen Formulierungen wehren muß, beweist: Die deutsche Daviscup-Mannschaft ist auf dem Centre Court des Club Aleman in Mexico City tatsächlich durch eine ganze Skala tiefer Emotionen gejagt worden. *Michael Westphal, der in* seinem ersten Einzel so kraß versagt hatte, darf sich nach dem Ende dieser Daviscup-Runde nachträglich bestätigen lassen: Was er in seinem zweiten Einzel gegen Leonordo Lavalle psychisch durchgestanden hat, war bewundernswert.

Nach vier Stunden und 16 Minuten (Ortszeit 18.13 Uhr) wurde dann das alles entscheidende letzte Einzel beim Stande von 10:8, 6:3, 3:6, 4:6, 1:3 wegen Dunkelheit abgebrochen. Zuvor hatte Wimbledonsieger Boris Becker durch einen nie gefährdeten 6:3, 6:1, 6:1-Erfolg über Francisco Maciel den 2:2-Ausgleich geschafft und die deutschen Hoffnungen noch einmal geweckt. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatte Michael Westphal das Spiel gegen Lavalle noch nicht wieder aufgenommen.

Das deutsche Fernsehen hatte zwar eigene Sprecher nach Mexico City geschickt, mußte sich aber, weil das international so üblich ist, auf die Bildregie der Mexikaner verlassen.

Und so entstand bei Millionen deutschen Fernsehzuschauern der Eindruck, Michael Westphal sei nur der fröhlichen Feuerprobe eines temperamentvollen lateinamerikanischen Publikums ausgesetzt. Wer im Stadion dabei war, konnte mehr beobachten. *Eine* schwere Schlägerei auf der Stirnseite der Tribüne, die im Fernsehen extrem kurz eingeblendet wurde, konnte nur von Polizisten mit Pistolen im Halfter beendet werden. Das sind Szenen, von denen Mexikaner zugeben, daß bei solchen Anlässen notfalls auch geschossen wird. Dies war der Augenblick, den Boris Bekker instinktiv als lebensgefährlich begriff.



Südamerikanisches Temperament: Nach dem Abbruch des letzten Einzels flogen Sitzkissen auf den Centre Court. FOTO: DPA

Was sich Mexikos Tennis-Präsident Lavalle *leistete*, zwang sogar den Engländer Christopher Stokes zum Eingreifen. Stokes war als Vertreter der Internationalen Tennis-Federation (ITF) nach Mexiko geschickt worden. Präsident Lavalle, der Vater des Spielers Leonardo Lavalle, hatte zunächst Oberschiedsrichter Vic Seixas die erbetene Sitzplatzkarte verweigert. Seixas mußte deshalb zwischen der deutschen und der mexikanischen Spielerbank pendeln, um seine Anwesenheit gerecht zu verteilen. Als sein Sohn jedoch gegen Michael Westphal zurücklag, erklärte Präsident Lavalle wörtlich, das Match sei gestoppt, bis Seixas von der deutschen Bank verschwindet. Oberschiedsrichter Seixas erklärte später in einem Gespräch mit der WELT, er werde sämtliche Vorfälle von Mexico City in einem Report für den Internationalen Verband festhalten. Seixas: „Dort muß dann entschieden werden, ob Konsequenzen gegenüber Mexiko notwendig sind."

Das waren die Augenblicke, als Michael Westphal mit zwei Sätzen in Führung ging. Niemand sah dem kühlen Blonden aus dem deutschen Norden in diesem Moment äußerlich an, wie aufgewühlt er bereits innerlich war. In seinen Händen und Oberschenkeln machten sich die ersten Anzeichen von Krämpfen bemerkbar. Mannschaftsarzt Professor Keul mußte ihm von Kapitän Bungert muskelentspannende Tabletten geben lassen, die glücklicherweise *schnell halfen. Das war nicht die ein*zige medizinische Hilfe, die notwendig wurde. Abends verabreichte Keul noch eine Spritze, die den Regenerierungsprozeß beschleunigen sollte. Dann schickte er den aufgewühlten Pinneberger *mit* einem milden Schlafmittel ins Bett.

Die ganze deutsche Mannschaft boykottierte gleichzeitig demonstrativ die Banketteinlage, die der mexikanische Verband ausgesprochen hatte. Die deutsch-mexikanischen Tennisbeziehungen waren einfach zu gründlich verdorben worden. Kapitän Bungert hatte sich von den Zuschauern immer wieder Zurufe „Strichjunge" und „Rattenfänger" gefallen lassen müssen. Und Raul Ramirez dirigierte dazu mit Handbewegungen die Buhrufe und Sprechchöre, die die deutsche Mannschaft demoralisieren sollten.

Nur in einem einzigen Punkt gab es keinen Streit: Daß das entscheidende *Match* abgebrochen werden *mußte* und erst am Montag abend fortgesetzt werden konnte, entsprach den Regeln. Die beiden Kapitäne hatten sich mit dem Oberschiedsrichter auf die Abbruchuhrzeit vorher festgelegt. Das war vor allem deshalb notwendig, weil es im Daviscup keinen Tie-Break gibt, ein Satz also stundenlang dauern kann und weil der Centre Court des Clubs Aleman keine Flutlichtanlage besitzt. Für die deutsche Delegation ergab sich daraus ein Rei*senotstand.* Sie kam am *Montag* mit gepackten Koffern ins Stadion. Für eine Rückkehr ins Hotel blieb keine Zeit mehr übrig. Nach der Entscheidung mußten Spieler, Funktionäre und Journalisten direkt zum Flughafen fahren.

Nur Michael Westphal blieb noch in Mexico City zurück. Zusammen mit seiner Freundin Jessica wollte er am Dienstag in Ruhe über seine Tennis-Zukunft nachdenken und dann zum nächsten Turnier nach Florida fliegen. Er wird sich vor allem fragen müssen, warum er am letzten Freitag in seinem Einzel gegen Francisco Ma*ciel so deutlich versagt hat. In seinem* Spiel gegen Leonardo Lavalle fehlte ihm vor allem der tiefgespielte Rückhandslice, den Boris Becker mit großem Erfolg gegen denselben Gegner spielte. Als Topspin-Spieler liebt Michael Westphal diese Schlagvariante nicht. Wenn er neben Boris Becker der zweite deutsche Einzelspieler bleiben will, wird er einsehen müssen, daß man im Alter von 21 Jahren noch jung genug ist, um mehr zu lernen und seine Technik zu verbessern. Selbst Jessica wird kaum etwas dagegen haben.

FUSSBALL / Vor dem Brasilien-Länderspiel

Beckenbauer setzte Schuster ein Limit

BERND WEBER, **Frankfurt**

Als Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer gestern morgen die ersten Trainingseinheiten für das am Mittwochabend (20.15 Uhr) stattfindende Brasilien-Länderspiel absolvieren ließ, hatten er und seine Bundesliga-Profis (die beiden Italiener Karl-Heinz Rummenigge und Hans Peter Briegel kamen erst am Nachmittag an) einen äußerst begeisterungsfähiges Publikum. Der Platz lag direkt neben einer Schule. Und natürlich hingen sämtliche Klassen an den Fenstern, um den *National*spielern zuzujubeln. Allerdings, allzuviel haben sie gar nicht gesehen, denn dichte Nebelschwaden verhinderten den klaren Durchblick – das konnte man durchaus symbolisch werten: den richtigen Durchblick hat nämlich auch Beckenbauer noch nicht.

Das betrifft einmal die Aufstellung. Da hat Beckenbauer die Frage offengelassen, ob er den Hamburger Ditmar Jakobs oder den Uerdinger Mathias Herget als *Libero* einsetzen wird. Kommt Jakobs zum Einsatz, würde Herget ins Mittelfeld rücken. Bleibt der HSV-Kapitän draußen, würde dessen Vereinskamerad *Wolfgang* Rolff gegen Brasilien spielen. Im Angriff ist noch unklar, wer neben Rummenigge die zweite Sturmspitze sein wird, der *Gladbacher Frank Mill und der* Hamburger Heinz Gründel stehen sozusagen Gewehr bei Fuß. Aber auf wen die Wahl jetzt fallen wird, interessiert im Kreise der Mannschaft wieder einmal weniger als ein Thema, das nun schon seit Tagen Hochkonjunktur hat. Es geht um Bernd Schuster und um die nun sattsam bekannte Frage: Entschließt er sich zu einem Comeback in der Nationalmannschaft oder nicht?

Beckenbauer hat vergangenen Samstag erneut recht lange mit Schuster telefoniert. Das Ergebnis dieses Gesprächs faßte der Teamchef so zusammen: „Ich habe ihm klargemacht, daß er sich möglichst bald zu einem klaren Nein oder zu einem definitiven Ja durchringen müsse." Den Begriff „möglichst bald" mochte Beckenbauer zumindest in der offiziellen Pressekonferenz nicht konkretisieren, aber im kleinen Kreis hat der Teamchef dann doch näher erläutert, welche Vorstellungen er hat. „Am 5. Mai beginnt unser Trainingslager in Malente. Wenn Schuster *nicht* vom ersten Tag dabei ist", so Beckenbauer, „können wir die ganze Geschichte vergessen." Es muß freilich noch eine weitere Voraussetzung erfüllt werden: Bis Malente soll Schuster beim FC Barcelona noch Spielpraxis gesammelt haben. Wenn der Ex-Kölner, der am 19. Januar zuletzt das Trikot seines Klubs getragen hatte und seitdem verletzt ist, nicht mehr aufgestellt würde, könne man das Kapitel auch erst einmal als beendet betrachten. Wie er denn unter dem Strich die Chancen bewerte, daß Schuster bei der Weltmeisterschaft in Mexiko *dabei sei, wurde Beckenbauer* gefragt. Seine Antwort: „Ich habe keine Lust, mich an irgendwelchen Spekulationen zu beteiligen."

In anderer Sache wurde der Teamchef um so deutlicher. Ihn ärgern die Bundesligaspielausfälle der letzten Zeit, und er machte dafür *nicht zuletzt auch* die Vereine selbst verantwortlich. Und einmal in Rage geraten bei diesem Thema, ließ Beckenbauer einen Satz raus, der für heftige Heiterkeit sorgte. Diesen nämlich: „In jedem Negerdorf in Italien haben die eine Plane, um die Plätze abzudecken. Nur bei uns gibt es so etwas nicht." Das Kapitel Spielausfälle ist logischerweise ein besonderer Reizpunkt für den Chef der Nationalmannschaft, denn er sieht durch ein allzu dicht gedrängtes Nachholprogramm seine WM-Vorbereitungen in Gefahr. Aber, so stellte er auch unmißverständlich klar: „Ich lasse mir da von niemandem reinreden. Ich ziehe die Abläufe genauso durch, wie wir sie vor Monaten in Absprachen mit der Bundesliga festgesetzt haben."

Man sieht, über die Brasilianer – immerhin dreimaliger Weltmeister und ein Prestigegegner vom höchsten Kaliber – wurde bisher noch am wenigsten gesprochen.

FECHTEN

Sieg für Pusch beim Weltcup

sid, London

„Ich kann meiner Anja ja schlecht nachstehen", meinte Alexander Pusch (30) nach seinem Sieg beim Weltcup-Turnier der Degenfechter in der Londoner Seymour Hall. Wie die 13 Jahre jüngere Junioren-Weltmeisterin, die von ihm trainiert wird, steht Alexander Pusch (Tauberbischofsheim) in einem seiner erfolgreichsten Fechtjahre.

Auf den Tag genau vor zehn Jahren hatte er das Degenturnier von London schon einmal gewonnen. Im Finale siegte Pusch diesmal zunächst gegen die Franzosen Srecki und Stefan Riboud, und mit Lenglet bezwang er auch den dritten Franzosen. Nach einer 6:2-Führung lag der Tauberbischofsheimer plötzlich mit 6:7 zurück, ehe er in letzter Sekunde zum 7:7 ausgleichen konnte. In der Verlängerung gelang dem perfekten Techniker dann doch der Siegtreffer zum 12:11.

SPORT-NACHRICHTEN

Heute Bundesliga

Bochum (DW.) – Zum dritten Mal wird heute abend der Versuch unternommen, das bisher stets immer wieder ausgefallene Fußball-Bundesligaspiel zwischen dem VfL Bochum und dem SV Waldhof Mannheim auszutragen. Das Spiel beginnt um 20.00 Uhr.

Vahlensieck Zweite

Los Angeles (UPI) – Christa Vahlensieck aus Barmen belegte beim Los Angeles Marathon den zweiten Platz. Die 38jährige wurde nur von der amerikanischen Meisterin Nancy Ditz bezwungen. Die Siegerin benötigte 2:36:27 Stunden, Vahlensieck war zehn Sekunden langsamer.

Eishockey: Heute Finale

Köln (DW) – Der Westdeutsche Rundfunk überträgt heute ab 20 Uhr in seinem dritten Fernseh-Programm live das Eishockey-Meisterschaftsspiel zwischen dem Kölner EC und der Düsseldorfer EG. Köln hat die ersten zwei Play-off-Spiele gewonnen. Meister ist, wer zuerst drei Siege erringt.

Mittwochrennen abgesagt

Köln (dpa) – Der für Mittwoch vorgesehene erste Wochen-Renntag auf der Galopprennbahn in Köln-Weidenpesch wurde wegen mangelnder Beteiligung der Rennställe abgesagt.

Curry bleibt Weltmeister

Fort Worth (sid) – Der Amerikaner Don Curry verteidigte in Fort Worth (US-Bundesstaat Texas) seinen Box-Weltmeistertitel im Weltergewicht (WBA-Version). Er schlug in der zweiten Runde den Panamesen Eduardo Rodriguez k. o.

Aumann operiert

München (sid) – Bereits am Sonntagvormittag wurde Raimond Aumann, der Torhüter des Fußball-Bundesligaklubs FC Bayern München, in Zürich operiert. Er hatte sich im Spiel gegen Fortuna Düsseldorf einen Riß des Kreuzbandes und des Innenbandes im linken Knie zugezogen. Außerdem war der Meniskus in Mitleidenschaft gezogen worden. Aumann wird mindestens neun Monate lang pausieren müssen.

Schockemöhles Recht

Dortmund (dpa) – Paul Schockemöhle (Mühlen) hat beim Großen Preis der Bundesrepublik Deutschland in Dortmund doch noch den zweiten Platz belegt. Das bewiesen im nachhinein Fernsehaufzeichnungen und Augenzeugen. Die Stange eines Oxers war demnach nur deshalb heruntergefallen, weil sie nicht richtig in der Halterung lag.

Langer führt weiterhin

Miami (GAB) – Zwei amerikanische Golfer machten die „Doral Eastern Open" in Miami unter sich aus: Nach je 276 Schlägen gewann Andy Bean (71+68+68+69) erst im Stechen gegen Hubert Green (70+70+64+72). Obwohl Bernhard Langer mit 69+76=145 Schlägen als 92. die Qualifikation der besten 72 um zwei Schläge verpaßt hatte, führt er in den Ranglisten der US-Tour mit 997,5 Punkten vor John Mahaffey (782,5). Mit bisher gewonnenen 141 692 Dollar ist er in der Preisgeldstaffelung Dritter hinter Bean (154 621) und Sutton (141 960).

Geld für Fünfkämpfer

Frankfurt (sid) – Der Verband der Modernen Fünfkämpfer erhielt von einem Industriekonzern eine Spende von 25 000 Mark. Der Jahreszuschuß des Bundesinnenministeriums für die Fünfkämpfer beläuft sich 1986 auf 289 000 Mark.

Millionendefizit

London (dpa) – Der Londoner Fußballklub Tottenham Hotspur hat wegen eines Zuschauerschwundes von etwa 24 Prozent ein Defizit von 4,5 Millionen Mark. Die Aktien fielen von 3,50 auf 1,80 Mark.

Sport in Zahlen . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Uruguay – Universidad de Guadalajara 2:0.

TENNIS

75. Daviscup-Wettbewerb, Erste Division, erste Runde: Ecuador – USA 2:3. – Gomez – Arias 7:5, 4:6, 4:6, 9:7, 6:4, Viver – Krickstein 6:8, 2:6, 3:6, Gomez/Ycaza – Flach/Seguso 2:6, 4:6, 6:2, 4:6, Gomez – Krickstein 3:6, 7:5, 6:1, 7:5, Viver – Arias 3:6, 1:6, 4:6. – (Viertelfinale vom 18. bis 20. Juli: USA – Sieger aus Mexiko/Deutschland, Großbritannien – Australien, Jugoslawien – CSSR und Italien/Paraguay – Schweden. – Halbfinale vom 3. bis 5. Oktober, ebenso „Play-offs" um den Klassenerhalt: Ecuador – Verlierer aus Mexiko/Deutschland, Spanien – Neuseeland, UdSSR – Indien und Italien/Paraguay – Dänemark).

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: VdS Berlin – Paderborn 1:3.

EISHOCKEY

Qualifikation zur 1. Bundesliga, 8. Spieltag: Rießersee – Frankfurt 0:5, Freiburg – Sonthofen 6:2, Kassel – Duisburg 9:2, Augsburg – Preußen Berlin 2:2, Bad Tölz – Bayreuth 5:3. – Tabellenspitze: 1. Frankfurt 40:14/14:2, 2. Augsburg 48:21/13:3, 3. Preußen Berlin 50:26/10:6, 4. Rießersee 40:28/10:6.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom der Damen in Banff/Kanada: 1. Hächer (Deutschland) 2:35,23, 2. Walliser (Schweiz) 2:36,59, 3. Zajc (Jugoslawien) 2:37,20, 4. Kirchler (Österreich) 2:37,88, 5. Pelen (Frankreich) 2:37,92, 6. Lacasse (Kanada) 2:38,01, 7. Ochoa-Fernandez (Spanien) 2:38,63, 8. Haight (Kanada) 2:38,71, 9. Charvatova (CSSR) 2:38,87, 10. Hess (Schweiz) 2:39,31, 11. Stotz 2:39,35, ... 20. Wiesler (beide Deutschland) 2:41,19. – Zwischenstand im Riesenslalom-Weltcup: 1. Hächer 88 Punkte, 2. Schneider (Schweiz) 70, 3. Walliser 64, 4. Svet (Jugoslawien) 64, 5. Figini 57 (Schweiz), 6. Hess 48, 7. Charvatova 42, 8. Ochoa-Fernandez 36, 9. Gerg (Deutschland) 34, 10. Pelen 30, 11. Kiehl (Deutschland) 25, 12. Salvenmoser 22, 13. Wachter 23, 14. Kirchler (alle Österreich) 21, 15. Merle (Frankreich) 19 und Maria Epple-Beck 15. – Zwischenstand im Gesamtweltcup: 1. Walliser 271, 2. Hess 228, 3. Figini 177, 4. Schneider 170, 5. Oertli (Schweiz) 168, 6. Hächer 153, 7. Gutensohn (Österreich) 145, 8. Kiehl 136, 9. Gerg 132, 10. Charvatova 131, ... 16. Mösenlechner 78, ... 28. Wiesler 47.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 14, 20, 26, 30, 41, 45, Zusatzspiel: 40. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 12, 2. – Rennen B: 29, 28, 21. (Ohne Gewähr).

Bendas Zweifel an der 116-Vorlage sind für die SPD der „Knüller"

Sachverständigen-Streit in Berlin / Demonstrierenden Gewerkschaftern droht Kündigung

DW. Berlin

Der ehemalige Bundesverfassungsgerichtspräsident Ernst Benda (CDU) hat gestern vor dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, der im Berliner Reichstag zusammengetreten war, seine Ansicht bekräftigt, daß die geplante Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) „eindeutig gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt" und damit verfassungswidrig sei. Zur Begründung sagte Benda vor dem Ausschuß, der Gesetzgeber benutze mit seinem Vorhaben unbeteiligte, mittelbar von einem Streik betroffene Arbeitnehmer als „Faustpfand", um vermeintliche Kampfvorteile der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern einzuschränken.

Nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts sei aber ein Gesetz, „das die wahren Absichten des Gesetzgebers verschleiert, unzulässig".

Wenn dem Gesetzgeber die Gewerkschaften zu mächtig erschienen, sagte Benda, dann müsse er das Arbeitskampfrecht ändern und seine Absicht nicht auf dem Rücken der Sozialversicherten austragen. „Das ist der Knüller des Tages", kommentierte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs, spontan die *Ansichten Bendas* von ihrer Bank im Saal 203 des Berliner Reichstages.

Bei dem voraussichtlich letzten Tag der Anhörung von Sachverständigen zur geplanten Änderung des 116 AFG wurden erneut die von verschiedenen Seiten geäußerten Bedenken an der Verfassungmäßigkeit der Vorlage erörtert. Der Ausschuß hörte dazu 33 führende Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgebern, der Bundesanstalt für Arbeit sowie namhafte Rechtsgelehrte. Dabei vertraten mehrere Professoren sowie die Vertreter der Gewerkschaften, mit Ausnahme des Christlichen Gewerkschaftsbundes, die Auffassung, der Gesetzentwurf bewirke nicht eine Klarstellung der geltenden Rechtslage, sondern eine Verschlechterung zu Lasten der Arbeitnehmer. Kritik an dem nach seiner Ansicht nicht weit genug gehenden Entwurf übte erneut der Hauptgeschäftsführer für Gesamtmetall, Dieter Kirchner. Es gehe eigentlich um eine durch die Organisationsstruktur der IG Metall geschaffene „Spezialsituation". Kirchner sprach sich gegen die im Gesetz *geplante Regelung aus, Kurzarbeitergeld* dann nicht zu zahlen, wenn für vom Arbeitskampf mittelbar betroffene Arbeitnehmer eine nach Art und Umfang annähernd gleiche Hauptforderung gestellt worden sei.

AP, Köln

Erstmals ist gestern der Versuch eines Unternehmens bekannt geworden, Arbeitnehmern wegen der Teilnahme an Protestaktionen gegen die Änderung des Paragraphen 116, die während der Arbeitszeit stattfanden, zu kündigen. Der Bezirkssekretär der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Köln, Dieter Haas, bestätigte auf Anfrage, daß dem Betriebsrat des Deutschen Ärzte Verlages in Köln ein Antrag der Geschäftsleitung auf fristlose Entlassung von drei Betriebsratsmitgliedern vorliegt, die am 6. März an einer Protestkundgebung auf der Kölner Domplatte teilgenommen haben.

Der Personalleiter des Verlages Albert Müller bestätigte die geplanten Entlassungen und kündigte an, daß das Unternehmen versuchen werde, die Kündigung vor dem Arbeitsgericht durchzusetzen, falls der Betriebsrat die gesetzlich notwendige *Zustimmung nicht erteile. Eine* Begründung für das Vorgehen des Unternehmens wollte Müller nicht geben. Nach Angaben des DGB in Düsseldorf ist es der erste Fall, in dem Arbeitnehmern wegen der Teilnahme an den Gewerkschaftsaktionen eine Kündigung droht. Die etwa 25 000 VW-Arbeitnehmer, die sich an der Protestdemonstration gegen die geplante Änderung des 116 beteiligten, werden bei der nächsten Lohnabrechnung weniger Lohn erhalten.

Brandt 1967

In der vom damaligen Vizekanzler und SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt unterzeichneten Begründung für den ersten Entwurf des Arbeitsförderungsgesetzes, einschließlich des heute umstrittenen Paragraphen 116 über die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf vom 16. November 1967 heißt es:

„Die Gewährung von Arbeitslosengeld an Arbeitslose, die an einem Arbeitskampf nicht selbst beteiligt sind, deren Arbeitslosigkeit aber durch einen Arbeitskampf verursacht ist, würde die Bereitschaft dieser Arbeitslosen zur Solidarität stärken und damit den Arbeitskampf beeinflussen.

Sie würde daher ähnlich wie die Gewährung an unmittelbar beteiligte Arbeitnehmer die Neutralität der Bundesanstalt verletzen, deren Mittel von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam aufgebracht werden. Die Arbeitslosenversicherung kann zudem wie jede Schadenversicherung ein derartiges Risiko nicht tragen."

Strafverfahren gegen Fellner eingestellt

gba. Köln

Die Staatsanwaltschaft Köln hat das aufgrund von Strafanzeigen gegen den CSU-Abgeordneten Hermann Fellner aufgenommene Ermitt*lungsverfahren eingestellt.* Der Abgeordnete war wegen seiner umstrittenen Äußerung zur Forderung des Zentralrats der Juden in Deutschland nach Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter des Flick-Konzerns mehrfach wegen Beleidigung, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener angezeigt worden. In der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft heißt es, der Gesamtinhalt der Äußerungen Fellners ergebe „eindeutig, daß der Bundestagsabgeordnete der Forderung nach Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter positiv gegenübersteht und im Gegenteil seiner Sorge Ausdruck verleihen wollte, daß die Geltendmachung zu diesem Zeitpunkt in diesem Zusammenhang zu Mißverständnissen Anlaß und alten Vorurteilen anderer neue Nahrung geben könnte." Fellner hatte Anfang Januar in der Zeitung „Express" nach dem Hinweis, daß diese Forderung nach Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter schon vor 40 Jahren hätte erhoben werden können, gesagt, er halte die Forderung zu diesem Zeitpunkt für „unglücklich", denn es *werde der Eindruck erweckt, daß die* Juden sich schnell zu Wort meldeten, wenn irgendwo in den Kassen Geld klimpere.

Fellner hatte damals auch erklärt, er stelle eine Wiedergutmachung unter moralischen Gesichtspunkten nicht in Frage. Im Interesse der Aussöhnung sei es „sehr wünschenswert, wenn Flick oder die Deutsche Bank in angemessener Weise ohne Anerkennung einer Rechtspflicht" auch finanziell „Frieden schaffen würden".

Swapo nimmt Kinder aus Namibia als Geiseln

Eltern der Verschwundenen bitten um deutsche Hilfe

BERNT CONRAD, Bonn

Die südwestafrikanische Guerilla-Organisation Swapo hält in Angola und Sambia Kinder aus Namibia als Geiseln, bestraft angebliche Abtrünnige auf grausame Weise und bringt einstige Mitkämpfer sogar als „südafrikanische Spione" um. Darauf haben Mitglieder eines im vergangenen Jahr in Windhuk gegründeten Eltern-Komitees den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, mehrfach vergeblich hingewiesen, wie sie gestern in Bonn mitteilten.

Die Swapo hatte vor kurzem zum ersten Mal zugegeben, daß von ihr Swapo-Mitglieder als politische Gefangene festgehalten werden. Der Swapo-Sekretär für internationale Angelegenheiten, Theo-Ben Gurirab, erklärte am *16. Februar in London*, etwa 100 Personen seien wegen angeblicher Spionagetätigkeit für Südafrika inhaftiert worden. Die Agenten seien in den Swapo-Vertretungen in Angola und Sambia tätig gewesen. Zu ihnen hätten vier Mitglieder des Swapo-Generalkomitees gehört. Fast alle Mitglieder des Agentennetzes befänden sich jetzt in Haft. Die Swapo werde sich um die Leute „kümmern".

Bisher hatte die Swapo die Existenz von Gefangenen und Gefängnissen in ihren Lagern in Sambia und Angola immer bestritten. Stella-Maria Boois, Talida Schmidt und Stella Gaes vom Elternkomitee in Namibia äußerten in Bonn die Überzeugung, daß unter den angeblichen Agenten auch zahlreiche Kinder seien. Angeblich sollen verschiedene Kinder „gestanden" haben, als südafrikanische Spione ausgebildet worden zu sein.

Um diesen Kindern zu helfen und überhaupt Klarheit über das Schicksal vieler spurlos verschwundener Jugendlicher zu schaffen, war im März 1985 in Windhuk ein Elternkomitee gegründet worden, dem heute rund 400 Mitglieder angehören. Alle Versuche des Komitees, international Gehör und Unterstützung zu finden, sind jedoch bisher vergeblich geblieben. Nur die Internationale Gesellschaft *für Menschenrechte* in Frankfurt reagierte auf die Aktivitäten des Komitees, lud führende Mitglieder zur Jahresversammlung der Gesellschaft am vergangenen Wochenende nach Königstein ein und präsentierte sie gestern Bonner Journalisten.

Dabei erklärte Frau Boois: „Bei uns in Namibia verschwinden einfach Kinder. Man hört nichts mehr von ihnen – wie früher in Argentinien." Gelegentlich erfahre *man* dann, daß einzelne Kinder in Angola oder Sambia bei der Swapo seien. Frau Gaes berichtete: „Ich habe einen Bruder, der mit der Swapo geflüchtet ist. Er war dann vorübergehend in Schweden und hat mit uns zwei Jahre lang regelmäßig telefoniert. Dann herrschte Schweigen. Wir haben gehört, daß er tot sei. Aber niemand will uns etwas darüber sagen."

In Briefen an den UNO-Generalsekretär sowie an die Präsidenten Kenneth Kaunda von Sambia und José Dos Santos von Angola hat das Elternkomitee darauf hingewiesen, daß die Swapo Familien trenne und Kinder als Geiseln halte, um die Eltern unter Druck *zu setzen. Vierzehn- und* fünfzehnjährige Mädchen würden in Swapo-Lagern sexuell mißbraucht. Angebliche Verräter würden zu Geständnissen gezwungen und getötet. „Wir können nicht verstehen, daß sie es ablehnen, uns zu helfen", schrieb das Komitee an den UNO-Generalsekretär, der mehrere Kontaktversuche der namibischen Eltern ignoriert hat. In der Bundesrepublik Deutschland erhofft das Komitee finanzielle und politische Unterstützung.

Gesamtmetall für höhere Realeinkommen

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Metallarbeitgeber betrachten die Erhöhung der realen Einkommen in der diesjährigen Tarifrunde für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie in der Bundesrepublik Deutschland als ein wichtiges Ziel. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Werner Stumpfe, nannte gegenüber der WELT insgesamt drei Ziele für die am Mittwoch mit Tarifverhandlungen in Bayern und Hessen beginnende Lohnrunde:

- Erhöhung der Realeinkommen.
- Schaffung der Grundlagen für die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze, und
- Erhalt der Preisstabilität durch vernünftige Lohn- und Gehaltsabschlüsse.

Kein „Nachholbedarf"

Das dritte Ziel, die Sicherung der Preisstabilität, sei im übrigen auch eine wichtige Voraussetzung für die von den Arbeitgebern erwünschten höheren Realeinkommen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Allerdings stellte der Gesamtmetall-Präsident in Abrede, daß es einen „Nachholbedarf" bei den Einkommen gebe, wie es die IG Metall darstellt. Zwar sei richtig, daß die Gewinne in der Metallindustrie nach einer „langen *Talfahrt*" wieder gestiegen seien. Vergleiche man aber die Bruttogewinne mit dem Personalaufwand, so stelle man fest, daß beide Größen seit 1979 um jeweils rund 30 Prozent gleichgewichtig gestiegen seien.

Die IG Metall hat für die Lohnrunde in den Tarifgebieten leicht differenzierte, im Volumen aber annähernd gleiche Forderungen gestellt, die von 6,5 Prozent linearer Erhöhung nach Vorweganhebung des Ecklohnes in Niedersachsen bis zum „Volumen" von 7,5 Prozent in Hessen und Rheinland-Pfalz reichen. Eine Sonderrolle spielt das Saarland, wo nach Sockelanhebungen – bei Arbeitern um 0,30 Mark pro Stunde und um 50 Mark bei Gehältern – fünf Prozent mehr sowie die Streichung der unteren Lohngruppen gefordert werden.

Gegen „Sockelei"

Zu den auch in anderen Tarifgebieten verlangten überdurchschnittlichen Anhebungen für die unteren Lohngruppen erklärte Stumpfe: „Das könnte die Einigung erschweren, denn die unsinnige ‚Sockelei' schadet gerade den Mitarbeitern, die die Gewerkschaft angeblich beglücken will." Außerdem würden mit solchen Regelungen die Facharbeiter benachteiligt. Die schlechten Erfahrungen, die beide Seiten, sowohl Arbeitgeber als auch IG Metall, in der Vergangenheit mit solchen Sockelbeträgen gemacht hätten, dürften nicht wiederholt werden. In den unteren Lohngruppen sei der Kostendruck für die Betriebe besonders groß. Stumpfe: „Wenn hier die Gewerkschaft mit steigenden Lohnkosten die Rationalisierungspeitsche schwingt, wird nicht nur die Chance für neue Arbeitsplätze vertan. Die Folge könnten auch Arbeitsplatzverluste sein." Niemand könne eine solche Entwicklung auf dem heute ohnehin schon schwierigen Arbeitsmarkt wollen.

Mit dem Tarifabschluß von 3,5 Pro*zent mehr Lohn* und *Gehalt* für den öffentlichen Dienst hatte in diesem Jahr die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) die sonst traditionell von der IG Metall gespielte Rolle des Lohnführers übernommen. Stumpfe stellte allerdings in Abrede, daß diese Erhöhung von 3,5 Prozent eine Art Leitlinie für den Metallbereich sei. In der Metallindustrie könne man sich nicht an den Spitzenreitern der Branche orientieren, da es auch Bereiche gebe, denen es konjunkturell und strukturell schlechter gehe. Die hohe Arbeitslosigkeit *zwinge* dazu, in der Lohnpolitik auf „fußkranke" Betriebe Rücksicht zu nehmen, da sonst die Gefahr bestehe, daß Arbeitsplätze „wegtarifiert" werden.

Die AOK ruft nach dem maschinenlesbaren Rezept

„Kollektive Verunsicherung" im Gesundheitswesen

ULRICH REITZ, Bonn

Die Allgemeinen Ortskrankenkassen wollen sich mit den Mißbrauchmöglichkeiten in der Abrechnungspraxis von ärztlichen Leistungen, die die Kosten im Gesundheitswesen zusätzlich in die Höhe treiben, nicht länger abfinden. Ärzte, Apotheker und mittelbar auch die pharmazeutische Industrie sollen durch die Einführung eines maschinenlesbaren Rezeptes – Arzneimittelpackungen werden mit einem Abrißetikett versehen, das auf die Rezepte geklebt wird – durch die AOK besser kontrolliert werden, *kündigte der Vorstandsvor*sitzende des AOK-Bundesverbandes, Wilhelm Heitzer, in einem Gespräch mit der WELT an.

Darüberhinaus sollten nach dem Willen der Ortskrankenkassen in jedem Bundesland „Schwerpunktstaatsanwaltschaften" gebildet werden, die nur damit beschäftigt sein müßten, die Abrechnungen von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern zu überprüfen.

Dieser Vorschlag Heitzers spiegelt die Einschätzung der Ortskrankenkassen wider, daß die Zahl der gegenwärtig laufenden Verfahren gegen Ärzte und Apotheker nur die Spitze eines Eisberges darstellen. Das, was die Staatsanwaltschaften bisher bei ihren Ermittlungen ans Tageslicht förderten – vorgetäuschte Behandlungen und fingierte Rezepte – „hat uns schwer erschüttert", sagte Heitzer.

Die wachsende Zahl von Verfahren gegen Mediziner und Apotheker hat, so Heitzer, zu einer „kollektiven Verunsicherung geführt". Im Interesse aller Beteiligten sei es daher notwendig, dem Eindruck zu begegnen, „daß heute alles im Gesundheitsbereich Schwindel ist".

Heitzer wertete seinen Vorstoß als einen Beitrag „zur Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient". Denn der Patient könnte sicher sein, daß sein behandelnder Arzt nur notwendige Leistungen verschreibt. Das maschinenlesbare Rezept ermöglichte es, die „Plausibilität der Verschreibungen" zu überprüfen. *Dies geschehe gegenwärtig nur* in Stichproben.

Die Einführung maschinenlesbarer Rezepte würde nach Auffassung der Ortskrankenkassen auch den Ärzten helfen, die „heute viel zu wenig Informationen über ihre Verordnungspraxis haben". Die Kassen würden den Ärzten die gewonnenen Daten aus der Erfassung und Auswertung der Rezepte turnusmäßig zukommen lassen.

Die Ärzte wiederum könnten sicher sein, daß die Apotheker nur die Medikamente herausgeben, die auch verschrieben wurden. Andere Arzneien würden von den Krankenkassen nicht bezahlt werden. Außerdem ließen sich anhand maschinenlesbarer Rezepte „Preiserhöhungen oder Strukturveränderungen auf dem Arzneimittelmarkt" – wie die *Einführung* größerer Packungen durch die Pharmaindustrie, um den Umsatz zu steigern – besser und schneller nachvollziehen.

Die Ärzteschaft wittert in dem Vorstoß Heitzers, „Schwerpunktstaatsanwaltschaften" zu schaffen, die Absicht, Kassenärzte unter eine „Sonderfahndung" zu stellen, so der Vorstandsvorsitzende der kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, Sewering. Heitzer reagiert gereizt, sprach von einer „Ungezogenheit" Sewerings. Die Ortskrankenkassen wollten keine „Sonderfahndung" etablieren, sondern den den besseren Schutz beispielsweise der Ärzteschaft vor kollektiven Verdächtigungen.

Der „Irrtum" oder Peinliches vom DLF

fac. Köln

Deutschlandfunk-Intendant Richard Becker ist „auf 180", möchte aber dennoch nur eine milde Rüge aussprechen. War es eine „Panne" oder war es Absicht, was sich Redakteure des Kölner Senders am vergangenen Donnerstag bei der Berichterstattung über die 116-Demonstrationen und den Kanzler-Auftritt vor der Bonner Presse geleistet hatten? Moderator Falk Schwarz meldete sich an jenem emotionsgeladenen Tag bei seinen Hörern mit der Mitteilung: „Ab 13 Uhr, meine Damen und Herren, sollten nicht nur die Demonstrationen des DGB gegen 116 Arbeitsförderungsgesetz beginnen, sondern auch die Bundespressekonferenz in Bonn. Drei Jahre Koalition – das hatte sich der Kanzler vorgenommen – wollte er heute erläutern. Und wir hatten vorsichtshalber eine Leitung zur Bundespressekonferenz geschaltet. Doch als wir jetzt vor wenigen Minuten da hineingehört haben, hörte man dieses (eine Frauenstimme, mit Hall unterlegt): Die Pressekonferenz um 13 Uhr entfällt, da der Kanzler dem Aufruf des DGB folgt." Darauf der Moderator des öffentlichrechtlichen Senders, der nach dem DLF-Gesetz seinem Publikum ein „umfassendes Bild Deutschlands" vermitteln soll: „Also, späte Erleuchtung in Bonn?"

Die Hörer des Deutschlandfunks wurden mit dieser Frage zunächst allein gelassen, später gestand Schwarz den „Irrtum" ein. Das Sendeprotokoll enthält keine Angaben über diesen für die Leitung des DLF peinlichen Vorgang, der sich in Abwesenheit des Bonner Studioleiters, Karl Donat, aber in Anwesenheit des Intendanten und des noch amtierenden Chefredakteurs Bernhard Wördehoff abspielte. Hausintern wurde der Versuch unternommen, die Verantwortung auf die beiden Techniker des Studios in der Bundeshauptstadt abzuwälzen.

Aber, so fragt man sich in den Redaktionsräumen am Kölner Raderberggürtel, warum haben die an der Sendung beteiligten Redakteure diesen „Scherz" nicht durchschaut? Oder war es doch eine „abgekartete Geschichte", die im nachhinein als Ulk abgetan werden soll? Für eine Rundfunkstation, die über deutsche Politik, Kultur und Wirtschaft in die „DDR" und die europäischen Nachbarstaaten berichtet, ein blamabler Vorgang – so das Urteil von Kollegen der DLF-Moderatoren. Und mancher Beobachter fühlt sich gar in seiner Einschätzung bestätigt, daß im Aktuellen Programm zur Zeit alles drunter und drüber geht. Chefredakteur Wördehoff bereitet sich nach dem Zerwürfnis mit Intendant Becker auf seinen (vom Verwaltungsrat bereits beschlossenen) Weggang vor. Politikchef Hermann Rudolph steht in Verhandlungen mit einem Münchner Zeitungsunternehmen und der Hausherr selbst möchte sich ungern neuen Ärger aufladen. Der aber dürfte nicht zu vermeiden sein, wenn sich Rundfunkrat und vielleicht auch Verwaltungsrat mit der Peinlichkeit vom 6. März befassen.

Am 14. April soll die lange diskutierte Programmreform des Deutschlandfunks in Kraft treten. Bis dahin, so heißt es bei Aufsichtsräten und Redakteuren, muß sichergestellt sein, daß sich solche „Pannen" nicht wiederholen.

Schneller Abschied

sz. – „Raus aus dem Hochhaus, ran an den Markt" lautete seine Parole beim Amtsantritt im April 1984. Daß beim *Münchner* Automobil-Hersteller BMW vor allem ersteres schneller und viel leichter geht, mußte Vertriebschef Eberhard von Koerber nach nur zweijähriger Amtszeit erfahren. Bereits zum 31. März scheidet er „in freundschaftlichem Einvernehmen" – wie es in solchen Fällen meist heißt – aus. Damit ist er das dritte BMW-Vorstandsmitglied nach Finanzchef Halber (1981) und Entwicklungsvorstand Rademacher (1983), das in den achtziger Jahren vorzeitig die Konzernzentrale verlassen muß.

Mit vielen Vorschußlorbeeren war Koerber, der fast 14 Jahre bei BMW war und sich zuletzt als Geschäftsführer der Südafrika-Tochter einen Namen gemacht hatte, gestartet. Der erfolgsverwöhnten und matt gewordenen Verkaufsorganisation sollte er nach dem Willen von BMW-Chef Eberhard von Kuenheim neuen Schwung verleihen. Doch bei aller erfolgreichen Umorganisation des Vertriebs traten erste atmosphärische Störungen auf, als das stellvertretende Vorstandsmitglied Koerber schon bald als möglicher Kronprinz für den Vorstandsvorsitz gehandelt wurde.

Daß dann auch noch die Absatzzahlen im Inland aufgrund der Katalysator-Diskussion einbrachen und Marktanteile an den Stuttgarter Konkurrenten abgegeben werden mußten, war sein Pech. Dem ehrgeizigen Kuenheim mußte dies unter die Haut gehen, auch wenn er immer wieder öffentlich frohlockte, daß letztendlich „per annum et per orbem" doch höhere Absatzzahlen erreicht werden konnten. Der interimistische Vertriebschef Kuenheim kann schon jetzt sicher sein, daß er mehr Glück haben wird: Er übernimmt die Verantwortung am Beginn eines Konsum-Hochs.

Angeschmiert

fu (London) – Alle offenstehenden Zinnkontrakte an der Londoner *Metallbörse* müssen bis morgen zum festgesetzten Preis von 6250 Pfund je Tonne geschlossen werden. Danach läuft in Sachen Zinn an der größten Metallbörse der Welt nichts mehr. Die Regierungen der 22 Mitgliedsländer im Internationalen Zinnrat haben einen Scherbenhaufen hinterlassen und eine Rechnung von rund einer halben Milliarde Pfund, die sie nicht begleichen müssen. Die Angeschmierten sind die 13 Händlerfirmen an der Londoner Metallbörse, die 16 Gläubigerbanken und natürlich das Heer jener Zinn-Verbraucher, die der Überzeugung waren, sie hätten sich im Terminhandel gegen fallende Zinnpreise abgesichert. Man fragt sich, zu welchem Aufschrei der Empörung es wohl gekommen wäre, wenn sich eine Gruppe von Privatleuten so rücksichtslos aus dem Staub gemacht hätte.

BANKENVERBAND / Voraussetzungen für weiter sinkende Zinsen geschaffen

Trotz guter wirtschaftlicher Lage hat Preisstabilität immer noch Vorrang

KAREN SÖHLER, Bonn

Der Hochstimmung in der Wirtschaft schloß sich gestern auch der Bundesverband Deutscher Banken an. Die Konjunktur sei so gut wie lange nicht mehr, sagte Vorsitzender Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth anläßlich der Mitgliederversammlung vor der Presse. Die Wirtschaft werde mit vier Prozent stärker wachsen als ursprünglich angenommen, die Preise erhöhten sich kaum, Fortschritte am Arbeitsmarkt zeichneten sich ab. Dennoch warnte Schroeder-Hohenwarth vor Übermut und vor einem Abweichen vom bisherigen Stabilitätskurs.

Für die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft gebe es vor allem *innenpolitische Gründe*. Der Vorsitzende meinte damit die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung, die Entlastung *der Haushalte in diesem Jahr* durch die erste Stufe der Steuerreform, die maßvolle Preis- und damit auch Kostenentwicklung *und die* bisher moderate Lohnentwicklung. Diese Faktoren hätten die Unternehmen zu Innovationen und Investitionen angeregt.

Der Wertverlust des Dollar gegenüber der D-Mark und der Ölpreisverfall hätten die gute Ausgangslage noch verbessert. Denn beide Faktoren verbilligen den Import dieser wichtigen Energiequelle. Konsequenz: Die Preisstabilität und die Tendenz zu sinkenden Zinsen werden unterstützt; die Kaufkraft gestärkt. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte schon bei einem Barrel-Preis von 20 Dollar und einem Wechselkurs von *2,40 D-Mark einen* Kaufkraftschub in der Bundesrepublik für dieses Jahr von etwa 25 Milliarden D-Mark errechnet. Da sowohl der Ölpreis als auch der Dollargegenwert zur Zeit die Annahmen unterschritten haben, könnte der Effekt noch stärker ausfallen.

Der relativ niedrige Dollarkurs (Anfang 1985 notierte die US-Währung *kurzfristig mit 3,47 D-Mark* gegenüber 2,27 D-Mark gestern) verbilligt freilich nicht nur den Import des Öls, *sondern auch die* anderen in der US-Währung notierten Rohstoffe. Das heißt: Die Kosten für einen weiteren *Teil* der *Einsatzstoffe* in der Produktion sinken.

Aus diesen Gründen vertritt Schroeder-Hohenwarth die Auffassung, daß die Nachteile, die dem deutschen Export durch einen schwächer bewerteten Dollar entstehen, ausgeglichen werden. Außerdem weist er darauf hin, daß zum einen ohnehin gut 40 Prozent der deutschen Ausfuhr in Länder, die dem europäischen Währungssystem angehören, gehen. Hier spielt der Dollar keine Rolle.

Zum anderen sei ein großer Teil der deutschen Exportprodukte relativ preisunempfindlich. So spielt beispielsweise bei Maschinen die *Qualität* im allgemeinen eine größere Rolle als der (durch einen schwächeren Dollar erhöhte) Preis.

Trotz des zur Euphorie anregenden Konjunkturbildes, warnt Schroeder-Hohenwarth davor, mit der erreichten Stabilität und dem vorhandenen *Wachstum weniger vorsichtig als* bisher umzugehen. Dieser Appell richtete sich zunächst gegen die Gewerkschaften, die er indirekt zu maßvollen Lohnabschlüssen mahnte. Bei zunehmender Nachfrage und Kapazitätsauslastung verschlechterten unverhältnismäßig hohe Lohnabschlüsse das Preisklima und damit die wirtschaftlichen Aussichten.

Angesprochen sind aber auch die Deutsche Bundesbank und die Bundesregierung. Schroeder-Hohenwarth bekräftigte die Frankfurter *Geldwächter in ihrem Bemühen*, nur langsam die Zinsen zu senken. Er begrüßte daher die Rücknahme des *Diskontsatzes um ein halbes auf 3,5* Prozent in der vergangenen Woche. Einen weiterer Zinssenkungsspielraum bestünde, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich nicht änderten.

Von der Regierung erwartet der Vorsitzende eine Fortsetzung der Konsolidierungspolitik. Erneut nutzte Schroeder-Hohenwarth die Gelegenheit, auf eine niedrigere Staats*quote und auf eine geringere* Steuerlast für die Unternehmen zu pochen. Hoffnungen setzt er in dieser Hinsicht auf die *Pläne* für die *nächste* Legislaturperiode.

EG-FINANZMINISTER

Ausgaben der Gemeinschaft erreichen bedrohliche Höhe

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit alarmierenden Prognosen über die EG-Ausgaben hat die Brüsseler Kommission gestern die Finanzminister der Gemeinschaft konfrontiert. Alles deutet darauf hin, daß der erst 1986 aufgestockte Einnahmenplafond der EG bereits im kommenden Jahr voll ausgeschöpft sein wird.

Nach den Berechnungen der EG-Behörde werden sich die Einnahmen der EG auf Grund der erwarteten Zu*nahme* der Importe (Zölle) und des anhaltenden Wirtschaftswachstums (Mehrwertsteuer) 1987 um sechs Prozent erhöhen. Damit könnten auf der Grundlage des neuen Mehrwertsteueranteils von 1,4 Prozent rund 40 Mrd. Ecu (86 Mrd. Mark) in die Kassen der Gemeinschaft fließen.

Die Ausgaben der EG werden jedoch voraussichtlich auf 39,3 Mrd. Ecu (rund 84,4 Mrd. Mark) ansteigen *und damit nur eine kleine Risikomarge* lassen. Vermieden werden könnte diese Entwicklung nur dann, wenn es noch zu grundlegenden Einsparungen bei den Agrarausgaben käme.

Nach dem im Rat Ende 1984 beschlossenen Verfahren über eine bessere „Haushaltsdisziplin" muß die Kommission den Finanzministern rechtzeitig vor der Aufstellung ihres Budgetentwurfs die Fixierung eines „*Bezugsrahmens*" für die *Ausgaben*gestaltung ermöglichen. Die diesjährigen Zahlen sind jedoch mit so viel Unsicherheiten *belastet*, daß eine vernünftige Finanzplanung kaum möglich ist. So hat die Kommission nur eine sehr grobe Vorstellung über die zu erwartenden Mehrausgaben im laufenden Jahr. Sie will einen Nachtragsetat erst im Sommer vorlegen, wenn Klarheit über die weitere Dollarentwicklung und über die Kosten des *diesjährigen „Agrarpreispakets"* herrscht.

Die „Haushaltsdisziplin" verpflichtet die EG-Behörde, darauf hinzuwirken, daß die Landwirtschaftsausgaben (*ohne Berücksichtigung der* Beitrittskosten für Spanien und Portugal) nicht schneller steigen als die Einnahmen der Gemeinschaft. Dieses Ziel kann 1986 auf keinen Fall erreicht werden.

Schon jetzt ist nämlich sicher, daß die durch den Sturz des Dollars bedingten höheren Ausgaben für Exportsubventionen etwa 790 Mill. Ecu Mehrkosten erfordern werden. *Hinzu kommen* 700 Mill. Ecu für den britischen und deutschen Beitragsausgleich sowie ein Betrag in ähnlicher Höhe zur *Aufstockung* der Brüsseler Strukturfonds.

Für 1987 hat die Kommission vorerst in Aussicht gestellt, mit den Agrarmehrausgaben bei 5,8 Prozent zu bleiben. Ob dies gelingt, ist jedoch sehr fraglich. Mehrere Finanzminister drangen daher gestern entschieden auf *Einsparungen. Vor allem* die „Nettozahler" (Bundesrepublik und Großbritannien) wollen nicht über eine erneute Anhebung der Einnahmen diskutieren.

Glanzvolle Cebit-Premiere

Von DOMINIK SCHMIDT

Was zu tun war in Hannover, ist getan worden. Die Voraussetzungen dafür, daß die erstmals von der „Messe der Messen" losgelöste *Cebit-Schau ein voller Erfolg wird*, könnten nicht besser sein: Optimismus bei den Veranstaltern, weil die Anmeldeergebnisse *selbst die kühnsten* Erwartungen übertroffen haben, und spürbare Zuversicht bei den Ausstellern einer Branche, die unverändert auf der Sonnenseite der wirtschaftlichen Entwicklung beheimatet ist.

Vieles spricht also dafür, daß die Hannover-Messe *Cebit'86* eine glanzvolle Premiere feiern wird. Ohnehin zweifelte niemand ernsthaft daran, daß das Konzept der Messe-Verantwortlichen für diesen Bereich der einstigen „großen" Industrieschau voll aufgehen würde. Die anfänglichen Unstimmigkeiten mit einem Teil potentieller Cebit-Aussteller wurden frühzeitig bereinigt. Auch die Schnittstellen-Problematik jener Unternehmen, *die ihr Angebot* besser auf der Cebit- denn auf der Industriemesse aufgehoben glauben, ist weitgehend und für beide Seiten befriedigend gelöst worden.

Schon im Vorfeld des achttägigen Spektakels, das heute abend von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann *eröffnet* wird, *gibt* es wahrlich keinen Mangel an Superlativen. Alles, was international Rang und Namen *hat auf dem Gebiet* der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik, ist auf dem hannoverschen Messegelände vertreten. Über 2100 Aussteller, 800 mehr als im Vorjahr, zeigen ein Angebot, das in seiner Vollständigkeit und Breite nirgendwo sonst zu sehen ist.

Müßten die *Akquisiteure der* Deutschen Messe-AG in früheren Jahren mehr selektieren, um den vorhandenen Platz einigermaßen gerecht zu verteilen, so konnten sie jetzt endlich ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen, nämlich neue Aussteller zu werben. Die Verselbständigung der Cebit-Messe schuf die dringend benötigte zusätzliche Kapazität. Standen im vergangenen Jahr der Branche 131 000 Quadratmeter in fünf Hallen zur Verfügung, so erhöhte sich die Netto-Ausstellungsfläche auf immerhin über 205 000 Quadratmeter in 13 Hallen.

Zu den unmißverständlich formulierten Zielen der Veranstalter gehörte von Beginn an die Verstärkung der Internationalität. Auch das ist gelungen. Insgesamt 672 Aussteller kommen aus dem Ausland, 300 mehr als 1985. Dabei bleiben Firmen unberücksichtigt, die zwar ihren Ursprung *etwa in den USA oder Japan* haben, über ihre deutschen Töchter aber als „inländische" Aussteller auftreten.

Die Zahl der beteiligten Staaten erhöhte sich von 28 im Vorjahr auf 31 Nationen. Die USA, Großbritannien und Frankreich bilden die Spitzengruppe unter den ausländischen Teilnehmern. *Ihre Präsenz kräftig erhöht* haben aber vor allem die Japaner, die 46 (29) Firmen nach Hannover schikken. Der Ostblock ist mit dem „Partnerland" Bulgarien, der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn und der „DDR" vertreten.

Die in Hannover immer wieder gestellte Frage, *ob* das neue Konzept der Messe auch in Zukunft Bestand haben wird, läßt sich endgültig derzeit nicht beantworten; ein entscheidender Faktor nämlich ist die Zahl und die Qualität der Besucher. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die überaus vorsichtige Prognose des Messe-Vorstands, der lediglich von 200 000 Besuchern ausgeht. Realistisch dürfte eine Zahl von 300 000 Gästen sein.

Anders sieht das Bild aus, wenn die Stimmung der Aussteller hinterfragt wird. Die Tatsache, daß 75 Prozent der Unternehmen Vier-Jahres-Verträge unterschrieben haben, obwohl die Messeleitung auch solche für ein Jahr angeboten hatte, spricht für sich. Das Engagement der Branche für „ihre" Messe ist unverkennbar. Allein die ausstellenden Firmen haben im *voraus* rund 45 000 Eintrittskarten für Geschäftsfreunde geordert.

Aus heutiger Sicht ist die vor gut einem Jahr getroffene Entscheidung der Messetrennung geadezu ein Glücksfall. Der Brand, der im Januar die Halle 11 völlig vernichtete, hätte eine Durchführung der Hannover-Messe im bisherigen Stil erheblich gefährdet. Die Teilung ermöglicht jetzt ein Ausweichen auf andere Hallen. Für die betroffenen Firmen der Industriemesse im April ist dies sicher nur ein kleiner Trost, für den Messeplatz Hannover indes ein durchaus zu verkraftender Schicksalsschlag.

AUF EIN WORT



„Das Jahr 1986 bietet tüchtigen Unternehmern wieder bessere Chancen als die Vorjahre. Nützen wir diese Chancen als Auftakt für *die Bewältigung der* zweiten Hälfte der 80er Jahre."

Rolf D. Binnenbrücker, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Kfz-Gewerbes (ZDK), Bonn. FOTO: DIE WELT

Bundesbank gibt neue Liquidität

cd. Frankfurt

Die Bundesbank bietet dem Kreditgewerbe mit einem Wertpapierpensionsgeschäft zum Mindestbietungssatz von 4,3 *Prozent Liquidität* vom 12. März bis zum 9. April an. Es wird darauf spekuliert, daß die Bundesbank mehr als die gleichzeitig fälligen 5,8 Mrd. DM Wertpapierpensionen (Zins 4,5 Prozent) zuteilt, um die Verknappung am Geldmarkt, die sich in einem Tagesgeldzins von fünf Prozent und mehr spiegelt, zu beseitigen. Da das neue Pensionsgeschäft als Zinstender ausgeschrieben ist, bezweifeln Beobachter, daß die Bundesbank das Geld auch diesmal wieder zu 4,3 Prozent ausgibt.

HANDWERKSMESSE

Spitzenverbände: Spielräume für neue Arbeitsplätze nutzen

sz. München

Für 1986 bestehen gute Aussichten, daß sich die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entscheidend verbessern kann. Diese Zuversicht äußerten übereinstimmend die Präsidenten der großen deutschen Wirtschaftsverbände anläßlich eines Spitzengesprächs zur Internationalen Handwerksmesse in München. Ge*meinsam appellierten sie daher an die* Unternehmen, „jeden betriebswirtschaftlichen Spielraum für noch mehr Arbeitsplätze zu nutzen". Dafür sollten alle Möglichkeiten des Beschäftigungs- und des Arbeitsförderungsgesetzes in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig müßten aber auch alle Arbeitslosen die sich bietenden Chancen nutzen.

Als eine herausragende gesell*schaftspolitische Aufgabe sieht* es der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, dabei an, die wirt*schaftliche Dynamik*, das *Wachstum* und das Gemeinwohl dauerhaft zu sichern. Dies sei aber nur dann möglich, wenn ein „Mindestmaß an Einigkeit über die Spielregeln und Grundinhalte" vorhanden sei. Nachdem in den 70er Jahren das erforderliche Gleichgewicht zwischen individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit verletzt worden ist, so Langmann, ist nun eine Strukturreform *der Kranken- und Rentenversicherung* dringend erforderlich.

Einen „entscheidenden Beitrag" zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit könnte nach Ansicht von Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 1986 eine „vernunftbestimmte *Tarifpolitik*" leisten. Auf jeden Fall bestehe „kein Nachholbedarf".

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Sinkende Ölpreise werden den Aufschwung verstetigen

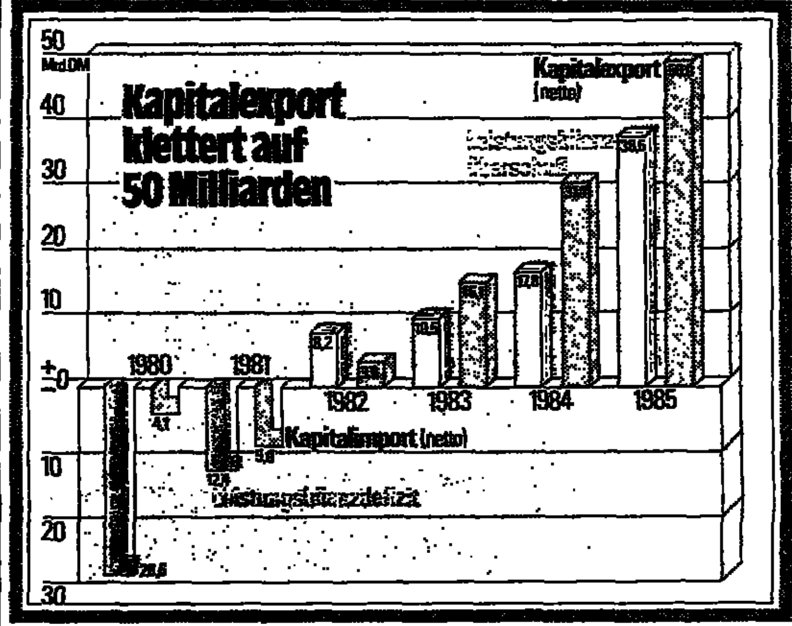
A. G. Bonn

Der internationale Ölpreissturz wird der *Bundesrepublik zusätzlich* gut 100 000 Arbeitsplätze bescheren, davon möglicherweise allein 70 000 noch in diesem Jahr. Zu dieser günstigen Einschätzung gelangt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse über die konjunkturellen Auswirkungen der sinkenden Ölpreise auf das Bruttosozialprodukt.

Danach werden die niedrigeren Preise für Rohöl und Mineralölpro*dukte hier einen zusätzlichen* Wachstumsschub von insgesamt 1,2 Prozentpunkten auslösen. Zwei Drittel davon werden sich bereits *1986* positiv auf Einkommen und Nachfrage auswirken. Das restliche Drittel verlagert sich ins nächste Jahr und verstetigt den Aufschwung. Damit erreicht das Wirtschaftswachstum 1986 – abweichend von der IW-Prognose vom November – preisbereinigt gut vier Prozent. Der private Verbrauch wird mit etwa gleichem Tempo zulegen und die Ausrüstungsinvestitionen um zehn Prozent steigen.

Einen Preisrückgang bei den Öleinfuhren von 37 Prozent im Durchschnitt dieses Jahres unterstellt, werden die Verbraucherpreise 1986 um 1,75 Prozentpunkte langsamer steigen als bisher angenommen. Damit werden die privaten Haushalte über 18 Milliarden Mark mehr Realeinkommen verfügen können. Bei den *Unternehmen wird sich der* Ölpreiseffekt in Investitionen von zusätzlich drei Milliarden Mark niederschlagen, die sich *gleichmäßig auf 1986* und 1987 verteilen. Die niedrigeren Ölpreise verbessern die privaten Realeinkommen im wesentlichen bei den Ausgaben für Kraftstoffe und Heizenergie. Allein die Kraftstoffersparnis dürfte in diesem Jahr bei 7,9 Milliarden oder 320 Mark je Fahrzeug liegen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der 1985 mit 38,6 Mrd. DM auf Rekordhöhe gestiegene Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland blieb nicht im Lande. Denn auch der Netto-Kapitalexport erreichte mit 50 Mrd. DM einen neuen Höchststand. Direktinvestitionen (einschließlich Aktienkäufe) und Wertpapieranlagen im Ausland, insbesondere in den USA, sorgten für den Kapitalabfluß. QUELLE: BAYERISCHE LANDESBANK

Kreditausschuß gegen Zehn-DM-Münze

Frankfurt (cd.) – Die im Zentralen Kreditausschuß zusammengeschlossenen kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände haben den Bundesfinanzminister gebeten, von der Ausgabe einer Zehn-DM-Münze abzusehen. Für eine solche Münze bestünde kein Bedarf, und ihre Einführung belaste die Kreditwirtschaft mit zusätzlichen Kosten, argumentiert der Ausschuß.

SMH: Belastende Aussage

Frankfurt (VWD) – Schon mehr als zwei Jahre vor dem wirtschaftlichen Ruin im Jahr 1983 sind die Kredit*höchstgrenzen im* Privatbankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH) „immer wieder überschritten worden". *Das sagte vor dem* Landgericht in Frankfurt, Friedrich Panse, Abteilungsleiter des Bundesaufsichtsamtes für Kreditwesen, als Zeuge im Prozeß gegen die wegen Betrugs und Untreue angeklagten SMH-Bankiers Graf Ferdinand von Galen und Hans Lampert aus.

Privatdiskont gesenkt

Frankfurt (VWD) – Mit der Senkung des Diskontsatzes der Deutschen Bundesbank mit Wirkung 7. *März 1986 auf 3,50 (4,00) Prozent* hat auch die Privatdiskont AG (Frankfurt) ihren Privatdiskontsatz herabgesetzt: Auf 3,50 (4,00) Prozent für die ersten fünf Tage, auf 3,25 (3,75) Prozent für die Tage darüber hinaus. Das bestätigt die Privatdiskont auf Anfrage. Privatdiskonte dienen der Finan*zierung von Einfuhren, Ausfuhren* und Transithandelsgesellschaften.

OECD: Finanzexpansion

Paris (J. Sch.) – Die internationalen Finanzmärkte haben sich nach Angaben der OECD im Februar wieder belebt. Die gesamten Mittelaufnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vormonat um 1,3 und im Jahresvergleich um 2,6 auf 21 Mrd. Dollar. Dabei erreichten die Anleiheemissionen mit 18 Mrd. Dollar einen neuen Monatsrekord. Die internationalen Bankkredite gingen dagegen zurück.

Im Norden fehlt der Schulterschluß zwischen Politik und Wirtschaft

Von ECKART VAN HOOVEN

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Deutsche Bank AG, Frankfurt.

Schlagworten ist gemeinsam, daß sie zwar plakativ klingen, aber die differenzierte Wirklichkeit nur unvollkommen wiedergeben. Das gilt auch für das vielzitierte Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik. Weder sind die nördlichen Küstenländer das Armenhaus der Bundesrepublik, noch ist im Süden alles Gold, was glänzt. Unbestreitbar aber ist, daß sich die Wachstumsdynamik seit einer Reihe von Jahren in den Süden der Bundesrepublik verlagert hat. Das bereits bestehende Wachstumsgefälle in der Bundesrepublik dürfte sich, wenn wir nichts dagegen tun, ausweiten.

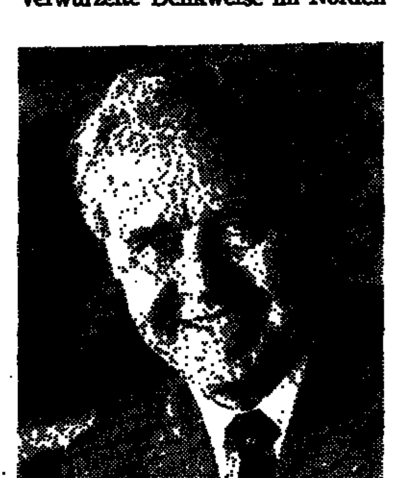
Die Arbeitsmarktentwicklung zeigt, daß sich der Norden in den letzten Jahren vom Aufschwung in der Bundesrepublik abgekoppelt hat. Während die Arbeitslosigkeit in Bayern und Baden-Württemberg bereits 1983 ihren Höhepunkt erreichte und seitdem sinkt, ist sie in Norddeutschland bis zuletzt weiter gestiegen. *Während im Großraum Stuttgart drei von vier Unternehmen über Produktionsbehinderungen durch Facharbeitermangel klagen, sind im Norden Fachkräfte ohne* Anstellung. In Hamburg und Schleswig-Holstein stellen Mechaniker und Schlosser unter den *männlichen Arbeitslosen die zweitgrößte* Gruppe, nach den Bauarbeitern. High-Tech-Unternehmen im Raum Hamburg haben keine Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

Der wichtigste Grund für das Auseinanderdriften der Arbeitsmarktentwicklung in Nord und Süd ist die ungünstigere wirtschaftliche Struktur des Nordens. Der Anteil der Landwirtschaft ist hier zwar gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich höher als in anderen Teilen der Bundesrepublik. Vor allem aber: In den südlichen Bundesländern sind mit der Elektrotechnik, der Büro- und Datentechnik, der Luft- und Raumfahrttechnik sowie der Automobilindustrie Wirtschaftszweige angesiedelt, die zu den Wachstumsbranchen zählen. Dagegen haben im Norden Branchen ein starkes Gewicht, die entweder konjunkturanfällig sind wie die Grundstoffindustrie oder sich in einem Schrumpfungsprozeß befinden, der seine Ursachen in den weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen der letzten anderthalb Jahrzehnte hat.

Der Mittelstand ist die Stärke des Südens

Die auseinanderlaufenden Wirtschaftsstrukturen in Norden und Süden weisen zudem einen Trend zur Selbstverstärkung auf. So bedingt die Konzentration von Wachstumsbranchen im Süden, daß Fördermittel des Bundes für Forschung und Entwicklung immer mehr in die südlichen Bundesländer fließen; 1985 entfielen knapp die Häfte der Förderungsprogramme des Bundes für Existenzgründungen allein auf Bayern und Baden-Württemberg. Entsprechend bleibt die Investitionsquote des Nordens zunehmend hinter der des Südens zurück. Beides hängt auch damit zusammen, daß der Süden seit jeher einen größeren Anteil von Klein- und Mittelbetrieben aufweist als der Norden; diese aber sind erfahrungsgemäß risikofreudiger und flexibler als Großbetriebe. Der innovative Mittelstand ist eine der Stärken des Südens.

Ein weiterer Wettbewerbsvorteil des Südens und -nachteil des Nordens, der sich zwar nicht in Mark oder Prozent messen läßt, der aber dennoch Gewicht hat, ist das Verhältnis von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Im Süden finden wir eine praxisorientierte pragmatische Haltung von Behörden und Politikern gegenüber den Belangen der Wirtschaft und umgekehrt eine ausgeprägte Bereitschaft der Wirtschaft *zum Dialog mit der Politik.* Belegschaft und Unternehmen finden sich hier unkomplizierter zu gemeinsamen Zielen. Dem steht die abwägende, eher *zurückhaltende,* manchmal zu sehr im Traditionellen verwurzelte Denkweise im Norden



Eckart van Hooven
FOTO: JUPP DARCHINGER

gegenüber. Das zum Teil an nicht sehr praxisnahen geschäftspolitischen Vorstellungen orientierte mehr prinzipielle Denken, insbesondere auf seiten der Verwaltung, und der nicht immer ausreichend enge Schulterschluß zwischen Politik und Wirtschaft sind ein Wachstumshemmnis sui generis. Unternehmen *investieren nun einmal am* liebsten dort, wo man ihren Wünschen mit der notwendigen Aufgeschlossenheit begegnet und unbürokratisch entscheidet.

Zu dem Gefühl, daß sich Landesregierungen und lokale Behörden im Süden aufgeschlossener gegenüber Belangen der privaten Wirtschaft zeigen als im Norden, kommt last not least die ungünstigere politische Struktur des Nordens. Der in vier Bundesländer zersplitterte Wirtschaftsraum kann den großen Flächenstaaten Süddeutschlands nichts Gleichartiges gegenüberstellen. Ein in Norddeutschland operierendes Unternehmen sieht sich auf einem verhältnismäßig kleinen Raum mit unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Instanzen, Bestimmungen und Verwaltungsauflagen *konfrontiert.* Gesamtwirtschaftlich betrachtet, fördert die regionale Zersplitterung einen Subventionswettlauf der norddeutschen Küstenländer, der zu einer Vergeudung von Steuermitteln führt, ohne zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Die notwendige Therapie für den Norden ergibt sich aus der Diagnose seiner Schwachstellen. Der Norden muß in größeren Dimensionen denken und planen können. Ein norddeutscher Küstenstaat wäre hierfür eine überlegenswerte Alternative, so utopisch sie unter den gegebenen politischen Bedingungen auch klingen mag. Lediglich die zweitbeste Lösung ist eine enge Kooperation der vier nördlichen Bundesländer bei der Konzeption und praktischen Durchsetzung gemeinsam erarbeiteter Lösungsansätze. Worauf es letztlich ankommt, ist, daß der Norden *sein politisches Durchsetzungsdefizit* beseitigt, seine Kräfte bündelt und mit seinen Pfunden wuchert – etwa im Hinblick auf niedrige Bodenpreise, freie Industrieansiedlungsflächen und Facharbeiterpotential.

Ansiedlungshemmnisse müssen abgebaut werden

Dazu gehören auch Bemühungen um eine ausgewogenere zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur. *Zielgruppe sollten dabei nicht nur* Großunternehmen sein, sondern auch innovative, risikofreudige mittelständische Unternehmen aus Industrie und Handwerk. Dabei sollten vorhandene komparative Vorteile wie etwa Hamburgs Rolle als Medienzentrum in ein gemeinsames Konzept eingebunden werden.

Die Palette der möglichen Maßnahmen reicht von privatwirtschaftlich organisierten Beratungsdiensten für neue Unternehmensansiedlungen bis hin zu befristeten finanziellen Anstoßhilfen für die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien. Der Abbau von Ansiedlungshemmnissen kann Wachstumskräfte freisetzen, ohne den Steuerzahler *etwas zu kosten. Die historisch gewachsene* geisteswissenschaftliche Ausrichtung der Hochschulen Norddeutschlands muß zugunsten der Anforderungen der Zukunft korrigiert werden. Das bedeutet Verstärkung der technischen Disziplinen. Noch bestehende Berührungsängste zwischen Wissenschaft und Praxis müssen abgebaut, der berühmte „spin-off" besser genutzt werden.

Die großen, überregional tätigen Banken könnten dabei eine Vermittlerrolle übernehmen, indem sie gewissermaßen als „Kooperationszentrale" fungieren. Sie könnten Kundenverbindungen nutzen, um Kontakte zwischen kooperationsbereiten Unternehmen im Norden und Süden der Bundesrepublik anzuknüpfen. Die Banken könnten ansiedlungsbereiten Betrieben bei der Suche nach geeigneten Standorten im Norden behilflich sein. Auf diese Weise ließe sich möglicherweise eine „unternehmerische Brücke" zwischen Nord und Süd schlagen.

Es mag sein, daß die Aktionsradien der Politiker derzeit durch andere Probleme eingeengt sind; fatal aber wäre, die *Eigendynamik* der aufgezeigten Schwierigkeiten zu unterschätzen und sie erst dann anzugehen, wenn ein irreparables Gefälle entstanden ist.

MAIZENA / Kräftiger Ertragsrückgang durch die agrarpolitischen Wettbewerbsverzerrungen am Stärkemarkt

Firmensitz von Hamburg nach Heilbronn verlegt

JAN BRECH, Hamburg

Den Stadtstaat Hamburg trifft neues Ungemach. Mit dem nun endgültig beschlossenen Exodus der *Maizena GmbH* verliert die Elbmetropole eines der führenden Unternehmen der Nahrungsmittel- und Stärkeindustrie. Bis Anfang nächsten Jahres wird Maizena ihr traditionsreiches Haus am „Berliner Tor" räumen und verkaufen. Einem Teil der 200 Mitarbeiter wird Arbeitsplätze an anderen Standorten angeboten, Härtefälle soll ein Sozialplan regeln.

Der Firmensitz wird künftig Heilbronn sein, so daß Maizena bereits jetzt das Markenartikelgeschäft um die C. H. Knorr AG gruppiert hat. In Krefeld wird nun die Verwaltung für das Industriegeschäft angesiedelt. Ausschlaggebend für die Entscheidung gegen Hamburg, die bei Maizena bereits seit vielen Jahren diskutiert wird, ist die Notwendigkeit, das schwierige Industriegeschäft zu straffen. Wie der neue Sprecher der Geschäftsführung, Axel C. A. Krauss, erklärt, liegen die *großen* Absatzmärkte des Unternehmens im Westen und Süden der Bundesrepublik. Um sie optimal beliefern zu können, müßte *die Produktion in den* Werken Krefeld, Kleve und Zülpich konzentriert werden.

Der Randlage Hamburgs fällt auch das im Stadtstaat angesiedelte Maizena-Werk *Grüner Deich zum Opfer.* Es ist mit Wirkung zum 1. 1. 1987 an die zum Unilever-Konzern gehörende US-Gesellschaft National Starch and Chemical Corp. verkauft worden. Es falle Maizena nicht leicht, so meint Krauss, die in Hamburg geschlagenen Wurzeln nach mehr als 80 Jahren zu kappen, doch müsse die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Die Konzentration des Industriegeschäfts in Krefeld berge erhebliches Rationalisierungspotential, das in den kommenden Jahren genutzt werden soll. Von den zur Zeit 3600 Maizena-Mitarbeitern dürften gut 600 das Ende dieser Rationalisierungsphase nicht miterleben.

Darüber hinaus wird Maizena kräftig in die Modernisierung der Produktion investieren. Mit rund 70 Mill. DM haben die Investitionen bereits im Berichtsjahr 1984/85 (30. 9.) eine Rekordmarke erreicht. Dieses Niveau, so Krauss, werde in den nächsten Jahren gehalten.

Daß Maizena Handlungsbedarf zur *Straffung und Optimierung* der Gruppe hat, belegt der jetzt für 1984/85 vorgelegte Abschluß. Der vergleichbare Gewinn ist um 35 Prozent auf knapp 30 Mill. DM zurückgegangen, die Rendite auf 2,2 Prozent abgesackt. Damit kann sich Maizena zwar im Vergleich zur Konkurrenz immer noch sehen lassen, bei einem Unternehmen aber, das in früheren Jahren Nettorenditen von vier Prozent und mehr gewohnt war, gehen bei weniger als drei Prozent Rendite die Warn*leuchten an.*

Der Ertragsrückgang im Berichtsjahr stammt allein aus dem Industriegeschäft, das an dem nahezu unveränderten Konzernumsatz *von* 1,36 Mrd. DM etwa zur Hälfte beteiligt ist. Den deutschen Stärkemarkt, an dem Maizena mit gut 40 Prozent marktführend ist, belasten Überkapazitäten, Preisverfall und agrarpolitische Wettbewerbsverzerrungen. Den Absatz habe Maizena nur durch forcierten Export mit unzureichenden Margen halten können, betont Martin. Dadurch sei das Ergebnis erheblich unter das Niveau des Vorjahres gefallen.

Das Markenartikelgeschäft verlief demgegenüber positiv. Zwar bewege sich Maizena auch hier auf stagnierenden und preislich ausgereizten Märkten, betont Krauss, doch seien die zum Teil überragenden Positionen mit den Marken Knorr und Mondamin gehalten und ausgebaut worden. Vor allem mit neuen Fix-Produkten, Soßenbindern und trockenen Salatdressings habe Maizena starkes Wachstum erzielt, das sich in einem realen Zuwachs von drei Prozent im gesamten Markenartikelgeschäft niederschlägt.

Von dem zwar rückläufigen, so doch noch immer respektablen Gewinn haben im Berichtsjahr weder der Fiskus noch der Aktionär etwas. Im Zuge der Umstellung der betrieblichen *Altersvorsorge* ist der Gewinn vor Steuern bis auf einen kleinen Restbetrag den Pensionsrückstellungen zugewiesen worden. Mit einem solchen *„Null-Gewinn"* wird *Maizena* voraussichtlich auch das Geschäftsjahr 1985/86 beenden. Nach Angaben von Finanzchef Horst G. Esslinger besteht bei den Pensionszusagen noch immer eine Deckungslücke von knapp 90 Mill. DM, die aus dem Ergebnis des laufenden Jahres aufgefüllt werden soll. Erst ab 1986/87 werde Maizena wieder einen Überschuß ausweisen und damit auch Dividende zahlen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Drei Milliarden gespart

Frankfurt (dpa/VWD) – *Leichtes* Heizöl hat nach Auffassung des Gesamtverbandes des Deutschen Brennstoffhandels derzeit einen deutlichen Preisvorsprung gegenüber dem Erdgas. Der Heizkostenvorsprung für „Ölheizer" betrage mehr als 26 Prozent im Vergleich zu Erdgas-Nutzern. Die Preise für leichtes Heizöl hätten Ende Februar um 25,4 Pfennig oder 28,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats gelegen. Für das 1. Quartal 1986 erwartet der Verband, der etwa 5000 Brennstoffhändler in der Bundesrepublik vertritt, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Zunahme der Auslieferung von leichtem Heizöl um 2 Mill. Tonnen. Die Einsparung der Verbraucher *für Öleinkäufe im Zeitraum vom 1.* Dezember 1985 bis 31. März betrage rund drei Mrd. DM.

Textilindustrie legt zu

Berlin (tb) – Die Berliner Textilindustrie hat ihren Umsatz 1985 um 12,2 Prozent auf 836 (Vorjahr: 760) Mill. DM erhöht. Wie ein Sprecher der Branche in Berlin mitteilte, hat die Zahl der Beschäftigten auf 3500 (3400) zugenommen. Bei der Berliner Bekleidungsindustrie sah die Lage nicht ganz so gut aus. Der Umsatz lag mit 903 Mill. DM (plus 0,2 Prozent) etwa auf Vorjahreshöhe. Die Mitarbeiterzahl betrug Ende Dezember 3569 (minus 0,7 Prozent).

Veränderungen bei CCC

Hamburg (JB.) – Von den ehemals vier persönlich haftenden Gesellschaftern des Hamburger Handelshauses Coutinho, Caro & Co AG (CCC) ist nach der Übernahme durch den US-Konzern Mc Dermott nunmehr Helmut Sternberg als letzter aus dem Vorstand ausgeschieden. Sternberg wird, wie es heißt, in den Aufsichtsrat überwechseln. Seine Nachfolge als Vorstandsvorsitzender übernimmt Karel C.M. Thyssen, der innerhalb der McDermott-Gruppe für den internationalen Handel zuständig ist. Thyssen war vorher stellvertretender AR-Vorsitzender bei CCC. Zur Geschäftsentwicklung im Jahr 1985/86 (31. März) teilt CCC mit, daß das Ergebnis in den beiden Bereichen Bauten und Anlagen sowie internationaler Handel an die guten Jahre der Vergangenheit anschließen werde.

Portland-Cement baut ab

Hannover (dos) – Die zur schweizerischen Schmidheiny-Gruppe gehörende Hannoversche Portland-Cementfabrik AG will Ende 1986 die Produktion von Zementklinkern aufgeben und weitere 80 von derzeit noch 170 Mitarbeitern entlassen. Dieser *Beschluß soll im Sommer von der* Hauptversammlung sanktioniert werden. Die damit verbundenen Sozialplankosten beziffert der Vorstand auf 5 Mill. DM. Das Unternehmen verzeichnete 1985 bei einem unveränderten Absatz von rund 300 000 t Zement und Kalk einen Umsatzrückgang auf 33,8 (35,4) Mill. DM. Die vorgesehenen Maßnahmen, so heißt es, würden zu einem Ausfall der Dividende (1984: 12 Prozent) führen.

GM muß drosseln

Detroit (VWD) – Befürchtungen der Automobilbranche, daß die Absicht von General Motors, im vierten Quartal 1985 und im ersten Quartal 1986 *rund* 2,5 Mill. Pkw in den USA von ihren Bändern laufen zu lassen, für die bestehende Nachfrage zu aggressiv sei, bestätigen sich: Die Produktionsdrosselungen bei den Werken des US-Konzerns, der mit riesigen Beständen an unverkauften Pkw belastet ist, nehmen zu. In diesem Monat schließt GM vier Montage- und vier Karosseriewerke. Insgesamt werden dadurch rund 13 000 Arbeiter zwangsbeurlaubt. Die Produktion wird um etwa 18 000 Pkw zurückgenommen.

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BÖRSE

Zwei Steuern behindern

HARALD POSNY, Düsseldorf

Börsenumsatzsteuer und Gesellschaftssteuer stehen nach Meinung der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf (RWB) zunehmend der Internationalisierung des deutschen Börsengeschäfts im Weg. Börsenpräsident *Alfred Freiherr von Oppenheim* und Vizepräsident F. Wilhelm Christians betonten bei der Vorlage des Jahresberichts 1985, daß speziell bei niedrigverzinslichen Emissionen die Börsenumsatzsteuer den Ertrag für internationale Investoren aufzehrt, so daß dieses Geschäft jetzt schon an andere internationale Plätze – zum Beispiel nach London – abwandert. Damit werde der Ausbau des Finanzplatzes Deutschland zu einer Drehscheibe des internationalen Kapitals behindert.

Die Gesellschaftssteuer trifft dagegen nach Ansicht der Börse vor allem Emittenten, die neues Eigenkapital aufnehmen. Es sei bedenklich, daß man einerseits die Unternehmen zum Gang an die Börse und zur Aufnahme neuen Kapitals ermuntere, andererseits aber gerade diese Kapitalbe*schaffung „prohibitiv besteuert"* werde. Die Börse spricht sich daher für eine baldige Abschaffung der beiden Steuerarten aus. Oppenheim räumte zwar den Einnahmeverlust von 800 Mill. DM ein, der Fiskus profitiere jedoch in anderer Weise, wie durch erhöhte EEV-Steuern der Kreditinstitute, wenn sich durch die Rückverlagerung des internationalen Geschäfts in die Bundesrepublik deren Erträge erhöhen.

Die Neuordnung des deutschen Börsenwesens ist nach den Worten von Christians „auf gutem Weg". Auch die Repräsentanz der deutschen Börsenplätze „mit einer Stimme" gegenüber europäischen Gesprächspartnern solle auf diese Weise verstärkt werden, ohne regional Gewachsenes zu zerstören. Eine *Vereinfachung der Börsenzulassung,* wobei alle anderen Börsen die Zulassung durch die Heimatbörse der zuzulassenden Gesellschaft übernehmen, der Kursunterschiede verhindernde Elektronische Datenverbund sowie die Verlängerung oder Verschiebung der täglichen Börsenzeiten werde vielleicht schon Ende April erste Entscheidungen erfahren.

Die große Bedeutung der im letzten Jahr 50 Jahre alt gewordenen Düsseldorfer Börse wird durch eindrucksvolle Zahlen dokumentiert. Die derzeit an der RWB zugelassenen 187 deutschen und 71 ausländischen Aktiengesellschaften repräsentieren ein Aktienkapital von insgesamt 92 Mrd. DM. Hinzu kommen 2807 deutsche und 371 ausländische Rentenpapiere mit einem Emissionswert von 357 und 74 Mrd. DM.

Auf Düsseldorf entfiel 1985 mit einem Gesamtumsatz von über 126 Mrd. DM fast ein Drittel der Wertpapierumsätze aller acht deutschen Börsenplätze. Frankfurt und Düsseldorf vereinen derzeit 83 Prozent des Umsatzes in ausländischen Aktien. *Der Aktienumsatz erhöhte sich 1985* um 130 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf über 76 Mrd. DM. Das waren 60 Prozent des Gesamtumsatzes. In Frankfurt liegen dagegen die Rentenumsätze vorn.

Der Kurszettel wurde im letzten Jahr durch *FAG Kugelfischer,* Henkel, IWKA, Axel Springer Verlag und Trinkkaus-Bank sowie durch ausländische Titel wie B. A. T., Reynolds und *Rodamco* verlängert. Drei Notierungen (Bonner Zement, Elikraft und Huta Hegerfeld) wurden eingestellt. Für die nächste Zeit werden neben Viag und Feldmühle-Nobel zwei neue Werte eingeführt. Christians rechnet für 1986 mit einer Reihe von mittelgroßen Einführungen, insgesamt würden über 500 Mill. DM neu an die Börse kommen.

CHINA / Deutsche setzen verstärkt auf Joint-ventures

Keine neue Stornierungswelle

Mk. Bonn

China will sich beim Kauf von Mammutprojekten im Ausland zurückhalten. Allerdings rechnet der Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft nicht damit, daß es wie 1980/81 wieder zu einer Welle von Vertragsstornierungen kommen werde.

Nach einer deutsch-chinesischen Kooperationsveranstaltung in München weist der Ostausschuß darauf hin, daß sich deutsche Unternehmen zur langfristigen Marktsicherung in China nicht nur auf Liefergeschäfte stützen, sondern auch verstärkt bereit sind, Lizenz- und Know-how-Verträge abzuschließen und Joint-ventures einzugehen. Die Chinesen seien dabei nicht nur an dem Transfer von Kapital und Technologie interessiert, sondern in wachsendem Maße auch an der Übernahme moderner Management-Methoden. Zur Zeit gibt es in dem Reich der Mitte sechs deutsch-chinesische Joint-ventures, über 15 weitere werde verhandelt.

Die deutsche Wirtschaft erzielte im vergangenen Jahr gegenüber China einen Exportüberschuß von 1,64 Milliarden US-Dollar. Dabei stiegen die Ausfuhren um 116 Prozent, die Importe nur um 5,7 Prozent. Ähnlich entwickelte sich für China der Handel mit Japan und den USA. Das chinesische Außenhandelsvolumen stieg im vergangenen Jahr um 30 Prozent auf 33,4 Milliarden Dollar, obwohl die Exporte nur um fünf Prozent zunahmen. Das Defizit im Außenhandel erreichte 7,6 Milliarden Dollar. Die Devisenreserven sanken auf rund elf Milliarden Dollar.

Um einen weiteren Devisenabfluß zu verhindern, wollen die Chinesen nach Angaben des Ostausschusses Mammutprojekte zunächst zurückstellen. Sie setzen statt dessen auf möglichst devisensparende Geschäfte mit ausländischen Partnern. Durch diese Form der Zusammenarbeit sollen die chinesischen Exportgüter wettbewerbsfähiger gemacht werden.

Die Vertreter der chinesischen Investitionsgesellschaft suchen gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht nur Kontakt zur deutschen Großindustrie. Sie setzen sich auch für intensivere Kooperationsbeziehungen mit mittelständischen Unternehmen ein.

NORDDEUTSCHE LANDESBANK / Gebühren für Privatkonten werden gesenkt

Ertragsorientierten Kurs beibehalten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale (NordLB), Hannover, hat im Geschäftsjahr 1985 die guten Ergebnisse des Vorjahres deutlich übertroffen. Bernd Thiemann, Vorstandsvorsitzender des Instituts, verweist auf die ertragsorientierte Geschäftspolitik, die sich im Jahresabschluß niederschlage. Wesentliche Merkmale indes seien die Stetigkeit und Kalkulierbarkeit. So gesehen verdiene das Jahr 1985 das Prädikat „normal".

Im Berichtsjahr weist die NordLB eine Steigerung des Betriebsergebnisses I von 18,3 Prozent auf 312 (264) Mill. DM aus. Ursächlich dafür war vor allem der gestiegene Überschuß, der sich bei einer auf 1,17 (1,13) Prozent verbesserten Zinsspanne um 9,6 Prozent auf 620 (566) Mill. DM erhöhte. Der Provisionsüberschuß nahm um 4,3 Prozent auf 54 (52) Mill. DM zu. Einschließlich des Handelsergebnisses von 83 (84) Mill. DM errechne sich so ein Betriebsergebnis II von 396 (348) Mill. DM (plus 13,8 Prozent).

Das Betriebsergebnis verwendet die NordLB erneut zur Absicherung der Risiken im Kreditgeschäft. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen stiegen kräftig um 33,8 Prozent auf 210 (157) Mill. DM. Davon entfielen auf Risiken im Auslandsgeschäft gut 120 Mill. DM. Im Wohnungsbau mußten rund 30 Mill. DM abgeschrieben werden. Die Rücklagen wurden um 43 Mill. DM aufgestockt. Die Gewährträger der Bank, das Land Niedersachsen und die Sparkassen, erhalten auf das Stammkapital von 480 Mill. DM wieder eine Dividende von vier Prozent.

Die angekündigte Kapitalerhöhung ist am 1. Februar vollzogen worden. Die Eigner haben der Bank Genußscheinkapital in Höhe von 134 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Zu den Konditionen wollte sich Thiemann nicht äußern. Damit sei ein wichtiger Schritt getan, den mittelfristigen Eigenkapitalbedarf von rund 300 Mill. DM zu decken.

Die Aussichten im laufenden Jahr beurteilt Thiemann „mit Zuversicht, aber ohne Euphorie". Die Entwicklung in den ersten Wochen 1986 lasse erkennen, daß der Trend des Vorjahres beibehalten wird. Thiemann rechnet allerdings mit einem leichten Abbröckeln der Zinsspanne. Die im Rahmen des AEG-Sanierungskonzeptes gehaltenen AEG-Aktien seien noch im Besitz der Bank, würden aber im laufenden Jahr in der Bilanz wirksam werden (26 Mill. DM).

Im Berichtsjahr wurde die Bilanzsumme um 4,9 Prozent auf 63 (60) Mrd. DM ausgeweitet. Das Kreditvolumen stieg um 1,9 Prozent auf 43,1 (42,3) Mrd. DM. Das Kreditgeschäft mit der gewerblichen Wirtschaft und das Hypothekenkreditgeschäft konnten kräftig ausgedehnt werden, während die Darlehen an die öffentlichen Haushalte nahezu unverändert blieben. Hauptfinanzierungsquelle für das Neugeschäft waren erneut eigene Schuldverschreibungen. Bei einem Volumen von 30,6 Mrd. DM emittierte die Bank 10 Mrd. DM.

Mit einem neuen Gebührenmodell für Privatkunden will die NordLB ihren Kundenkreis erweitern. Vom 1. April an wird nur noch eine monatliche Kostenpauschale von 3 DM erhoben. Vielnutzer werden danach nicht mehr mit zusätzlichen Kosten belastet.

SPANIEN / Viele Einwanderer illegal beschäftigt

Ausländerrechte neu geregelt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Erst seit dem 24. Juli 1985 existiert in Spanien ein Gesetz, das Rechte und Pflichten der Ausländer regelt und weitgehend mit der Gesetzgebung der übrigen Länder Europas übereinstimmt. Spanien ist seit Jahrhunderten ein Land der Emigration und zählt auch heute noch nicht zu den Traumländern derer, die ein Unterkommen suchen – wenn man vom Tourismus absieht.

In den 40 Jahren der Franco-Ära konnte jeder, der Geld ins Land brachte, nach Spanien ziehen, sich ein Anwesen kaufen oder in der Industrie investieren. Dieser gesetzlose Zustand wurde jedoch in der jungen Demokratie immer mehr auch von jenen „Interessenten" ausgenutzt, um ihr Geld „weiß zu waschen", die aber vorher drakonische Strafen der Franco-Zeit fürchten mußten.

Ende März läuft die letzte Frist ab, in der Ausländer sich legalisieren lassen können. Neben etwa 450 000 registrierten Ausländern leben noch weitere 150 000 ohne die nötigen Papiere illegal in Spanien. Theoretisch können Südamerikaner, Filipinos und Afrikaner aus Guinea wegen ihrer Herkunft aus spanischsprechenden oder früher zum Imperium gehörenden Ländern mit einer bevorzugten Behandlung rechnen. Seit die Polizei jedoch immer mehr spanischsprechende Delinquenten vor allem aus Südamerika registriert, wurde die Regierung vorsichtiger. Der Rauschgifthandel mit wahrscheinlich weit über 1000 regelmäßig reisenden Camellos (Heroin-Transporteuren) führte indessen zu einer besonderen Kontrolle, vor allem der Kolumbianer und Bolivianer.

Drei Millionen Arbeitslose

Diese Vorsicht gilt auch bei der Vergabe einer Arbeitserlaubnis, die angesichts der drei Millionen Arbeitslosen – weit über 23 Prozent der aktiven Bevölkerung – ohnehin sehr spärlich vergeben wird. Spezielle Ausländerprobleme rein politischer Art führten in den letzten beiden Wochen zu Verhandlungen der spanischen Regierung mit der moslemischen Minderheit in den spanischen Enklaven in Marokko, Ceuta und Melilla: Unter den 120 000 Bewohnern beider Städte sind etwa 50 000 Moslems marokkanischer Abstammung. Von ihnen besitzen nur 14 000 die spanische Nationalität. Weitere 12 000 etwa verfügen über einen Registrierschein. Die anderen aber leben ohne Papiere, teilweise seit ihrer Geburt, in den beiden spanischen Städten. Die meisten ernähren sich vom kleinen Grenzschmuggel. In Madrid wird für diese Gruppen zur Zeit über Ausnahmebestimmungen von dem neuen Gesetz beraten.

Problem der Schwarzarbeit

Die Trockenheit in Nordafrika macht sich natürlich auch in Spanien durch einen verstärkten Druck illegaler Einwanderer bemerkbar. Die Afrikaner stauen sich vor allem in Katalonien. Die meisten werden illegal, ohne Versicherungsschutz und mit sehr niedrigem Lohn beschäftigt. Die Gewerkschaften rühren sich dagegen nur wenig, da der arbeitslose Spanier das „Stempeln gehen" oder die Schwarzarbeit vorzieht.

In Katalonien kommt hinzu, daß viele Schwarzafrikaner, Algerier und Marokkaner sich hier nur vorübergehend aufhalten. Sie wollen nur soviel verdienen, um den Schlepper zu bezahlen, der sie illegal über die Grenze nach Frankreich einschleust. In den Hotels der Touristenzonen überwiegen dagegen unter den Fremdarbeitern europäische Arbeitskräfte. Aber hier setzen Gewerkschaften und manche Behörden alles dran, um mit Hilfe der Ausländergesetze auch diese „Qualitätseinwanderung" möglichst engmaschig zu filtern. Hinweise auf die Freizügigkeit innerhalb der EG finden in der Praxis wenig Echo.

In loser Folge beschreibt die WELT die Ausländerprobleme in den EG-Ländern.

RHEINBODEN / Die Dividende wird heraufgesetzt

Mehr Hypothekenzusagen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der deutliche wirtschaftliche Aufschwung hat 1985 auch den Geschäftsgang der über die Colonia-Versicherungsgruppe zum Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, gehörenden Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG begünstigt. Das Zusagevolumen im Hypothekengeschäft wurde erheblich ausgeweitet. Zwar hat der Wohnungsbau, einst Hauptstütze der Hypothekenbanken, an dieser positiven Entwicklung nicht teilgenommen, hier ging der Anteil der Neuzusagen auf 31 Prozent der gesamten Hypothekenzusagen zurück, dafür wuchs aber die Nachfrage nach Finanzierungen in anderen Bereichen, vor allem im gewerblichen Kredit, der im Berichtsjahr eine überdurchschnittliche Steigerungsrate aufwies.

Auch die Bereitschaft, Wohneigentum aus dem Altbestand zu erwerben und den Erwerb finanzieren zu lassen, hat zugenommen. Hohe plan- und außerplanmäßige Tilgungen, die 1985 wieder über 60 Prozent der Auszahlungen ausmachten, haben dem Wachstum der Darlehnsbestände Grenzen gesetzt.

Der Überschuß aus dem Darlehensgeschäft (Zinsüberschuß plus Saldo der einmaligen Erträge/Aufwendungen) wuchs um 8,6 Prozent auf 67 Mill. DM, eine Folge wachsender Bestände und verbesserter Refinanzierungsmöglichkeiten. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um neun Prozent auf knapp 44 Mill. DM. Die 1985 abgeschriebenen und wertberichtigten Zinsen liegen mit 2,9 (2,5) Mill. DM etwas höher als im Vorjahr. Andererseits ging die Zahl der anhängigen Zwangsversteigerungen von 223 auf 195 zurück.

Der Anstieg der EEV-Steuern um 4,7 auf 24,6 Mill. DM ist nur zum Teil auf die verbesserte Ertragslage zurückzuführen. Hier wirkte sich aus, daß steuerliche Vergünstigungen nach dem Berlin-Förderungsgesetz nicht im bisherigen Umfang wahrgenommen werden konnten.

Aus dem gegenüber 1984 annähernd gleichen Jahresüberschuß von 15 Mill. DM werden nicht nur 8,5 (8,0) Mill. DM den Rücklagen zugeführt, es wird der Hauptversammlung am 7. Mai auch vorgeschlagen, anstelle des Vorjahresbonus von 0,50 DM je 50-DM-Aktie die Dividende von 6 auf 6,50 DM (zuzüglich 3,66 DM Steuergutschrift) zu erhöhen.

Rheinboden	1985	±%
Darlehen-Neuzusagen (Mill. DM)	1 087	+ 6,7
dav. Hypotheken	614	+ 18,0
Kommunaldarlehen	473	- 5,0
Darl.-Auszahlungen	866	- 13,0
Tilgungen	629	+ 2,6
Darlehnsbestäd	8 039	+ 5,0
dav. Komm.-Darl.(%)	54,0	(52,3)
Begeb. Schuldverschr.	7 902	+ 4,2
Bilanzsumme	8 494	+ 4,1
Zinsüberschuß	67	+ 8,6
in % d. Bilanzsumme	0,79	(0,75)
Eigenkapital	191	+ 4,1
in % d. Bilanzsumme	2,5	(2,2)
Ausschüttung	6,2	± 0

Zahlungsaufschub für Polen

J. Sch. Paris

Die Regierungsvertreter der westlichen Gläubigerstaaten Polens haben auf ihrer letzten Sitzung des „Pariser Klubs" der Delegation aus Warschau auf die 1986 fällig werdenden staatlich garantierten Forderungen von 1,6 Mrd. Dollar einen Zahlungsaufschub von bis zu zehn Jahren bei fünf Freijahren zugesagt. Hierin steckt die Verlängerung der zunächst bis Ende März gestundeten Zinsverbindlichkeiten aus 1985.

Polen erwartet nun, daß auch die westlichen Banken Zahlungsaufschub gewähren. Bei den Vorgesprächen ging es um 800 Mill. Dollar. Demgegenüber war der polnische Schuldendienst für 1986 auf 5,7 Mrd. Dollar veranschlagt worden. Es verbliebe also ein beträchtlicher Teil an Verbindlichkeiten zu regeln. An flüssigen Mitteln dürfte Polen 1986 über höchstens zwei Mrd. Dollar verfügen. Seine Deviseneinnahmen aus dem Außenhandel betrugen 1985 gerade eine Mrd. Dollar.

Die Hoffnungen richten sich dabei vor allem auf die Bundesrepublik, das größte westliche Gläubigerland, mit dem gestern in Bonn Gespräche aufgenommen wurden. Außerdem erwartet Warschau, daß es in absehbarer Zeit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten kann. Den unmittelbaren Bedarf an neuen Krediten bezifferte die polnische Delegation auf rund eine Mrd. Dollar. Die gesamten Verbindlichkeiten Polens gegenüber dem Westen belaufen sich auf 29 Mrd. Dollar.

NAMEN

Albrecht Dietz, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Leasing AG, Frankfurt, wird heute 60 Jahre.

Dr. **Alfred Holler** (52) wechselt zum 1. April 1986 vom Vorstand der Jagenberg AG, Düsseldorf, in die Geschäftsführung der Bagel-Druckereigruppe, Düsseldorf.

Dr. **Horst Klose**, geschäftsführender Gesellschafter der MERO-Firmengruppe, Würzburg, und Vizepräsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, vollendet am 13. März 1986 das 60. Lebensjahr.

Josef Kleiber (57), Vorsitzender des Bundesverbandes des Elektro-Großhandels (VEG) e. V., Dortmund, ist am 7. März gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Jach Fleischwaren GmbH, Niedernberg; **Bonn:** Wilhelm Winnen & Sohn KG – Automobil- u. Anhängerreparaturen; Nettekoven + Wolff GmbH; **Delmenhorst:** Mäander Grundstücksges. mbH & Co. KG; **Detmold:** Theodor Müller GmbH & Co. KG. Temde-Werk; **Essen:** Dusza Bedachungen GmbH; **Hamburg:** Nachl. d. Paul Skade, Klempner- u. Installateurmeister; **Lehrte:** Nachl. d. Paul Schwiertz; **Limburg:** Josef Christ KG., Bad Camberg-Würges; **Norderstedt:** Verwaltungsges. Hudau mbH & Co- Betriebsges. f. Kur- u. Wohnheime KG, Bad Bramstedt; **Recklinghausen:** Werner Brinker, Kaufmann; **Schwarzenbek:** Günter Dunker, Dreher, Mölln; **Stadthagen:** Wahlmann OHG Bauunternehmen, Meerbeck OT. Volksdorf.

Vergleich beantragt: Münster: Albert Bruens GmbH, Telgte.

BACHER / Spezialisiert auf Druck-Präzisionsgeräte

Auslandsgeschäft dominiert

nl. Stuttgart

Die Forderung des Marktes für Druckerzeugnisse nach qualitativ hochwertigen Produkten zu wirtschaftlichen Bedingungen hat eine immer höhere Automatisierung und Standardisierung der Arbeitsabläufe in der Druckindustrie zur Folge. Bei kleineren Druckauflagen verstärkt sich die Notwendigkeit rationeller und sicherer Herstellung der Druckplatten und kurzer Einrichtungszeit in der Druckmaschine. Hier sieht die B. Bacher GmbH, Wurmlingen-Tuttlingen, ein auf dem Gebiet der Präzisionsgeräte für die Druckformherstellung tätiges Unternehmen, steigende Chancen.

Für das laufende Geschäftsjahr 1986 geht Roland Fezer, geschäftsführender Gesellschafter von Bacher, in seiner Planung von einem Umsatz von 38 Mill. DM aus nach 32 Mill. DM in 1985. Mittelfristig wird eine Wachstumsrate von zehn bis 15 Prozent jährlich angestrebt. Das Exportgeschäft, das im vergangenen Jahr um 17,8 Prozent zugenommen hat, macht gut zwei Drittel des Umsatzes aus. Zum Ergebnis sagt Fezer, es sei „befriedigend". Ins Programm genommen wurde u. a. eine neue Tageslichtplattenkamera, die Druckplatten direkt ohne Filmmaterial herstellt, sowie eine vollautomatische Montage-Kopiermaschine. Die Entwicklungskosten insgesamt werden mit zehn Prozent des Umsatzes angegeben.

Gegründet wurde das Familienunternehmen 1947 ursprünglich zur Herstellung von Augenpinzetten. Später schwenkte man über zu Buchdruckpinzetten, um dann die gesamte Utensilien-Palette für Setzer und Drucker herzustellen. Es folgte schließlich die Aufnahme von Liniergeräten sowie Geräten für die Offsetmontage und Arbeitsvorbereitung. Bacher zählt derzeit 205 (175) Mitarbeiter, weitere 25 neue Arbeitsplätze sollen in diesem Jahr geschaffen werden.

Regierung gestattet direkte Gas-Exporte

fu. London

Die britische Regierung wird nach der Privatisierung von British Gas im November dieses Jahres den im britischen Nordseesektor operierenden Gesellschaften gestatten, ihr gefördertes Gas direkt zu exportieren. Bisher müssen die Unternehmen alles Gas in Großbritannien anlanden, um es dem staatlichen Gaskonzern zu einem festgelegten Preis zu liefern. Dieser Preis hat über die Jahre deutlich unter dem gelegen, der von kontinentaleuropäischen Gasbeziehern angeboten wird.

Den Angaben von Energieminister Walker zufolge wird die Regierung künftig Genehmigungen für Gas-Exporte erteilen, solange die britische Gasversorgung gesichert ist. Diese Genehmigungen sollen auf entsprechende Anträge von Fall zu Fall vergeben werden. Die britische Ölindustrie glaubt, daß die Möglichkeit lukrativer Gasexporte die Explorationstätigkeit in der Nordsee neu beleben wird.

BRITISCHER STEINKOHLEBERGBAU / Wende ein Jahr nach dem langen Streik

Gemäßigte Kräfte auf dem Vormarsch

WILHELM FURLER, London

In der vergangenen Woche marschierten die britischen Bergleute nach dem längsten und gewalttätigsten Streik in der Geschichte ihrer Gewerkschaft mit wehenden Bannern und begleitet von Musikkapellen durch die Zechentore zurück an ihre Arbeitsplätze. Ein Jahr nach dem Streikende ist der britische Steinkohlebergbau kaum wiederzuerkennen.

Der militante und linksradikale Präsident der Bergleutegewerkschaft, Arthur Scargill, der für den fast einjährigen erbittert gefochtenen Arbeitskampf verantwortlich war, wurde von den Funktionären in der Gewerkschaftsführung praktisch mundtot gemacht. So ist etwa ein Aufruf Scargills in der letzten Woche, mit einer Überstundenverweigerung der Forderung nach rascheren Fortschritten bei den derzeit laufenden Lohnverhandlungen Druck zu verleihen, von seinen Kollegen umgehend zurückgezogen worden. Das Ausmaß der Niederlage der National Union of Mineworkers (NUM) wird besonders deutlich an der Gründung der Konkurrenz-Gewerkschaft, der stark gemäßigten Union of Democratic Mineworkers (UDM) in den englischen Kohlerevieren Nottinghamshire und Süd-Derbyshire. In diesen Bezirken wird vom Arbeitgeber, der staatlichen Kohlebehörde, ausschließlich die neue UDM als Tarifpartner anerkannt.

Damit ist zum ersten Mal nach dem Krieg der Alleinvertretungsanspruch der National Union of Mineworkers für die britischen Bergleute gebrochen. Die moderate UDM behauptet, inzwischen 40 000 Mitglieder zu zählen. Allerdings haben sich die Hoffnungen, daß die neu gegründete Konkurrenz-Gewerkschaft UDM landesweit einen Durchbruch schaffen könnte, nicht erfüllt.

Dennoch ist ihr gemäßigter Einfluß nicht zu unterschätzen. Die britischen Kumpel beurteilen heute die Lage ihres Kohlebergbaus so realistisch wie nie zuvor. Dazu hat auch der sich verschärfende Wettbewerb am Energiemarkt mit rapide gefallenen Ölpreisen wesentlich beigetragen.

Im letzten Quartal 1985 ist die britische Kohleproduktion auf die Rekordförderung von 3,67 Tonnen je Schichtarbeiter gestiegen. Sie liegt damit um 15 Prozent über dem Vergleichswert im gleichen Zeitraum vor Beginn des Bergleutestreiks. Im Dezember lag die Produktivität unter Tage sogar um 25 Prozent über der im gleichen Monat 1983.

Die Betriebskosten der Nationalen Kohlebehörde konnten nach dem Streik deutlich gesenkt werden. Erstmals nach etlichen Jahren dürfte 1987/88 ein Gewinn ausgewiesen werden können.

Heute beschäftigt die britische Kohleindustrie nur noch 148 000 Mitarbeiter, 1983 waren es noch 187 000 und im Jahr zuvor gar mehr als 200 000. Dennoch ist die Jahresförderung mit etwas mehr als 100 Millionen Tonnen unverändert geblieben.

„Liebe Frau Gips, . . ."

Wb. – Das gängige Vorurteil, daß das Fehlen jeglichen Humors zu den Hauptmerkmalen von Großkonzernen zählt, bedurfte eigentlich keiner ausdrücklichen Bestätigung. Doch in der Rechtsabteilung der Deutschen *Unilever in Hamburg* sah man das offenbar anders.

Von „sittenwidriger Anlehnung" eines Werbeslogans, von der „überragenden Verkehrsgeltung" und der „Schwächung der Werbewirksamkeit" sowie von höchstrichterlichen Entscheidungen war da in einem Schreiben an den Hamburger Unterhaltungselektronik-Händler Schaulandt die Rede, das mit der Aufforderung endete, eine beigefügte Unterlassungsverpflichtungserklärung zurückzusenden.

Der sittenwidrige Anschlag des David auf den Goliath bestand in der etwas freien Verwendung des 14 Jahre alten Seifen-Slogans „An meine Haut lasse ich nur Wasser und CD". Schaulandt hatte in Illustrierten-Anzeigen das Kürzel CD mit dem – inzwischen gewiß auch verkehrsgültigen – Inhalt „Compact Disc" belegt und Ohren aus der Haut gemacht. Schon war die witzige Werbung für CD-Spieler fertig.

Das konzerngetragene Mißfallen mochte Schaulandt denn auch nicht so ganz ernst nehmen. Seine Antwort geriet zur puren Satire: „Liebe Frau Gips", (gemeint ist Unilevers Körperpflege-Tochter *Elida-Gibbs*) „*die Hausjuristen* eines gewissen Herrn Unilever haben mir geschrieben ...". Und an das Hamburger Landgericht: „... wirbt die vermutlich reizende Tochter des Herrn Unilever, Frau Elida Gips, bereits seit 14 Jahren mit einem völlig unverständlichen Werbeslogan für das Medium CD ...".

Daß die Reaktion aus dem Unilever-Hochhaus humoriger ausfällt als die ursprüngliche Einlassung, ist kaum zu erwarten. Vielleicht läßt man sie besser ganz ausfallen. Denn eine kurze Rückfrage bei den hauseigenen Werbern hätte eigentlich genügen müssen, um zu erfahren, daß eine so gelungene Verballhornung doch nur die Popularität des Slogans verstärkt.

CMA / Mit einem relativ bescheidenen Gesamtbudget werden die Aktivitäten im In- und Ausland bestritten

„Aus der Heimat schmeckt's am besten" hat den Appetit auf deutsche Nahrungsmittel verstärkt

HENNER LAVALL, Bonn

Der „*Markt rund um das Essen*" hat in der Bundesrepublik immer noch eine herausragende Bedeutung. Gut 230 Milliarden Mark werden die deutschen Verbraucher in diesem Jahr zu Hause und in Gaststätten für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben. Ein so großer Kuchen, gemessen *an der Einwohnerzahl der größte der* Welt, weckt natürlich bei allen die Begierde nach einem möglichst dikken Stück davon. Mit Werbeausgaben von rund 2 Milliarden Mark im Jahr versuchen in- und ausländische Hersteller ihr Produkt beim Konsumenten in das beste Licht zu rücken.

Das Nachsehen hatten zumeist die kleineren (Handwerks-)Betriebe im Ernährungsbereich wie Bäcker und Konditoren, Metzgereien sowie Obst- und Gemüsegeschäfte, die für ihre Spezialitäten keine aufwendige Werbung in den überregionalen Medien (Tageszeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen) betreiben können. Ebenso benachteiligt waren die Grundstoff-Lieferanten für unsere Nahrungsmittel, die deutschen Bauern.

Eine *gemeinsame* – privatrechtliche – Organisation der gesamten Land- und Forstwirtschaft, der Ernährungsindustrie und des Handels schaffte da die notwendige Abhilfe. Die „Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft", besser bekannt unter dem Kürzel „CMA", wurde *1969 gegründet*, „um der Konkurrenzsituation, insbesondere aus dem Ausland, wirksam zu begegnen". Schon in kürzester Frist begann sich der Werbespruch der CMA („Essen *aus* Deutschland") gegen die unliebsamen (staatlich geförderten) Exportbemühungen der klassischen Agrarländer Frankreich, Italien, Dänemark oder Niederlande durchzusetzen.

Ihre Aufgaben sind weit gesteckt. Die CMA, so lautet der Auftrag der Gründer, muß „die Anbieter deutscher Agrarerzeugnisse mit vertieften Kenntnissen des Marktes versorgen" und verläßliche Orientierungsdaten anbieten. Sie soll die Distribution der Produkte verbessern und „ein günstiges Vorstellungsbild der Ware beim Verbraucher" schaffen sowie die „Verbrauchergewohnheiten (im Sinne ihrer Gesellschafter) positiv beeinflussen".

Diese Aufgaben hat die CMA hervorragend bewältigt, gerade unter dem Gesichtspunkt, daß die Situation seit Gründung der Gesellschaft durch die riesigen Nahrungsmittel-Überschüsse sehr viel schwieriger geworden ist. Auch dank der Arbeit der CMA werden heute von der gesamten deutschen Agrarproduktion (Wert 1985: 168 Milliarden Mark) gut 85 Prozent im Inland verbraucht.



Dies erreichte sie nicht mit Werbung für ein bestimmtes Produkt, sondern mit griffigen Slogans für ganze Nahrungsgruppen. „Aus der *Heimat schmeckt's am besten*" heißt es da bei Aktionen in großen Kaufhäusern für die gesamte Lebensmittelpalette, oder „Äpfel am liebsten von hier" und „*Das Fleisch mit Saft* und Kraft". Geworben wird aber auch für deutsches Holz, für Wurst-, Schinken- und Brotspezialitäten („Rustikal essen"), für Butter, Blumen und Käse („*Schöne deutsche Urlaubslande* – leckere deutsche Käse-Spezialitäten").

Und über allen speziellen Werbeaktionen immer das CMA-Gütezeichen „Markenqualität aus deutschen Landen", *mit* dem Produkte ausgezeichnet werden, die strenge Prüfkriterien über sich haben ergehen lassen. Inzwischen kennen knapp *80 Prozent* der Verbraucher diesen Spruch, berichtet die CMA stolz. Kein Wunder, denn beim Einkaufen in den Lebensmittelgeschäften begegnet er einem auf Schritt und Tritt.

Daß es auch Schwierigkeiten gibt, neue Produkte unter einem gemeinsamen Namen beim Verbraucher so richtig ins Bewußtsein zu rücken, wird bei der CMA nicht bestritten. Die unter dem Phantasienamen „Akkergold" auf den Markt gebrachte deutsche Kartoffel hatte jahrelang hart gegen die übermächtige holländische Konkurrenz zu kämpfen. Und auch beim Werben für die Qualität „Unsere gute Butter" tut man sich schwer, denn „wenn wir das richtig durchziehen, geht es doch nur, wenn unterschwellig gesagt wird, die andere Markenbutter ist nicht so gut", heißt es in der Bonner CMA-Zentrale.

Dafür laufen die Werbeaktionen für deutsche Nahrungsmittel im Ausland ganz hervorragend. In Paris wurde zum Beispiel das CMA-Restaurant „Vieu Berlin" zum besten ausländischen *Gourmet-Tempel gewählt*, „eine Werbung für deutsches Essen, von der wir vorher nur träumen konnten", so der CMA-Repräsentant Nufer. Und in Italien, dem wichtigsten Abnehmer deutscher Lebensmittel, macht sich die CMA die Verehrung für Beethoven zunutze: „Neue Musik *in der Küche" lautet das Motto, das* die Kassen für deutsche Produkte klingeln läßt.

Das alles schafft die CMA mit einem verhältnismäßig bescheidenen Gesamtetat, der heute erst bei 100 Millionen Mark im Jahr liegt. Damit müssen die kleine Verwaltungseinheit in Bonn und sämtliche Auslandsaktivitäten (rund 30 Millionen Mark) für deutsche Produkte der Land- und Ernährungswirtschaft bestritten werden. Für reine Werbung gibt die CMA in der Bundesrepublik knapp 20 Millionen Mark in diesem Jahr aus.

INDUSTRIE-DESIGN / Kreativitätskursus in München

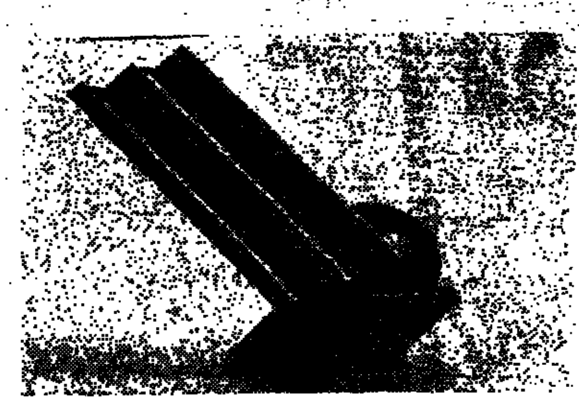
Aus eigener Kraft etwas „Sehenswertes" erschaffen

JUTTA GÖTZE, München

Design hat heute ganz allgemein einen hohen Standard erreicht. Mangelhafte Gestaltung ist glücklicherweise „Mangelware". Und dennoch: *Warum muß* beispielsweise ein Toaster immer wie ein Toaster aussehen? Warum gleichen sich die Produkte verschiedener *Hersteller* oft wie *ein* Ei dem anderen? Fällt den Designern nichts mehr ein? Oder ist ihnen das von der Industrie verpaßte Gestaltungs-Korsett zu eng geworden?

Jens Reese (49), Industriedesigner bei der Siemens AG und Dozent an der Münchener Fachhochschule für Gestaltung, startete einen interessanten Versuch: Mit zwölf Studenten ging er anläßlich eines Workshops ganz neue Wege zur Kreativitäts-Entfaltung. Losgelöst von zu vielen Zwängen, kamen die Studenten zu neuen Design-Lösungen.

Der Ruf der Wirtschaft nach mehr Innovation wird immer lauter. Gleichzeitig werden jedoch *die Vorgaben*, die den Bewegungsspielraum des Designers begrenzen, immer breiter. Um neue *Leitbilder zu* finden, hat Reese „die Vorgehensweise, mit der ich bei Siemens täglich nach neuen Wegen suche, einfach von meinen Studenten nachvollziehen lassen". Der Designer müsse „vom initiativen zum kreativen Handeln" kommen. Vorahnung, Zeitgeist und Lebensgefühl sollten in den Gestaltungsprozeß mit einfließen. Ökonomische, technisch-wissenschaftliche Eckdaten müßten zunächst einmal „unter den Tisch" fallen.



Ein Toaster, der nicht wie ein Toaster aussieht. FOTO: SIEMENS

Wer beispielsweise ein neues „Schreibgerät" entwickeln möchte, sollte zuerst einmal „Beziehungsbilder" betrachten: Federkiel, Füllfederhalter und Schreibmaschinentastatur mit ihren ganz eigenen symbolisch-sinnlichen Qualitäten. Auf diese Weise zum Thema „Schreiben" schon etwas sensibilisiert, sollte der Designer in seinem Innern nach seiner individuellen Vorstellung von einem „Schreib-Werkzeug" forschen.

Durch Spiegeln, Überlagern, Drehen, Verzerren, Verkleinern, Vergrößern frei gewählter Formenkomplexe *könnten* neue, ganz individuelle Formen entstehen, erklärt Reese. Damit lasse sich der Gestaltungsprozeß steuern, bis sich mit der Zeit ein plastischer Körper entwickele, der, immer wieder zerlegt und neu aufgebaut, schließlich zur untypischen Produktform wird.

Die Ergebnisse des Kreativitäts-Seminars geben Reese recht. Den immer wiederkehrenden Einwurf: „Ich kann mir nichts ausdenken – ich muß erst etwas sehen", konnte er entkräften. Die Gestaltungsformen, zu denen die Studenten fanden, beweisen, daß aus eigener Kraft durchaus etwas zum „Sehen" entstehen kann – und etwas Sehenswertes noch dazu.

Natürlich läßt sich so viel Gestaltungsspielraum nicht völlig auf das Industrie-Design übertragen. Aber auch hier muß, so Reese, eine große Portion Vorahnung im Gestaltungsprozeß enthalten sein. „Stillstand ist gleichbedeutend mit Rückgang. Und die sich daraus ergebende Innovationsschwäche ist für ein Produkt-Image – ja sogar für ein Firmen-Image – generell schädlich, ja sogar gefährlich."

Bei Prominenten ist Vorsicht geboten

DW. New York

Werbung mit Berühmtheiten, sogenannten Präsentern, hält Nestlés internationaler Werbeberater Keith V. Monk für riskant. In einer Broschüre des Internationalen Werbebundes IAA, die jetzt in New York erschienen ist, warnt der Werbeexperte: Vor lauter Star-Faszination erweise sich häufig, *daß keiner mehr* das beworbene Produkt sehe. Die Ware stehe meistens in der schwächeren Position und müsse gegen den Präsenter ankämpfen. In einigen Ländern der Welt *bestehe der Gesetzgeber außerdem* darauf, daß die vorgeführte Berühmtheit das von ihr präsentierte Produkt auch dann verwende, wenn die Kameras ausgeschaltet sind. Monks Empfehlung: Der Star müsse zum Produkt passen wie die Faust aufs Auge. Wenn die Konkurrenz bereits *einen Präsenter einsetze, sollte* man die Finger davon lassen.

LINTAS DEUTSCHLAND / Verhandlungen über Zukäufe anderer Agenturen stehen kurz vor dem Abschluß

Markenartikler kürzen kräftig die Werbe-Etats

JAN BRECH, Hamburg

Mit einem Umsatzplus von nur zwei Prozent auf 445 Millionen Mark ist die Geschäftsentwicklung der Werbeagentur Lintas Deutschland, Hamburg und Frankfurt, hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Wie der Vorsitzende der Geschäftsführung, *Ingo Zuberbier, in Hamburg* betonte, hätten dem stattlichen Neugeschäft von 35 Millionen Mark herbe Etatverluste gegenübergestanden. So verlor Lintas die R + V Versicherungen, den „Stern", Lindener Gilde-Bräu sowie Matchbox. In diesem Jahr fällt zusätzlich der Etat für „Signal" (Elida Gibbs) weg.

Noch schmerzlicher waren jedoch 1985 Etat-Kürzungen in „deutlich zweistelliger Millionenhöhe", die, wie Zuberbier erklärt, hauptsächlich aus *dem Markenartikelbereich stammen.* Die Markenartikel-Industrie habe nach wie vor keine Antwort auf die aggressiven Discounter, allen voran Aldi, gefunden, meint Zuberbier, und versuche für die hohen Produktionskosten einen Teilausgleich durch Einsparungen in der Werbung zu finden. Die Etat-Kürzungen bezifferte Zuberbier auf insgesamt zehn bis *zwölf Millionen Mark.*

Von den Kürzungen der Markenartikler war Lintas um so stärker betroffen, da die geschäftlichen Aktivitäten unverändert den Schwerpunkt Markenartikel haben. Der Unilever-Konzern als Kunde steuert allein fast 40 Prozent zum Gesamtergebnis bei. *Dienstleistungsunternehmen* und Institutionen erreichen erst einen Umsatzanteil von knapp 25 Prozent.

Die Entwicklung der Lintas im Geschäftsjahr 1985 stelle ihn aber trotz *der Verluste im Markenartikelbereich* zufrieden, erklärt Zuberbier. Mit ihren zahlreichen Auszeichnungen habe Lintas ihre ungebrochene Kreativität bewiesen. Das positive Neugeschäft lasse zudem Wachstum für dieses Jahr erwarten. Schließlich sei 1985 das Mediageschäft erfreulich verlaufen. In diesem Bereich habe Lintas Etats von mehr als 400 Mill. *DM* betreut und sei *damit die Full-*Service-Agentur mit dem größten Media-Umsatz in der Bundesrepublik.

Über das finanzielle Ergebnis hüllt sich Zuberbier wie gewohnt in Schweigen. An die Muttergesellschaft *habe man Gewinn abgeführt*, erklärt er, räumt aber gleichzeitig ein, daß die Rendite 1985 leicht zurückgegangen sei. Die Frage nach der Höhe der schwarzen Zahlen beantwortet er *mit* der Feststellung: „Wenn alle Firmen so gut verdienten wie wir, ginge es der deutschen Wirtschaft nicht schlecht."

Die Erwartungen für 1986 sind optimistisch. Lintas habe erheblich in den kreativen Bereich investiert und hochqualifizierte Mitarbeiter hinzugewonnen. Die Zahl der Mitarbeiter insgesamt ist allerdings auf 404 zu*rückgegangen und könnte, so Zuber*bier, in diesem Jahr auf unter 400 sinken. Bei der Umsatzentwicklung schließt Zuberbier nicht aus, daß 1986 die Grenze von 500 Millionen Mark überschritten wird. Das Wachstum dürfte dabei nicht nur von innen, sondern auch aus Zukäufen anderer Agenturen kommen. Verhandlungen stehen nach den Worten Zuberbiers kurz vor dem Abschluß. Expansion erwartet Lintas ferner bei der Frankfurter Dependance, die bereits 1985 in *eine Größe* von 50 bis 55 Millionen Mark Umsatz gewachsen ist.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT / Regionale Initiative

Firmen starten Pilotprojekt

dos, Osnabrück

Am Anfang stand die generelle Überlegung, der Öffentlichkeit und speziell *dem interessierten Mitbürger* wirtschaftliche Zusammenhänge und Fakten sachlich näherzubringen. Daß auf diesem Gebiet tatsächlich einiger Nachholbedarf besteht, zeigt die Resonanz. Die vom Industriellen Arbeitgeberverband Osnabrück-Emsland veranstalteten „Tage der Wirtschaft", als Pilotprojekt mit vielen Unsicherheiten gestartet, erwiesen sich als voller Erfolg.

Das Angebot der zweiwöchigen Veranstaltung beschränkte sich nicht nur auf die gezielte Einladung zu Betriebsbesichtigungen. Zugleich wurde die Möglichkeit genutzt, Aufgaben und Anliegen der unternehmerischen Wirtschaft in der Region Osnabrück-Emsland darzustellen. Claus Delkeskamp, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbands: „In einer *Zeit*, in der sich die Wirtschaft mit massiven Beschäftigungsproblemen, aber auch mit einer zunehmend kritischen Einstellung ihr gegenüber auseinandersetzen muß, sehen wir die Intensivierung unternehmerischer Öffentlichkeitsarbeit als ein Gebot der Stunde an."

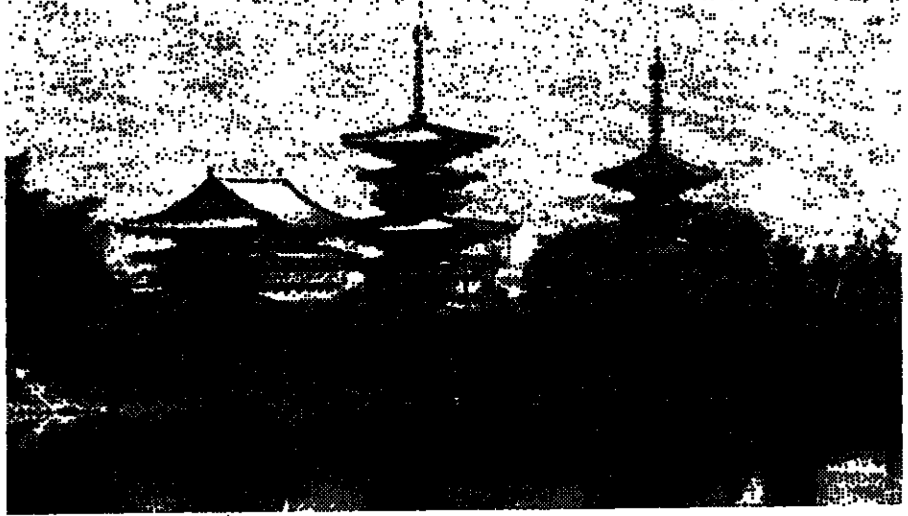
Delkeskamp steht mit seiner Meinung, daß die „Tage der Wirtschaft" Vorbildcharakter für ähnliche Veranstaltungen über Niedersachsen hinaus haben können, nicht allein. Jene Schüler von zwei Lingener Gymnasien, die an einem „Unternehmens-Planspiel" beteiligt waren, urteilten ähnlich: „Wir haben in diesen Tagen *mehr gelernt als sonst* in einem Unterrichtsjahr." Fazit der Veranstalter: Informationen dieser Art sind „eine Bringschuld, die wir in eigenem Interesse einlösen müssen".

RICOH

Die Welt der Kommunikation

Gewinnen Sie eine Reise nach Japan.

RICOH wird 50 Jahre jung. Zum Geburtstag haben wir uns selbst ein neues Firmenzeichen geschenkt. Es steht für ein Unternehmen, das 1936 in Japan mit der Vermarktung von lichtempfindlichem Papier begann und heute weltweit Maßstäbe in der Büro-Automation und Fototechnik setzt. Auch in Deutschland sind unsere Fachhandels-Partner überall für Sie da.



Wenn Sie uns den Coupon bis zum 31.5.1986 zurückschicken, können Sie eine 14tägige Reise nach Japan gewinnen. Für 2 Personen mit allem, was dazugehört.
Außerdem werden 50 RICOH-Sucherkameras FF70 und 50 RICOH-Geburtstags-Blumensträuße verlost.
RICOH-Mitarbeiter und deren Angehörige dürfen nicht mitspielen. Gehen mehr richtige Lösungen ein als Preise vorhanden sind, entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Hannover Messe '86
CeBIT, 12.-19. März 1986
Halle 4, Stand EG 401/710

Coupon W3

Wie sieht das neue RICOH-Firmenzeichen aus?

☐ RICOH ☐ RICOH ☐ RICOH

Den wievielten Geburtstag feiert RICOH 1986?

☐ 10 Jahre ☐ 30 Jahre ☐ 50 Jahre

____

____

____

(Bitte ankreuzen und bis zum 31.5.1986 einsenden an Werbeservice LEMKE & PARTNER KG, Kopernikusstr. 15, 4000 Düsseldorf 1)

L&P

Aktien langsam aufwärts

Anhaltende Nachfrage nach Chemiewerten

DW. – Die anfangs erzielten Aktienkurse konnten im Verlaufe nicht überall durchgehalten werden, doch blieb die Aktientendenz bis zum Schluß freundlich. Wegen weltweit sinkender Zinsen haben sowohl Ausländer als auch inländische Institutionen ihre Anlagekäufe ohne Hektik fortgesetzt. Für die Inländer bietet der Rentenmarkt wegen der weiter zurückgenommenen Renditen nur noch eine unbefriedigende Anlagealternative. Gefragt waren vor allem renditestarke Aktien zu denen auch die Papiere der Großchemie gerechnet werden.

Bei den Bankaktien kam die Wiederaufwärtsbewegung noch nicht so richtig in Fahrt, obwohl die Kreditinstitute nach der klassischen *Regel Hauptnutznießer* sinkender Zinsen sind. Die besonders im Bereich der Großbanken zu verzeichnende Kursstagnation wird nicht zuletzt mit den auf diesem Sektor *vorgenommenen* laufenden und noch bevorstehenden Kapitalerhöhungen begründet. Lebhaft war die Nachfrage wieder nach VW-Aktien. Zögerlich aufwärts bewegten sich Daimler-Aktien. Hier ist die Marktkonsolidierung nach der Plazierung des Flick-Paketes noch nicht abgeschlossen. Einen neuen Kursschub erwarten die Börsianer spätestens dann, wenn das Unternehmen bekannt gibt, wie es seine Aktionäre am 100jährigen Jubiläum teilhaben lassen wird.

Frankfurt: Varta lagen nach Plusankündigung um 25 DM fester und Schiess nach Minusankündigung um 10,40 DM schwächer. Salamander konnten sich um 7 DM und Bindung um *9,80 DM* erholen. Conti Gas erhöhten um 9 DM und Degussa um 10 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel verminderten um 4 DM und Conc. Chemie *um 6 DM*. Hagen Batterie verloren 1,30 DM und Sinn 3 DM. Fester schlossen Dyckerhoff VA um 2,50 DM und Gildemeister um 2 DM. Hochtief erhöhten um 10 DM.

Hamburg: HEW und Beiersdorf lagen um je 2 DM fester. Hapag Lloyd erholten sich um 2,80 DM. Phoenix Gummi stockten um 2,50 DM auf. Bremer Vulkan lagen um 1 DM leichter. Vereins- und Westbank wurden um 2 DM fester bezahlt.

Berlin: Kempinski erhöhten sich um 7 DM, Engelhardt um 5 DM und Herlitz Vz. um 2 DM. Lehmann lagen um 1,80 DM und Bekula um 1,60 DM freundlicher. Tempelhofer Feld wurden um 10 DM niedriger taxiert.

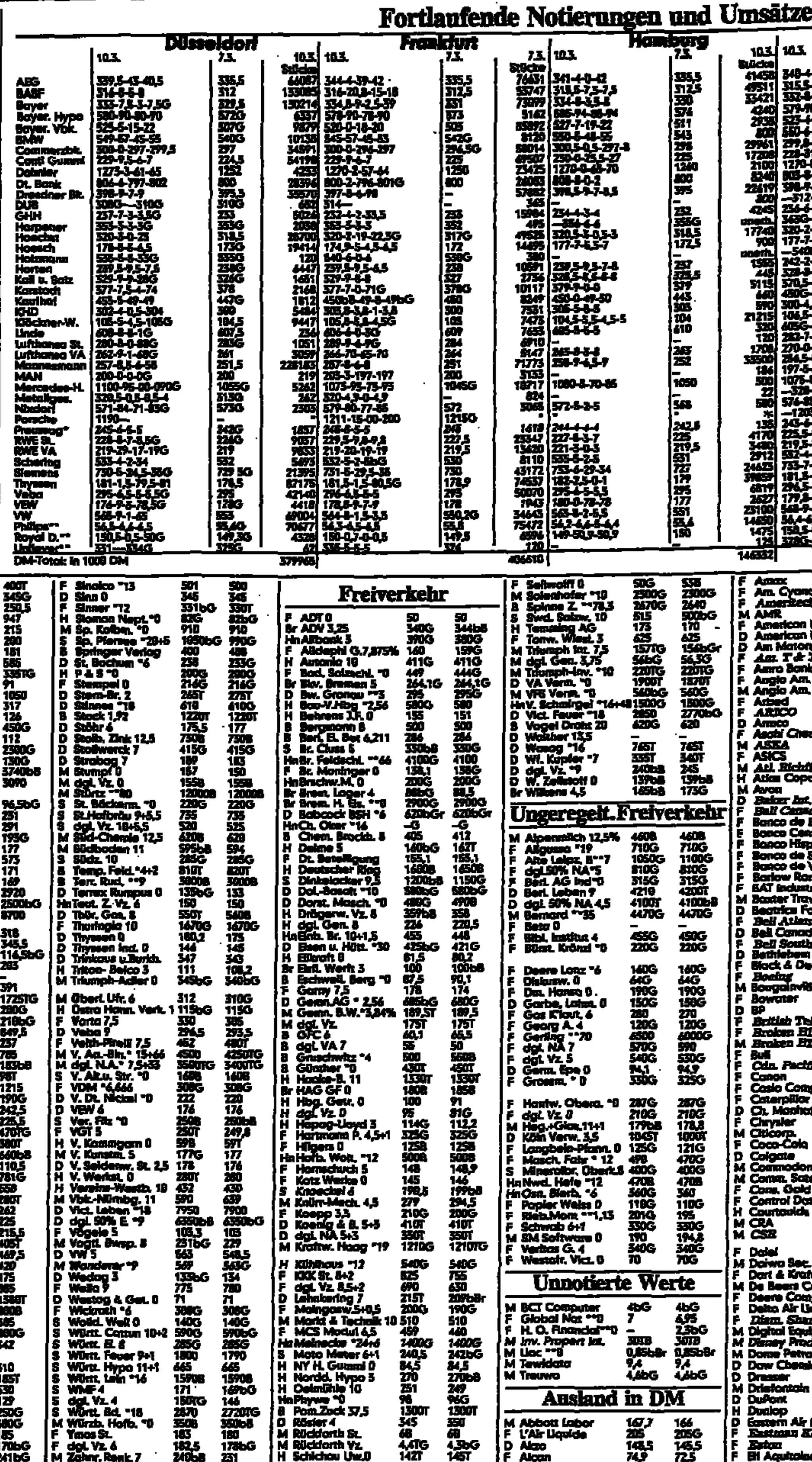
München: *Aigner verminderten* um 2,50 DM. Audi AG gaben um 19 DM und Leonische Draht um 1 DM nach. Verbessert haben sich AKS um 4,70 DM und Dywidag um 1,50 *DM. Patrizier stockten um 11 DM* und Tucher um 10 DM auf.

Stuttgart: Progress verbuchten einen Gewinn von 9,50 DM. SEL lagen um 8,50 DM höher. IWKA *kletterten um 8 DM. Boss waren* um 25 DM ansteigend. Salamander besserten sich um 3 DM. DLW machten 5 DM gut. Zeag Zement waren um 5,50 DM nachgebend.

***Nachbörse:** uneinheitlich*

WELT-Aktienindex: 283,31 (279,24)
WELT-Umsatzindex: 7294 (6808)
Advance-decline-Zahl: 151 (74)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		10.3.	7.3.
H	Aach M Beti. 10	2400	2345
H	Aach. M. Vers. 7	1375	1300
D	Aach. Rück. 9	2950bG	2920
D	Aseag *4	350T	340T
M	Ack-Gögg. 6	158,5	165bG
H	Adca 5	175,5	175
D	Adler 9	315G	315,8
F	AEG 0	340	330
D	AEG KABEL 9	479G	483G
S	Aesculap 9	486	488
F	AGAB 5	119	118bG
D	Agrippina *0	3240T	3090T
[illegible]			

		10.3.	7.3.
F	Cobk.Gemüsch.	118,5	119,25
D	Conc. Chem. 4,5+5	292	298G
B	Conc. Spinne * 0	390T	390T
D	Contigas 7,5	380	380
D	Conti Gummi 5	226,3	220,7
D	Dahlb. St. 7,65	262G	264,5
D	dgl. Vz. 14,55	425G	425G
S	Daimler 10,5	1265	1251
M	Deckel AG 0	230	231bB
D	Dt. Atl. Tel.10+1	780T	760T
H	Doag 5	384	381
D	Dt. Babcock St. 5	204	205
D	dgl. Vz. 3,5	201	200,5
F	Dt. Bank 12	800	795,5
[illegible]			

		10.3.	7.3.
H	Hb.Hochb. *4+0,64	958	95
H	HEW 5	148,5	145
H	Hdl. Lüb. 9	540G	540G
Hn	Hann. Papier 5,5	160	154
H	Harmstorf 0	69,7	70
D	Harpener 11	363	365
F	Hartm. & B.St. 4	1460T	1420
F	dgl. Vz. 4	1360	1510
M	Hasen-Bräu 9	1170	1150TG
S	Heidelb. Zem. 7	480	486
M	Heilit & W. 5	270G	278
D	Hein, Lehm. *0	320G	316G
D	Heinr. Ind. *14+4	716T	725
H	Hemmoor 0	210G	200B
D	Henkel	420	420
F	Herpinger 2	147,9	145
[illegible]			

		10.3.	7.3.
F	MAB 6,5	390T	400T
F	dgl. Vz. 6,5	341G	345G
D	Mannesmann 4	254,5	250,5
F	Mannh. Vers. 8	950	947
H	Markt & K. 7	215	215
F	MAN St. 2	200	200
F	dgl. Vz. 6	178	181
F	MAN-Rol. 20,2	580B	585
S	M.M.W.Weing. *0	340bG	335TG
D	Masser 0	90	91
F	Mercedes 10,5	1066	1050
F	Metallges. 0	324,9	317
S	Mat. u. Lack 0	139bB	126
S	MBag 6,5	450G	450G
F	Moenus 0	113	112
F	Monachia 5	2400G	2300G
[illegible]			

		10.3.	7.3.
[illegible]			
S	Moto Meter 6+1	240,5	242bG
H	NY H. Gummi 0	84,5	84,5
H	Nordd. Hypo 5	270	270bB
H	Oelmühle 10	251	249
Hn	Phywe *0	98	96G
B	Pom.Zuck 37,5	1300T	1300T
D	Rösler 4	345	350
M	Rückforth St.	68	68
M	Rückforth Vz.	4,4TG	4,3bG
H	Schichau Uw.0	142T	145T
S	Schloßg. St. *24	1550G	1550G
D	Schumag	352T	342T
D	Schwachlog *16	490G	490G
S	Schwabenverl. *0	398B	398B
Br	Seebeckwerft 0	73	76G

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

		10.3.	7.3.
[illegible]			
M	Tewidata		
M	Treuwo		

Ausland in DM

		10.3.	7.3.
M	Abbott Labor	[illegible]	[illegible]
F	L'Air Liquide	[illegible]	[illegible]
D	Akzo	[illegible]	[illegible]
F	Alcan	[illegible]	[illegible]
F	Alcoa	108	98
F	Alg. Bk. Nedld.	–	–
F	All Nippon Air	10,3	10,5G
F	Allied Corp.	115	113
M	ALPS EL	22,4	22,2

		10.3.	7.3.
[illegible]			
F	Elsam	33	33T
F	Emhart	85	84G
D	Ericsson	80	76T
F	Esselte Business	69G	67
D	Exxon	119	119

		10.3.	7.3.
[illegible]			
M	Nat. Semicond.	30,8	30,9
M	NCR	95	96
D	Nat. Westminster	23,5GaD	24,5
F	NEC Corp.	15,2	15,65
F	Nestlé	10250	10150

B = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

FINANZANZEIGE

GEHE Aktiengesellschaft
Stuttgart

GEHE

– Wertpapier-Kenn-Nr. 585 800 –

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 3 Abs. 3 der Satzung unserer Gesellschaft (genehmigtes Kapital) hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von DM 40 500 000,– um DM 10 125 000,– auf DM 50 625 000,– zu erhöhen. Es werden 202 500 Stück neue, auf den Inhaber lautende Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 zum Ausgabebetrag von DM 150,– je Aktie zu DM 50,– ausgegeben. Die neuen Aktien sind von einem *Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank AG mit der Verpflichtung* übernommen worden, diese den Aktionären im Verhältnis 4:1 zu den Ausgabebedingungen zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, **bitten wir hiermit unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit**

vom 18. März bis 2. April 1986

bei einer der nachstehend aufgeführten Banken während der üblichen Schalterstunden auszuüben:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie
Trinkaus & Burkhardt KGaA

Als Bezugsrechtsausweis für die neuen Aktien dient der Gewinnanteilschein Nr. 34 der alten Aktien. Gegen Einreichung dieses Gewinnanteilscheins kann *entsprechend dem Bezugsverhältnis 4:1 auf je 4* Aktien über DM 50,– eine neue Aktie über DM 50,– zum Ausgabebetrag von DM 150,– je Aktie über DM 50,– börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden.

Die Bezugsrechte werden vom 18. bis 27. März 1986 einschließlich an den Wertpapierbörsen in Stuttgart, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main und München gehandelt und amtlich notiert werden. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Der Bezugspreis ist bei der *Bezugsanmeldung, spätestens* jedoch am letzten Tag der Bezugsfrist, zu zahlen.

Für den Bezug wird die bankübliche Provision berechnet, es sei denn, daß das Bezugsrecht unter Einreichung des Bezugsrechtsausweises durch den Bezieher während der *üblichen Geschäftsstunden* am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Den beziehenden freien Aktionären werden börsenmäßig lieferbare Stücke aus dem Besitz des Großaktionärs zur Verfügung gestellt. Die Aktien sind mit den Gewinnanteilscheinen Nr. 36 bis 50 und Erneuerungsschein ausgestattet. *Sie erhalten bis zur Zahlung der Dividende* für das Geschäftsjahr 1985 die Wertpapier-Kenn-Nr. 585 801 und werden bis zu diesem Zeitpunkt im nicht geregelten Freiverkehr gehandelt.

Stuttgart, im März 1986

Der Vorstand



Ausland

Amsterdam

	10.3.	7.3.
ACF Holding	288	287
Aegon	107,5	106,8
Akzo	148,7	145,9
Alg. Bk. Nederl.	587	584
Amev	78,8	79,1
Amro Bank	107,4	106,8
Berkel's Patent	38	38
Bijenkorf	80,5	80
Bols Lucas	132,8	132,2
Bredero	212	218
Buehrmann	157,5	155
Dessaux	148	147
Fokker	85	88,2
Gist Brocades	272	268,5
Océ-v. d. Grinten	424	424
Hogemeijer	54,5	56
Heineken Bierbr.	236	227
KLM	55,9	55,4
Hoogovens Kon.	92,2	88
Nationale Ned.	78,6	77,9
Ned. Lloyd Groep	176,7	176,3
Ommeren van	32,8	33
Pakhoed	67,7	67,5
Philips	44	43,2
Rijn-Schelde	8,75	8,75
Robeco	87,7	87,2
Rolinco	75,5	74,6
Royal Dutch	169,5	167,7
Credit Lyonnais Bk.N	108,5	111,5
Unilever	376	365,3
Ver. Masch.	294	292,5
Volker Stevin	35,2	35,5
Westland Utr. Hyp.	49,5	49,4
Index: ANP/CBS	254,10	250,70

Kopenhagen

	10.3.	7.3.
Den Danske Bank	377	380
Jyske Bank	795	800
Kopenh. Handelsbk.	321	324
Novo Industri	267	270
Privatbanken	300	305
Ostasiat. Komp.	249	243
Dan. Sukkerfabr.	390	395
For. Bryggerier St.	1120	1120
Kgl. Porz. Fabr.	365	370

London

	7.3.	6.3.
All. Lyons	318	313
Anglo Am. Corp.$	15,375	15,625
Anglo Am. Gold $	80,50	82
Babcock Int.	192	192
Barclays Bank	487	492
Beecham Group	348	348
Bowater	305	305
B.A.T. Industries	365	371
BL	59	59
BLOC Int.	365	358
British Petroleum	525	525
British Aerospace	570	563
British Telcom	216	215
Britoil	171	176
BTR	445	448
Burmah Oil	329	324
Cable Wireless	695	688
Cadbury Schweppes	175	170
Charter Cons.	245	246
Cons. Gold. Fields $	4,64	4,69
Cons. Murchison	225	225
Courtaulds	254	254

Luxemburg

	10.3.	7.3.
ARBED		3020
Arico	Werte	94
Audiofina	lagen	6000
Bque. Gen. du Lux.	bei	11150
Bque. Int. du Lux.	Redak-	12900
Belgo Minière St.	tions-	8,18
Cegedel	schluß	2860
Kreditbank Lux.	nicht	13200
PAN Holding	vor	–
SCI Techn.		650
SEO		790

Madrid

Banco de Bilbao	665	650
Banco Central	520	520
Banco Popular	750	835
Banco de Santander	555	540
Banco de Vizcaya	925	890
Const. Aux. Ferro	112	114
Cros	96,5	90
Dragados	254,5	242
El Aguila	301	316,25
Esp. del Zink	–	–
Fasa Renault	139	–
Esp. Petroleos	361,5	325,75
Unión Fénix	1425	1410
Fecsa	76	72
Hidroeléctr. Esp.	108,5	103
Huarte	–	–
Iberduero	–	121,5
Macosa	82	–
Papelera	76	72,25
Seda de Barcelona	430	425
Sevillana de El.	111	105,25
Telefónica	159	151
Unión Eléctrica	82	77,25

Tokio (Auszug)

Fuji Bank	1630	1610
Fuji Photo	1840	1870
Hitachi	735	734
Honda	1070	1070
Ikegai Iron	395	400
Kansai El. P.	2310	2310
Kao Soap	1190	1200
Kirin Brewery	934	915
Komatsu	470	473
Kubota Iron	357	358
Matsushita El. Ind.	1270	1280
Matsushita El. Wks.	980	965
Minolta Camera	–	–
Mitsubishi El.	337	341
Mitsubishi H. I.	381	380
Nikko Sec.	779	775

Toronto (Auszug)

Massey Ferguson	3,2	3,15
Moore Corp.	34,25	34,5
Noranda Mines	18,375	18,375
Norcen Energy Res.	13	13,125
Northgate Expl.	4,45	4,05
Northern Telecom.	39	38,875
Nova An Alberta 'A'	5,875	6
Nu West Group	0,38	0,37
Oakwood Petrol	–	5,25
Placer Development	23,25	23
Provigo Inc.	–	19,25
Ranger Oil	4,1	4,1
Revenue Properties	2	1,95
Rio Algom	–	26,5
Royal Bk. of Can.	29,5	29
Seagram	72,625	72,875

Zürich (Auszug)

Sandoz Part.	1730	1705
Art. A. Saurer	219	218
Schw. Bankges.	4990	4970
Schw. Bankverein	559	559
Schw. Kredit. A. Inh.	3800	3770
Schw. Rückv. Inh.	15200	15000
Schw. Volksb. Inh.	2530	2525
Sika -B-	3700	3600
Gebr. Sulzer Part.	450	450
Swissair	2050	2030
dgl. NA	1740	1700
Winterthur Inh.	5975	5900
Winterthur Part.	5140	5090
Zür. Vers. Inh.	6500	6375
Index: Schw. Kred.	501,20	501,20

Weitere Tabellen: Brüssel, Hongkong, Mailand, New York, Paris, Johannesburg, Wien, Singapur, Sydney, Oslo, Stockholm, Inlandszertifikate, Auslandszertifikate, Optionshandel [illegible]

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 183,34 (180,97); Elektrowerte: 338,54 (333,72); Autowerte: 739,64 (728,13); Maschinenbau: 169,95 (167,10); Versorgungsaktien: 170,20 (168,97); Banken: 394,63 (390,79); Warenhäuser: 153,51 (153,14); Bauwirtschaft: 444,95 (441,50); Konsumgüterindustrie: 163,72 (161,77); Versicherung: 1446,49 (1414,79); Stahlpapiere: 173,85 (173,31)

Kursgewinner (Frankfurt):

KKK Vz.	690,00	+60,00	+9,5%
KKK St.	825,00	+70,00	+9,2%
Gerling NA Gr.	6500,00	+500,0	+8,3%
Varta	330,00	+25,00	+8,1%
SEL	318,00	+21,00	+7,0%
Maingas	200,00	+10,00	+5,2%
Koepp	210,00	+10,00	+5,0%
Monachia	2400,00	+100,0	+4,3%
Strabag	190,00	+8,00	+4,3%
Maschinen Fahr	490,00	+20,00	+4,2%

Kursverlierer (Frankfurt):

Schiess	124,50	-10,40	-7,7%
Veith-Pirelli	452,00	-28,00	-5,8%
Seilwolff	50,00	-3,00	-5,6%
Berthold	199,00	-11,50	-5,4%
Hussel	515,00	-24,90	-4,6%
Alte Leipziger B	1050,00	-50,00	-4,5%
Magdeburger Feuer	900,00	-40,00	-4,2%
Münch. Rück Inh.	3800,00	-147,0	-3,7%
Bremer Vulkan	135,50	-5,00	-3,5%
Gerling NA Kl.	570,00	-20,00	-3,3%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750,00 G, Kötitzer 1900,00 B, VAB 3000,00 T
Düsseldorf: BASF 308,00, Bayer 320,50, BHF 485,00, Contigas 370,00, Contigummi 215,00 T, IWK 305,00 G, Linde 585,00 G, Metallges. 315,00 T, Nixdorf 550,00, Rütgers 432,00 G, Salamander –, Schering 516,00, VEW 165,00
Frankfurt: Adt 45,00, Allweiler St. 280,00 G, Allweiler Vz. 205,00 bB, BASF 307,00, Bayer 321,50, BHF 485,00 T, Contigas 365,00, Contigummi 220,00, Dresdner Bk. 389,00, IWK 306,00 T, KSB 178,00 G, KSB Vz. 175,00 T, Linde 586,00, Magdeburger Feuer 620,00, Magdeburger Feuer NA 1240,00, Mainkraft 540,00 G, Metallges. 311,00, Moto Meter 222,00, Nixdorf 559,00, Pfaff 225,00, Rütgers 420,00, Salamander 306,00 bG, Schering 515,00, VEW 169,80, Wella 760,00, Ymos Vz. 178,00
Hamburg: Doag 364,00, Schering 517,00
München: BASF 306,00, Bayer 321,00, Bay. Hdlbk. 455,00 G, BHF 480,00 T, Br. Wolfk. 237,00 G, IWK 302,00, Contigas 370,00 TG, Dresdn.Bk. 388,00 bG, Linde 575,00 bG, Metallges. 322,00 G, Nixdorf 550,00 bG, Rütgers 420,00 Grt, Salamander 302,00 bG, Schering 525,00, Stumpf 130,10 bB, VAB 3200,00 bB, VEW 169,50, Wanderer 530,00 B

Devisenmärkte

Nach der konzertierten Zinssenkungsaktion ist man sich über die weitere kurzfristige Entwicklung des Dollarkurses am 10. März etwas unschlüssig. Auf jeden Fall scheint der Abwärtstrend im Augenblick gebremst. Ausgehend von 2,25 kletterte der Dollar aufgrund kommerzieller Nachfrage, die von Meinungskäufen geleitet war, bis 2,2740. Die amtliche Notiz wurde mit 2,2710 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Der Handel verlief zeitweise recht lebhaft. Einige Währungen profitierten von dem wiedererweckten US-Dollar. So stieg der Canadische Dollar um 2,16 Prozent auf 3,2870. *Überdurchschnittlich befestigt waren außerdem die Norwegische Krone, die Schwedische Krone, der Yen und die Finnmark.* US-Dollar in: Amsterdam 2,56; Brüssel 45,905; Paris 6,978; Mailand 1543,80; Wien 15,72; Zürich 1,9197; Ir. Pfund/DM 3,023; Pfund/Dollar 1,4474; Pfund/DM 3,287.

Devisen und Sorten

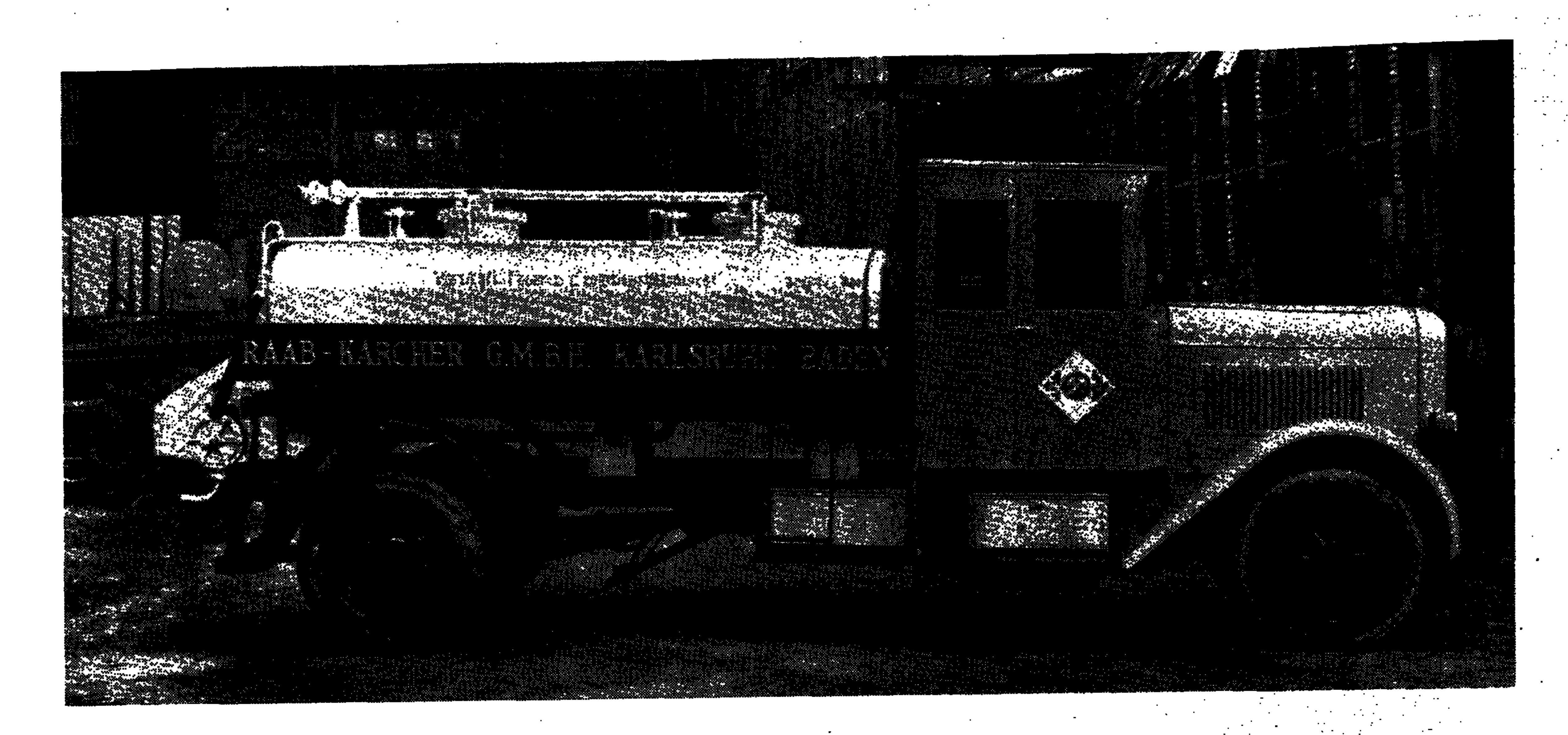
10.3.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,267	2,275	2,234	2,21	2,31
London[2]	3,280	3,294	3,212	3,20	3,35
Dublin[2]	3,016	3,030	2,938	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6169	1,6249	1,578	1,55	1,65
Amsterd.	88,445	88,665	88,29	87,50	89,25
Zürich	118,03	118,23	118,22	116,75	119,50
Brüssel	4,873	4,893	4,812	4,75	4,95
Paris	32,415	32,575	31,71	31,75	33,50
Kopenh.	26,98	27,10	26,86	26,25	28,00
Oslo	31,61	31,73	30,95	31,00	32,75
Stockh.**	31,135	31,295	30,62	30,25	32,00
Mailand[3]**	1,465	1,475	1,422	1,41	1,51
Wien	14,226	14,266	14,179	14,14	14,36
Madrid**	1,581	1,591	1,552	1,53	1,65
Lissabon**	1,513	1,553	1,424	1,25	1,90
Tokio	1,257	1,260	–	1,21	1,27
Helsinki	44,01	44,21	43,28	43,00	45,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,588	1,642	–	1,00	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,587	1,606	–	1,49	1,64
Johannbg.*	1,123	1,157	–	1,07	1,32
Hongkong *	29,01	29,29	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Wärmstens zu empfehlen.

Über den Handel mit Brenn- und Treibstoffen.



Dem Handel und dem Transport von festen und flüssigen Energieträgern zwischen Produzent und Verbraucher kommt für das Funktionieren unserer Volkswirtschaft größte Bedeutung zu. Seit Beginn der Industrialisierung steht hierfür ein Name – RAAB KARCHER, heute ein Tochterunternehmen von VEBA OEL.

Am 10. Oktober 1848 taten sich neun Kaiserslauterner Kaufleute – darunter Wilhelm Raab – zusammen, um ihre Interessen beim Handel und Vertrieb saarländischer Kohle in einer Gesellschaft zu vereinigen. Dieser trat 1859 der Frankenthaler Kohlenhändler Carl Heinrich Karcher bei.

20 Jahre nach Gründung des Gemeinschaftsunternehmens wurde der Firmensitz an den Rhein nach Mannheim verlegt, denn dort war der bedeutendste süddeutsche Umschlagplatz für Kohle.

Dieser Standortwechsel führte zwangsläufig zu dem Gedanken, die Kohlen mit eigenen Schiffen zu transportieren. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte RAAB KARCHER eine der größten Schiffahrtsflotten auf dem Rhein. Und so ist es bis heute geblieben. Heute liefert RAAB KARCHER im In- und Ausland über eine weltweite Ein- und Verkaufsorganisation Kohle jeder Art.

RAAB KARCHER hat frühzeitig diversifiziert. Eine wichtige Sparte ist der Mineralölhandel. Für VEBA OEL und ARAL vertreibt RAAB KARCHER die ganze Palette der Mineralölprodukte wie Flüssiggas, Heizöl, Bitumen, Petrolkoks sowie ARAL-Treib- und Schmierstoffe. Für deutsche und österreichische ARAL-Stationen erfüllt RAAB KARCHER umfangreiche Speditions- und Versorgungsaufgaben.

Mit dem Treib- und Schmierstoffgeschäft als Basis sind die Sparten Wärme-Tank-Technik, Spedition, Schiffahrt und Lagerhaltung als eigenständige Dienstleistungen ausgebaut worden.

Im Handel mit Holz- und Baustoffprodukten sowie mit Sanitärartikeln und Fliesen nimmt RAAB KARCHER eine führende Marktstellung ein. Mit neuen Aktivitäten, wie zum Beispiel Baumärkten, Garten- und Freizeitcentern, wurden wachstumsträchtige Märkte erschlossen. Heute zählt RAAB KARCHER mit seinen rund 8.500 Mitarbeitern an 200 Standorten in Westeuropa zu den bedeutenden Handels- und Dienstleistungsunternehmen.

VEBA heute.

[illegible]	CHEMIE	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	Raab Karcher AG Essen
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
	SONSTIGE		
	[illegible]	[illegible]	

Die VEBA hat mit ihren 68.700 Mitarbeitern im Jahre 1985 einen Konzernumsatz von 48,3 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (25 %) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch die Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Handel und Verkehr sowie andere Leistungen der VEBA wissen wollen, schreiben Sie uns: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.

Spekulation auf Zinssenkung

Während die Rentenhändler am Wochenende noch meinten, mit der Zurücknahme des Diskontsatzes sei vorerst die Zinssenkungsphantasie aus den Renten verschwunden, haben die Leitzinssenkungen anderer Länder eine neue Lage geschaffen. Da man davon ausgeht, daß der Diskont in der Bundesrepublik nochmals ermäßigt werden wird, gab es bei den öffentlichen Anleihen Meinungskäufe zu Kursen, die bis zu 0,40 Prozentpunkte höher lagen. *Die letzte 12jährige sechsprozentige Bundesanleihe wurde um 0,30 Prozentpunkte über dem Emissionspreis in den Börsenhandel eingeführt.*

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Gold und Silber zogen zum Wochenschluß am Terminmarkt der New Yorker Comex an. Kupfer wurde in sämtlichen Positionen zurückgenommen. Kaffee ging mit schwächeren Notierungen aus dem Markt, Kakao notierte höher.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	7.3.	6.3.
März	347,50	344,50
Mai	300,50	298,00
Juli	256,50	252,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	279,05	277,50
Am. Durum	275,99	274,44

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	101,80	101,80
Mai	105,90	105,80
Juli	108,90	108,70

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	91,50	93,00
Mai	86,70	88,90
Juli	88,10	88,60

HAFER Chicago (c/bush)		
März	124,75	124,75
Mai	119,50	120,00
Juli	116,50	116,75

MAIS Chicago (c/bush)		
März	230,00	228,25
Mai	229,25	229,25
Juli	228,50	229,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	96,60	96,40
Mai	99,50	99,200
Juli	101,10	100,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	7.3.	6.3.
März	246,35	250,00
Mai	250,40	254,00
Juli	254,10	256,75

KAKAO New York ($/t)	7.3.	6.3.
März	1946	1955
Mai	1985	1970
Juli	2022	2006
Umsatz	1417	3754

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	6,78	6,78
Juli	7,01	7,03
Sept.	7,10	7,15
Okt.	7,10	7,23
Jan.	7,26	7,31
Umsatz	6256	10987

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	6,36	6,39

KAFFEE London (£/t) Robusta	7.3.	6.3.
März	2495-2498	2560-2570
Mai	2555-2556	–2623
Juli	2619-2619	2660-2665
Umsatz	3799	5475

KAKAO London (£/t)		
März	1514-1516	1505-1506
Mai	1500-1501	1496-1497
Juli	1532-1534	1535-1536
Umsatz	3098	5271

ZUCKER London (£/t) Nr.6	7.3.	6.3.
Mai	172,40-172,80	171,00-171,40
Aug.	178,80-179,80	178,00-179,00
Okt.	181,80-182,80	181,00-182,00
Umsatz	501	884

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)		
schw.	10.3.	7.3.
Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1380,00	1380,00
weiß.Munt.	1390,00	1390,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	7.3.	6.3.
März	85,25	86,10
Mai	84,80	85,00
Juli	84,70	85,00
Sept.	83,70	84,50
Nov.	84,75	85,50
Umsatz .1200	700	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	7.3.	6.3.
	18,50	18,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,75	17,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	16,78	17,05
Mai	17,09	17,37
Juli	17,42	17,70
Aug.	17,65	17,89
Sept.	17,70	17,83
Okt.	17,71	17,95
Dez.	18,20	18,30

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,00	15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,00	11,50
Choice white hog 4 % fr. F.	10,00	9,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	38,50	38,50
Juni	42,90	43,45
Juli	43,55	43,95

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	54,70	55,80
Mai	56,20	57,40
Juli	57,20	57,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	7.3.	6.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	45,00	45,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	532,50	536,00
Mai	534,00	537,75
Juli	537,50	542,50
Aug.	535,50	539,50
Sept.	519,50	522,00
Nov.	515,50	517,25
Jan.	526,00	526,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	160,40	162,70
Mai	161,00	163,00
Juli	161,00	163,40
Aug.	160,30	162,80
Sept.	155,70	157,10
Okt.	152,20	153,10
Dez.	152,50	154,00

LEINSAAT Winnipeg (can.$/t)	7.3.	6.3.
März	287,90	291,70
Mai	295,20	299,10
Juli	302,50	307,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	7.3.	6.3.
	12,00	12,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk.	10.3.	7.3.
cif	500,00	500,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	455,00	455,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	230,00	225,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	96,00	89,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	280,00	280,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr.1		
cif	228,00	227,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	7.3.	6.3.
März	62,20	62,00
Mai	63,00	62,60
Juli	63,50	63,60
Okt.	44,45	44,26
Dez.	44,45	44,38
März	45,20	45,35

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,00	43,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	10.3.	7.3.
März	500-511	502-511
Mai	505-507	509-510
Aug.	522-528	523-528
Umsatz	84	37

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	10.3.	7.3.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	10.3.	7.3.
März	592,00-600,00	592,00-600,00
Mai	–	–
Juli	–	608,00-614,00
Umsatz	3	17

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10.3.	7.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	10.3.	7.3.
März	12400	12471
April	12375	12459

KAUTSCHUK London (p/kg)	7.3.	6.3.
RSS 1 April	61,50-63,50	61,00-62,00
RSS 1 Mai.	60,500-62,00	61,50-62,50
RSS 2 April	59,50-60,50	60,00-61,00
RSS 3 April	58,25-59,25	58,75-59,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	10.3.	7.3.
April	198,00-200,00	200,00-202,00
Mai	196,00-197,00	201,00-203,00
Nr. 2 April	193,50-194,50	197,00-198,00
Nr. 3 April	188,50-189,50	194,50-195,50
Nr. 4 April	182,50-183,50	189,50-190,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	10.3.	7.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10.3.	7.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	257,92-258,08	253,72-254,05
dritt. M.	268,13-268,30	263,98-264,31
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	80,04-80,21	81,75-81,91
dritt. M.	83,34-83,50	84,84-85,01
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	933,85-937,14	923,36-924,99
dritt. M.	960,20-961,85	952,67-953,32
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	130,11-133,41	131,91-135,17
Prod.-Pr.	152,43	150,37
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	10.3.	7.3.
	19,00	20,26

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10.3.	7.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	331,71-334,02	325,53-327,81
BLEI in Kabeln	87,75-88,75	89,50-90,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	10.3.	7.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	295-301	292-297
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	334-336	330-333
MS 63	317-321	313-316

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	10.3.	7.3.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	10.3.	7.3.
PLATIN (DM/g)	31,20	31,15
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25380	25240
Rückn.-Pr.	24630	24490
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25420	25190
Rückn.-Pr.	24750	24520
verarbeitet	26670	26420
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24950	24690
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	416,00	414,70
Rückn.-Pr.	403,40	402,10
verarbeitet	434,30	432,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	10.3.	7.3.
10.30	341,80	342,00
15.00	340,25	343,35
Zürich mit.	340,75-341,25	341,90-342,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77250	76400
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	382,70	386,90
3 Mon.	393,70	397,65
6 Mon.	404,35	408,60
12 Mon.	424,80	428,60
PLATIN (£/Feinunze) London	7.3.	6.3.
fr. Markt	277,75	282,15
PALLADIUM (£/Feinunze) London	7.3.	6.3.
f. Händl.-Pr.	73,50	74,65

New Yorker Metallbörse

	7.3.	6.3.
GOLD H & H Ankauf	343,35	433,75
SILBER H & H Ankauf	560,00	559,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	402,50-406,00	402,00-406,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	108,00-109,00	108,00-109,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	559,00	561,50
April	563,30	562,80
Mai	566,00	566,00
Juli	572,50	573,00
Sept.	581,50	581,30
Dez.	591,00	591,00
Jan.	596,00	596,20
Umsatz	9000	12800

KUPFER (c/lb)	7.3.	6.3.
März	64,95	64,80
Mai	65,25	65,60
Juli	65,60	64,75
Sept.	66,15	66,40
Dez.	66,50	67,10
Jan.	66,90	67,25
März	67,05	67,60
Umsatz	4000	6200

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	10.3.	7.3.
mitt. Kasse	783,00-783,50	784,00-786,00
3 Mon.	814,00-814,50	813,00-814,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	243,00-243,50	250,00-251,00
3 Mon.	253,00-253,50	260,00-260,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	988,00-989,00	981,00-981,50
3 Monate	1004,50-1005,00	1000,50-1001,00
ab. Kasse	–	981,00-982,00
3 Monate	–	1003,50-1004,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	984,00-986,00	970,00-975,00
3 Monate	1004,00-1006,00	995,00-1000,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	419,00-420,00	427,00-428,00
3 Monate	435,50-436,50	442,00-443,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	230-240
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	53-58

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	7.3.	6.3.
April	45,20-45,60	47,90-48,25
Mai	38,80-39,40	40,86
Juni	37,80-37,50	39,06
Juli	37,80-37,25	39,22

GASÖL – London ($/t)	7.3.	6.3.
März	183,00-184,00	175,00-175,50
April	143,75-144,50	145,00-145,50
Mai	129,75-130,00	135,25-135,50
Juni	126,00-126,75	131,00-132,25
Juli	125,00-125,75	131,25-132,00
Aug.	127,00-127,50	133,50-133,75
Sept.	128,00-133,00	133,50-134,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	7.3.	6.3.
April	38,20-38,50	39,30-39,75
Mai	38,30-38,50	39,20-39,62
Juni	39,00-39,20	39,80-39,85
Juli	39,30	40,00
Aug.	39,60	40,15

ROHÖL – New York ($/Barrel)	7.3.	6.3.
April	12,23-12,35	13,10-13,28
Mai	12,40-12,55	13,22-13,32
Juni	12,55-12,60	13,30-13,45
Juli	12,65-12,80	13,54
Aug.	12,88	13,73

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	7.3.	6.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	14,08N	13,75N
N. Sea Brent	14,50N	15,00N
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	7.3.	6.3.
April	102,20	101,40
Mai	110,70	110,20
Nov.	78,50	79,00
Febr.	86,00	86,00
New York (c/lb)	7.3.	6.3.
März	1,84-1,85	1,87
April	1,90	1,87
Mai	2,05-2,09	2,04-2,05
Nov.	3,33-3,34	3,33-3,35

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	7.3.	6.3.
März	179,50	177,70-178,00
Mai	177,70-177,50	174,30-174,00
Juli	176,60	173,90-173,50
Sept.	172,00	169,90

Devisenterminmarkt

Bedingt durch weiterhin feste Zinssätze reduzierten sich am 10. 3. die Dollar-Abschläge in allen Bereichen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,63-0,53	1,79-1,69	3,50-3,30
Pfund/Dollar	0,59-0,57	1,58-1,55	2,83-2,78
Pfund/DM	2,98-1,50	6,70-5,30	12,7-10,8
FF/DM	41-25	86-70	132-116

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.3.: Tagesgeld 4,90-5,25 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.
Privatdiskontsätze am 10.3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 10.3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10.3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅝-7¾	4½-4⅝	3½-3⅝
3 Monate	7⅝-7¾	4⅜-4½	3⅜-3½
6 Monate	7⅝-7¾	4⅜-4½	3⅜-3½
12 Monate	7⅝-7¾	4⅜-4½	3⅜-3½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 10.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1025,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	740,00	898,80
5 US-Dollar (Liberty)	400,00	535,00
1 £ Sovereign alt	190,75	240,26
1 £ Sovereign Elizabeth II.	179,00	226,86
20 belgische Franken	149,00	198,26
10 Rubel Tscherwonez	190,75	244,82
2 südafrikanische Rand	171,25	216,89
Krüger Rand, neu	771,25	919,13
Maple Leaf	785,00	932,52
Platin Noble Man	952,08	1102,38
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	220,25	279,59
20 schweiz. Franken „Vreneli"	165,75	217,46
20 franz. Franken „Napoléon"	175,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	725,50	888,63
20 österr. Kronen (Neuprägung)	145,50	188,67
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,25	102,89
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	340,75	422,66
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,25	114,29

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,37) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,15) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,77. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,00, Kurs 101,00, Rendite 5,76.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 10.3.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	55,44	6,50
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	105,922	4,50
Bad. Bk. E.54	100,00	1.7.95	55,89	6,45
Bad. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,28	6,75
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,30
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,75	6,25
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	133,00	9,04
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	107,34	5,82
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	78,34	5,82
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	53,34	4,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	107,66	6,75
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,75	6,50
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,25	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,77	6,51
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,66	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,21	6,58
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,12	6,48
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	56,33	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,20	6,31
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,30	6,46
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,55	6,47
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,00	6,54
WestLB 500	126,86	16.2.89	118,75	4,75
WestLB 501	137,01	16.2.90	111,70	5,31
WestLB 503	115,76	3.10.88	105,56	4,44
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,10	5,55
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,24
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,25	8,07
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,50	10,80
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,375	8,89
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,375	8,80
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	57,00	8,43
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,125	9,38
Penney (A+)	100,00	17.2.94	49,375	9,29
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,375	8,60
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,57
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,625	8,11

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)		Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,55	(4,48)	100,5	101,3	102,3	103,2	104,2	105,1
2	4,80	(4,88)	100,4	102,1	103,9	105,8	107,7	109,5
3	5,30	(5,28)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	112,5
4	5,70	(5,73)	97,20	100,7	104,2	107,7	111,2	114,6
5	5,87	(5,88)	95,90	100,6	104,4	108,6	112,8	117,0
6	6,01	(6,05)	94,55	99,95	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,28	(6,30)	92,40	98,45	103,4	108,7	114,5	120,0
8	6,50	(6,50)	90,30	96,35	102,5	108,5	114,6	120,6
9	6,62	(6,65)	88,45	95,25	101,9	108,5	115,1	121,7
10	6,67	(6,68)	87,45	94,55	101,7	108,8	115,9	123,0
15	4,91	(6,91)	81,70	90,80	100,8	109,0	118,1	127,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank-Rentenindex: 112,754 (112,731)
Performance-Rentenindex: 238,741 (238,572)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	7. März	6,50-7,056
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,15
	60-270 Tage	7,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,25
	60 Tage	7,20
	90 Tage	7,15
Certificates of Deposit	1 Monat	7,30
	2 Monate	7,30
	3 Monate	7,30
	6 Monate	7,30
	12 Monate	7,40
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,61
	26 Wochen	6,59
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,95
	30 Jahre	8,16
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	24. Febr.	634,0 Mrd. $ (+ 3,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	131,05	130,90
Juni	132,75	132,55

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	7.3.	6.3.
9% EEC 90	105,75	105,75
11% dgl. 90	108,625	108,625
10% EIB 95	108,375	108,375
11 dgl. 91	110	110
11% dgl. 90	111,25	111,25
11% dgl. 95	117	117
12 dgl. 95	119,375	119,375
12% dgl. 90	113,5	113,5
12% dgl. 95	122,75	122,75
13 dgl. 96	119,25	119,25
10% Wld Bk 95	111,125	111,125
10% dgl. 88	104	104
10% dgl. 90	108	108
10% dgl. 93	112	112
11 dgl. 92	111,5	111,5
11% dgl. 88	106,25	106,25
11% dgl. 90	110	110
11% dgl. 89	107,75	107,75
11% dgl. 90	111	111
12 dgl. 95	118	118
12% dgl. 94	120,5	120,5
12% dgl. 94	123,625	123,625

Euro-Yen

	7.3.	6.3.
6% Al.Corp 91	101,75	102,125
6% Allied 95	99,125	99,375
7% ADB 94	107,75	108,125
7 Austria 95	106,75	106,125
7 BP 92	103,75	104,5
6% Denmark 92	102,75	103
7 Deux.Bk. 92	105,75	104,25
7 Dow Chem.94	101,5	102,125
6% EDF 95	105,625	106
6% Eurofima94	99,75	99,75
6% dgl. 92	102,75	102,875
6% dgl. 95	102,5	102,625
7% dgl. 94	105,75	106,125
6% Fannie 92	105,5	104
6% Fin.Rep90	102,625	103,125
6% GMAC 90	101,5	102
7% Goodyear95	102,5	102,75
6% dgl. 94	102	102,25
6% ITT 92	101,25	101,625
6% McDonal.92	101,625	102,125
6% Montreal95	102,375	102,625
7% N.Brum.95	106,25	106,5
7% N.Zeald.90	104,5	104,875
7% dgl. 89	105,25	105,625
7 Pac.Gas 94	102,5	102,875
6% Penney 92	100	100,5
6% Procter 92	102,375	102,375
6% Sallie 92	102,25	102,5
6% Sears 91	104	104,25
6% Swed.Ex.91	102,25	102,5
7 TRW 94	102	102,375
6% Un.Tech.92	102,125	102,375
6% World Bk90	105,125	105,5
6% dgl. 94	104,375	104,75
7 dgl. 94	106,375	106,75
7% dgl. 95	108,5	108,825
8 dgl. 95	108,875	109,25

Lux. Franc Bonds

	7.3.	6.3.
9% Akzo 87	100	100
9% Asea 89	101	101
6% Asian Dv87	97,5	97,5
10% BFG Lux90	105,25	105,25
11 BNP 90	101	101
9 dgl. 95	101	101
10% Cecа 94	104,25	104,25
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	105	105
12% Conseil92	104,5	104,5
8 Copsel 88	97,75	97,75
8% dgl. 89	98	98
11 Cr.Lyon.88	101,75	101,75
13 dgl. 89	105	105
7% Den.Mtg 88	96,75	96,75
10% Euratom94	105	105
11 dgl. 93	105	105
12% dgl. 88	100,75	100,75
12% dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11% dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9% dgl. 95	102,25	102,25
9% dgl. 88	102	102
9% dgl. 95	102,75	102,75
10% dgl. 94	105	105
11% dgl. 88	102	102
12% dgl. 90	105,5	105,5
9% Hypo Bk.88	101,25	101,25
9% Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Kredlet.95	106,5	104,5
7% dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11% dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8% dgl. 87	98,75	98,75
10% Lux Bk.91	102,75	102,75
9 Med.Chile 95	101,25	101,25
10% N.Lx.A92	105	105
12% Nord L.89	101	101
8 Norges 86	98,75	98,75
8 Oslo 89	98	98
8% dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
10% Paribas89	102	102
8 Philips 89	97,75	97,75
7% Renault 88	96,75	96,75
9% Sogenal 92	101	101
10% Solvay 87	101	101
10% Stockh.86	99,5	99,5
8 Sverige 88	97,5	97,5
9% Volvo 87	100	100
9% Worldbk.90	100,75	100,75
10% dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	7.3.	6.3.
8% Cop City91	97	97
12% dgl. 92	103	103
8% CCA 91	97	97
11% Ned. G.88	101	101
9% Oesb. P.94	99	99
8% SDR 94	96,25	96,25

ECU

	7.3.	6.3.
10% ALDb.89	102,875	102,75
10% dgl. 91	105,125	104,875
9% ABN 92	103,375	103
All Nippon 95	102,75	102,25
9% ANZ 92	103,375	103
10% Austria95	108,625	108,375
10 BNDA 92	101,875	101,625
9 M.-Hope 92	102,875	102,375
9 Bk.Hels.96	99,375	99,25
9% Bk.Tok.90	103	102,75
10% dgl. 91	105,25	103,5
10% dgl. 91	105,625	105,375
8% BNP 95	101	100,875
8% Bay.Vbk.88	101,25	101,375
8% BFCE 93	99,875	99,375
9% dgl. 92	105,25	105
9% dgl. 95	105,25	105
9% Bell 92	101	100,25
9% CNT 92	105,125	105
9% dgl. 95	105,125	105
8% Cargill 95	100,75	100,75
10% Cecа 89	106,5	106,375
11% dgl. 94	109,25	109,125
9 Cerinv. 95	101,125	101
9 Chrysl. 92	98,75	98,875
10 dgl. 91	102,25	102,25
10% dgl. 95	101,75	101,875
9 ClubMed 88	101,875	101,625
9% Conseil 92	103,5	102,75
9% dgl. 95	108,5	107,5
9% CCF 95	105	102,875
9% CrdNord 91	105,5	105,625
11% CrdFonc90	107	107
11% dgl. 90	107	106,75
8% CrdNat 95	102,875	102,75
10% dgl. 94	109,625	109,25
8% Crdcmt.94	101,75	101,625
9% Credito 92	101,875	101,75
9% Denmark 90	–	–
10% Denmark91	106	106
9% Dresd.bk93	104,25	104
9 EDF 97	104,75	104,75
8% EEC 93	102,5	101,5
8% ELFAqu. 88	100	99,75
9 Enso Gut 91	100,25	100
9% dgl. 95	100,25	99,875
10 Euratom 97	107,6	106,625
9% Eurofima95	106,75	106,375
11 dgl. 92	108	107,75
8% EIB 92	102	101,25
8% dgl. 95	102,5	101,75
9% dgl. 95	108,75	108,25
10% dgl. 94	109	107,625
10% dgl. 94	108,875	107,875
10% dgl. 90	107,75	107,125
11% dgl. 92	107,875	107,625
11% dgl. 94	110,875	110,5
9 Eurofima 95	100,625	100,25
8% Fiat 90	101,25	100,75
9 EKFinal 95	100,125	99,625
8% Ford C.95	101,75	101,5
10% Giroz. 95	107,875	107,125
10% GTE 92	107,25	107,25
10 IADB 95	107,25	105,5
8% IBM 90	102,875	102,75
9 Imatran 96	100,875	100,125
11 IBJ 89	105,125	104,875
9% Italia 89	102	101,625
10% dgl. 92	106	105,625
11% dgl. 90	108	107,875
9% Kansall 92	102	101,625
9% Kallina 92	104,25	103,75
11% LTCB 90	106,125	106
10% Mega 95	104,75	104,25
8% Mitz.Tr.95	99,375	99,25
9 MontHen.91	104,25	103,25
9% Mol 90	101	101,625
8% Morgan 90	100,5	99,75
8% Motorola92	102,375	102,125
9 Nesa 95	100,75	100,375
9% N.Zeal. 90	102,75	102,25
9% N.Zeal.92	105,75	105,5
11 Nipp.Crb91	106	106
9 Oktbk. 89	101,375	100,875
8% Olivetti95	102,75	102,5
10 Pechiн.90	105,5	105,25
9 Petroc.85	98,75	98,5
9% Peugeot 90	102,75	102,625
10% dgl. 90	105,75	105,5
9 Philips 95	105,375	105,25
9% Pilba 92	105,75	105,25
10 Prvbk. 92	104,125	103,5
11% Quеb.Pd89	106,25	106,25
10% RATP 92	105,375	104,375
9% Robobk. 95	106,25	106,125
8% Reynolds91	100,875	100,875
10% Roybk.Cd89	105,625	105,625
9 SAS 95	105,875	105,875
9 Saturn 95	100,25	100
8% Secpac 90	98,875	98,875
11% SNCF 94	109	108,875
9 SNCI 95	101	100,625
10% Sparkas91	105,75	104
9% Sumitcorp95	104,25	103,875
9 Sundfin 95	105,625	105,375
9 Unbk.Nor.95	101	100,625
9% WestLB 89	105,75	103,875
9% Westpac92	102,5	102,375
8% Worldbk 95	102,125	101,125
9% dgl. 95	–	–
9% dgl. 92	105,25	105
10% dgl. 89	106	105,625
10% dgl. 88	104,5	104,625
10% dgl. 94	108	107,25
11 dgl. 93	107,625	107,375

ECU-Tageswerte

	7.3.	6.3.
Dollar	0,960924	0,96098
Bfr	44,1305	44,1532
DM	2,15458	2,15577
Hfl	2,43383	2,43464
£	0,662706	0,668922
Dkr	7,96222	7,9574
FF	6,62942	6,63289
Lira	1466,13	1466,22
I-£	0,712852	0,713425
Sfr	1,82259	1,82317
ÖS	15,1442	15,354
Peseta	135,971	135,863
Skr	6,93547	6,9370
Nkr	6,85139	6,80526
Kan-$	1,35779	1,36075
Esc	142,217	142,369
Fmk	4,90504	4,90180
Yen	172,246	172,880
Drachme	134,289	134,297

SZR-Wert

	7.3.	6.3.
Dollar	1,15071	1,14941
DM	2,57794	2,58226



PHILIPS

CeBIT und Industriemesse '86

Zweimal Hannover – zweimal Philips

Aus der weltgrößten Investitionsgütermesse werden 1986 zwei Messen. Zweimal Hannover – zweimal Philips: Breite und Vielfalt des technischen Produktangebots erfordern die Präsenz des High Tech-Konzerns auf der CeBIT im März und auf der Industriemesse im April.

CeBIT: vom 12. bis 19. März demonstriert Philips im „Welt-Centrum der Büroinformations- und Kommunikationstechnik" digitale Telefonanlagen, Videokonferenzanlagen, MSX-Computer-Systeme, vernetzte Bürokommunikation und ISDN-fähige Terminals. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Vielfalt der Produktpalette.

HANNOVER MESSE '86

12.–19.3. ______ CeBIT
Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik

9.–16.4. ______ INDUSTRIE
Welt-Centrum industrieller Technologien



MÄRZ



APRIL

Industriemesse: vom 9. bis 16. April. Im „Welt-Centrum industrieller Technologien" ist Philips auf fünf Messeständen präsent: mit kundenspezifischen Bauelementen für die Mikroelektronik, mit energiesparenden Lampen und der Glasfasertechnologie, um nur einige Bereiche zu nennen.

So finden Sie Philips auf der Hannover-Messe CeBIT (12. bis 19. März 1986):

Philips GmbH
Geschäftsbereich Neue Medien
2000 Hamburg 1
HALLE 16/STAND 705/820
Tel.: (0511) 89-7315

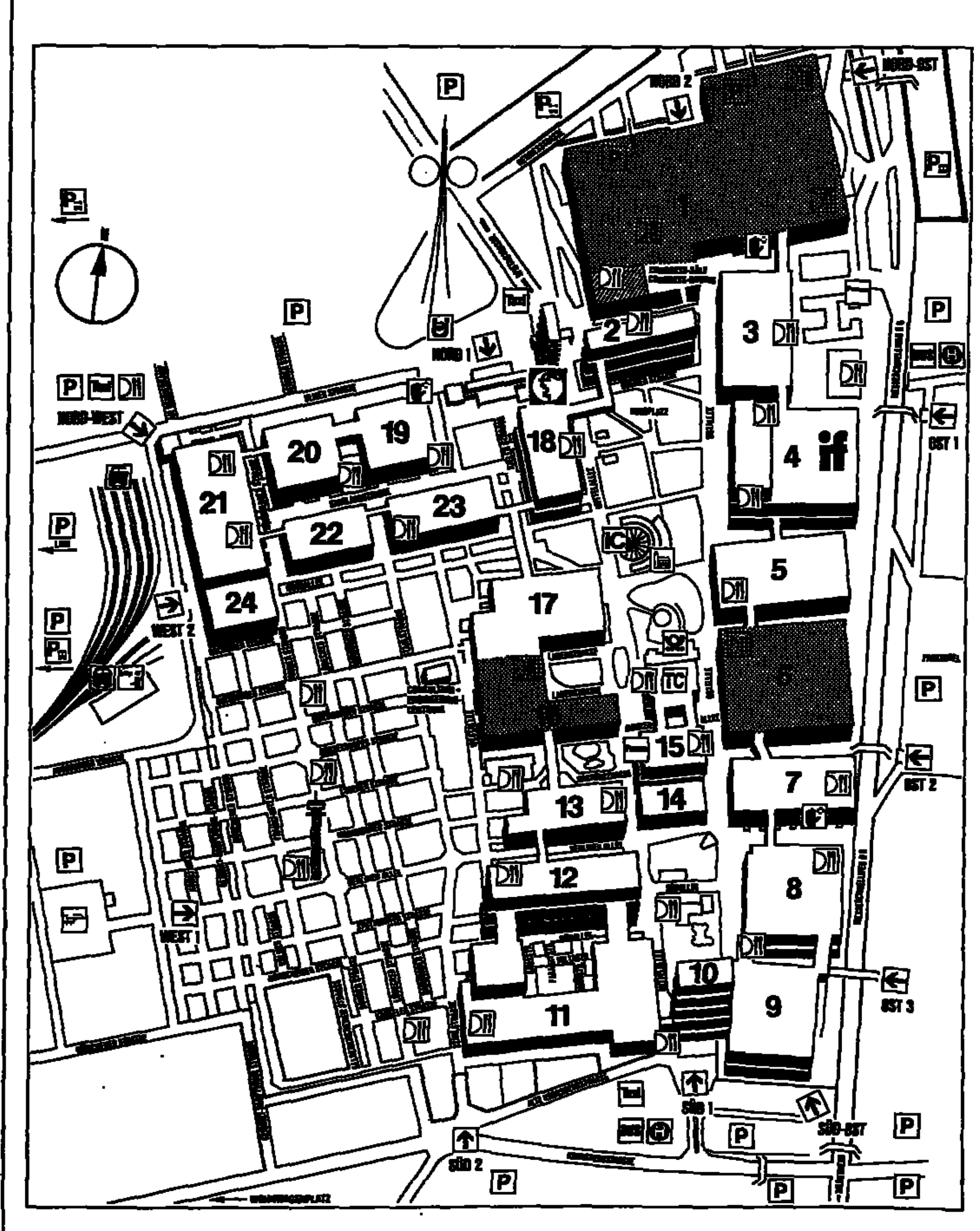
Philips Kommunikations Industrie AG
Büro- und Informationssysteme
5900 Siegen 21
HALLE 1/STAND 4i1/4h2
Tel.: (0511) 89-5521

Philips Kommunikations Industrie AG
Kommunikationssysteme
8500 Nürnberg 10
HALLE 6/STAND 107/306
Tel.: (0511) 89-4271

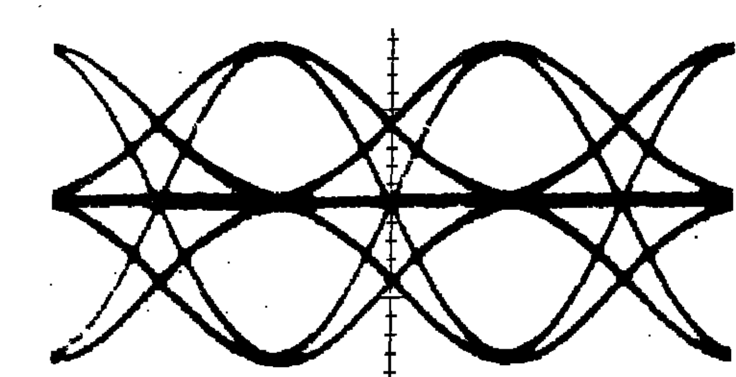
Philips Kommunikations Industrie AG
Nachrichtenkabel und -anlagen
5000 Köln 80
HALLE 6/STAND 107/306
Tel.: (0511) 89-4271

Forschung, Innovation, Kompetenz – 3 Begriffe stehen für die Stärken von Philips. Mit 36.500 Mitarbeitern, 15 Produktionszentren und 2 Forschungslaboratorien ist der High Tech-Konzern in Deutschland vertreten. Seine Produkte sind Resultate der Forschung; Innovationen mit konkretem Produktnutzen für Industrie, Verwaltung, Technik und Wissenschaft und für den Menschen ganz privat.

Wenn Sie mehr über Philips in Deutschland und Philips auf der Hannover-Messe wissen möchten – wir informieren Sie gern.



Philips Zentralbereich Information
Postfach 10 02 29
2000 Hamburg 1
Tel.: (040) 281-2210/11



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

Alexander Demuth Corp. Com.

Monarchien heute: Das Interesse der Masse an Königen und Königinnen

Sie sind auch für Kommunisten da

Kürzlich wurde überall in Europa das zehnjährige Jubiläum der wiedererstandenen spanischen Monarchie gefeiert, ein in der Tat rares Ereignis. Eine historische Faustregel besagt, daß die geglückte Restauration einer alten Monarchie unter der *angestammten Dynastie sehr selten* ist, sozusagen die Ausnahme bildet, welche die Regel bestätigt.

Vom Großvater des jetzigen spanischen Monarchen, des Königs Alfons XIII., ist das hochmütige Wort überliefert, als 1918 die Kaiser in Berlin und Wien abtraten und der Flor deutscher *Bundesfürsten sang- und* klanglos verschwand: *Er*, Alfons, verstünde sein Handwerk, *ihn* könne man nicht hinauswerfen. Und doch verließ er im Frühjahr 1931 das Land, als bei Gemeindewahlen sich eine republikanische Mehrheit ergab. Auf die Krone Spaniens hat er indes nie verzichtet. Das könne er nicht, erklärte er, denn die habe er von Gott.

Mit der Restauration in Spanien bestehen noch *zehn Monarchien in Europa*: Großbritannien, die drei skandinavischen Königreiche Dänemark, Norwegen und Schweden, die Niederlande, das Königreich der Belgier, das Großherzogtum Luxemburg, die Fürstentümer Liechtenstein und Monaco. Alle sind, mehr oder weniger, konstitutionelle Monarchien, d. h. ihre Staatsoberhäupter herrschen, aber regieren nicht persönlich. Das verpflichtet sie zu absoluter Überparteilichkeit.

In England, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen gibt es Dynastien ursprünglich deutscherer Abkunft (Sachsen-Coburg/Hannover, Oranien-Nassau, Schleswig-Holstein-*Sonderburg-Glücksburg*). Doch sie haben sich völlig „nationalisiert".

Höchst bemerkenswert ist für fast alle Monarchien die Preisgabe des auf Ebenbürtigkeit beruhenden Connubiums, des *geschlossenen Heiratskreises* der Dynastien. In England sucht sich das Haus Windsor (Ex-Sachsen-Coburg/Hannover) im hohen

Alles oder Nichts – Europäische Herrscherhäuser – ARD, 20.15 Uhr

Adel zu verwurzeln, der König der Belgier Baudouin hat eine spanische Gräfin zur Frau, Königin Margarethe II. von *Dänemark einen französischen* Grafen, Königin Beatrix der Niederlande einen deutschen Aristokraten, König Karl Gustav XVI. von Schweden *gar* eine deutsche Bürgerstochter aus Heidelberg. Ein halbes Jahrhundert früher wäre dies noch schwer denkbar gewesen. Die fürstliche Internationale ist zerfallen – womit man auch den Gefahren gefährlicher Inzucht entrinnt.

Daß die Monarchien aber gerade auf die große Masse nach wie vor eine *unstillbare Faszination ausüben*, zeigen nicht nur zahlose florierende Frauen- und Familienblätter mit ihren Fürstengeschichten, sondern auch solche Fernsehsendungen wie die heute abend. Könige und Königinnen stehen im Mittelpunkt des demokratischen Interesses. Von ihnen werden nicht mehr Feldherrn- oder Staatsmannskunst erwartet, sondern Takt, Vernunft und Sinn für das politisch Mögliche, Augenmaß, Fleiß und Geduld. Eine Königin wie Elizabeth II. von England, ein Herrscher vom Schlage König Juan Carlos I. von Spanien haben sich auf diese Weise mehr oder weniger schnell ein großes Prestige erworben. Damit erlangt ihr Rat – hinter den Kulissen – erhebliches politisches Gewicht.

Von König Friedrich IX. von Dänemark, dem Vater der jetzigen Königin, ist die Anekdote überliefert, daß er einem neu gewählten kommunistischen Abgeordneten das Wort entgegenhielt: „*Sie müssen Eines nicht* vergessen: Ich bin auch der König der dänischen Kommunisten." Eine klassische *Definition* der eigenen Rolle und Bedeutung.

WALTER GÖRLITZ

KRITIK

Auf halbem Weg den Mut verloren

Gut sechs Wochen älter als die Einheitspartei ist die in der *„DDR" allein zugelassene Staatsjugendorganisation* „Freie Deutsche Jugend" (FDJ). Zu ihrem 40jährigen Jubiläum berichtete das ZDF unter dem Titel **Blaues Hemd und rote Fahne** über Geschichte und Bedeutung dieser Organisation.

Ihr Funktions- und Aufgabenbereich als „Kampfreserve und Kaderschmiede" der Kommunistischen *Partei war bereits 1932 von* Willy Münzenberg konzipiert worden, erhielt während des Krieges in den Filialen der Komintern ihren Feinschliff, um schließlich nach dem Ende des Krieges unverfroren-pragmatisch und getreu der Ulbrichtschen Devise „Es muß alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand *behalten" als gesamtdeutsches* Instrumentarium gehandhabt zu werden, anfänglich sogar mit einem gewissen Erfolg.

Der Schriftsteller Dieter Borkowski, *zur Gründungszeit SED- und* FDJ-Mitglied, berichtete in der Sendung mit großer Sachkunde von den Motiven der „Flakhelfergeneration", die nach Krieg und Zusammenbruch nach einer neuen politischen Orientierung suchten. Nur sechs Jahre später hatten sich alle Hoffnungen verflüchtigt, die FDJ wart uniformiert.

Dem ZDF ist es lediglich gelungen, die ersten zehn Jahre der FDJ darzustellen – um dann den Zuschauer mit der Feststellung zu verblüffen, 1956 (Ungarn-Aufstand) habe sich „die Bevölkerung an den Gleichschritt gewöhnt", obschon die Statistik die Flüchtlingszahlen gerade für dieses Jahr mit 279 189 als die zweithöchsten überhaupt ausweist. Die Ver*blüffung des Zuschauers* blieb erhalten, denn anschließend gab es nur noch Endlos-Jubel-Paraden und wenig aufschlußreiche, ja lachhafte Interviews.

Die Macher der Sendung verließ also auf halbem Wege der Mut oder die Objektivität oder beides. Heraus kam ein Mischmasch aus Information und Desinformation. Note: Noch Vier bis Fünf plus.

PETER FISCHER

Reportage als Ratespiel

SR. – Es ist immer das alte Lied: Die Sportreporter unseres Fernsehens verpassen das Wichtigste. Zum Beispiel jetzt bei der Übertragung der Skiflug-Weltmeisterschaften in Bad Mitterndorf. Die ARD übertrug das „Einfliegen" am Freitag und den ersten Wettkampftag, den Samstag also. Wer sich aber nun schon auf die Endausscheidung eingerichtet hatte, der guckte buchstäblich in die Röhre.

Das Finale fiel aus, jedenfalls für den deutschen Fernsehzuschauer. Der konnte sich den Weltmeister dann am nächsten Tag aus der Zeitung picken. Das ist ungefähr so, als ließe man bei einem dreiteiligen Durbridge die *letzte* halbe Stunde samt Auflösung und Pointe weg, nach dem Motto: Der wirklich intelligente Zuschauer weiß eh' längst, wie's endet.

Auf unsere Anfrage hin schoben sich erstes und zweites Programm die Schuld gegenseitig in die Schuhe. *Das ZDF, das den Skiflugbe*richt wenn auch nicht live, so doch in der Sportreportage bringen wollte, dachte über die Kosten nach und entschied: zu teuer. Vierzig-, fünfzigtausend Mark Leitungskosten seien für das geringe Sendevolumen nicht zu verantworten. Die ARD ihrerseits mochte dem am Wochenende „sportgestreßten" Zuschauer keine weitere Reportage *zumuten*, die Skiflieger höchstens in die Sportschau packen. Und so kam's, wie's kommen mußte: Endausscheidung Ski fiel aus wg. Boris.

Aber auch bei dessen Übertragung blieb manches unklar. Wer das erste Spiel (Becker gegen Lavalle) nicht gesehen hatte, wurde dafür richtig bestraft: Kommentator Volker Kottkamp gönnte dem gespannten Publikum des bis nach ein Uhr dauernden Westphal-*Einzels* keinen Hinweis darauf, wie das erste Spiel ausgefallen war. Das heißt, man wußte nie, ob das zweite Match überhaupt noch bedeutungsvoll war. Denn wenn Boris verloren hätte, hätten die Mexikaner den Davis-Pokal ohnehin in der Tasche gehabt.

Die Herren vom Fernsehen scheinen zu glauben, daß man bei ihnen immer von der ersten bis zur letzten Minute dabeisein müsse. Dem ist aber nicht so.

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 **ZDF-Info**
10.00 **heute**
10.05 **Liebling – Kreuzberg**
10.50 **Rabentanz**
12.10 **Frankreich**
Die Herausforderung
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

ARD

16.00 **Tagesschau**
16.10 ***Sie – er – Es***
16.55 **Spaß am Dienstag**
17.50 **Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Alles oder Nichts**
Europäische Herrscherhäuser
Prinz Charles, Königin Beatrix, Königin Silvia – Kenner der europäischen Aristokratie kommen heute auf ihre Kosten
21.00 **Report**
Themen: Neues Tierschutzgesetz – Die Lobby macht mobil / Wie tolerant sind die Parteien – Der Fall Kriele und die SPD
21.45 **Dallas**
Der Prozeß
Pam weilt geknickt in Hongkong. Sue Ellen ist zwanghaft bemüht, sie aufzumuntern und empfiehlt ihr, noch einige Tage in Asien zu bleiben. Damit handelt sie jedoch ganz im Sinne von J. R., der Pam bei der Gerichtsverhandlung gegen Jenna *nicht dabeihaben will.*
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **ARD-Sport extra**
Eishockey-Bundesliga
3. Play-off-Finalspiel
Kölner EC – Düsseldorfer EG
Box-WM im Mittelgewicht
Marvin Hagler – John Mugabi
23.30 **Büchermagazin**
Erste Durchsicht der Frühjahrs-Neuerscheinungen
0.35 **Tagesschau**
0.40 **Nachtgedanken**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Computer-Corner**
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 **Schüler-Express**
Ich hau' ab
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.45 **Tom und Jerry**
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 **Rate mal mit Rosenthal**
Ein fröhliches Quiz
19.00 **heute**
19.30 ***Die Reportage***
Bouillabaisse und Couscous
Über Franzosen und Araber in Marseille berichtet Udo Philipp
20.15 **Der Zinker**
Deutscher Spielfilm (1963)
Mit Heinz Drache, Barbara Rütting *u. a.*
Regie: Alfred Vohrer
Der „Lord", der Meister unter den Juwelendieben, landet einen großen Coup. Allerdings diesmal, um endlich den gesuchten Zinker zu stellen, der immer dort auftaucht, wo heiße Ware verhökert werden soll. Er bietet einen Bruchteil des wirklichen Wertes und „verzinkt" bei Scotland Yard diejenigen, die auf sein Angebot nicht eingehen.
21.42 **Mach mit – der Umwelt zuliebe**
21.45 **heute-journal**
22.05 **Zina**
Die Geschichte einer Haßliebe
Regie: Ken Mcmullen
23.35 **Die 28. Grammy-Awards-Verleihung 1986**
0.50 **heute**

SAT 1

16.00 **Musicbox**
17.00 **Die Leute von der Shiloh Ranch**
18.00 **Taxi**
oder Regionalprogramme
18.30 **APF blick**
18.45 **Spezialauftrag**
19.45 **Love Boat**
Anschließend:
APF blick und Wochenhoroskop
20.45 **. . . geheimcode: rebecca . . .**
Spionageaffäre in Nordafrika
21.30 **APF blick**
22.15 **F. A. Z. etten**
22.45 **S. T. E. P. In**
23.35 **APF blick**
Letzte Nachrichten

3SAT

18.10 **OKAY**
19.00 **heute**
19.20 **3SAT-Studio**
19.30 **Der alte Richter**
20.30 **auslandsjournal**
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Club 2**
Anschl.: 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 **Karlchen**
19.30 **Sierra**
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Immer die verflixten Weiber**
Schweizer Spielfilm (1970/71)
22.10 **RTL-Spiel**
22.15 **Reserviert für Beppo Brem**
22.30 **Aretha Franklin**
Die Königin des Soul
22.57 **Wetter / Horoskop / Betthupferl**

III.

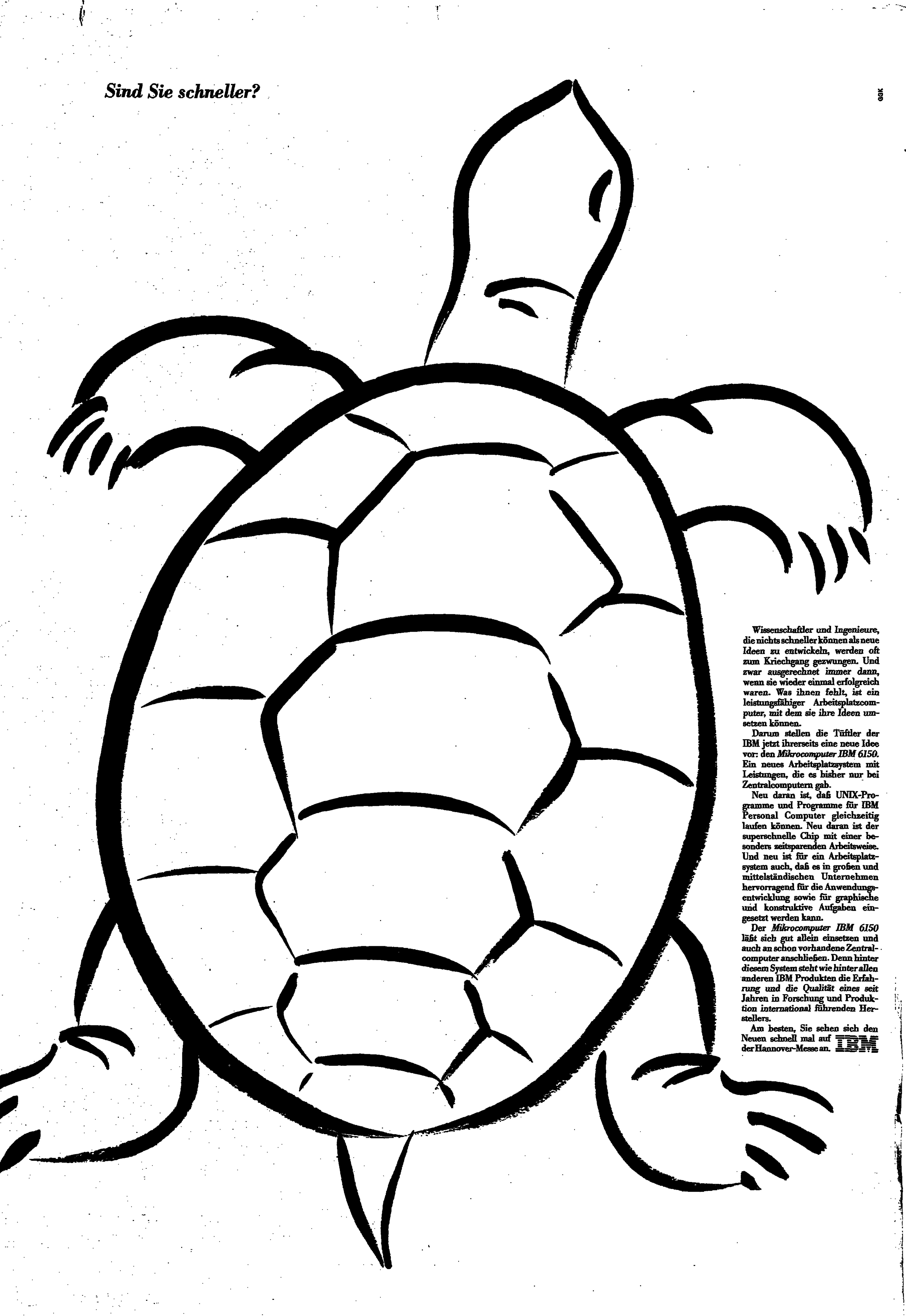
WEST
18.00 **Telekolleg II**
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Deutsche Eishockey-Meisterschaft**
Endspiel
Kölner EC – Düsseldorfer EG
22.00 **Wege aus der Isolation**
Krebskranke leiden nicht nur physisch. Viele bedrückt auch die Isolation, in die sie plötzlich geraten.
22.30 ***Deutschlandbilder***
Da zeigst du mal, das du kannst
Ausländische Jugendliche im Knast
23.15 **Letzte Nachrichten**

NORD
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Formel Eins**
Die ARD-Hitparade
19.15 **Unsere Nachbarn – Die Baltas**
Ausländer – Inländer: Cemil, wir drehen einen Film
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Weißer Fleck**
Die Sendezeit für aktuelle Berichte
21.00 **Der Mann, der sich Abel nannte**
Dokumentarspiel von Maria Matray und Answald Krüger
Regie: Ludwig Cremer
22.25 **Autor-Scooter**
23.15 **Nachrichten**

HESSEN
18.30 **Frauen-Fragen**
19.05 **Formel Eins**
20.00 **Theaterfieber**
Amerikanischer Spielfilm (1953)
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Filmmagazin**
22.30 **Schatzhaus der Literatur**
23.20 **Soap oder Trautes Heim**

SÜDWEST
18.30 **Henrys Kater**
18.35 **Fauna Iberica**
18.58 **Schlagzeilen**
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland:
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 **Sandmännchen**
19.30 **Die Sprechstunde**
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 **Originale im Talar**
20.45 **Landespolitik**
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 **Mark(t) und Pfennig**
Nur für das Saarland:
20.15 **Sein Name ist Hase**
21.00 ***Fernsehgarten***
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 **Die große Versuchung**
Deutscher Spielfilm (1952)
22.45 **Englischkurs**
23.15 **Automobilsalon 1986 in Genf**
23.45 **Nachrichten**

BAYERN
18.15 **„meine Tochter traut sich jetzt . . .**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Der direkte Draht**
20.00 **Montafon**
20.45 **Die Sprechstunde**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Z. E. N.**
21.50 **Mit stahlharter Faust**
Amerikanischer Spielfilm (1955)
23.15 **Rundschau**


Sind Sie schneller?
Wissenschaftler und Ingenieure, die nichts schneller können als neue Ideen zu entwickeln, werden oft zum Kriechgang gezwungen. Und zwar ausgerechnet immer dann, wenn sie wieder einmal erfolgreich waren. Was ihnen fehlt, ist ein leistungsfähiger Arbeitsplatzcomputer, mit dem sie ihre Ideen umsetzen können.
Darum stellen die Tüftler der IBM jetzt ihrerseits eine neue Idee vor: den Mikrocomputer IBM 6150. Ein neues Arbeitsplatzsystem mit Leistungen, die es bisher nur bei Zentralcomputern gab.
Neu daran ist, daß UNIX-Programme und Programme für IBM Personal Computer gleichzeitig laufen können. Neu daran ist der superschnelle Chip mit einer besonders zeitsparenden Arbeitsweise. Und neu ist für ein Arbeitsplatzsystem auch, daß es in großen und mittelständischen Unternehmen hervorragend für die Anwendungsentwicklung sowie für graphische und konstruktive Aufgaben eingesetzt werden kann.
Der Mikrocomputer IBM 6150 läßt sich gut allein einsetzen und auch an schon vorhandene Zentralcomputer anschließen. Denn hinter diesem System steht wie hinter allen anderen IBM Produkten die Erfahrung und die Qualität eines seit Jahren in Forschung und Produktion international führenden Herstellers.
Am besten, Sie sehen sich den Neuen schnell mal auf der Hannover-Messe an.
IBM

Thielickes nachgelassenes Werk über das „Wort"

Die Verheißung bleibt

Dieses Buch mußte kommen. Viele Menschen, die an ihrer evangelischen Kirche leiden, haben darauf gewartet, daß der Mann, der sein ganzes Leben lang so oft in kritischen Situationen wegweisend gesprochen hat, auch zu den jüngsten Ereignissen in Theologie und Kirche Stellung nehmen würde. Und nun ist es sein letztes Buch geworden: Helmut Thielicke ist am vergangenen Mittwoch im Alter von 77 Jahren in Hamburg verstorben.

Sein nachgelassenes Werk erweist sich noch einmal als ein „echter Thielicke": mutig im Aussprechen *auch* unbequemer Wahrheiten, die quer



zum Zeitgeist liegen, unermüdlich in der Verteidigung des unverstellten Gottesworts, bild- und farbkräftig in der Sprache.

Thielicke beklagt zum Beispiel die Überdemokratisierung der Kirche mit ihren unzähligen Gremien, Synoden, Ausschüssen, Kreisen, Kammern, Konferenzen, die es erschweren, „personell jemanden haftbar zu machen". „Hinzu kommt noch, daß das Bischofsamt nahezu jeder Führungskompetenz beraubt ist..." Kein Wunder, daß sich die oft verwirrte Gemeinde von ihren „Hirten" im Stich gelassen fühlt.

Wie konnte der Eindruck entstehen, fragt Thielicke, daß die Kirche ein „Supermarkt" sei, „in dem man sich mit allem und jedem bedienen" könne? „Die Berührungsscheu gegenüber dem Begriff ‚Zensur' ist offenbar so groß, *daß* jeder normative Instinkt zu ersterben scheint, so daß Froschlaich direkt ein Festkörper gegenüber diesem zerfließenden und konturenlosen Gebilde ‚Protestantismus' ist."

Dennoch – um Mißverständnissen vorzubeugen – geht es dem Autor nicht um eine vordergründige Darstellung einer Skandalchronik der Kirche. Der umfangreichste Teil seines Buches setzt sich vielmehr mit den geistigen Hintergründen für den „Verfall der christlichen Verkündigung" auseinander. Ohne auch nur ein einziges Mal in Pauschalurteile abzugleiten, spricht Thielicke bestimmte Fehlentwicklungen der gegenwärtigen Wortverkündigung an, so etwa „die Verwesung der Predigtsprache", „die falsche Adressierung an ‚den' Menschen", „die Flucht in Betrieb oder liturgisches Kunstgewerbe", „die Herrschaft der Puristen *und Archäologen*", *„die falschen* Scheidungen zwischen ‚weltlich' und ‚sakral'".

Es fehlt in diesem Buch nicht an praktischen Beispielen und Anregungen, wie diese Krise der Verkündigung überwunden werden könne. Auch der Nicht-Theologe dürfte seine helle Freude daran haben, wie Thielicke aus dem Fundus reicher Erfahrungen als Theologe, Prediger und Seelsorger auch schwierige theologische Sachverhalte locker, anschaulich und immer mit einem guten Schuß Humor zu formulieren versteht. Man spürt es ihm auch in den Passagen härtester Kritik an, daß die Liebe zu Jesus Christus und zu seiner Kirche der treibende Impuls ist.

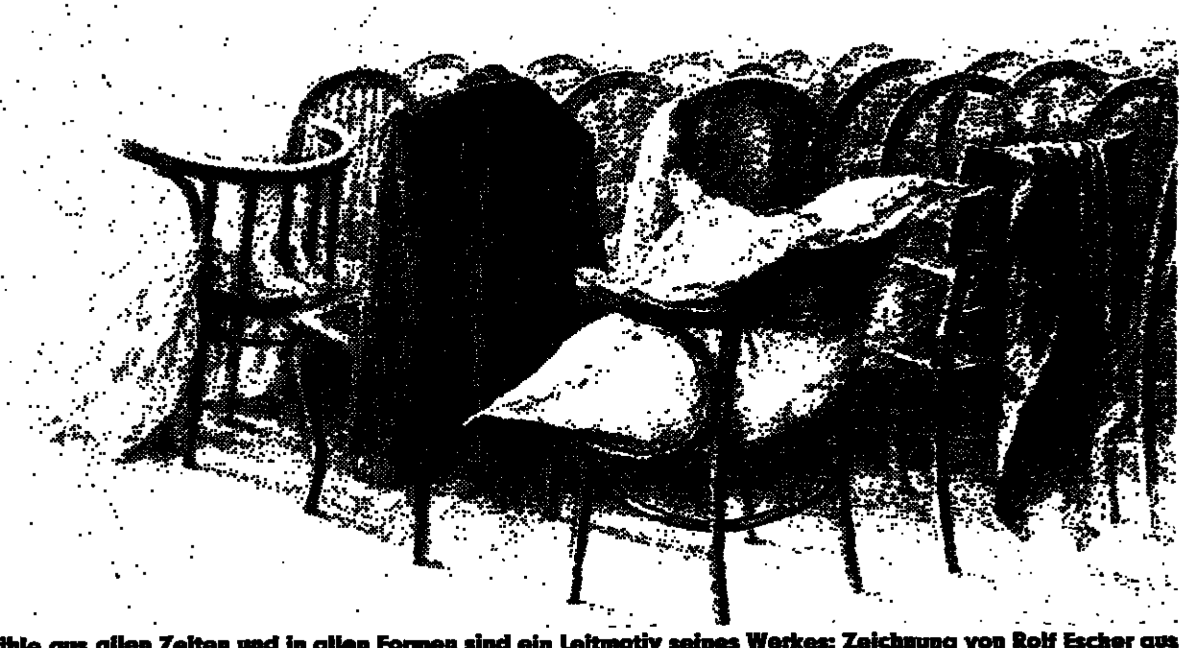
Sicherlich ist die Volkskirche hier und da durch Entgleisungen für manche verächtlich geworden. Thielicke zeigt, daß und wie man sie dennoch lieben kann – trotz ihrer Fehler und Runzeln. Hier liegt das entscheidende Motiv, das den Nestor evangelischer Theologie veranlaßt hat, zu reden, zu mahnen – und zu ermutigen.

„Muß ich jenen an der Kirche Irregewordenen und zuweilen Verzweifelten nicht zeigen, daß das, was ihnen *als* tot und überlebt erscheint, manchmal tatsächlich die Züge eines Sterbenden haben mag – nur nicht, wie sie wähnen, von der Geschichte überholt und zum alten Eisen geworfen, sondern vom Kleinglauben, von Lieblosigkeit und Götzendienst in den eigenen Reihen zu Boden geworfen? Ein armer, verstümmelter Leib des Herrn, dessen Haupt aber lebt *und dem so die Verheißung neuen* Lebens gilt!"

Thielicke hat seinem Buch den Titel gegeben: „Auf der Suche nach dem verlorenen Wort". Wer den Ver*lust dieses Wortes beklagt, könnte* nach der Lektüre dieses Buches einen neuen Zugang zur christlichen Verkündigung gewonnen haben.

JENS MOTSCHMANN

Helmut Thielicke: „Auf der Suche nach dem verlorenen Wort. Gedanken zur Zukunft des Christentums". Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg. 255 S., 29,80 Mark.



Stühle aus allen Zeiten und in allen Formen sind ein Leitmotiv seines Werkes: Zeichnung von Rolf Escher aus dem Jahre 1985. Aus der Hildesheimer Ausstellung FOTO: DIE WELT

Hildesheim widmet dem Zeichner Rolf Escher eine umfassende Ausstellung

Im Banne der schmelzenden Uhren

Die Wirklichkeit in die Welt der Bilder einzubeziehen, ist von Künstlern wohl nirgends nachhaltiger verfolgt worden als in Deutschland. Es gibt hier eine Jahrhunderte umspannende Tradition für jene präzise, unbarmherzige Umsetzung des Sichtbaren in schwarze Linien und Schraffuren, die von Dürer und Cranach über die Grafiker des Manierismus und Kubin bis ins 20. Jahrhundert zu Grosz, Dix und Schad hinüberführt und in unseren Tagen etwa von den Berliner Realisten fortgeführt wird. Ein anderer, der heute noch darauf bedacht ist, die Realität mit den Mitteln der Zeichnung zu fixieren, ist Rolf Escher, dem das Roemer-Pelizaeus-Museum in Hildesheim zur Zeit eine umfangreiche Ausstellung widmet.

Über das Spannungsverhältnis von Kunst und Wirklichkeit ist viel gesagt und geschrieben worden. Fest steht jedoch, daß die Wirklichkeit von unendlicher Vielfalt und jede Sicht subjektiv gefärbt ist. Realistisch arbeitende Künstler haben stets die Wirklichkeit für sich beansprucht, doch steht allenfalls fest, daß oft nur wenige Worte oder Pinselstriche mehr Wirklichkeit beinhalten können als ein systematisches Abhandeln und Abtasten aller Details. Escher gehört zu jenen Künstlern, die sich an der Grenze bewegen, an der Reales sich in Surreales verwandelt. Seine artifiziellen Arrangements suggerieren eher metaphysische Fragen über Zeit, Verfall und Tod als eine aktuelle Wirklichkeit.

Stühle, gereiht, gestapelt oder einzeln, Stühle aus allen Zeiten und in allen Formen sind ein Leitmotiv seines Œuvres. Nirgendwo manifestiert sich die Abwesenheit von Menschen deutlicher als in einem leeren Stuhl, zumal wenn er rhythmisiert in unbesuchten Theatern, Restaurants oder Sitzungsräumen erscheint. Vergessene Kleidungsstücke oder abgenutzte Tücher auf ihm sind Spuren gelebten Lebens. Wirklichkeit heißt bei Escher zunächst Vergänglichkeit. Verlassene und dem Verfall preisgegebene Kulissen, Treppenaufgänge, Türen und schmale Korridore sind die Ruinen unserer Zeit, die Escher mit *ebenso nostalgischen wie apokalyptischen* Blicken erfaßt. Dabei benutzt er die Zeichnung als absolut selbständiges und definitives Medium sowie ein vielfältiges System von Symbolen, mit denen er die Grenzen zwischen Vergangenheit und Gegenwart verwischt.

Sowohl ältere Vanitas-Symbole wie auch Dalis schmelzende Uhren ruft er dabei in Erinnerung. Auch das Motiv der halb geöffneten Schubladen mit der Assoziation des Rätsels taucht aus dem Fundus surrealistischer Symbole immer wieder auf. In den wenigen Blättern, auf denen Menschen zu sehen sind, kommt eine bedrückende Einsamkeit zum Ausdruck. Meistens sind es alte Männer und Frauen, die sich in hoffnungsloser Erwartung befinden.

Bezeichnend ist die kalte Ironie mit der Escher unsere Wirklichkeit seziert, die Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit der Menschen entlarvt. Wie in den Erzählungen von Borges scheint die Vergeblichkeit sein großes Thema zu sein. Die kühle Perfektion seiner Technik wird viele in Erstaunen versetzen, doch ebenso viele werden sie mehr der Artistik als der Kunst zurechnen (Hildesheim, Roemer-Pelizaeus-Museum, bis 19. Mai, Katalog 20 Mark).

MARIANA HANSTEIN

Musiktage Badenweiler: „Auftakt" mit W. Rihm

Wortlos hinter Masken

Eigentlich sind *Uraufführungen* nicht die Sache der Römerbad-Musiktage in Badenweiler. Klaus Lauer, der Hotelier als Konzertchef, der mit seinen ungewöhnlichen Programmen zweimal im Jahr die Herzen der Kammermusikfreunde höher schlagen läßt, hält sich lieber an die Devise, „Werke nachzuspielen, um sie ins Repertoire zu bringen, statt sie nur uraufzuführen, um sie dann nachher wieder in der Versenkung verschwinden zu lassen".

Zwei Ausnahmen wurden bisher von dieser Regel gemacht: 1983, zum zehnjährigen Jubiläum des Festivals, mit einem Kompositionsauftrag an Wolfgang Rihm, der damals sein 4. Streichquartett schrieb. Auch der zweite Auftrag ging jetzt an den 33jährigen Rihm, der nach einem „Aspen"-Jahr in Berlin unterdessen eine Hochschulprofessur in Karlsruhe angetreten hat. Ein Stück für zwei Klaviere sollte es diesmal sein. Lauer wollte damit die Tradition dieser reiz*vollen, vor allem im 19. Jahrhundert* gepflegten Besetzung weiterführen: „Was gibt es denn in der neuen Musik schon für zwei Klaviere?" fragte er, und zählte die wenigen bedeutenden *Werke gleich selbst auf: „Eigentlich* nur Stockhausens 'Mantra', Pierre Boulez' 'Structures' und die Stücke von Ligeti".

Doch nicht nur die Musikge*schichte stand bei diesem Auftrag im* Blickpunkt. Der Badenweiler „Auftakt" im Vorfrühling steht ja im Gegensatz zu den Musiktagen im Spätherbst nicht unter einem strengen Thema, *sondern stellt die Musiker in* den Mittelpunkt. Das Ziel beim diesjährigen „Auftakt": Die – ausschließlich jüngeren – Interpreten sollten erstens Gelegenheit haben, sich kennenzulernen und *zusammenzuarbeiten*.

So kam es beispielsweise zu einer Trio-Formation ganz hochkarätiger Musiker: des französischen Geigers *Augustin Dumay, des Cellisten Lynn* Harrell und des Pianisten Jean-Bernard Pommier, die in „fliegendem Besetzungswechsel" Prokofieff, Bartók und Brahms spielten. Dann sollten sie aber auch, *soweit noch nicht* geschehen, mit neuer Musik in Berührung gebracht werden. Für die Uraufführung von Rihms „Maske" für zwei Klaviere war deshalb das ameri*kanische Klavier-Duo Anthony und* Joseph Paratore vorgesehen – die beiden Brüder hatten sich bisher nur zögernd mit der musikalischen Avantgarde eingelassen. Als Wolfgang Rihm das Auftragswerk überreichte, kommentierte er es mit den Worten: „Ohne Worte".

Rihm ist kein Freund deutender Werk-Auslegungen; schon gar nicht, wenn er als Dolmetscher in eigener Sache tätig werden soll. Das Stück wirkt wie ein erratischer, fast schon feindseliger Block: Gliederungsmomente gibt es kaum, über liegenden Klängen von höchster Farbvielfalt blitzen schärfste, in Fortissimo gemeißelte Ton- und Akkordrepetitionen, explodierend und insistierend. Selten wohl war Rihm von gefälligem Komponieren weiter *entfernt als hier*. Kalkulierte Effekte gibt es nicht, die Musik klingt, als sei sie aus ihrem Komponisten herausgebrochen.

Rihms „Maske" – sie wurde zum besseren *Verständnis gleich zweimal* gespielt – war übrigens das einzige Werk beim Duo-Abend der Paratore-Brüder, das im Original für zwei Klaviere komponiert wurde. Zuvor spielten sie *Debussys „Nocturnes" in* der Transkription Maurice Ravels, danach Brahms' eigene Bearbeitung seines Klavierquintetts f-Moll Op. 34. Wie sie *mit* den so verschiedenartigen *Anforderungen der drei Werke zu*recht kamen, wie sie von Debussys subtiler Farbenkunst auf Rihms Klavierattacken scheinbar mühelos umschalteten – das verdient höchsten *Respekt vor ihrer musikalischen* Intelligenz; von ihrer spieltechnischen Perfektion ganz zu schweigen.

Die zeitgenössische Musik und erst recht die Klassiker der Moderne ha*ben in Badenweiler schon lange einen* Stammplatz. So auch im Konzert des amerikanischen Emerson-Quartetts (Eugene Drucker und Philip Setzer, Violinen, Lawrence Dutton, Viola; David Finckel, Cello), das *mit* Bartóks 4. Streichquartett und, komplettiert durch den Cellisten Lynn Harrell, mit Schuberts Streichquintett C-Dur zu hören war und das mit seinen *Interpretationen nun wirklich bis an* die Grenzen musikalischer Ausdrucksmöglichkeit vorstieß. Radikaler, schonungsloser und damit auch bedeutender lassen sich Bartók und Schubert *gar* nicht spielen.

Auch den Hörern blieb der Ausnahmerang dieses Kammermusik-Ereignisses natürlich nicht verborgen – vielstimmige Bravo-Rufe wie nach *diesem Konzert sind beim distingu*ierten Römerbad-Publikum jedenfalls nicht gerade an der Tagesordnung.

STEPHAN HOFFMANN

DER MITTELPUNKT DES LEBENS IST ALLEMAL DIE LIEBE.
WAS DU LIEBST, DAS LEBST DU.
JOH. GOTTLIEB FICHTE

LOTTE LINDEMANN
GEB. PILGER

*2. 10. 1897 †2. 3. 1986

URSULA BRECHT, GEB. LINDEMANN
DR. E. H. CHRISTOPH BRECHT
UND KINDER
HANS LINDEMANN-BERK
ANGELA LINDEMANN-BERK, GEB. BERK
UND KINDER
RENATE BERK
ELSE PRAMOR

WIR HABEN IN ALLER STILLE VON IHR ABSCHIED GENOMMEN.

KÖLN-MARIENBURG ESSEN-BREDENEY FRECHEN-BACHEM

STATT KARTEN.

Otto Koch
Architekt BDA

* 3. Februar 1907 † 5. März 1986

Ein erfülltes Leben hat sich vollendet.

In Liebe und Dankbarkeit

Emmi Koch geb. Degering
Dr. Krischan Koch
Gabriele Triebe
Hanna Koch

Schefflerweg 4, 2000 Hamburg 52

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 13. März 1986, um 11.00 Uhr von der Kapelle des Moltkefriedhofes, Bernadottestraße.

Wir trauern um

Kurt Tantau

27. 2. 1915 8. 3. 1986

Brigitte Tantau geb. Soppart
Ulrich Tantau
Janina Fricke geb. Schumacher
Barbara Delettre geb. Schumacher
Corinna Schneidewind geb. Tantau
Harald Fricke, Thomas Delettre
Sven und Björn Tantau
Marc und Miriam Schneidewind
Anne-Liese Tantau geb. Schroeder
Dr. Gerhard Fricke
Robert Delettre
Gerd Tantau geb. Smedseng
Dr. Horst Schneidewind

2000 Hamburg 1
Koppel 106

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

Wir nehmen Abschied von unserem ehemaligen Niederlassungsleiter, Herrn

Walter Koth

der im Alter von 80 Jahren gestorben ist.

Herr Koth war von 1938 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1972 für unser Unternehmen tätig.

Wir danken ihm für sein engagiertes und erfolgreiches Wirken im Unternehmen.

Sein Tod erfüllt uns mit Trauer und Anteilnahme.

Wir werden Herrn Koth in ehrender Erinnerung behalten.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft
Accumulatorenwerke HOPPECKE
Carl Zoellner & Sohn GmbH & Co. KG

in Brilon 2 (Hoppecke),
mit allen Werken und Niederlassungen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Mäzene, auf nach Berlin!

brk. – *Aus deutschen Landen frisch aufs Berliner Jubiläumskonto: Herbei, ihr Mäzene! So lautet das Motto des Berliner Senats für die 750-Jahr-Feier im kommenden Jahr. Denn weder die Bundesmillionen (mindestens 110) noch das Geld aus dem Landesetat (rund 95 Millionen Mark) reichen, um alle schönen Dinge wieder rechtzeitig auf Hochglanz zu bringen.*

Die Stadt *sucht deshalb* Gönner, die auf den Spuren des Römers Maecenas wandeln möchten. Alt-Bundespräsident Karl Carstens legte gestern als Vorsitzender des einflußreichen Beirats zur 750-Jahr-Feier den Wunschzettel der Stadt vor. Auf 65 Seiten wird da ausgebreitet, was durch großzügige Spenden zum reinen Tischleindeckdich für 1987 geraten soll. Mitunter stellen schon 1500 Mark für eine Bahnhofswaage von 1925 für das Verkehrsmuseum zufrieden. Aber es dürfen natürlich auch 6 Millionen Mark sein, um das „Wrangel-Schlößchen" – ein exzeptionelles preußisches Gutshaus – wieder in Schuß zu bringen.

An der Spree hat man erst unlängst vorexerziert, zu welchen Höhen sich der *Spendeneifer* aufschwingen kann. 5 Millionen Mark und damit ein Drittel der Kaufsumme steuerten die Berliner in vielen Scherflein für Watteaus „Überfahrt nach Cythère" bei. Nun bietet man Auswärtigen die Chance, Liebesgaben für Berlin zu *stiften. Die Namen* der Gönner werden, wenn gewünscht, wie auf einer Kurpark-Bank auch in restaurierte Kirchenfenster eingeschliffen.

Die Liste der Möglichkeiten, Gutes zu tun und ruhig darüber zu reden, *ist erschöpfend lang.* Selbst wer Kriminalistisches liebt, hat eine Möglichkeit. Er kann die Mittel bereitstellen, das vierte, in Dänemark verschollene Relief der Siegessäule aufzuspüren. Wer aber statt der Kunst lieber die Künstler fördern will, kann einen „Berlin-Preis" à la Villa Massimo ausloben.

„Vandalismus und *Luftverschmutzung*", so der Landeskonservator, taten Goethes Tiergarten-Denkmal ein Leid an. Mit 800 000 Mark kann man sich um den Klassiker verdient machen. Dieses Geld sollte allerdings ein Berliner stiften. Schon aus Dankbarkeit gegenüber dem Geheimrat aus Weimar, der den *Berlinern einst bescheinigte:* „Das Völkchen besitzt viel Selbstvertrauen, ist mit Witz und Ironie gesegnet und nicht sparsam mit diesen Gaben." Und das ist doch wohl eine Gegengabe wert?

Der Mann, der für jeden „Oscar" gut ist – WELT-Gespräch mit dem Film- und Bühnenschauspieler Klaus Maria Brandauer

„Ein Hamlet im Jetset ist eine Unmöglichkeit"

Klaus Maria Brandauer, Wiener Burg-Schauspieler und Salzburgs Jedermann, gilt heute mit seinen 41 Jahren als der profilierteste deutschsprachige Bühnenstar. Seit seinem „Mephisto" in Istvan Szabos Oscar-gekröntem Film und seinem „Oberst Redl" ist er auch in den Studios von Hollywood gefragt. Jüngste Frucht dieser Arbeit: der Bror Blixen in Sydney Pollacks „Jenseits von Afrika" (vgl. WELT von gestern), für den er den Golden Globe und eine Oscar-Nominierung erhielt. Wir sprachen in Berlin mit Klaus Maria Brandauer.

WELT: Wie fühlen Sie sich als deutschsprachiger Star mit einer Oscar-Nominierung?

Brandauer: Die Nominierung kam für mich überraschend, denn für mich persönlich hatte ich überhaupt nichts erwartet. Ich habe versucht, eine glaubhafte Figur zu machen aus Bror Blixen. Das war schwierig genug, denn *er ist nicht von vornherein* eine sympathische Figur. Aber ich bin draufgekommen, daß mir etwas an Bror sehr gut gefällt: nämlich daß er kein Lügner ist. Er ist eine wahrheitsliebende Figur bei all seinen Schwächen und Fehlern. Und so *spiele ich ihn. Daß ich – aus dem* deutschen Sprachraum kommend – jetzt auch in Hollywood arbeiten kann, darüber bin ich sehr froh, und ich möchte gern noch ein paar Schritte weiter machen in Richtung internationalem Film.

WELT: Ihr Erfolg in Amerika – ist das einfach nur Glück oder harte Arbeit?

Brandauer: Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Die Basis ist *harte* Arbeit. Und, wie mein Freund Hamlet am Abend sagen wird – denn *ich bin ja derzeit Hamlet am Wiener* Burgtheater: In Bereitschaft sein ist alles. Sie müssen bereit sein, wenn es soweit ist. Aber davor liegt ein ziemlich dornenreicher Weg.

WELT: Ist es leicht, Theater und Filmarbeit unter einen Hut zu bringen?

Brandauer: Es ist sehr schwer. Wenn Sie am Abend vier Stunden Hamlet sind, können sie nicht um 17 Uhr mit dem Flugzeug ankommen. Man muß den Tag in der Stadt, wo man spielt, leben. Es ist oft schwer, in die Rolle überhaupt hineinzukommen. Sie merken schon am Morgen: Heute *abend bringe ich es einfach nicht.* Also: Theaterarbeit ist viel schlechter bezahlt als Film, aber man muß viel mehr können.

WELT: Könnten sie sich vorstellen, die Theaterarbeit aufzugeben?

Brandauer: Nein, nie. Die Basis meiner Arbeit wird immer und in aller Zukunft das Theater sein. Denn Theater ist ein *Ereignis.* Es ist ein wunderbares Gefühl, hautnahen Kontakt zum Publikum zu haben.

WELT: Sie sind schon zwanzig Jahre Schauspieler. Warum gingen Sie erst so spät den Weg zum Film?

Brandauer: Ich habe 1971 meinen ersten Film gedreht, „Salzburg Connection", der mich nicht sonderlich faszinierte. Ich habe mich danach ausschließlich dem Theater zugewandt, um Rollen zu spielen, die ich meinem Alter entsprechend spielen mußte, wie Romeo oder Don Carlos. Es war eine wunderbare Zeit. Zwar hatte ich Film-Angebote deutscher und europäischer Regisseure, darunter eines von Visconti. Aber ich wollte das, was Theaterarbeit *erfordert, einmal ganz* ausfüllen. Dann bot mir Istvan Szabo 1979 den „Mephisto" an – und ich habe angenommen.

WELT: Welches war bislang Ihre wichtigste Arbeit?

Brandauer: Die wichtigste Arbeit war für mich der Gonzaga-Prinz Hettore in Lessings „Emilia Galotti", den ich unter Fritz Kortner in Düsseldorf gespielt habe. Diese Rolle war für mich vor allem wichtig wegen der Begegnung mit Kortner, den ich das Glück hatte, mit 24 Jahren kennenzulernen. Kortner lehrte mich, was Theater und Schauspielerei überhaupt bedeuten.



Oscar-Nominierung: Klaus Maria Brandauer in der Rolle des Bror Blixen in dem Film „Jenseits von Afrika" FOTO: CAMERA PRESS

WELT: Sie waren auch sehr gut mit Torberg befreundet?

Brandauer: Ja, das ist sehr merkwürdig. Ich muß Ihnen sagen, ich hatte lange einen Hang zu älteren Männern, weil sie so gescheit waren. Ich war da so eine Art Vampir, der Menschen, die mehr wußten als ich selber, aussaugte. Zu solchen Menschen gehörten *mein Freund Torberg oder* auch Fritz Heer. Ich spreche immer von meinen drei Fritzen: Kortner Fritz, Torberg Fritz, Heer Fritz. Leider sind sie schon tot. Und ich kann sie nicht mehr um Rat fragen.

WELT: Können Sie sich vorstellen, irgendwo anders zu leben als in Österreich?

Brandauer: *Nein. Dazu bin ich zu alt.* Ich brauche meinen Schnee, meinen *Frühling, meinen Sommer und meinen* Herbst hier. Ich brauche meine vertraute Umgebung, meine Traditionen, meine Leute. Wenn ich überhaupt Kraft in mir habe, dann kommt meine Kraft daher.

WELT: Wie muß eine Rolle beschaffen sein, damit Sie sie überhaupt annehmen und spielen können?

Brandauer: Wenn mich beim Lesen *irgendetwas an einer Figur interessiert*, wenn ich drauf komme, was man daraus machen könnte, dann mache ich das und dann kommt mir die Figur auch sehr nah. Meine beiden letzten Filmrollen freilich – ich gebe es zu –, waren eher Kalkulation, sowohl der Schurke Maximilian Largo in dem James-Bond-Film „Sag *niemals nie" als auch der Bror in „Out* of Africa". Ich habe mich einfach an Sean Connery als zweites Rad am Wagen geklemmt und fand dadurch weltweite Anerkennung. Und jetzt habe ich mit Sydney Pollack, Robert Redford und Meryl Streep gearbeitet, die allein schon auf Grund der englischen Sprache die halbe Welt erreichen.

WELT: Gehen Sie bis zur totalen Identifikation mit einer Rolle, so daß Sie anfangen, unter den Nöten ihrer Figur zu leiden?

Brandauer: Absolut. Fünf Monate „Oberst Redl"-Dreharbeiten waren für mich die Hölle. Der Redl, dessen Probleme, dessen ganzes Leben – schrecklich. *Ich liebe das Wort spielen* überhaupt nicht. Spielen heißt, so tun als ob. Ich aber möchte gern wahr sein in dem Moment, wo ich *eine Figur gestalte.* Ich *war* der Redl.

WELT: Pollack gilt als ein Regisseur, der sich viel Mühe mit Schauspielern gibt. Haben Sie das bestätigt gefunden?

Brandauer: Sydney ist selber ein Schauspieler, ein sehr guter. Zuletzt hat er das gezeigt in seinem Film „Tootsy", in dem er der Manager war. Er ist ein Mensch, den Menschen interessieren. Darum macht er auch Menschen-Filme und keine Filme über den Weltraum zum Beispiel. Und er hat in der Tat eine sehr zärtliche Hand für Schauspieler.

Welt: Wie kommt es, daß oftmals gerade Schauspieler aus Österreich so populär werden?

Brandauer: In südlichen Ländern gibt es eine ungeheure Exzessivität. Die gibt es, wie ich finde, im Norden auch. Aber sie ist dort düsterer, schwerblütiger; sie hat die Kraft der Fjorde. Aber ihr fehlt die heitere, fast barocke Art des Südens, die österreichische Schauspieler haben, wenn sie gut sind. Und das ist etwas, was beeindruckt. Ich selbst fände die Mi*schung zwischen Nord und Süd* hochinteressant. Alle Mischungen sind gut. Man muß ein Bastard sein und kein Reinrassiger!

WELT: Sie haben sich damals so sehr über den Oscar für den Film „Oberst Redl" gefreut, daß Sie im *Fernsehen einen Jubeltanz aufgeführt* haben. Werden Sie dieses Mal wieder tanzen?

Brandauer: Ja, es ist wahr, ich habe mich wahnsinnig gefreut, obwohl jener Oscar damals ja nicht mir persönlich, sondern dem gesamten *Film galt. Ich will den Preis* gewiß nicht überbewerten. Chaplin beispielsweise hat ihn nie bekommen. Macht nichts, auch das kann passieren. Aber für einen Europäer ist er schon ein unglaubliches Faszinosum. Natürlich werde ich nicht wieder tanzen. Aber ich wäre sehr glücklich, wenn ich den Preis bekäme.

WELT: Welche amerikanischen Regisseure würden Sie interessieren außer Pollack?

Brandauer: Ja, glauben Sie denn, ich bin verrückt geworden, Ihnen einen Namen zu sagen? Alle die mich wollen, können mich haben – wenn sie gut sind.

WELT: Auch Sylvester Stallone?

Brandauer: Dann müßte ich aber noch ein bißchen boxen üben.

WELT: Was tun Sie, wenn Sie nicht arbeiten?

Brandauer: *Nichts, absolut nichts.* Nicht einmal denken, wenn das möglich ist. Ich bin sehr talentiert fürs Nichtstun.

DORIS BLUM

JOURNAL

Europäischer Preis für Märchen gestiftet

DW. Braunschweig

Einen mit 10 000 Mark ausgestatteten *Märchenpreis hat* der Braunschweiger Kaufmann und Märchenautor Walter Kahn gestiftet. Der Preis soll im Einvernehmen mit der Europäischen Märchengesellschaft alle zwei Jahre vergeben werden. Die Ausschreibung für 1986 (Einsendeschluß ist der 31. Oktober) gilt der Dramatisierung eines europäischen Volksmärchens. Teilnahmebedingungen können bei der Geschäftsstelle der Europäischen Märchengesellschaft e. V., Schloß Bentlage, Postfach 528, 4440 Rheine/Westf. angefordert werden.

Viele ČSSR-Theater werden rekonstruiert

rst. Prag

In der Tschechoslowakei wurden einige Theater modernisiert. So das bekannte Realistische Theater in Prag. Ein neues Theatergebäude erhielt die nordwestböhmische Stadt Brüx. Mit Millioneninvestitionen wurden *die Theater in Jung-Bunzlau* und Pilsen renoviert. Trotzdem sind zur Zeit wegen Bauarbeiten nur in der ČSSR-Hauptstadt vier Theater geschlossen. Als größte Baumaßnahme wird die Renovierung des Prager Tyl-Theaters bezeichnet, *das erst 1991 für die Öffentlichkeit* wiedergeöffnet sein wird. In diesem Theater wurde Mozarts „Don Giovanni" 1787 zum erstenmal aufgeführt.

Franz-Liszt-Wochen zum 100. Todestag

DW. Walsrode

Aus Anlaß des 100. Todestags von Franz Liszt und der 1000-Jahr-Feier des Klosters Walsrode veranstaltet die Evangelische Kantorei Walsrode *eine* Reihe *von* Festkonzerten unter der Gesamtleitung von Elmar Werner. Die Reihe beginnt am 16. März mit einer Passionsmusik, darunter Liszts „Via Crucis". Orgelkonzerte und Klavierabende schließen sich an, am 10. Juni eine Fest*aufführung des Oratoriums „Christus"*.

Meisterzeichnungen des 20. Jahrhunderts

DW. Unna

Rund 100 Blätter mit „Meisterzeichnungen des 20. Jahrhunderts" sind auf Schloß Cappenberg (Kreis Unna) zu sehen. Die Auswahl aus den Beständen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz umfaßt u. a. Arbeiten von Käthe Kollwitz, Max *Beckmann, George Grosz,* K. O. Götz, Fred Thieler. Sie ist bis zum 13. April zu sehen. Der Katalog kostet 10 Mark.

Münster spielt Neues von Müller und Schroeter

dpa, Münster

Als Uraufführungen kündigen die Städtischen Bühnen Münster für die Spielzeit 1986/87 die Stücke „Ein seltsamer Kampf um die Stadt Samarkand" von Harald Müller und „Cervantes" von Tamara *Kafka* und Werner Schroeter an. Für September 1986 ist die deutsche Erstaufführung der Dario-Fo-Komödie „Wer einen Fuß stiehlt, hat Glück in der Liebe" vorgesehen. Außerdem ist die deutschsprachige Erstauf*führung der Oper „Die Rache eines* Schauspielers" von Minoru Miki geplant.

Guggenheim-Gastspiel und Jean Hélion

MvZ. Venedig

Die „Peggy-Guggenheim-Collection" in Venedig zeigt bis zum 10. April „50 Jahre Europäische Malerei" mit dreißig zwischen 1910 und *1960 entstandenen Werken aus dem* Guggenheim Museum New York. Außerdem gibt es eine „Homage à Jean Hélion", die dem 80jährigen Witwer von Peggy Guggenheims Tochter Pegeen gilt.

Blanche Aubry †

dpa. Wien

Die aus der Schweiz stammende Schauspielerin Blanche Aubry ist in Wien im Alter von 65 Jahren gestorben. Sie gehörte seit 1959 dem Ensemble des Wiener Burgtheaters an. Ihren größten Erfolg hatte sie freilich nicht auf der Sprechbühne, sondern *als Partnerin* von Josef Meinrad im Musical „Der Mann von la Mancha". Blanche Aubry war vor zwei Wochen die Ehrenmitgliedschaft des Burgtheaters verliehen worden.

Walter Bader tot

rb. Xanten

In einem Xantener Krankenhaus starb im Alter von 84 Jahren der Kunsthistoriker Walter Bader, der als Retter des St. Viktor-Doms gilt. *Vor wenigen Wochen noch war das* Lebenswerk Baders im Dom gewürdigt und sein Grabungsbericht über das Märtyrergrab unter dem Gotteshaus vorgestellt worden. Bader begründete die Mittelalterarchäologie im Rheinland, schützte im Krieg viele Kunstdenkmale am Niederrhein und wurde schließlich Landeskonservator des Rheinlandes.

Williams' „Glasmenagerie" am Wiener Burgtheater

Langer Weg nach oben

Der gegen den designierten Wiener Burgtheaterdirektor Peymann erhobene Zeigefinger des noch amtierenden Benning wäre überzeugender gewesen, wäre *ihm nicht auf* dem Fuße, als Eigenleistung hervorgehoben, der schrecklich biedere „Lumpazivagabundes" gefolgt. Als nächste Leistung gab es dann eine Neuinszenierung der „Glasmenagerie" von Tennessee Williams, und die konnte sich in der Tat schon *eher* sehen lassen.

Das Stück ist jahrzehntelang nicht gegeben worden, nachdem es kurz nach Kriegsende in der Josefstadt Sensation gemacht hatte. Wenn sich damals auch kritische Stimmen *erhoben*, so ist das aus der vom Dritten Reich erzeugten Theaterfeindlichkeit zu erklären, die moderne Tendenzen im Drama, wie sie in Amerika schon herrschten, nicht hatte aufkommen lassen. Heute hat sich das Publikum an die *Auflösung der alten dramatischen* Formen gewöhnt und sieht in Williams schon so etwas wie einen Klassiker.

Glänzende Verzahnung, keine leeren Stellen. Gerhard Klingenbergs Inszenierung *im* Akademietheater fand denn auch angemessenen Beifall für eine schauspielerisch ganz großartige Verlebendigung der vier ausgezeichneten Rollen, bei denen es nur Leslie Malton schwer hatte, *das noch heute* in der Erinnerung haftende Bild Kä*the Golds* zu verdrängen, obwohl auch Frau Malton eine vollendete Charakterisierung des gebrechlichen Mädchens Laura bot.

Bei Hilde Krahl kamen weder die lyrischen Züge noch ihre enervierende Mutterliebe zu kurz.

Günther Einbrodt, in der Rolle des Sohnes Tom und zugleich der des Erzählers, zeichnet sich durch eine heute schon ungewöhnlich gewordene Sprachpräzision aus, die er selbst bei den lautstarken Auseinandersetzungen mit der bis zur Sekkatur überbesorgten Mutter durchhält.

Wohltuend gelassen gibt Rudolf Bissegger den Besucher im dritten Akt, der das Zeug in sich hätte, aus der gänzlich verbogenen Laura einen vollen Menschen zu machen, wäre er nicht anderweitig gebunden.

Ob ihr diese Selbstfindung gelingen wird, ist in der gespielten Fassung zweifelhafter (und zeitgemäßer) als in der ehemaligen Interpretation, wo das Mädchen mit einer heftigen Geste alle ihre Glastierchen vom Tisch fegte und damit – so mag man's sehen – andeutete, ein neues Leben beginnen zu wollen.

Diesmal bleibt das ungewiß. Auch das Bühnenbild von Matthias Kralj läßt eine doppelte Deutung zu. Die transparenten Zimmerwände geben den Blick auf ringsum düster aufsteigende Treppen frei. Wo man hinschaut ist Treppenhaus. Was die Ärmlichkeit der Behausung symbolisieren könnte – oder aber das Leben, die Welt, den Weg nach oben in eine (vielleicht) bessere Zukunft.

ERIK G. WICKENBURG

Nächste Aufführungen: 11., 12., 13., 16., 18., 21., 23., 25. und 29. 3.; Karteninformationen: Tel. 0043 222/53 24 26 58.

KULTURNOTIZEN

Die Wanderausstellung „Von Manet bis Giacometti", 35 Meisterwerke aus der New Yorker Sammlung des Readers Digest, ist bis zum 30. März im Mailänder Palazzo Reale zu sehen.

„Herbarien und Botanische Ikonographie" aus der Sammlung des Botanischen *Gartens* der Universität Turin werden bis 11. Mai in der Mole *Antoniana* von Turin ausgestellt.

Gregor Seyffert aus der „DDR" hat beim 14. Wettbewerb für junge Tänzer um den Prix de Lausanne die Goldmedaille erhalten.

Steven Spielberg wurde von der Vereinigung der Film- und Fernsehregisseure der USA für seinen neuen Streifen „The Color Purple" mit dem Preis *für die beste Regie ausgezeichnet.*

Montreals 10. Filmfestival findet vom 24. bis 31. August statt.

Kurt Miedreich hat seine umfangreiche Mineraliensammlung dem Pfalzmuseum für Naturkunde gestiftet, das sie in einem eigenen Mineralienkabinett zeigt.

Olga Tarasowa vom Moskauer Bolschoi-Theater wird zusammen mit Lothar Höfgen die Choreographie und Inszenierung des Balletts „Schwanensee" in Hannover übernehmen; die Premiere ist für den 30. März angesetzt.

W. Friedkins Film „Leben und sterben in L. A."

Jagd auf Drogenhändler

Schon oft hat der Puls einer Stadt den Rhythmus eines Films diktiert. *So auch 1972 in William Friedkins* elektrisierendem Thriller „French Connection". Damals gab New York den Takt bei einer rasanten Jagd auf Drogenhändler an. Ein Schauplatz, der seine Nähe zu blitzschnell hochkochender Aggression *nie verhehlen konnte. Und nun also* die viel gepriesene Sonnenseite des Kontinents, Los Angeles in Kalifornien. Doch Sein und Schein klaffen weit auseinander. Luxuriöse Bungalows und gläserne Wolkenkratzer leihen der Gewalt ihre properen Fassaden. *Nicht mehr um Heroin, sondern* um Falschgeld geht es in Friedkins neuem Film „Leben und sterben in L. A.".

Blitzschnell läßt der glücklose Maler und geniale Fälscher Eric Masters seine makellosen Scheine durch die *Druckmaschine rattern. Auch dieses* „saubere" Verbrechen aber enthüllt bald seine horrende Kehrseite. Denn so kultiviert sich der Blütenfabrikant auch gibt, Mitwisser räumt er rigoros aus dem Weg. Eines Tages freilich erwischt er den Falschen. Als ein *Agent des Secret Service kurz vor* seiner Pensionierung erschossen wird, schwört dessen Partner Richard Chance (William Petersen mit einem beachtlichen Debüt) blutige Rache. Allerdings zuckt sein neuer Kollege, ein unerfahrener Zauderer, vor jedem Risiko zurück. Also doch wieder der sattsam bekannte Einmann-Krieg gegen die gut geölte Verbrecherorganisation?

Erneut trügt der Schein. Denn Friedkin ist inzwischen härter, vor *allem pessimistischer geworden.* War sein Polizist Popeye Doyle in „French Connection" ein zwar fanatischer, letztlich doch auch mitleiderregender Parsifal im Dickicht der Städte, so sind die Fronten zwischen Gut und Böse mittlerweile so durchlöchert, *daß man Ordnungshüter nur noch an* der Dienstmarke erkennt. Auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern scheinen hoffnungslos korrumpiert, da Gefühle gegen Geld aufgewogen und erst nach einer genauen Kosten/Nutzenrechnung inve*stiert werden.*

Diese fast nihilistisch düstere Welt*sicht spiegelt Friedkin brillant.* Zwar geschieht Gewalt immer noch als schriller Schock, zugleich aber auch mit furchterregender Selbstverständlichkeit. Vor allem erzählen die fast schmerzhaft harten Schnitte von einer in etliche Kleinkriege zerbröckelnden Wirklichkeit, die jede Kontinuität verstümmelt. So wird das blutige Drama mit atemberaubendem Tempo, furioser Fotografie von Wenders' Kameramann Robby Müller und aufwühlender Musik zum letzten Akt gepeitscht. Und wenn sich Polizist und *Gangster* dann per Straßenkreuzer duellieren, wird diese Autojagd zur gemütlichen Fiakerfahrt. Solche spektakulären Szenen täuschen freilich darüber hinweg, daß dieser Film vor allem ein ebenso kalt wie virtuos zelebrierter Totentanz ist.

HARTMUT WILMES



Polizeiagent Chance (William Petersen) schwört Rache für den Mord an einem Kollegen. Szene aus Friedkins Film FOTO: UIP

Karlsruhe: Kunads „Der Meister und Margarita"

Ljubimows Hexensabbat

Nachdem Rainer Kunad, mit vielen Preisen dekorierter Professor der mitteldeutschen Komponistenelite, 1984 seinen Ausreiseantrag stellte und ein Jahr darauf tatsächlich nach Tübingen übersiedelte, wurde aus dem gehätschelten Erfolgskomponisten ein Verfemter. Sein „Amphitryon" erlebte an der Berliner Staatsoper nur die Premiere, aber keine weitere Aufführung. Die für Weimar geplante Uraufführung seines jüngsten Œuvres, der Oper „Der Meister und Margarita", fiel ganz ins Wasser. Dieser Umstand verhalf nun dem Badischen Staatstheater Karlsruhe dazu, daß aus der vorgesehenen westdeutschen Erstaufführung eine veritable Uraufführung wurde, auch wenn *sie* aus rechtlichen Gründen wiederum nicht als solche deklariert werden durfte.

Juri Ljubimow ließ eine Berliner Regiearbeit, „Katja Kabanova" an der Deutschen Oper, sausen und kam in die badische Provinz, um die Oper-version jenes Stückes zu inszenieren, das ihm seit seiner Freigabe 1967 am Herzen *lag* und bald *darauf auch* einer der ganz großen Erfolge seines Moskauer Taganka-Theaters wurde.

Wir können ja nur ahnen, was in Michail Bulgakows in den dreißiger Jahren entstandenem Roman mit seinen kunstvollen Verknüpfungen und Anspielungen *sowie* seiner Sprachfülle steckt, was dieses zwischen den Ereignissen in der Osterwoche zu Jerusalem vor 2000 Jahren und dem Moskau der dreißiger Jahre pendelnden Weltendrama birgt.

Goethes Junker Voland, dieser *kleine Auftritt* des *Mephisto im* „Faust", hat sich mit seinem Gehilfen Fagott, der Hexe Grella und dem Kater Behemot in Moskau niedergelassen und inszeniert eine Spuk- und Zauberhandlung, die eine glänzende Satire auf Bulgakows Gegenwart darstellt. Volands Faust-Pendant ist Margarita, die Geliebte des Meisters, die sich dem Teufel *in einem* Pakt als Hexe anbietet, um den Roman des Meisters, welcher auf seine Weise die Passionsgeschichte schildert, zu retten. „Manuskripte brennen nicht", dieser Kernsatz mag zu Bulgakows wie Ljubimows Zeit gezündet haben.

Für uns bleibt es ein grandios formulierter Welt-Entwurf, eine Faust-Oper voll von Anspielungen. Die Komprimierung der fast 500 Seiten auf einen eher kurzen Opernabend ist dem Librettisten Heinz Czechowski *(dem die Reise zur Karlsruher Uraufführung nicht gestattet wurde)* glänzend gelungen. Kaum einer der Handlungsfäden scheint verloren, wobei sich allerdings der Unvorbereitete schwerlich durch das Labyrinth hindurchfinden wird.

Diesem artistischen, auf vielen Ebenen jonglierenden Stück setzt Kunad handfeste Hausmannskost entgegen. Keine neue Oper der letzten Jahre ging so in die Beine wie nun Kunads Erinnerungen an Weill, seine ostinaten Rhythmen, die spätromantisch gestählten Bläsereinwürfe, die Duette von Massenetscher Süße und die operettenhaften Ohrwürmer. Kunad will „Volkstheater" und bietet ein Faust-Musical, dem im zweiten Teil die Puste ausgeht.

Ljubimow entwickelt eine Revue brillanter Ideen und Szenen, die in ihrer Schlichtheit um so wirkungsvoller geraten. Das Spiel als Urform des Theaters *schöpft* er durch die frappierende Souveränität aus, mit der er seine Mittel einsetzt. Durch Bulgakow, der zwischen Anerkennung und Verbot geschüttelt wurde, erleben *Kunad* und *Ljubimow ein* Stück Autobiographie. Bei Kunad gerät es zur verschwommenen Selbststilisierung, bei Ljubimow wird es zum Credo eines besessenen Theatermannes.

Der zwischen Orchestergraben und Bühne *kauernde Meister, die mit* Graffitis vollgeschmierte Betonmauer (Bühne: Heinz Balthes), das Pilatusbild im Goldrahmen, das vom Teufel geschwungene Zeitpendel sind unmittelbare Eindrücke. Man merkt, wie Ljubimow hier ein Schau*spiel auf die* Opernbühne übertrug, denn die Personenregie ist ausgefeilter als in seinen letzten Operninszenierungen.

Das Karlsruher Ensemble schlug sich tapfer in den rund zwei Dutzend Rollen. Peter Sommer besitzt in hohem *Maß* jene *kapellmeisterliche* Umsicht, um den bis zur Seitenbühne hochgezogenen Orchesterapparat zu stimulieren, das auf viele Ebenen agierende Ensemble zusammenzuhalten. Mit fahlem Schmelz singt Anton de Ridder den Meister, als seine Margarita stürzt sich Anne Wilkens in diese weibliche Faust-Partie und kümmert sich nach Hexenart nicht um ihre Stimme, und der Teufel, der diese russische Walpurgisnacht inszeniert, ist Jean-Paul Bogart.

ROLF FATH

Weitere Aufführungen am 13. und 26. März, Karteninformation 0721 / 60 202)



Große Schlußquadrille durch die Mittelposten in den Reitsaal

Die Lipizzaner haben den Kampf gegen den Todesvirus gewonnen



Lipizzaner kommen mit schwarzem Fell zur Welt und werden erst im Alter von 12 bis 15 Jahren sogenannte „Milchschimmel" FOTOS: DPA

Die weißen Hengste der weltberühmten Spanischen Hofreitschule in Wien haben den unübersehbaren Beweis erbracht, daß sie nicht nur als umjubelte Solotänzer des Lipizzaner-Balletts, sondern auch als feurige Liebhaber ihren „Mann" bzw. Hengst zu stehen imstande sind. Die vierbeinigen Stars sorgten in den Atempausen zwischen Levade, Kurbette und Kapriole mit Erfolg dafür, daß das gefährdete adelige Pferdegeschlecht derer von Lipizza nicht zum Aussterben verdammt ist.

Im Gestüt der Spanischen Reitschule im verschneiten Piber in der Steiermark erblickten in den vergangenen zwei Monaten 13 kohlrabenschwarze Mini-Lipizzaner das Licht der Welt – drei Pferdeknaben und zehn Mädchen. 53 trächtige Stuten sehen noch ihrer Niederkunft entgegen.

Und voll Stolz vermerkte man in der Pferdebuchhaltung der „Spanischen", daß siebzig Prozent aller Stuten heuer trächtig wurden – ein in der jahrhundertealten Lipizzaner-Geschichte noch nie dagewesener Rekord. Diese Fruchtbarkeit dürfte endgültig zur Rettung des vor genau drei Jahren durch die tödliche Pferdeseuche „Rhinopneumonitis" ernsthaft gefährdeten österreichischen „Nationalheiligtums" beitragen. Damals verendeten im Gestüt von Piber 37 Mutterstuten und etwa ein Drittel der neugeborenen Fohlen. Außerdem führte die Viruserkrankung zu Früh- und Totgeburten.

Die Befürchtungen, daß die Pferdeseuche die Spanische Hofreitschule in ihrer Existenz gefährden könnte, falls das Todesvirus auch auf den ausgebildeten Hengstbestand in den Stallungen der Wiener Hofburg übergreifen würde, bewahrheiteten sich glücklicherweise nicht. Der seinerzeitige Chef der Spanischen Reitschule, Brigadier Kurt Albrecht, sagte damals der WELT: „Die Hengste produzierten nach einer bereits länger zurückliegenden leichten Erkrankung offenbar Antikörper und dürften sogar immun geworden sein."

Trotzdem ordnete der Lipizzaner-Chef an, daß nicht nur die regelmäßigen Publikumsführungen durch die Lipizzaner-Stallungen, sondern vor allem auch die „Fortpflanzungs-Gastspiele" der Hengste im Gestüt Piber für einige Zeit zu unterbleiben hätten.

Diese verordnete Zwangspause neben verzweifelten veterinärmedizinischen Maßnahmen, vor allem aber durch Glück im Unglück, führten zunächst zu einer Eindämmung und schließlich zum völligen Erlöschen der Seuche.

Der kurz danach neubestellte Chef der Spanischen Reitschule, Dr. Jaromir Oulehla, ein im Jahre 1970 aus der CSSR geflüchteter hochqualifizierter Veterinär und Pferdespezialist, sicherte schließlich die Zukunft der spanischen Reitschule mit einer noch nie zuvor dagewesenen Maßnahme ab. Dr. Oulehla zur WELT: „Die Lipizzaner bedurften einer radikalen Blutauffrischung. Die Viruserkrankung im Gestüt von Piber verlief nur deshalb im großen Maß deletär, weil die Widerstandsfähigkeit der Stuten durch die jahrhundertelange Inzucht außerordentlich geschwächt war. Zwischen den Hengsten und den Stuten bestand eine zu enge Blutsverwandtschaft."

Obwohl Dr. Oulehla wußte, daß es um die Lipizzaner-Population weltweit sehr schwach bestellt ist, startete er eine geradezu detektivische Suchaktion nach Lipizzaner-Jungfrauen in den noch existierenden Gestüten der ehemaligen k.u.k.-Kronländer des verblichenen Habsburger Reiches, wie Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Italien und der CSSR. Mit Erfolg: Der Lipizzaner-Chef fand 30 Stuten, von denen nach einer gründlichen genetischen Blutuntersuchung einwandfrei feststand, daß sie mit den in Wien befindlichen besten Hengsten der Welt nicht verwandt waren.

Im „Kindergarten" von Piber wälzen sich derzeit die ersten Fohlen im Schnee. Den kleinen Hengsten stehen drei unbeschwerte Lebensjahre an der Seite ihrer Mütter bevor, ehe für sie der Ernst des Lebens in der Wiener Hofburg beginnt. Mit dreieinhalb Jahren werden sie in die „erste Klasse" der „Hohen Schule" aufgenommen. Ihre Ausbildung dauert mindestens fünf Jahre. Derzeit gibt es 35 ausgebildete weiße Hengste, von denen jeweils 16 bis 20 an den Vorführungen teilnehmen.

Ihre Laufbahn beginnen die jungen Hengste übrigens im kohlrabenschwarzen „Naturzustand", ein Phänomen, das Lipizzaner-Chef Dr. Oulehla folgendermaßen erklärt: „Die Lipizzaner sind keinesfalls, wie häufig angenommen wird, Albinos. Ihr weißes Fell, das sie erst im reifen Alter bekommen, ist nicht etwa wie beim Menschen eine Alterserscheinung, sondern das Ergebnis einer bereits im 18. Jahrhundert erfolgten züchterischen Selektion.

In der Haut und vor allem in den Haarwurzeln befinden sich ungeheuere Mengen dunklen Pigments. Bei jedem Haarwechsel im Frühjahr werden zunächst die dunklen Pigmente in den Haarwurzeln geringer. Nur in der Haut bleibt das Pigment vorhanden, das dann von den weißen Deckhaaren „getarnt" wird. Würde man Lipizzaner rasieren, dann wären sie schwarz. Doch wer rasiert schon Lipizzaner? KURT POLLAK

Der Bus für Schulschwänzer ist „ein voller Erfolg"

HELMUT HETZEL, Enschede

Die Vorstellung, daß er heute gleich zwei Mathematikstunden hintereinander absitzen soll, geht Jan mal wieder „total auf den Geist". Jan, 14 Jahre alt, Schüler der MAVO (Realschule) in der holländischen Grenzstadt Enschede, beschließt daher kurzerhand dem Unterricht fernzubleiben. Einen Tag „te spijbelen", die Schule zu schwänzen, wie es im Deutschen so schön heißt.

Wohin aber dann den ganzen langen Vormittag über? Für Jan aus Enschede kein Problem. Er steuert zielbewußt den Bus für Schulschwänzer, die „mobile Kantine" an, der täglich zwischen 8.00 und 16.30 Uhr am Busbahnhof eigens auf Jungen und Mädchen wie ihn wartet. Dort ist es gemütlich. Eine Tasse Kaffee oder Tee gibt's auch und mit ihm sitzen da noch eine ganze Reihe anderer Jugendlicher, die an diesem Tag genauso wie er „keinen Bock" hatten, „sich die Mathe- und [illegible] die anderen Fächer reinzuziehen".

„Wir haben den Bus für Schulschwänzer eingerichtet, um vor allem den Jugendlichen aus Randgruppen, die dem Unterricht relativ häufig fern bleiben, einen Anlaufort zu geben, damit sie nicht auf dumme Gedanken kommen und vielleicht irgendwo in der Drogenszene Anschluß suchen", sagt Klaas Barelds von der „Stichting Straathoekwerk", die mit Unterstützung der Stadt Enschede das Projekt „Mobile Kantine" leitet und durchführt.

Zwei Sozialarbeiter oder „Straathoekwerker", wie sie hier heißen, sind während der Öffnungszeiten immer im Bus anwesend. Sie sorgen für Geselligkeit und Kaffee und versuchen dabei gleichzeitig, die sich hier die Schulzeit vertreibenden Jugendlichen davon zu überzeugen, daß der Besuch des Unterrichts eigentlich für sie doch besser ist. „Gesprochen und geredet wird hier über die Probleme der Jugendlichen allgemein", so ein Straathoeckwerker gegenüber der WELT, „aber wir versuchen natürlich immer herauszufinden, warum sie der Schule fernbleiben."

„Das gelingt auch in vielen Fällen", meint Klaas Barelds, das Projekt sei „ein voller Erfolg", denn inzwischen habe der Schulschwänzerbus sich zu



Enscheder Schüler vor ihrer „Kantine" FOTO: KEYSTONE

einem „echten Treffpunkt für die Jugendlichen auch außerhalb der Schulzeiten entwickelt". Das Projekt „Mobile Kantine" sei zudem mit zahlreichen Schulen und Lehrern der Stadt abgesprochen und koordiniert worden. Auch dort habe man auf die „Mobile Kantine" äußerst positiv reagiert.

Richtig voll wird der fahrende Untersatz für Schulschwänzer aber erst außerhalb der Unterrichtszeiten. Vor allem am Donnerstagabend, wenn in Enschede wie in fast allen anderen niederländischen Städten auch „Koopavond", sprich: verkaufsoffener Abend, ist und alle Geschäfte bis 21.00 Uhr geöffnet sind. Der Bus parkt dann am Marktplatz und verwandelt sich in ein regelrechtes Jugendzentrum auf Rädern. „Besser, sie gehen dahin", meinen denn auch viele Eltern, „als daß sie in irgendwelchen Kneipen den ganzen Abend am Bierhahn hängen."

Streit um Plenarsaal

Denkmalschützer Professor Mainzer: Abriß ist hirnrissig

EVI KEIL, Bonn

Bonns Landeskonservator Professor Udo Mainzer hat in einem Schreiben an Bundestagspräsident Philipp Jenninger mit Empörung auf die Abrißpläne des Plenarsaals im Deutschen Bundestag reagiert. Der Brief ist im Präsidialbüro allerdings auf keine freundliche Reaktion gestoßen. Thomas Gundelach, Leiter des Präsidentenbüros zur WELT: „Einerseits erklärt uns Kölns Regierungspräsident Antwerpes – „ich mache euch aus baupolizeilichen Gründen die Bude zu" – andererseits sollen wir nun ein baufälliges Museum erhalten. Was nun?"

Philipp Jenniger hat die Proteste des Denkmalschützers an die Fraktionen weitergeleitet. Gundelach: „Bisher liegen uns aber keine Stellungnahmen vor." Gundelach weiter: „In Parlamentskreisen hat es Erstaunen ausgelöst, in welcher Weise sich das Rheinische Amt für Denkmalpflege äußert". Professor Mainer hatte unter anderem verlangt, daß nicht nur das Gebäude des Plenarsaals als „nachkriegsgeschichtliches historisches Dokument" erhalten bleibt, sondern auch dessen Sitzordnung.

Dem Abriß steht aber offenbar nichts mehr im Wege, obwohl auch Professor Justus Müller Hofstede, der Vorsitzende des Bonner Heimat- und Geschichtsvereins, die Baupläne kritisierte. Der zukünftige Bundestag werde „in bedeutungslose Anonymität" zurückgedrängt, sagte er. Die Stadt Bonn wird wohl noch in dieser Woche grünes Licht geben. Das sieht auch Thomas Gundelach so.

Im Sommer sollen die jetzt 521 Abgeordneten in das umgebaute Wasserwerk ziehen. Abgerissen werden dann nicht nur der Plenarsaal (stehen bleibt die Stirnseite mit dem Adler), sondern auch der gesamte Präsidialbau am Rheinufer. Ein gewaltiges Eingangsbauwerk wird die bisherige Görresstrasse einnehmen.

Professor Mainzer bezeichnete die Umbaupläne für den Bundestag gegenüber der WELT als „hirnrissig". Der Denkmalschützer ist empört: „Wir bauen für viele Millionen in Bonn ein Haus der Geschichte und hier wird ein Haus mit Geschichte zerstört."

WETTER: Heiter bis neblig

Lage: Ein Hochdruckgebiet mit Kern über dem Baltikum bestimmt mit verhältnismäßig feuchter Luft das Wetter.

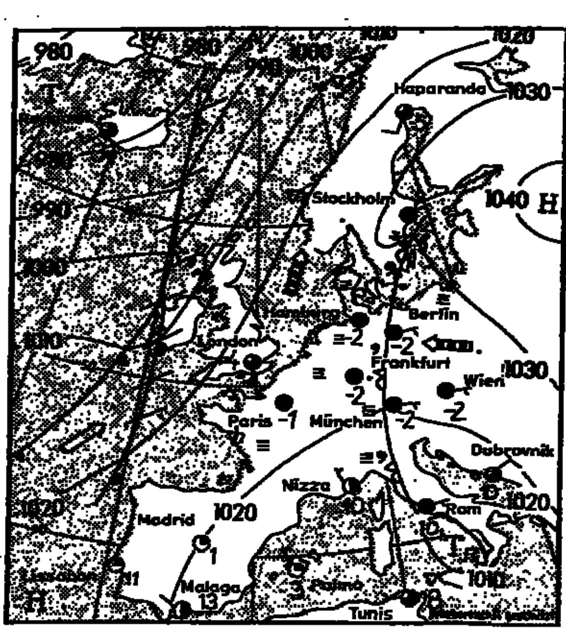
Vorhersage für Dienstag: Tagsüber verbreitet dunstig oder neblig-trüb, aber niederschlagsfrei. Im Westen verbreitet auch sonnig. Höchste Temperaturen hier um 10, sonst 3 bis 5 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch zwischen plus 2 und, vor allem im Westen, minus 3 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Zögernder Temperaturanstieg, sonst wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.44 Uhr*, Untergang: 18.20 Uhr; **Mondaufgang:** 7.33 Uhr, Untergang: 20.36 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 11. März, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	4	bd
Bielefeld	2	he
Braunlage	1	bd
Bremen	3	wl
Dortmund	6	he
Dresden	5	bd
Düsseldorf	8	he
Erfurt	1	bd
Essen	8	bd
Feldberg/S.	2	he
Flensburg	1	bd
Frankfurt/M.	1	bw
Freiburg	3	he
Garmisch	6	bw
Greifswald	4	Sp
Hamburg	3	bw
Hannover	0	Ne
Kahler Asten	1	he
Kassel	3	he
Kempten	3	bw
Kiel	3	bd
Koblenz	6	he
Köln-Bonn	6	he
Konstanz	3	bd
Leipzig	3	Ne
List/Sylt	0	Ne
Lübeck	2	bd
Mannheim	5	bd
München	4	bw
Münster	7	he
Norderney	4	he
Nürnberg	4	bw
Oberstdorf	4	he
Passau	4	bd
Saarbrücken	5	he
Stuttgart	5	he
Trier	5	he
Zugspitze	-4	he

Ausland:		
Algier	12	bw
Amsterdam	7	wl
Athen	13	bw
Barcelona	13	he
Belgrad	8	he
Bordeaux	11	he
Bozen	12	he
Brüssel	8	he
Budapest	7	he
Bukarest	2	R
Casablanca	14	he
Dublin	7	bw
Dubrovnik	14	bw
Edinburgh	9	bw
Faro	16	he
Florenz	17	bw
Genf	6	bw
Helsinki	-2	bd
Hongkong	22	bw
Innsbruck	9	he
Istanbul	5	Ne
Kairo	22	he
Klagenfurt	5	bw
Konstanza	3	Sp
Kopenhagen	1	Ne
Korfu	15	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	1	bd
Lissabon	14	he
Locarno	9	Rs
London	7	bd
Los Angeles	11	R
Luxemburg	4	he
Madrid	11	he
Mailand	10	bd
Malaga	18	he
Mallorca	14	bw
Moskau	2	bw
Neapel	19	he
New York	3	bd
Nizza	12	R
Oslo	1	S
Ostende	7	he
Palermo	15	he
Paris	10	he
Peking	6	bd
Prag	6	bw
Rhodos	16	he
Rom	14	he
Salzburg	8	bw
Singapur	30	bw
Split	15	bw
Stockholm	-2	bw
Straßburg	7	he
Tel Aviv	20	he
Tokio	18	bw
Tunis	13	R
Valencia	15	bw
Varna	15	bw
Venedig	13	bw
Warschau	2	bd
Wien	2	he
Zürich	2	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Vom Schreiner zum Volksschauspieler

PETER SCHMALZ, München

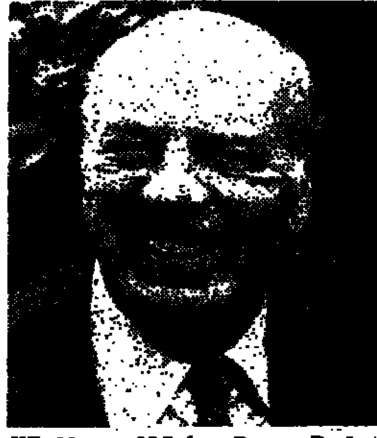
Ein Maurer wie sein Vater hätte gut aus ihm werden können. Nicht einer von den modernen, die Knöpfe an Maschinen bedienen, sondern einer, der kräftig genug ist, auch schwere Steine zu schleppen, und der mit 1,91 Meter lang genug ist, bis zum ersten Stock aufs Gerüst verzichten zu können. Aber Beppo Brehm wurde Schreiner, hobelte und sägte an Brettern, bis er sich eines Tages wieerfand auf den Brettern, von denen behauptet wird, sie würden die Welt bedeuten.

Der Maurersohn wurde Schauspieler und ist es heute, 80 Jahre nach seiner Geburt, noch immer. Nur: Für heute, seinen Jubeltag, auch für gestern und für die beiden kommenden Tage hat er sich mal ausnahmsweise frei genommen.

Mit dem „Chiemgauer Volkstheater" zieht er seit Wochen durch Ober- und Niederbayern, spielt den alten Bürgermeister in den „Drei Dorfheiligen" und sagt: „Ich bin bescheiden, aber ich bin glücklich, daß ich die Menschen noch zum Lachen bringen kann." Demnächst gibt er mit den Chiemgauern auch den Berlinern an der Spree eine Kostprobe seines bayerischen Humors.

Der Seitensprung vom Schreiner zum Schauspieler nahm seinen Anlauf hinter den Kulissen: Der junge Beppo arbeitete als Theaterschreiner und durfte hin und wieder im Münchner Schauspielhaus kleine Nebenrollen übernehmen. Da ließ er immer häufiger Säge und Hammer im Werkzeugkasten, nahm Schauspielunterricht und lernte, durch Sprache und Mimik das Publikum zu begeistern. Die Figuren des Ludwig Thoma füllte er wie kaum ein anderer mit prallem Leben.

1932 wagte er gleich zwei, für seine Zukunft prägende Entscheidungen: Er heiratete und ging zum Film. Die dunkellockige Marga hatte er im Jahr zuvor in Regensburg kennengelernt, wo er den General im „Land des Lächelns" und sie eine Nebenrolle spielte. Die kleine war ihm anfangs zu schnippisch, aber dann nahm er sie doch, wobei er die Hochzeit exakt auf seinen Geburtstag legte, „damit i den



Wird heute 80 Jahre: Beppo Brehm FOTO: FRANZ HUG

Hochzeitstag nie vergiß". Es war eine glückliche Entscheidung, denn „jetzt lächeln wir immer noch", meint er.

Die Sache mit dem Film ließ sich auch gut an: Im Jahr der Hochzeit spielte er im „Kreuzer Emden" neben Helmut Käutner und O. E. Hasse. Im Laufe der Jahre stand er in über 200 Kino- und Fernsehfilmen vor der Kamera und wurde schließlich als „Inspektor Wanninger" mindestens so bekannt wie die ranghöheren TV-Kommissare.

Gestern, am Abend vor dem Geburtstag, gratulierte das ZDF dem Jubilar mit der Volksgaudi „Thomas auf der Himmelsleiter". Das aber war nur die Aufzeichnung einer Bühneninszenierung.

Zu einem richtigen Fernsehstück wurde er schon längere Zeit nicht mehr engagiert. Aber das stört ihn kaum und er ist auch nicht um eine Erklärung für die offenbar erkaltete Liebe verlegen: „I bin wahrscheinlich net telegen."

Aber auch ohne Tevau ist sein Terminkalender gut gefüllt. Nach den Dorfheiligen und dem Ausflug nach Berlin probt er den „Sturm im Wasserglas", der im Sommer in Münchens Kleiner Komödie Premiere feiert. Ruhestand ist für den 80jährigen ein Fremdwort, auch die beiden Herzinfarkte vor elf Jahren haben daran nichts geändert. „Solange ich gehen und stehen kann und meine Texte behalte", sagt er, „solange mache ich auch weiter."

Alkoholismus: Längere Therapie bringt nicht mehr

dpa, Hamm

Erfolge in der Behandlung alkoholkranker Menschen sind nicht einfach durch eine verlängerte Therapie zu erzielen. Die Rechnung, „je länger die Therapie, desto größer der Behandlungserfolg", gehe nicht auf, hat die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e. V. (Hamm) auf der Grundlage einer neuen Studie des Münchener Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in ihrem jüngsten Pressedienst festgestellt. Jeder zweite (53,2 Prozent) in die Studie einbezogene Patient blieb 18 Monate nach der Behandlung abstinent.

Überdurchschnittliche Erfolge wiesen sowohl die Langzeitbehandlung von sechs Monaten mit einer 60prozentigen Abstinenzrate, als auch die Kurztherapie von sechs oder acht Wochen Länge auf. Nach kurzer Behandlung blieben 54 Prozent der so kurierten Alkoholkranken „clean". Die Studie wurde mit Hilfe von 1410 Patienten an 21 Therapieeinrichtungen erstellt, die nach Überzeugung der Münchner Forscher, so die Hauptstelle gegen die Suchtgefahren, „annähernd repräsentativ für das Angebot an stationärer Behandlung für Alkoholabhängige in der Bundesrepublik" gelten können.

Kreuzfahrt gegen Rauchen

dpa, Hamburg

Die erste Kreuzfahrt gegen das Rauchen wird vom 19. April an auf dem Luxusliner „Stella Solaris" 15 Tage ins Mittelmeer führen. Es soll eine Reaktion auf einen Appell des 18. Deutschen Krebskongresses sein, bei dem die deutschen Mediziner einen Feldzug gegen das Rauchen ankündigten. Das Programm für die Entwöhnungskreuzfahrt auf der „Stella Solaris" kommt von der deutschen Behandlungszentrale für natürlich-biologische Heilverfahren in Hamburg.

Drama in einer Kirche

AFP, La Puente

Ein bewaffneter Mann hat am Sonntag in einer Kirche 30 Kilometer östlich des Zentrums von Los Angeles eine Person getötet und zwei weitere verletzt. Nach Angaben der Polizei handelt es sich bei dem Täter um einen 25jährigen Mann, der persönliche Probleme mit den Personen gehabt habe. Wie die Polizei weiter mitteilte, hat sich der Täter plötzlich während des Gottesdienstes erhoben und sechs Schüsse auf seine Opfer abgegeben. Die Kirchenbesucher hätten sich auf den Boden geworfen.

Hornhaut für Adler

SAD, Vicenza

Einem fünfjährigen Adler aus einem Naturschutzpark bei Vicenza wurde die Hornhaut eines Mäusebussards im Veterinärkrankenhaus von Vicenza eingepflanzt. Das Tier hatte sich nicht mehr orientieren können, nachdem es versehentlich von einem Hobbyjäger angeschossen worden war und sich ins heimatliche Nest bei Asiago geflüchtet hatte. Laut „Il Messaggiero" wurde zum ersten Mal einem Adler eine Hornhaut verpflanzt.

Hunde dürfen ins Bett

AP, Düsseldorf

Hundebesitzer können ihre Hunde ohne Angst vor Infektionen auch mit ins Bett nehmen. Wenn der Hund ausreichend gepflegt und regelmäßig geimpft wird, besteht kaum eine Ansteckungsgefahr. Das geht aus einer anläßlich der 9. Düsseldorfer Hygienetage veröffentlichten Untersuchung des Instituts für Infektionsmedizin der Universität München hervor. In der Studie wurden die hygienischen Auswirkungen von Hundehaltung in städtischen Wohnungen untersucht.

Toter bei Zugunglück

dpa, London

Bei einem Eisenbahnunglück in der mittelenglischen Grafschaft Derbyshire sind am Sonntag abend der Fahrer eines Personenzuges getötet und 26 Reisende verletzt worden. Der zwischen Sheffield und Manchester verkehrende Zug fuhr auf eine auf dem gleichen Gleis in der Nähe der Station Chinley rangierende Diesellok.

20 Seeleute gerettet

dpa, Bremen

Das deutsche Motorschiff MS „Max Bastian" hat mitten im Atlantik in einer mehrstündigen Rettungsaktion 20 Schiffbrüchige geborgen. Nach Mitteilung der Bremer Reederei Bastian war der deutsche Frachter, dem unter zypriotischer Flagge fahrenden MS „Nicholas H." zu Hilfe gekommen, als wegen eines Wassereinbruchs im Vorderschiff SOS gefunkt wurde.

ZU GUTER LETZT

Auch zehn Jahre nach ihrer Verurteilung wegen Raubes brauchte die 42jährige Elisa Spinelli aus Pescara ihre zehnmonatige Gefängnisstrafe noch nicht zu verbüßen. Grund für den Strafaufschub: Sie war ununterbrochen schwanger. Nach italienischem Recht dürfen Frauen, die ein Kind erwarten, nicht inhaftiert werden. Zur Zeit sieht Elisa Spinelli der Geburt ihres vierzehnten Kindes entgegen.